C 21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 39 / 6. Feb. 74
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

Krieg gegen die 'Dritte Welt'?

Zur Öl-Kampagne der Bourgoisie

Die Bourgeoisie der BRD ist – nach zwei militärischen Niederlagen des deutschen Imperialismus – wieder dabei, sich mit großmachtpolitischen Ansprüchen in den imperialistischen Umverteilungskampf einzuschalten. Entsprechend der Einschätzung, daß die BRD allein keine ausreichende Basis ist, um mit den Großmächten USA und Sowjetunion ernsthaft in Konkurrenz zu treten, strebt der deutsche Imperialismus nach einem „Vereinigten Europa" unter deutscher Vorherrschaft.

Die „Öl-Krise" nahm die deutsche Bourgeoisie in diesem Zusammenhang zum Anlaß, um ihre Ziele – Hetze gegen die Völker der Dritten Welt, verstärkte Aufrüstung, „europäischen Zusammenschluß" und faschistische „Volksgemeinschaft" – in einer breit angelegten Kampagne zu propagieren.

Diese Kampagne ist keine verzweifelte Reaktion der westdeutschen Bourgeoisie auf unmittelbare ökonomische Schwierigkeiten, sondern eine „vorbeugende" Kampagne mit einer „Krise auf Probe" als Hintergrund. Der „arabische Ölboykott", ausgesprochen von den arabischen Agenten des Imperialismus in Saudi-Arabien, Kuwait u.a., konnte die imperialistischen Interessen gar nicht ernsthaft beeinträchtigen, aber umso wertvoller war er als Hintergrund für eine in den letzten Jahren beispiellose Kampagne der Bourgeoisie. Mit begleitenden Eingriffen in die „persönliche Freiheit des Bürgers" (vor allem das Sonntagsfahrverbot, aber auch eine Reihe weiterer Maßnahmen) wurde gleichzeitig versucht, die „Krise" glaubwürdig zu machen und die Bevölkerung an solche Eingriffe in die „persönliche Freiheit" zu gewöhnen, ebenso wie in den letzten Jahren bereits daran gewöhnt wurde, daß Polizisten gelegentlich Menschen „in Notwehr" erschießen dürfen und daß Streikende von der Polizei zusammengeschlagen werden.

In diesem Artikel sollen, wie in AK 38 bereits angekündigt, einige Aspekte der „Krisen-Kampagne" der westdeutschen Bourgeoisie, speziell in der bürgerlichen Presse, untersucht werden.

Rassistische Hetze – Die Araber als „Untermenschen"

Die Bourgeoisie erklärt „die Araber" nicht nur zu Schuldigen der „Krise", sondern diffamiert sie gleichzeitig als „von Natur aus minderwertig".

Die bürgerliche Presse spricht vorzugsweise von den „Launen" der Araber (z.B. „Bild", 31.12.73), oder erklärt sie schlicht für „verrückt" („Hamburger Morgenpost", 18.10.73: „Jetzt spielen die Scheichs ganz verrückt"). *„Was wissen wir, was in arabischen Köpfen vorgeht? Wir werden uns in der nächsten Zeit wohl noch über manches wundern,"* schreibt die „Frankfurter Allgemeine" mit ihrer wie stets unbeschreiblich vornehmen Arroganz (FAZ, 26.11.73). Die „Welt" phantasierte, es gehe beim „Öl-Boykott" um „alte islamische Machtträume". Das sei „ein psychologisches, kein politisches Problem", nämlich die „orientalische Entfaltung des Irrationalen". („Welt", 28.11.73).

Dies zielt letzten Endes darauf, „die Araber" als „geistig minderwertig" hinzustellen. Herbert Kremp erweiterte dies dann noch in der „Welt" vom 24.12.73, indem er den Völkern der Dritten Welt allgemein die Fähigkeit zum „rationalen Denken" absprach. Weiter schreibt Kremp: *„Ob die Länder der Dritten Welt rechtzeitig begreifen, welchen Schaden sie sich selbst zufügen* (wenn sie sich gegen die imperialistische Ausplünderung wehren – Anm. AK) *erscheint bei der oft sternenhaft anderen Mentalität ungewiß...Die Zeit des Kolonialismus war pädagogisch nicht sehr erfolgreich."*

Da drängt sich doch der Gedanke auf, die Völker der Dritten Welt nochmals in die Schule des Kolonialismus zu nehmen, damit sie endlich ihre Lektion begreifen, daß sie „zivilisierte Nationen" nicht „erpressen" dürfen.

Und die Reaktionäre haben ja im Übrigen schon immer behauptet, die Völker der Kolonien seien „zu früh in die Unabhängigkeit entlassen" worden und würden jetzt „mit ihrer Freiheit nicht fertig".

In dem ganzen Gerede über die „andere Mentalität" der Völker der Dritten Welt, über die „Entfaltung des Irrationalen" usw. wird die alte faschistische Rassentheorie erkennbar: Die „farbigen" Völker sind den

Forts. Seite 4

derwertig".
Die bürgerliche Presse spricht vorzugsweise von den „Launen" der Araber (z.B. „Bild", 31.12.73), oder erklärt sie schlicht für „verrückt"
vornehmen Arroganz (FAZ, 26.11.73). Die „Welt" phantasierte, es gehe beim „Öl-Boykott" um „alte islamische Machtträume". Das sei „ein psychologisches, kein politi-
Dritten Welt, über die „Entfaltung des Irrationalen" usw. wird die alte faschistische Rassentheorie erkennbar: Die „farbigen" Völker sind den
Forts. Seite 4

England:

Verelendung der Arbeiterklasse und Faschisierung der Gesellschaft



Im Dezember 73 führte die Tory-Regierung ab Januar die Drei-Tage-Woche für die gesamte englische Industrie (bis auf einige Ausnahmen wie Lebensmittelindustrie usw.) ein. Die demagogische „Begründung": Wegen der „Ölkrise" und der Streiks der Bergleute müsse Energie gespart werden.

Mit dieser Maßnahme, die für die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten ein Absinken ihres Lebensstandards unter das Existensminimum (s.u.) bedeutet, soll der Arbeiterklasse brutal gezeigt werden, wer der Herr im Haus ist, daß es gar keinen Zweck hat, gegen diese erdrückende Übermacht von Kapitalistenklasse, ihrem Staatsapparat, ihrer Regierung und ihren Unterdrückungsinstituten wie Polizei, Militär usw. anzugehen.

Durch weitere erpresserische Notstandsmaßnahmen (s.u.), die jeden Arbeiter, Angestellten – auch kleinbürgerliche Schichten – hart treffen, soll jede Klassensolidarität, sogar die leiseste Sympathie mit den Kämpfen der Bergarbeiter und Eisenbahner zerstört werden.

Forts. nächste Seite

Beleidigt und gefeuert

– wieder politische „fristlose Kündigungen" bei HSW

Beleidigt und gefeuert
– wieder politische „fristlose Kündigungen" bei HSW

Bei den Hamburger Stahlwerken (HSW) startete die IGM-Führung einen dollen Coup, der im Rahmen der derzeit laufenden anti-kommunistischen Hetze in Betrieb und Gewerkschaft zur Zeit noch einigermaßen einmalig sein dürfte. Innerhalb weniger Tage wurde der gewerkschaftliche Vertrauenskörper umgekrempelt, von einer mehrheitlich linken Bastion der Kollegen zum Tummelplatz für Gefolgsleute der Geschäftsleitung, der linke VLK-Vorstand abgeschossen und durch einen neuen – unter Vorsitz eines CDU-Mannes – „ersetzt" und die Mitglieder des „alten" (linken) VLK-Vorstandes auf Antrag des Betriebsrates (SPD) von der Geschäftsleitung als „betriebsstörende" Elemente aus dem Betrieb geschmissen. Die IG Metall hat „noch nicht entschieden" ob sie den gefeuerten Kollegen Rechtsschutz gewährt.

Um im Vertrauenskörper (VLK) Mehrheitsverhältnisse in ihrem Sinn durchzusetzen, benannte die Hamburger IGM-Führung – bei Umgehung der HSW-Kollegen und des bestehenden Vertrauenskörpers – eine größere Zahl ihr genehmer Kollegen in den VLK nach.

Forts. Seite 21

Unverschämte faschistische Provokation

SPRINGER-PRESSE VERÖFFENTLICHT GEFÄLSCHTES „DOKUMENT"

Die „Welt" vom 17. Januar veröffentlichte ein „erregendes Dokument", das ihr angeblich „aus Kreisen der von den kommunistischen Aktionen der letzten Woche am stärksten betroffenen Universität Frankfurt zugeleitet" worden war. Hierbei handelt es sich um eine von Faschisten angefertigte Fälschung.

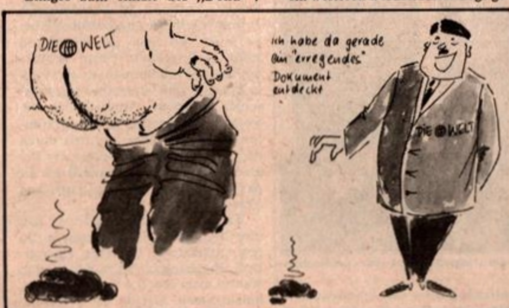
Das „Dokument" enthält angebliche „Funktionärsanweisungen, herausgegeben vom ZK aller (!) kommunistischen Hochschulgruppen". Es soll der Eindruck einer „großen Verschwörung" erweckt werden: alle kommunistischen Gruppen und Organisationen stecken in Wahrheit unter einer Decke und tun nur so, als ob sie untereinander uneins wären. Die „Auseinandersetzungen zwischen MSB Spartakus und den anderen Gruppen wie KSV, KHI etc." würden nur aus taktischen Gründen „vorgetäuscht".

Der faschistische „Bund Freiheit der Wissenschaft" erklärte dazu, das „Dokument" habe „unzweideutig bewiesen", daß die „Kämpfe unter Kommunisten" nur „fingiert" seien, daß es „eine zentrale Kommandostelle" gebe, die „den äußerlich unterschiedlichen Kampf von 'Chaoten' und 'Ordnungskräften' koordiniere", daß die „KPD" in Wahrheit von Ostberlin finanziert" werde (laut „Welt" vom 17. Januar). Diese prompte Reaktion des „Bundes Freiheit der Wissenschaft" läßt Schlüsse darauf zu, in welcher Ecke das gefälschte „Dokument" produziert worden ist.

Einiges zum Inhalt des „Dokuments": Es heißt da, die Kommunisten würden „der empirischen Forschung und ihren Methoden" den Kampf ansagen, sie seien gegen „Leistungskriterien", wollten „vor allem intensive Auseinandersetzungen mit dem Stoff der bürgerlichen Wissenschaften unterbinden" (? !).

Es wird gefordert, systematisch „Stoßtrupps in den einzelnen Fachbereichen" aufzubauen, wozu vor allem „emotional Labile" und „sogenannte 'drop-outs' " (d. h. kaputte, ausgeflippte) heranzuziehen seien.

Im weiteren werden Ratschläge gegeben wie etwa „Angriffe zunächst auf den wissenschaftlichen Nachwuchs richten", „Meidet Auseinandersetzungen mit Hochschullehrern, die unnachgiebig entschieden auftreten" (!), und im übrigen Ratschläge, daß die „Funktionäre" „stärker als bisher soweit wie möglich im Hinter-



Wieder eine „Enthüllung" der Springer-Presse

Forts. Seite 22

IG-Chemie:

Gewerkschaftsführer bestätigen offiziell Zusammenarbeit mit Verfassungsschutz

18 Vertrauensleute des Westberliner Chemie-Betriebes Schering AG (Werk Müllerstraße) stellten am 5.12.73 beim Hauptvorstand der IG Chemie einen Ausschlußantrag gegen den Westberliner Verwaltungsstellen-Vorsitzenden Eduard Kolitsch. Wie nicht anders zu erwarten, lehnte der Hauptvorstand den Ausschluß ab.

Eduart Kolitsch gehört, ähnlich wie der Hamburger IG Chemie-Sekretär Ph. von Kodolitsch, ohne Zweifel zur schlimmsten Sorte von Gewerkschaftsführern, jenen skrupellosen Arbeiterfeinden, die mit brutalem bürokratsichen Terror und wilder antikommunistischer Demagogie schon die geringsten fortschrittlichen Regungen bei den Arbeitern und Angestellten abwürgen, hemmungslos und offen mit den Kapitalisten zusammenarbeiten usw.

Auf das Konto von Kolitsch ge-

Forts. Seite 23

Fortsetzung England

Gleichzeitig versucht die englische Kapitalistenklasse mit Hilfe ihrer Propagandamaschinerie den Nährboden für faschistisches Gedankengut von einer „Volksgemeinschaft" zwischen Arbeiterklasse und den Kapitalisten vorzubereiten, die jetzt – „wegen der Krise" – eng zusammenstehen müsse.

Bei den gegenwärtigen Kämpfen geht es um mehr als um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen bzw. deren Verhinderung. Die englische Kapitalistenklasse will aufs Ganze gehen und der Arbeiterbewegung in diesem Jahr das Rückgrat brechen. Sie treibt die Faschisierung der englischen Gesellschaft in bisher nicht gekanntem Ausmaß voran, trifft direkte Vorbereitung für die militärische Zerschlagung der Arbeiterbewegung und zerstört für Millionen von Arbeiterfamilien die materielle Existenzgrundlage.

Die Drei-Tage-Woche hat die Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse teilweise um 50 % zur Folge:

● Zwar bekommt ein größerer Teil der Arbeiter und Angestellten einen „Garantielohn", der vertraglich abgesichert ist. Aber erstens sind gegenwärtig Überstunden verboten, so daß die nicht abgesicherten Überstundengelder wegfallen, die in der Regel 20 - 25 % des Lohns ausmachen.

Zweitens haben die Kapitalisten bereits gedroht, diesen Garantielohn nicht mehr zu zahlen, und z.T. diese Drohung auch bereits praktiziert. Nur ein Beispiel: Die Chemiefabrik „Courtaulds" kündigte sämtlichen Angestellten mit dem Hinweis, sie könnten wieder eingestellt werden, wenn sie mit der Bezahlung von nur drei Tagen einverstanden wären.

> Sozialfürsorge für die Familien streikender Arbeiter soll abgeschafft werden!
>
> Bislang hatte jede Arbeiterfamilie das Recht, im Falle eines Streiks beim Sozialamt einen Antrag auf finanzielle Unterstützung zu stellen. In England werden nämlich nur in Ausnahmefällen – anders als bei uns in der BRD – Streikgelder durch die Gewerkschaften gezahlt. Die Mitgliedsbeiträge betragen in England nur Pfennige.
>
> D.h. die englische Arbeiterklasse hat sich lange Zeit das Recht erhalten, für die Finanzierung ihrer Kämpfe gegen die Kapitalisten einen Teil der von ihr eingezahlten Steuergelder in Anspruch zu nehmen.
>
> Dieses Recht ist natürlich den Kapitalisten ein Dorn im Auge. Seit einigen Wochen wird die Möglichkeit, dieses Recht per Gesetz abzuschaffen, von den Tories offen gefordert, „Mr. Heath wies darauf hin, daß sich die Regierung nicht gegen die Möglichkeit, die Sozialfürsorge für die Familien von Streikenden abzuschaffen, verschließt." („Daily Telegraph" 29.1.74)

● Für über ein Drittel der englischen Arbeiter und Angestellten, die keinen Garantielohn erhalten, reduzierte sich der Lohn von Anfang Januar an um über 50 %.

● Auf die durch die Drei-Tage-Woche produzierten Arbeitslosen kommt eine Verelendung zu, die man mit der Lage der Arbeiterklasse im frühkapitalistischen England des vorigen Jahrhunderts vergleichen kann: Ledige Arbeitslose erhalten umgerechnet DM 46,50, Verheiratete DM 75,– in der Woche!!! (Zahlen aus dem „Spiegel" 1/2, 74).

Diese Verelendung trifft nicht nur eine kleine Zahl: Bereits nach der ersten Januarwoche waren es weit über 1 Million, nach der zweiten Woche über 2 Millionen Menschen. In Regierungskreisen spricht man davon, daß es bald rund 7 Millionen sein könnten! Die liberale bürgerliche Zeitung „Guardian" schreibt sogar von 10 Millionen Arbeitslosen. Das wären bei einer Zahl von etwa 25 Millionen arbeitenden Menschen 40% der arbeitenden Bevölkerung!

Erpresserische Notstandsmaßnahmen

● Täglich werden seit zwei Monaten Stromsperren in den privaten Haushalten durchgeführt.

● Es darf nur noch ein Raum pro Wohnung beheizt werden. Inzwischen wird „abgewogen", ob die Einhaltung dieser Anordnung nicht durch regelmäßige „Stichproben" der Polizei überprüft werden sollte.

● Kaum noch Ausgabe von Benzin.

● Die ständige Androhung von Benzinrationierung, obwohl längst – wie auch in der BRD – bewiesen ist, daß es keine Ölkrise gegeben hat (vgl. AK 38)

● Schwarzmarktpreise für Kohle, Holz, Heizöl, aber auch alle anderen Lebensmittel, die bis zu 100 %, z.T. sogar noch höher gestiegen sind.

● Knappheit von Brot, nachdem Premier Heath angeordnet hat, daß die Bäcker die Produktion um 5 % senken sollen.

● Knappheit an Milch, weil angeblich Flaschen fehlen sollen.

Strategie der Bomben und antikommunistische Hexenjagd

In England wurde die jetzt verstärkt einsetzende Antikommunismushetze in ähnlicher Weise vorbereitet wie in der BRD. Auch hier schaltete man die Phase der „Strategie der Bomben" und der Verketzerung der palästinensischen Befreiungsbewegung vor, bevor man zur Hetze auf die IRA (Irisch Republikanische Armee) in Irland, dann schließlich auch der IRA und mit ihr sympathisierender Organisationen in England selbst kam. Gegenwärtig ist die Kampagne bereits bei den biederen „Kommunisten" der revisionistischen CP (Communist Party) angelangt.

Das Schema ist immer das gleiche: erst nimmt man sich eine der Bevölkerung relativ entfernte, z.B. ausländische, politisch links stehende Gruppierung vor, macht diese nach allen Regeln der bürgerlichen Demagogie „fertig", geht dann zu einer Gruppierung über, die dem Volk schon näher steht, und überträgt die erreichte Verhetzung auf diese Gruppierung usw.

(In Westdeutschland begann die Neuauflage der antikommunistischen Hexenjagd mit der Verketzerung der linken und sozialistischen Studenten und – eine Stufe höher – mit der Baader-Meinhof-Kampagne. Die Verbindung zu den palästinensischen „Bombenterroristen" wurde hergestellt. In der Vorbereitung des ersten Antikommunismus-Beschlusses in der IGDruck brachte der Vorsitzende Mahlein die in den Betrieben und Gewerkschaften arbeitenden kommunistischen Gruppen in direkte Verbindung mit der Baader-Meinhof-Gruppe.)

Die im letzten Jahr in England und Irland ungeheuer verstärkte „Strategie der Bomben" konnte in Einzelfällen aufgedeckt werden (s. AK Nr.33) Seit dem Überstundenboykott der Bergarbeiter (!) geht ein regelrechter Bombenregen auf London nieder. Die IRA hat bisher eindeutig festgestellt, daß sie mit diesen Bomben nichts zu tun hat. Gleichwohl werden sie ihr mit Selbstverständlichkeit untergeschoben.

Woher die Bomben kommen, lassen Aussagen von englischen Infanteriesoldaten vor Gericht vermuten: Sie sind an der Infanterieschule in Warminster, Südwestengland, von General Frank Kitson ausgebildet worden. Dieser General ist bekannt geworden durch sein 1971 erschienenes Buch über die „Bekämpfung von Unruhen" („Stern", 17.1.74).




Armeegeneral und Faschist Kitson (Bürgerkriegsspezialist der englischen Kapitalistenklasse)

Kitson vertritt in seinem Buch die Auffassung, die Armee müsse sog. „Pseudo-Gangs" ausbilden, die als „Streikführer oder aktive Terroristen tätig werden, um die Armee mit Inside-Informationen zu versorgen." („Stern")

Daß das keine bloßen theoretischen Ausführungen sind, beweisen die Aussagen der von Kitson ausgebildeten Soldaten, ihnen seien „Terrormethoden", das Anfertigen von Bomben usw. beigebracht worden, damit sie sich leichter in „Terroristenkreise" einschleichen können und wo solche „Kreise" nicht vorhanden sind – was der Regelfall ist – gleich selbst welche aufmachen!




Bergarbeiter in Wales: Ihre Erbitterung ist verständlich, während die Lebensmittel um 18 % (in den letzten Wochen sogar um noch mehr) und die Gewinne der Kapitalisten um fast 40 % stiegen, erlaubt die Heath-Regierung für die Arbeiter nur Lohnerhöhungen von 7 %.

Bereits im Herbst 73 wurde nach der ersten Bombenserie von Konservativen der Ruf laut nach der Wiedereinführung der Todesstrafe für „Bombenterroristen", dem Verbot der IRA in England und nach Personalausweisen für Iren in England (in England gibt es bislang keine Ausweispflicht).

Unter dem Vorwand der „Gefährdung der Öffentlichkeit durch Bombenleger" werden seit längerem verstärkt linke und kommunistische Menschen und Organisationen beobachtet, bespitzelt, kontrolliert, Haussuchungen und Razzien mit „Kontrollverhaftungen" durchgeführt. Dieser verstärkte Zugriff des kapitalistischen Staatsapparates nach linken Organisationen hat klar vorbeugenden Charakter. Die konservative Regierung konnte voraussehen, daß ihre Lohnsenkungspolitik seit anderthalb Jahren irgendwann auf spontanen, breiteren Protest in der Arbeiterklasse stoßen würde. Mit der Verkündung der dritten Phase der „Antiinflationspolitik", die Lohnerhöhungen über 7 % verboten, war es dann soweit: Die Feuerwehrleute, Bergarbeiter und Eisenbahner meldeten höhere Forderungen an, die Feuerwehrleute setzten ihre Forderung durch, die Bergarbeiter und Eisenbahner kämpfen seit über zwei Monaten.

Auf diese Situation breiterer Kämpfe in der Arbeiterklasse hat sich die Kapitalistenklasse konkret im letzten Jahr gut vorbereitet:

● Es wurde in London ein „Nationales Koordinierungskomitee für industrielle Unruhen" gebildet. „Chef ist Detektiv Habershon, bis dahin Chef einer Spezialabteilung von Scotland Yard die Sprengstoffanschläge verhindern sollte. Seine Leute haben in den letzten Monaten alle als linksradikal Verdächtigen durchleuchtet: In serienweisen Haussuchungen wurden vor allem Notizbücher beschlagnahmt." („Stern", 17.1.74)

● Zunehmend griff die Polizei im letzten Jahr auch bei Streikationen zu und verhaftete Streikposten. Zig Arbeiter und Angestellte warten auf ihren Prozeß. Auf einen gegenwärtig laufenden Massenprozeß gegen 17 Bauarbeiter, denen „illegales Streiken", „Aufruhr" und „Einschüchterung von Kollegen" vorgeworfen wird, gehen wir im nächsten AK ein.

● In einem offenherzigen Artikel im „Daily Telegraph" wird am 29.1. über die Vorbereitung der Polizei auf „Unruhe unter großen Gruppen streikender Bergarbeiter" und „zivile Unruhen und Demonstrationen" berichtet: Jede Einheit habe eine bestimmte Menge von CS-Kampfgas vorrätig, außerdem habe man „gute Erfahrungen" mit berittener Polizei und gedrillten Hunden gemacht.

Verbrecherisch allerdings wäre es, zu meinen, daß damit die Mittel der Bourgeoisie im Klassenkampf gegen die Arbeiterklasse erschöpft seien.

Vorbereitung auf den Militärputsch

Die englischen Imperialisten bereiten sich auf die militärische Zerschlagung der Arbeiterbewegung und die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie zugunsten des Faschismus vor. Militärs wie General Kitson bieten sich ihnen dabei heute schon als Bürgerkriegstheoretiker und -praktiker an: In seinem bereits erwähnten Buch über die „Bekämpfung von Unruhen" stellt Kitson den Kapitalisten seine Vorstellungen über die neuen Aufgabengebiete der britischen Armee vor: **Die „neuen Kampfgebiete" lägen, nach dem Verlust des Kolonialreichs, „auf einem Schlachtfeld, das mit ‚inneren Unruhen' bezeichnet werden könnte. Der Einsatz werde fällig, ‚wenn ein Teil der Bevölkerung die Regierung des Landes stürzen will, oder zu Dingen zwingen, die sie nicht tun wollen', und zwar „durch politischen Druck, Streiks, Protestmärsche und Gewalttätigkeiten in kleinem Umfang"** („Stern").

Diese von Kitson beschriebene „Situation" tritt im Grunde bei jedem größeren Streik ein. Und genau dieser Vorwand wird gegenwärtig – wahrscheinlich „probehalber", um zu sehen, ob man auf Widerstand stößt – aufgebaut: Heath erklärte am 28.1.74 im Fernsehen, der Vizepräsident der Bergarbeitergewerkschaft McGahey, Mitglied der CP, wolle die Lohnpolitik des frei gewählten Parlaments zerstören und durch den Streik der Bergarbeiter „die Regierung stürzen". Der ganze Streik sei das Werk einer „kommunistischen Verschwörung".

Tatsache ist allerdings leider, daß die CP-„Kommunisten" sogar in ihren „stärksten" Gebieten (Schottland, Bergbaugebiete) in den letzten Wahlen nicht über 0,4 % der Stimmen hinauskamen! Gerade die Bergarbeiter sind traditionelle Labour-Wähler.

Kitson schlägt weiter vor, die Aufgabe der Soldaten müsse es sein, Informationen über die Lebensweise, Einkommensverhältnisse und Verhaltensweisen ‚verdächtiger Bevölkerungskreise" zu sammeln. „So können nicht nur die Rädelsführer, sondern eine gesamte Gruppe ausgeschaltet werden." („Stern")

Wenn man bedenkt, daß die Faschisten in Chile sich auch nicht auf die Verfolgung und Ermordung einzelner Menschen beschränkten, sondern die Ausrottung ganzer Arbeiterviertel und Fabriken betrieben haben, ist klar, wo Kitson hin will.

Daß es hierbei sich nicht nur um „Vorschläge" eines rechtsradikalen „Spinners" handelt, wird an der praktischen Vorbereitung der Armee auf den Einsatz im Inneren in den letzten Wochen deutlich: Unter dem Vorwand, Palästinenser hätten eine Boden-Luft-Rakete geklaut und gedroht, damit ein Flugzeug zu beschießen, wurde Anfang Januar das ganze Gebiet um den Londoner Flughafen Heathrow militärisch abgeriegelt. Was vor einigen Jahren noch undenkbar war: Mit Maschinenpistolen ausgerüstete Ranger patroullierten durch die Straßen und Panzer fuhren in London umher. Sehr schnell erwies sich die „Begründung" der Aktion als unhaltbar. Militärfachleute sagten aus, die Aktion sei militärisch sinnlos, da man eine Rakete auch mitten in London abschießen könnte und insofern eine Abriegelung des Flughafens völlig idiotisch sei. ■

> Letzte Meldung: Ende Januar hat eine Abstimmung der englischen Bergleute über Annahme oder Ablehnung des Angebots der staatlichen Kohlenbehörde stattgefunden, das weit unter den Forderungen der Arbeiter liegt. Die bürgerliche Presse rechnet nach Auszählung mit einer Ablehnung des Angebots und Zustimmung für Streik bei 75 % der Stimmen.
>
> Damit wäre eine neue Stufe der Kämpfe erreicht. Bisher – seit 10 Wochen – haben die Bergarbeiter nur die Überstunden boykottiert, jetzt wird möglicherweise voll gestreikt werden. Im nächsten AK berichten wir ausführlich darüber.

Nachtrag zum letzten Teil der Artikelserie „Zur Außenpolitik der VR-China"

Im Schlußteil des Artikels zur chinesischen Außenpolitik fehlten im AK 38 durch ein technisches Versehen die Erklärungen für die letzten Anmerkungen. Hier sind sie:

139.) Die „Wahrheit" des ehemaligen KBB (jetzt im KBW) brachte dies bezüglich der KP Chinas und der PdA Albaniens auf die Formel: „Bei diesen Parteien in die Lehre zu gehen und ihre Einschätzung der globalen (!) Widersprüche uns anzueignen (!), ist darum die erste (!) Aufgabe der westdeutschen Kommunisten" („Wahrheit", Juni/Juli 72).

140.) „Alle Gegensätze sind miteinander verbunden und koexistieren nicht nur unter bestimmten Bedingungen in einer Einheit, sondern gehen unter anderen bestimmten Bedingungen ineinander über; das ist eben die volle Bedeutung des Begriffs 'Identität der Gegensätze." (Mao Tse-tung, Über den Widerspruch)

141.) Vgl. vor allem den Artikel, den chinesische Journalisten nach ihrem Besuch in der BRD schrieben („Westlich vom Elbe-Fluß" in „Frankfurter Rundschau" vom 4.8.73)

Der Schah und Feisal - die 'Gendarmen' des Mittleren Ostens

Anläßlich der „Ölkrise" entfaltete die westdeutsche Bourgeoisie eine rassistische Hetzkampagne gegen alle Länder der „Dritten Welt", deren Rohstoffe ungehindert den imperialistischen Staaten zur Ausbeutung offenstehen sollten. Sie stellte die Theorie auf, daß die Reichtümer dieser Länder nicht den Völkern, sondern „der ganzen Welt" gehörten. Zudem wurden als „Feinde der industrialisierten Welt" Leute hingestellt, die in Wirklichkeit Parasiten und Helfershelfer des Imperialismus wie z.B. die „Ölscheichs", die keinesfalls den Willen der Völker repräsentieren.

Dadurch soll der wahre Widerspruch zwischen dem Imperialismus und der „Dritten Welt" durch einen konstruierten Gegensatz zwischen den „gebenden" (imperialistischen Ländern) und den „nehmenden"(„Entwicklungsländern") Nationen verdeckt und so die Solidarität der werktätigen Bevölkerung in den imperialistischen Metropolen mit den Völkern der „Dritten Welt" verhindert werden. Wenn außerdem ein selbst „bettelarmes" Volk wie das Südjemens oder Dhofars die Lüge vom „Armen" und „Nehmenden" nicht glaubt, sondern seine wahren Feinde bekämpft, dann setzt der Imperialismus seine Statthalter in Iran und Saudiarabien ein, um jede fortschrittliche Entwicklung zu stoppen und zu vernichten. Denn ihr antiimperialistischer Kampf macht Schule und könnte auf „reichere" Gebiete übergreifen.

In einer neuen Offensive von bisher nicht dagewesenem Ausmaß gegen die befreiten Gebiete von Dhofar und die DRV Jemen erproben der Schah vom Iran und König Feisal von Saudi-Arabien ihre „Gendarmenrolle" im Persischen Golf, um jeden rechtmäßigen Anspruch der Völker auf ihren Reichtum zu unterdrücken.



Die Frauen sollen ihre Schleier wegwerfen!

s scheint, als ob das Gebiet zwischen der Meerenge Bab el Mandeb und der Straße von Hormuz keine große Bedeutung für die Weltpresse hat. Nur sehr aufmerksame Zeitungsleser werden ab und zu kleine Meldungen über die Staaten an der Südküste der arabischen Halbinsel entdecken.

Doch man erinnere sich!

ADEN - vom britischen Protektorat zum revolutionären Zentrum

Erst nach mehr als einem Jahrzehnt Guerillakrieg haben die Briten ihre 129jährige Kolonialherrschaft im Protektorat Aden beendet, nachdem den ausländischen Besatzungstruppen von den Kämpfern der Nationalen Befreiungsfront (FNL) die Stadt zur Hölle gemacht worden war. Seither ist Aden nicht mehr der „pulsierende" Transithafen für Frachter auf dem Weg in den Fernen Osten; Aden ist heute Hauptstadt der Demokratischen Volksrepublik Jemen (DRV Jemen) und ein Paradebeispiel für eine von den Imperialisten ausgebeutet zurückgelassene Stadt.

Die britischen Machthaber hatten das ganze wirtschaftliche Leben auf ihre Bedürfnisse abgestellt: 90% des Dienstleistungssektors waren in ihrer Hand, es gab keinerlei Industrie außer einer BP-Raffinerie; soziale Einrichtungen wie Schulen oder Krankenhäuser waren kaum vorhanden. (200 Volksschulen, 9 Oberschulen, insgesamt 717 Betten für 1,5 Millionen Einwohner). Von Hundert Jemeniten waren 95 Analphabeten. Nach der Schließung des Suezkanals ging der Hafenverkehr um 75% zurück; zudem wurden die Frachter in „politisch zuverlässige" Häfen umgeleitet wie Djibouti in französisch Somaliland oder Honeia in Nordjemen.



Kein Wunder, wenn die wenigen Besitzenden der einheimischen Bevölkerung den totalen Bankrott der jungen Volksrepublik fürchteten und schnellstens sich und ihre Habe außer Landes brachten.

Doch der wirtschaftliche und von den Imperialisten erhoffte Zusammenbruch fand nicht statt.

Unter ungeheuren Anstrengungen errichten die jemenitischen Bauern und Viehzüchter unter der Anleitung der FNL ihren Staat der nationaldemokratischen Revolution. Mit Hilfe der VR China und der UdSSR bauen sie Straßen, Schulen, Krankenhäuser, verwirklichen die Agrarreform und arbeiten am Aufbau einer Leichtindustrie.

Acht Jahre bewaffneter Kampf in Dhofar

Die DRV Jemen ist für die arabischen Völker die Alternative zu imperialistischer Knechtschaft geworden. Seit ihrem Bestehen ist sie eine feste Basis für den revolutionären Kampf der Volksfront zur Befreiung Omans und des Arabischen Golfes (PFLOAG).

In der südlichen Provinz von Oman, dem der DRV Jemen benachbarten Dhofar, haben die Nomaden, die Bauern und die von Feudalen ausgebeuteten Sklaven schon 1965 den bewaffneten Kampf gegen den britischen Imperialismus und seine Statthalter aufgenommen. 90% des Gebietes sind befreit. Die britischen Truppen und ihre Marionetten können sich nur noch in den befestigten Städten halten wie in Salala, der größten Stadt Dhofars, die – mit Stacheldraht umgeben und der Verordnung, daß nur 64 Personen pro Tag von außerhalb die Stadt betreten und dort zu einem festgesetzten Preis genau festgesetzte Waren kaufen dürfen – von den Freiheitskämpfern vollständig isoliert gehalten werden soll.

„Die Arabisierung des Konflikts"

„Die Arabisierung des Konflikts"

Da trotz ständiger Bombardements auf die Vieherden, Wasserstellen und Felder und trotz grausamster Unterdrückung der Bevölkerung die britischen Soldaten und die Söldnertruppen des Sultans von Oman immer wieder Niederlagen erlitten, der Widerstand nicht ausgerottet wurde, sondern im Gegenteil aus jeder Offensive gestärkt hervorging, versuchte es der britische Imperialismus im Juli 1970 mit einer anderen Methode.

Der „despotische" Sultan Said Bin Taimur wurde gestürzt und durch seinen Sohn Qabus ersetzt. Dieser war in Oxford zum „Gentleman" und in Sandhurst zur imperialistischen Marionette ausgebildet worden. Mit reformerischem Geschwätz versuchte er an die tiefen Bedürfnisse der Bevölkerung nach landwirtschaftlicher, industrieller und sozialer Entwicklung anzuknüpfen und mit Versprechungen die PFLOAG zu spalten. Doch drei Jahre nach seiner Machtübernahme gibt es in Oman weder ein Parlament noch eine Verfassung. *„Ich sehe nicht ein, warum wir so etwas haben sollten, da das Volk für die Demokratie nach westlichem Muster noch nicht reif ist."* (Qabus in „Le Monde" vom 22.5.73) Wahrhaftig, für die Verankerung des Opportunismus, wovon der Parlamentarismus nur ein Teil ist, sind die Massen in Oman und Dhofar nach acht Jahren Befreiungskampf „noch nicht reif". Sie wissen, das Ziel von Qabus ist die Liquidierung jeglichen Widerstandes; dafür werden 60% des Staatshaushaltes ausgegeben, dafür die führenden Stellen in seiner Söldnertruppe mit Briten und im Kampf gegen den palästinensischen Widerstand geschulten Jordaniern besetzt.

Durch die dauernden militärischen Niederlagen sah sich der Sultan von Oman gezwungen, weitere Hilfe vom Ausland zu fordern. Ganz im Sinne der „Nixondoktrin", die die verstärkte „Arabisierung" des Konflikts fordert, (siehe auch dazu: „Der US-Militärapparat" in DIE INTERNATIONALE) sandte König Feisal von Saudi-Arabien im Sommer 1972 3 000 Mann, der Schah von Persien im Frühjahr 73 2 900 Soldaten und eine Staffel Hubschrauber. In der UNO beschuldigt Ende November 73 das arabische Sultanat Oman die DRV Jemen „der Aggression zu Lande und in der Luft", was der Vorwand für eine neue, noch größere Offensive der verbündeten Statthalter des Imperialismus ist.

Laut Meldungen vom Anfang dieses Jahres sind weitere Truppenkontingente aus mehreren tausend Mann sowie Einheiten der iranischen Kriegsmarine und Luftstreitkräfte am Kampf gegen die Befreiungsbewegung in Oman und Südjemen beteiligt.

Waffen für die „Gendarmen"...

Die Völker Südjemens und Dhofars haben schon viele Offensiven der militärisch übermächtigen Reaktionäre zurückgeschlagen, aber das bedeutet für die Imperialisten noch lange nicht, ihr Ziel – die Vernichtung des Widerstandes und die Liquidierung der DRV Jemen – aufzugeben. Denn sie haben in Vietnam gelernt, daß ein Volkskrieg sie militärisch besiegen kann und ihnen die Ausbeutung und Unterdrückung erheblich erschwert.

Mögen die Imperialisten untereinander in den verschärften Konkurrenzkampf um Einflußgebiete und Absatzmärkte getreten sein, im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen sind ihre Interessen gleich.

Die US-Regierung beliefert den Schah mit Waffen im Wert von 2,5 Milliarden Dollar und verhilft ihm so zur stärksten Kriegsmacht im Mittleren Osten, „ ... um die Lebensadern der Weltindustrie zu schützen". (Schah in „Newsweek" Mai 73)

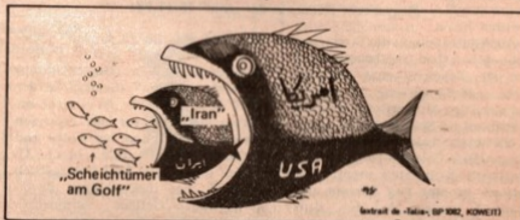
Vor allem aber die europäischen Imperialisten tun sich mit den Regimes zusammen, die ihr Vordringen bei der Ausbeutung der arabischen Völker politisch und militärisch absichern sollen. Dabei beteiligen sich die BRD-Imperialisten direkt an den Versuchen, die arabischen Befreiungsbewegungen zu liquidieren. Die BRD will an Iran neben einem Direktreduktionswerk für die iranische Stahlindustrie 400 „Leopard"-Panzer mit den dazugehörigen „Militärberatern" liefern.

Auch die zweite Stütze des Imperialismus am anderen Ufer des Persischen Golfes, König Feisal von Saudiarabien, wird von der US-Administration mit modernstem Kriegsgerät beliefert; jedoch wollen die britische und auch die französische Regierung mit dem „Herrscher über Mekka und Medina" wieder verstärkt ins Geschäft kommen. Schon im letzten Jahr wurde für 250 Mill. Sterling ein Fünfjahresvertrag zwischen London und Riad abgeschlossen, der den Ausbau des saudiarabischen Luftverteidigungssystems mit britischem Material durch britische „Militär- und Elektronik-Experten" vorsieht.

... im Dienste der Imperialisten

Den ersten, spektakulären Beweis, daß er die Lektionen der Imperialisten gut gelernt hat, erbrachte Reza Pahlewi am 29. November 1971, als er kurzerhand drei strategisch überaus wichtige Inseln in der Straße von Hormuz überfiel. Von da an war völlig klar, daß er fortan den „Gendarmen" im Mittleren Osten spielen will („Ich kann keine subversive Tätigkeit dulden..." Schah in „Newsweek", Mai 73). Was der Schah und Feisal unter „subversiver Tätigkeit" verstehen, geht schon aus der brutalen Unterdrückung der Bevölkerung und Tausender politischer Gefangener in beiden Ländern hervor.

Beide Regimes wollen die Regierung in Aden stürzen und den Befreiungskampf in Dhofar zur totalen Niederlage zwingen, genauso wie die Herrschenden Israels, Jordaniens (Septembermassaker 1970) und Libanons (Mai 73) einen Ausrottungsfeldzug nach dem andern gegen die palästinensischen Feddajin starten.



Forstsetzung „Dritte Welt"

„Weißen" „von Natur aus unterlegen", weil ihnen die Fähigkeit zum „rationalen Denken" fehlt, die ein Privileg der „weißen Rasse" ist. „Farbige" Völker handeln aus Laune, aus religiöser Verbohrtheit, vielleicht sogar aus „politischem Fanatismus", aber niemals „rational". Frühere Ideologen des Rassismus formulierten das z.B. so: *„Nach allen vorliegenden Erfahrungen ist der Neger gegenüber dem Weißen rassenhaft inferior, darum gehört er unter die gerechte und humane Vormundschaft des Weißen...Erst dadurch, daß der Eingeborene im Dienste der höheren Rasse, d.h. im Dienste ihres und seines Fortschritts, Werte schaffen lernt, gewinnt er ein sittliches Anrecht auf sein Dasein."* (Paul Rohrbach, Deutschlands koloniale Forderung, Hamburg 1935)

Oberhetzer Peter Boenisch bringt die anti-arabische Kampagne in der „Bild" auf die einprägsame Formel: *„Früher haben die arabischen Wüstenräuber Karawanen ausgeplündert. Heute erpressen sie die Industrieländer."* („Bild", 22.11.73).

Die Beschimpfung der Araber als „Wüstenräuber" bringt den von der Bourgeoisie propagierten rassistischen Hochmut ebenso „treffend" zum Ausdruck wie die frühere Beschimpfung der Juden als „Krämer, Trödler und Betrüger."

An anderer Stelle hetzt der gelehrige Goebbels-Schüler Boenisch: *„Den Söhnen der Wüste weht ganz schnell Sand ins Gesicht, wenn wir gemeinsam ein bißchen pusten."* („Bild", 25.11.73) – Mit arroganten Parolen dieses Stils wurden Deutschlands Werktätige in diesem Jahrhundert schon in zwei imperialistische Kriege gehetzt!

Der neue Antisemitismus

Abenteuerliche stories vor allem in der Massenpresse über das luxuriöse Leben der „Scheichs" sollen mit sozialer Demagogie den „gerechten Volkszorn" gegen die „Ölscheichs" lenken.



Arabisches Spielzeug
Rassistische Hetze aus der „Bild" (8.11.73)

Auch dabei vergißt die Bourgeoisie nicht, neben dem ungeheuren Reichtum der „Scheichs" auch die angebliche „anders geartete Mentalität" und „geistige Minderwertigkeit" der Araber mit ins Spiel zu bringen.

Da hortet dann so ein „Scheich" Diamanten in Cola-Flaschen, der zweite stapelt Banknoten unterm Bett (wo sie prompt von Mäusen angeknappert werden) und der dritte ist so blöd, daß er sich zu seiner Beiruter Bank fliegen läßt und sich stundenlang sein Geld vorzählen läßt, um sich zu vergewissern, daß noch alles da ist. Scheich Abdullah von Abu Dhabi wurde als Kind in Kamelpisse gewaschen, während er jetzt oft und gern in parfümiertem Badewasser schwimmt . . . Und mit besonders penetranter Eindringlichkeit wird immer wieder hervorgehoben, daß die „Ölscheichs" auf „blonde", „große", „blauäugige" Mädchen ganz besonders scharf sind. Wer Hitlers „Mein Kampf" gelesen hat, weiß, daß die „semitischen Untermenschen" es auf „nordische" Mädchen schon immer abgesehen hatten.

„So verjubeln die Ölscheichs unser (!) Geld", hetzte die „Quick" vom 19.11.73. Indem die arabischen Völker mit den „Ölscheichs" gleichgesetzt werden (die natürlich genauso widerlich sind wie andere Kapitalisten auch), sollen die werktätigen Massen mit sozialer Demagogie irregeführt werden: der kleine Mann soll auf sein Auto verzichten, damit „so ein Scheich" sich dafür einen neuen Palast bauen lassen kann, in Parfüm baden kann usw. –

Das W e s e n der Sache, nämlich die Ausplünderung der Rohstoffe der Dritten Welt durch die Imperialisten und die sich daraus ergebende Interesseneinheit zwischen den unterdrückten Völkern der Dritten Welt und den Werktätigen der imperialistischen Ländern, soll so verdeckt werden.

Die Lüge von der „Erpressung"

Auf der einen Seite will die Bourgeoisie den Eindruck erwecken, daß „die Araber" doch in jeder Hinsicht weit unter den „zivilisierten Nationen" stehen. Auf der anderen Seite wird dann demagogisch gejammert, daß „wir" von eben diesen angeblich „rückständigen" und „unberechenbaren" Arabern total abhängig seien. Die rassistische Stoßrichtung dabei ist offensichtlich!

Auf den klarsten Begriff brachte wohl die „Quick" die Lüge von der „Erpressung" mit folgenden Sätzen: *„Sechs ehemalige Beduinen-Scheichs (!) sitzen an der Ölquelle der Welt . . . Die sechs Scheichs können bestimmen, ob der Ölhahn auf- oder zugedreht wird. In ihrer Macht steht es, ob in Europa die Lichter ausgehen, ob Millionen arbeitslos werden (!!) . . . Geld brauchen sie nicht. Wir haben ihnen soviel bezahlt, daß sie schon nicht mehr wissen, wohin damit."* („Quick", 47/73, 19.11.73)

Während der „Krisen"-Kampagne der westdeutschen Bourgeoisie wurde kontinuierlich gejammert über die „Erpressung", der „wir" ausgesetzt seien, über den „Würgegriff der Öl-Potentaten" („Welt", 4.12.73), daß „wir" abhängig seien „von den Launen der arabischen Machthaber" („Bild", 31.12.73), daß „wir" ein „Spielball der Scheichs" seien (Boenisch in der „Bild" vom 11.11.73). „Man hat langsam das Gefühl, daß die Herren mit Deutschland (!!) umspringen, wie sie wollen. Die Araber die Polen, die Tschechen . . ." („Bild", 7.12.73). „Araber erpressen die Bundesregierung" („Hamburger Morgenpost", 6.11.73). „Unsere Politik gestattet jedem, auf uns herumzutrampeln und mit uns zu spielen" (Boenisch in der „Bild" vom 25.11.73). „Ölscheichs wollen Deutschland in die Knie zwingen" (Schlagzeile der „Bild" am 6.11.73). „Ist es nicht ein Verbrechen, wie wir uns erpressen lassen? Das beginnt bei Getty und hört beim Öl auf." („Bild", 24.11.73)

Auf diese Weise wird systematisch versucht, bei rückständigen Bevölkerungsteilen Gefühle nationalistischer Gekränktheit zu produzieren („alle trampeln auf uns rum"), die dann in nationalistische Aggressivität umgesetzt werden sollen („. . . Mit uns kann man sowas nicht machen. Wir zeigen den Burschen schon, wer der Stärkere ist").

Die Imperialisten haben das Mittel der wirtschaftlichen Erpressung schon immer angewendet. Das wichtigste Beispiel für den BRD-Imperialismus ist das „Röhrenembargo" von 1962. Auf Empfehlung des NATO-Rats hin, die unter Druck der US-Imperialisten zustande gekommen war, zog die Adenauer-Regierung damals eine mit der Sowjetunion vereinbarte Lieferung vor Großrohren zurück. Diese Erpressung hatte allerdings nicht den gewünschten Erfolg, da die Sowjetunion sich anderweitig versorgen konnte (z.B. Japan).

Wirtschaftliche Erpressung als wesentliches Mittel der Außenpolitik ist auch stets von den Ideologen der Bourgeoisie offen propagiert worden. So schreibt der verstorbene CSU-Politiker Guttenberg in seinem Buch „Wenn der Westen will" (1964): „Auch der Handel zwischen Ost und West ist ein Gefechtsfeld des Kalten Krieges" und fordert, „die partielle Abhängigkeit einzelner Wirtschaftsbereiche des kommunistischen Lagers von westlichen Lieferungen politisch auszumünzen." (S 114/115) – Daß dies angeblich nicht genug geschieht, war immer ein wesentlicher Punkt der Kritik der CDU/CSU an der „neuen Ostpolitik". Ganz auf dieser Linie schrien die Hetzer der Bourgeoisie auch anläßlich der „Öl-Krise" nach einem „Gegenboykott" gegen die arabischen Staaten: *„Boykott und Erpressung beantworten wir nicht mit Gegenboykott und Gegenerpressung . . . Ohne Nahrungsmittel und ohne Maschinenlieferungen aus dem Westen tun sich die Araber schneller leid als unsere Autofahrer."* (Boenisch in der „Bild" vom 25.11.73)



Aussperrung '73
Die westdeutschen Arbeiter sollen gegen die „Ölscheichs" aufgehetzt werden (aus „Handelsblatt-Industriekurier")

Die Bourgeoisie stellt die t a t s ä c h l i c h e Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt vom Imperialismus auf den Kopf, um so zu verdecken, wie auch hinter der „Öl-Krise" die imperialistische Profitwirtschaft steckt, und um Teile der werktätigen Massen gegen die Länder der Dritten Welt aufzuhetzen.

Offene Kriegshetze

In dem Artikel „Die Verteilung der Erdengüter" („Welt", 24.12.73) schreibt Herbert Kremp, daß der gegenwärtige „Verteilungskampf um die Rohstoffe" möglicherweise der „Vorläufer eines generellen Verteilungskampfes zwischen den industrialisierten Staaten der nördlichen Hemnisphäre und den wesentlich weniger entwickelten Ländern der südlichen Zonen" sei. Dieser „Verteilungskampf" trage „Züge eines Vernichtungskampfes".

Damit hat er aus imperialistischer Sicht den Nagel genau auf den Kopf getroffen: nicht „arabische Erpressung", sondern imperialistischer Verteilungskampf ist der Hintergrund der „Öl-Krise". Und dieser relativ begrenzte Verteilungskampf an einer bestimmten Front (arabische Erdöl-Länder) ist der V o r b o t e eines globalen Versuchs der Imperialisten, sich der Rohstoffe der Dritten Welt auch weiterhin zu bemächtigen, im Kampf gegen die immer stärker werdenden nationalen Befreiungsbewegungen der unterdrückten und ausgeplünderten Völker.

Die **„Machtfrage"** (!), so schreibt Kremp weiter, müsse **„im Sinne der industrialisierten Systeme"** gelöst werden. Er beklagt dann das „dramatische Auseinanderfallen von politischer und wirtschaftlicher Macht" des westdeutschen Imperialismus, d.h. die politische Macht des westdeutschen Imperialismus bleibt hinter seinem wirtschaftlichen (aber auch politischen) Expansions-Hunger zurück.

„Die Machtlosigkeit Westeuropas in der Nahost-Krise muß alle seine Bürger konsternieren", schreibt Dieter Cycon in der „Welt" vom 16.11.73. Als Lösung empfiehlt er, die Imperialisten sollten endlich **„die Milliarden erhalten, mit denen lange Kolonnen neuer deutscher Panzer und Flugzeuge und viele neue französische und britische Kreuzer und Atomraketen bezahlt werden."**

W o z u diese Milliarden-Aufrüstung dienen soll, schreibt Cycon in der „Welt" vom 29.11.73 unter der Überschrift „Die Europäer warten auf Taten".

Zuerst bringt er die bekannte rassistische Hetze: *„Abendländern und Japanern, den großen Industrienationen, die drei Viertel der Güter dieser Welt herstellen, wird mit dem Zusammenbruch ihrer Wirtschaft gedroht, wenn sie nicht auf dem Bauch kriechen – vor Leuten, die, gäbe es die Abendländer nicht, kaum wüßten, was Öl ist . . ."*

„Die Tendenz kann nur umgekehrt werden, wenn wir denen die Stirn bieten, die uns so unerhört herausfordern, wenn wir zeigen, daß wir kämpfen können, wenn wir müssen."

„. . . die Araber wissen ja genau, daß in der Geschichte wirtschaftliche Kriegserklärungen hundertmal mit militärischen beantwortet worden sind." Ja, von den Imperialisten und Faschisten, zu deren übelsten Kriegshetzern dieser Cycon gehört!

Cycon schreibt, daß die Araber sich ihr Vorgehen nur deshalb „erlauben" können, ohne gleich von den Imperialisten überfallen zu werden, weil die Macht der Sowjetunion hinter ihnen stehe: *„Sie würden uns diese wirtschaftliche Kriegserklärung nicht überreicht haben, wenn sie sich nicht militärisch abgedeckt fühlen würden – durch die Sowjetunion."*

Schlußfolgerung: **„Gäbe es heute westliche militärische Stärke statt westlicher Schwäche, dann würde der Sowjetunion eine militärische Rückendeckung des Ölboykotts viel zu riskant erscheinen, und dann würden die Araber sich hüten, uns mit der Ölwaffe zu bedrohen."**

Kein Öl – kein Bier...

win. Hamburg, 8. 11.

Die Nahost-Krise führt selbst in deutschen Kneipen zu Zwischenfällen. Gestern abend in einem Lokal am Hamburger Hauptbahnhof: Drei junge Araber nahmen an der Bar Platz, bestellten ein Bier. Der Barkeeper weigerte sich: „Wenn ihr kein Öl liefert, dann seht auch zu, wo ihr euer Bier bekommt." Die drei Araber versicherten: „Wir sind Arbeiter wie du, keine Politiker." Als der Mann hinter dem Tresen immer noch kein Bier ausschenkte, spuckte ihm der eine Araber mitten ins Gesicht. Worauf der Barkeeper wutentbrannt zu einem langen Fleischmesser griff und versuchte, auf die drei loszugehen. Die Wirtin und ein Kellner konnten ihn zurückhalten. Die drei Araber verließen eilig das Lokal . . .

Die rassistische Hetze zeigt erste Erfolge („Bild" vom 8.11.73)

In der für die werktätigen Massen bestimmten Presse („Bild", faschistoide Illustrierte wie „Quick" u.a.) werden die Kriegsdrohungen nicht in dieser Ausführlichkeit und Deutlichkeit dargestellt, sondern wird das Hauptgewicht darauf gelegt, auf niedrigstem demagogischen Niveau rassistische und nationalistische Emotionen zu schüren, in dem Sinn, daß „alle auf uns rumtrampeln können und mit uns machen, was sie wollen", weil „wir" zu schwach seien, um „uns zu wehren", daß „wir" also politisch-militärisch stärker werden müssen, und daß „alle" dafür „Opfer bringen" müssen.

Nein zur faschistischen „Volksgemeinschaft" – Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

„Wir haben eine Anstrengung vor uns, die vergleichbar ist mit den Anstrengungen, die unser Volk nach dem Krieg auf sich nehmen mußte", sagte SPD-Kanzler Brandt (zitiert nach „Welt" vom 28.11.73).

Nicht zufällig ziehen bürgerliche Politiker und Publizisten die Parallele zur Nachkriegszeit, denn so wie damals soll auch jetzt das werktätige Volk dafür gewonnen werden, durch „eisernes Maßhalten" und „gesteigerte Anstrengungen" den Imperialisten die Karre aus dem Dreck zu ziehen. Nicht zufällig „nostalgieren" die bürgerlichen Publizisten mit scheinheiliger Rührung die Zeit, „als sich die Hamburger noch über ein Ei freuten". („Bild", 21.12.73). Und Bundespräsident Heinemann rät den werktätigen Massen, sie sollten „auf übertriebene Lebensbedürfnisse" verzichten (zitiert nach „Bild", 24. 12.73).

In der „Frankfurter Allgemeinen" vom 26.11.73 war zu lesen, es müsse doch endlich Schluß sein *„mit den maßlosen materiellen Forderungen aller Gruppen bei sinkender Leistung, mit dem um sich greifenden Größenwahn aller Schattierungen, mit dem Verlust jeden Sinns für Augenmaß, Proportion und Vernunft."*

In der „Bild" vom 2.12.73 schrieb Boenisch: *„Es genügt, wenn wir alle von utopischen Ansprüchen zurückkommen zu maßvollen Wünschen. Außerdem: Es genügt, Leistungswille und Leistungsfreude zu beleben. Zu modern sind Leistungsverweigerung und Leistungsunlust geworden ..."*

„Maßhalten" und ranklotzen, das fordert die Bourgeoisie von den werktätigen Massen. Und im selben Artikel schreibt Boenisch, die Deutschen sollten zu einem Volk von „Krisensoldaten" werden.

Der Appell an die „Volksgemeinschaft" ist wieder groß in Mode. „Gemeinsam schaffen wir es" („Bild", 30.11.73), „Wenn wir alle zusammenstehen, werden wir die Lage meistern" („Bild", 19.11.73), „Wer die Preise in den Griff bekommen will, darf nun einmal nicht davor zurückschrekken, auch der breiten Masse der Konkurrenten gewisse Opfer zuzumuten. Wir alle haben zu hohe Ansprüche gestellt." („Hamburger Abendblatt", 29.12.73). Bundespräsident Heinemann wettert gegen „Einzelinteressen, die einer solidarischen Ordnung im Wege stehen" (nach „Welt", 24. 11.73). Und er meint zweifellos nicht die Einzelinteressen der K a p i t a l i s t e n, sondern seine Äußerung ist eher im Sinne der faschistischen Parole „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" zu verstehen. Anders gesagt: die A r b e i t e r sollen auf ihre „Einzelinteressen" verzichten zugunsten der „Solidarität" mit ihren Ausbeutern.

Boenisch bringt die Sache sehr klar auf den Punkt: „ ... *während man innenpolitisch um sich schlägt gegen Autos, Chefs, Soldaten, Polizisten, Christen und Bayern, beugt man sich außenpolitisch vor jedem – auch vor jedem Ölscheich.*" („Bild", 11.11.73). U m g e k e h r t wäre es der Bourgeoisie viel lieber: vor Chefs, Polizisten, Militärs, Bayern etc. sollen wir uns beugen, und gegen „Ölscheichs" (gemeint ist: gegen die Völker der Dritten Welt!) sollen wir uns mobilisieren lassen. – Das könnte ihnen so passen!

Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine", für den proletarischen Leser nicht bestimmt, formuliert schließlich den politischen Zweck: *„Nur unter Opfern wird es* (Westeuropa – Anm. AK) *Stärke für den Schutz seiner eigenen Interessen zurückgewinnen können ... Frieren wir uns zusammen und erfrieren wir uns Einfluß."* („FAZ", 7.11.73) –

Die Arbeiter können aber kein Interesse daran haben, zu frieren, zu verzichten, Opfer zu bringen, damit die Imperialisten ihres Landes „Einfluß" gewinnen. Nicht „Volksgemeinschaft" mit den Kapitalisten, sondern gemeinsame Front mit den unterdrückten und ausgeplünderten Völkern der Dritten Welt, das ist Interesse und Aufgabe der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder. ■

Vom Blutbad des Staates zum Staat des Blutbads

FASCHISTISCHE PUTSCHVORBEREITUNGEN IN ITALIEN

Im ARBEITERKAMPF Nr. 36 (November 73) berichteten wir darüber, daß in einem Faschistenversteck in der Nähe der norditalienischen Hafenstadt La Spezia eine Namensliste von 1617 Personen entdeckt wurde, die am „Tag X" von den Faschisten ermordet werden sollen. Fünf Leute wurden in diesem Zusammenhang unmittelbar nach dem Fund von der Polizei verhaftet: die Faschisten Porta-Casucci, De Marchi, Rampazzo, Sedona und Rizzato. Daß die Polizei ungewöhnlicherweise überhaupt so schnell „zugriff" (was man von der Polizei sonst nur gegenüber den Linken, nicht aber gegenüber den Faschisten gewohnt ist), deutete von vornherein darauf hin, daß man hier ein paar „fanatische Einzelgänger" als „Alleinschuldige" präsentieren wollte, um größeren Enthüllungen zuvorzukommen. Im übrigen erhoffte man sich wohl, den Staatsapparat durch diese Aktion mal wieder als „unparteiisch" und „über den Klassen stehend" zu profilieren, um der breiten antifaschistischen Bewegung in Italien ein bißchen Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber bereits kurz nach der Verhaftung der fünf Faschisten wurden Tatsachen aufgedeckt, die die Behauptung von den „unschädlich gemachten Einzelgängern" schnell als Lüge entlarvten. Ein ganzes Geflecht von unter verschiedenem Namen zusammenarbeitenden faschistischen Gruppen, die einen Staatsstreich in Italien vorbereiten, wurde erneut sichtbar. Einiges davon berichteten wir bereits im AK 36 – und wir schrieben in unserem Artikel: „Man kann sicher sein, daß noch weitere Hintergründe über die in Ortonovo gefundenen Attentats-, Mord- und Putschpläne ans Licht befördert werden ..."

Mittlerweile sind weitere Enthüllungen bekanntgeworden – und es ist alles andere als wenig und unbedeutend, was sich dort auftut: die Verbindungen der Verhafteten zu den Verantwortlichen des Mailänder Blutbads von 1969 (Bombenanschlag auf eine Bank; „strage di stato"), zu den Verantwortlichen des Mailänder Blutbads vom Mai 1973 (als ein faschistischer Provokateur eine Handgranate in eine Menschenmenge warf), zu westdeutschen Faschisten in Bayern, die Deckung der faschistischen Aktivitäten durch den Polizeiapparat, ihre Finanzierung durch italienische Kapitalisten und durch kriminelle Coups, usw. Das alles wird eingerahmt durch ebenfalls kürzlich bekanntgewordene Aktivitäten des US-Konzerns ITT (Chile!) und hoher NATO-Stellen in Richtung auf einen militärischen Umsturz in Italien. Das Wort von der „Partei des Putsches", die in Italien am Werk ist, füllt sich immer mehr mit explosivem Inhalt. Wir weisen zu diesem ganzen Komplex noch einmal auf die im Juni 1972 von uns herausgegebene Sonderbroschüre „Von Pinelli zu Feltrinelli – Politischer Mord in Italien" hin, die in unserer Zeitschriftenreihe UNSER WEG erschienen ist und beim AK-Verlag bestellt werden kann.

Die fünfköpfige Gruppe, die im Oktober letzten Jahres nach dem Fund der Mordlisten festgenommen wurde, nennt sich „18. italienische Legion". Ihre Verbindungen zu den anderen faschistischen Organisationen in Italien sind so vielfältig, daß sie im einzelnen hier gar nicht aufgezählt werden können. Insgesamt ergibt sich das Bild eines krebsartigen faschistischen Geflechts, das an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten nur unter verschiedenen Namen firmiert: sei es die neofaschistische MSI, die auch mit Abgeordneten im Parlament vertreten ist, oder außerparlamentarische Terrorgruppen wie „Avanguardia Nazionale", „Ordine Nuovo", „Rosa dei Venti", „Giustizieri d'Italia" usw. Teilweise sind es direkt Doppel- und Dreifachmitgliedschaften, wie etwa der zur „18. italienischen Legion" gehörige Rechtsanwalt De Marchi, der gleichzeitig einer der MSI-Führer in der Provinz Ligurien ist.

Einige der Faschistenführer haben noch Blut aus der Zeit der Mussolini-Herrschaft an ihren Händen kleben. Dazu gehören z.B. De Marchi, ein Verbrecher aus der Zeit der sogenannten „Salò-Republik" (Salò ist ein kleiner Ort in Norditalien, am Gardasee, wo das Mussolini-Regime in seiner zweiten Ära von 1943 bis 1945 seine Terrorherrschaft fortsetzte) und auch der ebenfalls zu den fünf Verhafteten zählende Rizzato, ein alter Partisanenmörder. Auch der MSI-Chef Almirante und der zur Zeit in Spanien sich aufhaltende Junio Valerio Borghese gehören noch zur Garde der Alt-Faschisten und Partisanenmörder. Borghese darf übrigens nunmehr völlig unbehelligt nach Italien zurückkehren: der Haftbefehl gegen ihn wegen eines von ihm geleiteten Putschversuch im Dezember 1970, wovon wir noch in unserem letzten Artikel im AK 36 schrieben, wurde vor kurzem wieder aufgehoben – in einer Zeit, wo die Faschisten ihre terroristischen Umtriebe gerade verstärken!

Die in solchen Personen verkörperte Kontinuität zwischen der Mussolini-Herrschaft und der heutigen faschistischen Bewegung in Italien ist keineswegs zufällig, sondern gezielt entwickelt worden. Der Beweis dafür wurde am 2. Dezember letzten Jahres von der demokratischen Wochenzeitung „L'Expresso" vorgelegt. „L'Expresso" veröffentlichte ein Dokument des mussolinischen Geheimdienstes vom 21. März 1945 (also aus einer Zeit, wo das Ende des faschistischen Staates unmittelbar bevorstand) über die Bildung von Spionage- und Provokationszentren, die im nach-faschistischen Italien tätig werden sollten. In diesem Dokument heißt es unter anderem:

„Um diese Zentren aufzubauen, hat der politische Dienst der republikanischen Nationalgarde in seinem Bereich ein Sonderorgan gebildet, das schon funktioniert und noch verstärkt werden soll ... Um die Organisation vollkommen zu machen, ist man dabei, die Möglichkeit zu überprüfen, ein für die Herstellung von falschen Dokumenten eingerichtetes Büro und ein Handelsstudium in Padua zu gründen, dessen Bedienstete als Handelsvertreter auftreten."

Padua, das ist die Stadt, in der die „Rosa dei Venti" tätig ist, wo die Gruppe um Freda und Ventura, zwei der Hauptverantwortlichen des Mailänder Blutbads vom 12. Dezember 1969 und anderer faschistischer Bombenanschläge, „zu Hause" ist – und Padua hatte auch in den bei Porta-Casucci gefundenen Putschplänen eine besondere Bedeutung: in Padua sollte der „Tag X" des vorbereiteten faschistischen Staatsstreiches durch eine militärische Machteroberung ausgelöst werden, der dann die „Entfesselung eines Chaos" auf nationaler Ebene folgen sollte. Padua war schon vom mussolinischen Geheimdienst als Heimstätte eines Zentrums der faschistischen Bewegung vorgeplant worden – und dies ist es heute auch. Dies macht noch einmal klar, wie langfristig die Bourgeoisie durch ihre schlimmsten Machtstützer die terroristische Niederwerfund der Arbeiterbewegung plant und dabei vorgeht: der alte faschistische Staat ist noch nicht ganz zerrüttet, die Bourgeoisie beginnt ihre Herrschaft gerade dadurch zu retten, daß sie die gegen den Faschismus aufstehende Arbeiterbewegung auf parlamentarische Abstellgleise zerrt – und noch im gleichen Augenblick werden schon die Vorbereitungen für einen gegebenenfalls wiederzuerrichtenden faschistischen Staat geschaffen. Natürlich ist dies nicht auf den Aufbau neuer faschistischer Terrorgruppen durch die „alte Garde" begrenzt, sondern vor allem geht es hierbei auch um eine planmäßige Rechtsentwicklung im „demokratischen" Staat selbst, dessen Instrumente (vor allem Polizei, Militär und Justiz) zu immer größerer Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Linken greifen – und gleichzeitig die Aktivitäten der offen faschistischen Terrortrupps weitgehend decken. Darauf werden wir noch zurückkommen.

Padua liegt in der Region Veneto, und diese ganze Region ist eines der stärksten Aktionsgebiete der Faschisten in Italien. In der Zeit der Agonie und des Zusammenbruchs der „Salò-Republik" strömte ein ganzer Offiziersstab der Faschisten nach Veneto ein: Ministerialfunktionäre, Militärs und Verbrecher der „Schwarzen Brigaden". Schon in den ersten Stunden nach der Befreiung Italiens von der faschistischen Herrschaft soll hier die Organisation für das Überleben des Faschismus tätig geworden sein.

Ein anderes Zentrum der Faschisten ist in Versilia in der Provinz Toscana. Hier begann seit 1972 eine neue Phase des faschistischen Programms: Schlägerbanden gingen haufenweise zu direkten Angriffen auf die „roten Gebiete" über, d.h. Gebiete, in denen die Arbeiterbewegung und die Linken stärker entfaltet sind (vor allem die Region Toscana selbst und die angrenzende Emilia-Romagna). Die Provokationen und Verletzungen von Genossen, Arbeitern und Antifaschisten sind nicht zu zählen. Das in der Nähe von Versilia gelegene Lido di Camaiore (wo am 18. Oktober letzten Jahres die zur „18. italienischen Legion" gehörenden Rampazzo und Sedona verhaftet wurden) wird dabei zu einem weiteren operativen Zentrum dieser Provokationen.

Am 27. August 1973 wurden in Lido di Camaiore fünf Genossen der PCI, die am Strand die „Unità" verkauften, von zahlreichen Faschisten angegriffen. Einer der Genossen, Poletti, wird von vier Messerstichen schwer verletzt. In den folgenden Tagen kommt es daraufhin zu einer breiten antifaschistischen Mobilisierung, vor allen in Pisa, das ca. 50 km von Lido di Camaiore entfernt ebenfalls in der Toscana liegt. In Pisa wird in dieser Situation eine noch größere Provokation verübt: und zwar von den Fallschirmjägern der „Folgore" („Blitz"), eine der reaktionärsten Sonderabteilungen der italienischen Armee. Zahlreiche Offiziere und Soldaten strömten aus der Kaserne, um Pisa „von den Roten zu säubern". Sie begeben sich gezielt zum Garibaldi-Platz, der ein bekannter Treffpunkt von Genossen ist, und entfalten eine regelrechte Treibjagd, die von den italienischen Genossen als kleines „pronunciamente" (Putsch) bezeichnet wurde: die auf dem Garibaldi-Platz versammelten Genossen wurden brutal zusammengeschlagen, das Café eines Genossen nahezu in Trümmern zerhackt. Alles geschieht unter den Augen der Polizei, die nicht eingreift.

Damit sind wir bei einem der Kernpunkte: die Deckung und Abschirmung der faschistischen Umtriebe durch die Machtorgane des bürgerlichen Staates und seine direkte Mitwirkung dabei.



aus Alfredo Chiappori: Vado l'arresto e torno

Die Deckung und Förderung der faschistischen Umtriebe durch den Staatsapparat

Die linke italienische Tageszeitung „Lotta Continua" berichtete am 17. November letzten Jahres, daß im Frühjahr 1972 im Hotel Baglioni in Florenz ein Treffen zwischen mehreren Faschistenführern und einem Vertreter des Innenministeriums stattfand. Dort wurde demzufolge der Plan diskutiert, Aggressionen in den „roten Gebieten" zu entfesseln. Vor allem die Schlägertrupps von „Avanguardia Nazianale" sollten dazu eingesetzt werden. Als Belohnung sollten die Faschisten die großzügige Geldsumme von 60 Millionen Lire erhalten (nach heutigem Kurs etwa 260 000 DM, damals noch reichlich über 300 000 DM). In dieser ganzen Zeit finden noch zahlreiche weitere Treffen auf „hoher Ebene" in Lido di Camaiore und dem nahegelegenen Torre del Lago statt, woran u.a. der MSI-Chef Almirante, der MSI-Abgeordnete Niccolai und der „ausgediente" (?) Admiral Birindelli teilnehmen. Koordinator für die faschistischen Aktionen in diesem Gebiet ist dabei Niccolai, der nebenbei bemerkt ein enger Freund von Porta-Casucci ist. Am 23. August, vier Tage vor dem Angriff auf die PCI-Genossen, findet unter Anwesenheit von Almirante ein „Arbeitsabendessen" in der dortigen Pension Libia statt. Nach der Provokation vom 27. August werden diese Zusammenkünfte häufiger.

Ähnliche Treffen finden auch andernorts statt. Beispielsweise im August 73 ein Treffen zwischen Faschistenführern und Armeeoffizieren (die eigens mit einem Flugzeug gekommen waren) in einem Lokal in Versilia. Beispielsweise ein Treffen zwischen Faschistenführern, Angehörigen der Fallschirmjägerkorps, der „baschi neri" (eine andere Sondereinheit der Armee) und Offizieren anderer Abteilungen im Hotel S. Giorgio in La Spezia (Region Liguria, wo in der Nähe in Ortonovo die Mordpläne in der Arztvilla von Porta-Casucci gefunden wurden). Bei diesem Treffen soll darüber verhandelt worden sein, Einrichtungen der Armee für militärische Ausbildungen der Faschisten zur Verfügung zu stellen. Es ist seit längerem bekannt und wurde mehrfach enthüllt, daß die Faschisten in Italien mehrere eigene militärische Ausbildungslager unterhalten, dessen Material (Waffen, Lastwagen, Zelte usw.) aus Beständen der italienischen Armee kommt.

Einige aufschlußreiche Verbindungen der Faschisten konnten kürzlich enthüllt werden. Mitte November vergangenen Jahres fand jemand in Padua das Notizbuch eines aus Rovigo stammenden und in Padua wohnenden Faschistenführers und gab es im Büro der PCI ab. In diesem Buch fanden sich u.a. die Namen und Adressen von:

- dem Generalkommandanten der Carabinierie (eine Art Berietschaftspolizei);
- einem Oberst des NATO-Kommandos in Neapel;
- vom ehemaligen SS-Obersturmbannführer Otto Skorzeny, der 1943 den abgesetzten Mussolini aus seiner Überwachung auf dem Gran Sasso befreite, damit dieser wieder an die Spitze des faschistischen Regimes treten und die Fortführung des Krieges an der Seite des Nazi-Reichs befehlen konnte (Italien hatte vier Tage zuvor, am 8. September 1943, bereits ein separates Waffenstillstandsabkommen mit den Westmächten geschlossen); Skorzeny wohnt heute in Spanien in Madrid;
- von mehreren Agenten des griechischen Geheimdienstes KYP; u.a. von Constantin Plevris (Organisator von Faschistenreisen nach Griechenland zur militärischen Ausbildung, verantwortlicher Verbindungsmann zur Organisation „regimetreuer" griechischer Studenten in Italien, ESESI, Kontaktreisender zu verschiedenen faschistischen Organisationen in anderen westeuropäischen Ländern, wie „Ordre Nouveau", „Occident" und „Jeunesse de la nuit" in Frankreich, „Jeune Europe" in Belgien und „Nation Europa" in Westdeutschland) und dem Botschafter Pompuras;
- von den christdemokratischen Abgeordneten Bartolo Ciccardine und Maria Pia del Canton und von anderen Funktionären der italienischen Christdemokratie;
- von einem Offizier des italienischen Geheimdienstes SID.

Das Notizbuch enthält desweiteren genaue Angaben über eine Dokumentation des italienischen Geheimdienstes.

Ein Beispiel dafür, wie die Staatsorgane die Tätigkeiten der Faschisten decken, ist der „Fall" Molino. Saverio Molino war von 1968 bis 1969 Chef der Politischen Abteilung der Polizei von Padua. Seit dem April 68 führte er die Untersuchungen über eine Reihe von Attentaten, die zwölf Monate lang in Padua wüteten. Angeblich weil er „nichts entdeckt" hat, wird die Untersuchung ab April 1969 von Pasquale Juliano, dem Chef Squadra Mobile weitergeführt und Molino wechselt an die gleiche Stelle nach Trento über. Tatsache ist, daß Molino eine ganze Reihe von Hinweisen „entdeckt" hat, die die Faschisten belasten, und die entweder von ihm selbst oder teilweise auch „höheren Orts" in den Safe zur Nichtverfolgung gelegt wurden:

1. Während einer Hausdurchsuchung bei dem nun verhafteten Partisanenmörder Eugenio Rizzato fand Molino 1969 einen Plan für einen faschistischen Putsch, der ungefähr dersere ist wie der jetzt bei Porta-Casucci gefundene.
2. Molino ließ die Telefongespräche des Rechtsanwalts Freda abhören, der einer der Hauptschuldigen des späteren (12. Dez. 69) Mailänder Blutbads an der Piazza Fontana ist, bei dem 16 Menschen getötet und 90 zum Teil schwer verletzt wurden. Molino behauptete jedoch, daß es sich nicht lohnen würde, die auf Tonband aufgezeichneten Telefongespräche zur Auswertung abzuschreiben. Als sie dann aber endlich an den Richter Stiz übergeben werden mußten, stellte sich heraus, daß sie die Gespräche von Freda über die Zeitzünder der Faschisten-Bomben enthielten und die Gespräche über die am 18. April 1969 von den Faschisten abgehaltene Versammlung



Forts. Blutbad des Staates

in Padua, wo über die Anfertigung des Bombenplans gesprochen wurde.- Richter Stiz, der „allzusehr" in Richtung der Faschisten ermittelt hatte, wurde übrigens später vom Strafgericht ans Zivilgericht versetzt, wo er sich jetzt nur noch mit Ehe- und Grundstücksstreitigkeiten usw. herumschlagen darf.

3. Molino ließ die Anzeige der Verkäuferin eines Ledergeschäfts in Padua einfach „unbeachtet". Die Verkäuferin sagte aus, daß in ihrem Geschäft die Taschen gekauft wurden, in denen die Bomben von der Piazza Fontana explodierten.

Molino hat jetzt, am vergangenen 19. November einen Brief an die Staatsanwaltschaft von Padua geschickt, in dem er sich von der öffentlich erhobenen Beschuldigung der Vertuschung der „schwarzen Spur" reinzuwaschen versucht. In diesem



Italien sagt NEIN zum Faschismus

aus ARBEITERKAMPF Nr. 17/April 1972

Italien sagt NEIN zum Faschismus

aus ARBEITERKAMPF Nr. 17/April 1972

Brief schreibt er:

„Sofort nach der Hausdurchsuchung bei Rizzato wurde an das Innenministerium und zur Kenntnis auch der Polizeibehörden von Como und Venezia ein von mir selbst verfaßter Bericht geschickt. Darin wurde die Gestalt von Rizzato beschrieben, Nachricht über den Fund der Pistole gegeben, und es wurden detailliert alle bei Rizzato gefundenen Dokumente beschrieben, deren Fotokopien beigelegt wurden."

Desweiteren will er auch Berichte über die Anzeige der Taschenverkäuferin geschickt haben, und zwar je einen an die Politische Polizei in Mailand, an die Politische Polizei in Rom und an das Büro für „geheimzuhaltende Angelegenheiten" („affari riservati") des Innenministeriums.

Diese Behauptungen werden wahrscheinlich sogar stimmen – aber sie widerlegen natürlich nicht, daß Molino die Faschistenspur tatsächlich nicht verfolgt und gegen die Faschisten nicht eingeschritten ist. Was aber wichtiger ist: sie zeigen, daß es sich hier nicht nur um einen Komplott „unterer oder mittlerer Dienstgrade" mit den Faschisten handelt, sondern daß die höchsten Stellen des Staatsapparats letztendlich dahinterstehen und die Anweisungen zur Deckung der Faschisten geben.

Der Nachfolger von Molino an der Spitze der Politischen Polizei von Padua, Pasquale Juliano, ist übrigens wohl nicht mit besonderem Geschick von seinen vorgesetzten Dienststellen ausgewählt worden: Juliano hatte nach einer zügigen Untersuchung festgestellt, daß die faschistischen Terroristen unter Führung von Massimiliano Fachini (rechte Hand von Freda) für die Bombenattentate verantwortlich sind, und er berichtete, daß „eine noch gefährlichere Zelle im Veneto existiert, die von gewissen Freda und Ventura geleitet wird". Das alles noch vor dem Mailänder Blutbad vom 12. Dezember – und man hätte die faschistischen Umtriebe also stoppen können ..., wenn der Staatsapparat die faschistischen Bombenanschläge nicht gewollt (mitgeplant) und gebraucht (ausgenutzt) hätte, um sie den „Anarchisten" anlasten zu können und darauf seine ganze „Strategie der Spannung", die Verfolgungsjagd gegen die Linken und die Repression gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse, zu kochen. Gestoppt wurde etwas anderes, nämlich der Polizeichef Juliano, der offensichtlich seine Funktion „nicht richtig verstanden" und „zu eifrig" nach rechts anstatt nach links ermittelt hatte: er wurde von vorgesetzter Stelle des „Mißbrauchs von Untersuchungsmitteln" angeklagt, seines Amtes enthoben und ein Prozeß gegen ihn eingeleitet.

Molino hat sich dagegen in Trento offensichtlich besser bewährt im Sinne seiner kapitalistischen Brötchengeber: als 1970/71 mehrere Attentate und Attentatsversuche in Trento stattfanden (u.a. Bomben in drei Kinos, zwei Tritolladungen an der Universität und ein Attentat gegen ein Widerstandsdenkmal) „entdeckt" er „wieder nichts", obwohl die Attentäter und Bombenleger aus dem faschistischen Lager allgemein bekannt sind und „Lotta Continua" es sogar gelungen ist, deren Namen zu ermitteln und sie zu veröffentlichen.

Das teilweise „Nicht-Funktionieren" von Polizeioffizieren (wie z.B. Juliano) hängt nun nicht etwa damit zusammen, daß es im Staatsapparat viele tatsächlich fortschrittliche und antifaschistische Beamte gäbe – schon gar nicht in solch wichtigen Funktionen wie es die eines Chefs der Politischen Polizei ist. Vielmehr hängt dieses „Nicht-Funktionieren" damit zusammen, daß die Bourgeoisie und ihr Staat besonders bei einer Zuspitzung der Klassenkämpfe in verschiedenen Situationen und unter verschiedenen Bedingungen eine jeweils unterschiedliche Taktik in ihrer Politik gegenüber der Arbeiterklasse einschlagen. Konkret sieht es zur Zeit so aus: Infolge einer selbständigen und guten politischen Enthüllungsarbeit der revolutionären Linken ist das Komplott des Staatsapparats mit den faschistischen Terroristen und deren kapitalistische Geldgeber für größere Teile des Volkes sichtbar geworden und es hat sich eine relativ breite antifaschistische Bewegung entwickelt, die gerade auch von wichtigen Teilen der Arbeiterklasse getragen wird. Die Regierung (gegenwärtig eine sog. „Mitte-Links-Regierung", d.h. Christdemokraten und „Sozialisten" mit einigen kleineren Parteien) versucht sich nun den Schein eines Kampfes auch gegen die Faschisten zu verleihen, um dieser Bewegung die Stoßkraft zu nehmen, bzw. sie an der weiteren und klareren Entwicklung dieser Stoßkraft zu hindern und sie zurückzuwerfen. Deshalb läßt sie in beschränktem Umfang „Untersuchungen und Maßnahmen" gegen die Faschisten zu – und dabei „passiert" es, daß im Polizei- und Justizapparat unterschiedliche Auffassungen darüber auftauchen, wieweit man gehen muß, damit die Arbeiterklasse auch an die „anti-faschistische Haltung" der Kapitalisten und ihres Staates glaubt – und wieweit man nur gehen darf, damit die „Untersuchungen und Maßnahmen" gegen die Faschisten nicht in ihr von der Regierung ungewolltes Gegenteil umschlagen und der Arbeiterklasse größere Klarheit über die faschistische Gefahr verschaffen und zu einem verstärkenden Faktor der Mobilisierung werden. Das ist der tatsächliche und hauptsächliche „Widerspruch", der sich in dieser Frage im Staatsapparat zeigt; – und der teilweise dahin führt, daß die Bourgeoisie einige ihrer eigenen Leute aus dem Verkehr ziehen muß (seien es einerseits die Faschisten, von denen mal der eine oder andere zur Abwechslung hinter Gittern wandert – oder sei es ein Polizeioffizier oder Staatsanwalt, der die Grenzen seiner Befugnisse im Vorgehen gegen die Faschisten nicht eingehalten hat).

Verbindungen zu westdeutschen Faschisten

Kehren wir noch einmal zurück zu den fünf im letzten Oktober verhafteten Faschisten. Über einen von ihnen, den Arzt Porta-Casucci, laufen wichtige Verbindungen zu faschistischen Gruppen in Westdeutschland, vor allem in Bayern.

Porta-Casucci ist nicht nur Mitglied verschiedener faschistischer Gruppen in Italien, sondern darüber hinaus Mitglied westdeutscher Faschistentrupps: der „Deutschen Volksunion" (deren Führer der Faschist Frey, Herausgeber der „Nationalzeitung", ist) und des „Stahlhelm", einer Organisation deutscher Kriegsveteranen. Am 8. September vergangenen Jahres erhielt er als ehemaliger Angehöriger der Nazi-Kriegsmarine eine Medaille von seinen Komplizen in München an die Brust geheftet – dort wo er auch noch gerne, im Äußern wie im Innern, das Hakenkreuz trägt. Aus München, wo er entsprechend häufige Reisen hin unternimmt, kam er laut „L'Espresso" vom 2. Dezember auch mit neuen Anweisungen zurück: Seine westdeutschen Komplizen sollen sich „unzufrieden" mit den Italienern gezeigt haben, weil sie ihre Umtriebe „nicht genügend intensivieren" würden. Daß die italienischen Faschisten sich von ihren westdeutschen Komplizen derartige „Rüffel" gefallen lassen würden, mag zunächst etwas merkwürdig anmuten, da sie ihnen gegenüber zur Zeit ja (noch?) ein ganzes Stück „voraus" sind. Aber nach der Darstellung des „Espresso" erscheint es geradehin so, als ob die westdeutschen Faschisten in gewisser Weise einen führenden ideologischen und theoretischen Einfluß auf die italienischen Rechtsstürmer ausüben. Da fragt sich natürlich, bis wohin, bis zu welchen „politischen Höhen" die Verbindungen zwischen den italienischen und westdeutschen Faschisten auf westdeutscher Seite reichen ...

Wir wollen in diesem Zusammenhang an einen Artikel des CSU-Ideologen Emil Franzel im „Bayernkurier" vom 3.6.72 erinnern. Franzel zeichnete dort zunächst in grellen Farben die „zunehmende Macht der Linken" und gar die Gefahr einer „Sozialistischen Europäischen Gemeinschaft" im Gefolge der Politik der Sozialdemokratie und der Revisionisten auf, um dann die Frage zu stellen: *„Und was steht diesem stärker und stärker werdenden linken Flügel gegenüber? Eine zwar da und dort angeschlagene, aber gerade noch repräsentable Mitte (!) – aber ist ein Körper, dem der rechte Arm (!), ein Vogel, dem der rechte Flügel (!) fehlt, nicht doch eine leicht surealistische Konzeption?"* Franzel plädierte in seinem Artikel dafür, diesen „rechten Flügel" aufzubauen, und zwar in ganz Westeuropa – und dazu soll z.B. auch der italienische MSI gehören: also die Konzeption einer europäischen faschistischen Bewegung, die hier verfochten wurde. Speziell zu Italien versuchte Franzel dann den MSI noch von seinem faschistischen Charakter „reinzuwaschen", und zwar in einer Weise, wo er nicht etwa schönfärbende Lügen über den MSI verbreitete (wie dieser das selbst über sich tut), sondern indem er den italienischen Faschismus unter Mussolini selbst schönfärbte:

„Ganz abgesehen davon, daß die Mussolinimaske auf Almirante (den MSI-Chef; AK-Red.) *nicht paßt, ist sie heute für viele Italiener kein Popanz mehr. Man hat die historische Bedingtheit des Faschismus erkannt, darf es daher wagen, seine Politik und seine Grundsätze sachlich zu kritisieren, ohne ihn verteufeln zu müssen, und man kann auch ruhig auf den vernünftigen Charakter mancher Reformen Mussolinis hinweisen."*

Und weiter heißt es dann noch summa summarum in Franzels Artikel:

„.... es kommt also darauf an, die konservative Ideologie, die einfach die der Erhaltung des Lebens ist, in Politik umzusetzen und der Anomalie ein Ende zu machen, daß es keine politische Rechte, sondern allenfalls (!) eine rechte Mitte gibt."

Voilà: ein westdeutscher Ideologe und Theoretiker des Faschismus mit europäischen Ambitionen!

Desweiteren wollen wir in diesem Zusammenhang an den CSU-Chef F.J. Strauß selbst erinnern – und wer wollte bestreiten, daß dieser über ganz erhebliche „ideologische und theoretische Qualitäten" zur Herrschaftssicherung der Bourgeoisie verfügt? „Besondere Verdienste" hat Strauß sich dabei gerade mit seinen „Europa-Konzeptionen" verdient, an denen er bereits seit vielen Jahren rumfeilt, und worüber er bereits mehrere programmatische Bücher veröffentlicht hat. Wir wollen an dieser Stelle nur kurz einen Absatz aus seinem 1969 herausgegebenen Buch „Herausforderung und Antwort – Ein Programm für Europa" zitieren, aus dem trotz der Kürze und des hier nicht möglich wiederzugebenden Gesamtzusammenhangs schon ziemlich deutlich wird, welch ungeheure Bedeutung Strauß einem politischen Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten für die Erringung einer Weltmachtstellung der westeuropäischen Bourgeoisien beimißt:

„Will man – was zweifellos nötig ist – eine Strategie der ‚Kriegskunst im Frieden' entwickeln, so kann man das nur, wenn man genügend Macht hat. Wo sie dem einzelnen Staat fehlt, muß er sie im Verein mit anderen zu erlangen trachten, mit Ländern, deren strategische Interessen mit den seinen weitgehend identisch sind. Daraus schon ergibt sich die Forderung nach einer politischen Vereinigung Europas, da man von Amerika nur bedingt erwarten darf, daß es seine Konzeption völlig an den europäischen Bedürfnissen ausrichtet, die mit den amerikanischen nur zum Teil identisch sein können." (S. 72)

Es stellt sich demnach die Frage, unter welcher Flagge ein solches „vereinigtes (West-)Europa" Politik betreiben sollte nach der Meinung von Strauß, und welches entsprechend die Kräfte sind, die die Politik dabei steuern sollten (als Kapitän und Offiziere versteht sich, denn der „Reeder" dieses Schiffes steht ohnehin fest: die Kapitalistenklasse). Allgemein ist vielen Arbeitern klar, daß Strauß ein ausgemachter Reaktionär ist – aber welcher Sorte? Sage mir, mit wem du verkehrst, und ich sage dir, wie du heißt!

Bleiben wir beim Thema: bei den italienischen Faschisten, zu denen er offensichtlich gute Verbin-
offensichtlich gute Verbin-
dungen unterhält. Das mögen zwei Tatsachen belegen (natürlich sind wir – gegenwärtig noch – nicht in der Lage, die ganze Konkretheit seiner Verbindungen zu offen faschistischen Organisationen darzulegen). Erstens die Tatsache, daß Strauß Verbindungen zur italienischen faschistischen Zeitschrift „Il Borghese" hat, der er kürzlich ein längeres Interview „gewährte". Zweitens die Tatsache, daß Strauß seine „Europa-Konzeption" auch in italienischer Sprache veröffentlicht hat – und zwar bei Giovanni Volpe in Rom, einem unverhüllt faschistischen Verlag. Volpe selbst ist der Sohn des ehemaligen „Hofhistorikers" von Mussolini und aktives MSI-Mitglied. In seinem Verlag werden auch vorwiegend Bücher von international namhaften Faschisten herausgegeben: z.B. von de Stefani, dem ehemaligen Finanzminister Mussolinis, von Graziani, dem italienischen Oberbefehlshaber im Abessinien-Krieg und Ex-Stabschef der norditalienischen Armee und Kriegsminister unter Mussolini nach 1943, von Gentile, der wesentlich an der Ausarbeitung der Ideologie des faschistischen Staates in Italien mitbeteiligt und unter Mussolini Unterrichtsminister war, von den Ideologen der französischen Rechten La Rochelle, M. Rocca, Bardèche und Saint-Loup usw.

Das ist eine Reihe von Persönlichkeiten, in der wir Strauß nicht für fehl am Platze halten.

Eine Information aus neuerer Zeit ist unseres Erachtens auch nicht uninteressant in diesem Zusammenhang. Der schon häufiger erwähnte „Espresso" berichtete kürzlich von einer „fast gleichzeitigen" Reise von F. J. Strauß und Andreotti, dem Führer des ganz rechten Flügels der italienischen Christdemokraten und vormaligen Ministerpräsidenten, in die USA. „L'Espresso" schreibt, daß diese beiden Herren dort die Bereit-

»

Forts. Blutbad des Staates

schaft ihrer Parteien versichert hätten, in ihren Ländern für eine weitere Rechtsentwicklung zu sorgen. Dabei sind laut „Espresso" auch Pläne diskutiert worden, in der BRD die Brandt-Regierung und in Italien die „Mitte-Links-Regierung" zu stürzen.

Nun, ist es nicht möglich, daß der „Espresso" mit seiner Andeutung recht haben könnte, daß die italienischen Faschisten bei ihren Umtrieben „führende Ideologen und Theoretiker" in Westdeutschland finden könnten?

Wir wollen aber noch kurz einen anderen Punkt der Verbindungen zwischen den italienischen und westdeutschen Faschisten erwähnen: und zwar wo dieses Mal umgekehrt die italienischen Faschisten ihren westdeutschen Komplizen etwas über praktische Erfahrungen zu sagen wußten, oder noch besser: sie darin unterrichteten.

Ein solches Treffen fand bereits am 17. August 1969 in Regensburg statt, die Zusammenkunft einer sog. „Europäischen Revolutionären Front". Hier war auch der Faschistenführer Freda (neben Ventura einer der Hauptschuldigen beim „strage di stato" am 12. Dezember 69 in Mailand usw.) anwesend, und seine Aufgabe war es, einen Vortrag über Infiltration in linke Gruppen zu halten, und dies den außeritalienischen Teilnehmern vorzuschlagen aufgrund der italienischen Erfahrungen. Desweiteren entwarf er dort einige „nützliche Techniken für die Spannungsstrategie".

Was die Infiltration in linke Gruppen und den Aufbau von eigenen „linken" Gruppen anbetrifft, so haben die italienischen Faschisten hier in der Tat reichlich praktische Erfahrungen;–allerdings auch nicht nur „positive", sondern auch einige für sie negative, wo ihre sich einzuschleichen versuchenden Provokateure von den Genossen entlarvt und teilweise nachdrücklich dafür bestraft wurden, wie z.B. Freda selbst, der dies 1968 bei der „PCd'I/ml" versuchte.

Die Aufgabe solcher Faschisten, die in revolutionäre linke Organisationen zu infiltrieren versuchen, ist es zum einen, diese Gruppen und ihre Arbeit auszuspionieren, und zum anderen, die Genossen zu provokatorischen Aktionen zu treiben, die dann den geeigneten Vorwand für den Staatsapparat für eine Hetz- und Verfolgungsjagd gegen die Linken liefern. Die ganze „Geschichte" des „strage di stato" in Italien enthüllt eine Fülle von konkret nachgewiesenen Beispielen dafür. Einer der bekanntesten Fälle in diesem Zusammenhang ist die Figur Mario Merlino, ein Faschist, der z.B. in dem anarchistischen Zirkel „Bakunin" Genossen zur Durchführung eines Sprengstoffanschlags auf eine Fiat-Filiale bewegen wollte und ihnen anbot, über einen Freund (Delle Chiaie, ebenfalls Faschist) einen Lehrgang zur Fabrikation von Sprengkörpern zu organisieren. Gleichzeitig hielt Merlino ständigen Kontakt zu seinen faschistischen „Kameraden" und informierte bei verschiedenen Anlässen die Polizei über von ihm selbst veranlaßte Aktionen der Gruppe.

Mit dem Aufbau pseudo-„revolutionärer" Gruppen versuchen die Faschisten ihre Provokationen unter „sozialistischem" Firmenschild zu verkaufen. Im Zusammenhang mit dem „strage di stato" trat in dieser Weise beispielsweise die von Faschisten aufgebaute „Organizzazione Lotta di Popolo" (OLP = „Organisation Volkskampf") in Erscheinung. Diese Gruppe ist mittlerweile auch in Westdeutschland tätig, wo sie Ende Februar 1973 gemeinsam mit den westdeutschen Faschistengruppen „Deutsche Aktionsgemeinschaft" und „Sozialrevolutionäre Kampfgemeinschaft" die „Aktion Deutscher Sozialismus" (ADS) gegründet hat. Seit März letzten Jahres vertreibt die ADS u.a. in Frankfurt an Verkehrsknotenpunkten und auch vor Betrieben (Farbwerke Frankfurt-Hoechst) ihre Schmierschriften. Dabei werden sowohl in deutscher wie auch in italienischer Sprache (wegen der vielen italienischen Arbeiter in Frankfurt) Parolen geschrieben wie z.B. „Die Inflation marschiert. Die Rechnung bezahlt das Volk!", „Kampf gegen Wucher und Umweltvergiftung!", „Kampf dem russischen und amerikanischen Imperialismus!". Die ADS bezeichnet sich auch als „ein Aktionsbündnis europäischer Nationalrevolutionäre". Sie will „schwerpunktmäßig regionale Basisarbeit" leisten. Hier deutet sich eine Entwicklung an, daß die Faschisten verstärkt mit sozialer (ja mit „sozialistischer") Demagogie auf Rattenfang gehen, vor allem unter Jugendlichen. Nach den Angaben ihres „1. Sekretärs" Lothar Gottlieb hat die ADS „feste Bündnisse" mit anderen Gruppierungen in Bayern und Baden-Württemberg dazu geschlossen; mit Gruppierungen im Rheinland und in Niedersachsen seien sie „im Gespräch". Und weiter Gottlieb: „Im europäischen Rahmen liegt der Schwerpunkt unserer Bemühungen in Italien und Frankreich ..." – was kein Wunder ist, denn dort sind die faschistischen Organisationen gegenwärtig am stärksten und „aktivsten" (Siehe zum Aufbau pseudo-„sozialistischer" Gruppen durch Faschisten auch den in dieser Ausgabe des AK abgedruckten Artikel über den von der NPD-Jugendorganisation aufgebauten RSB in Stade: „Faschisten gehen mit 'linker' Tarnung auf Schülerfang", S.26).



Faschist Porta Casucci

Kapitalisten im Hintergrund

Die Faschisten in Italien verfügen über reichlich Geld, um ihre Aktionen zu finanzieren – und es ist ja auch bekannt, daß der Kapitalist dort nicht knausert, wo es ihm eine Sicherung seiner Herrschaft einbringt.

Bei der Verhaftung der fünfköpfigen Gruppe um Porta-Casucci und De Marchi fiel der Polizei auch eine Spendenliste der „18. italienischen Legion" in die Hände. Die Namen der Spender (es waren alles Tausender- und höhere Beträge, in DM umgerechnet natürlich) werden aber von der Polizei geheimgehalten. Durchgesickert ist jedoch, daß auch der Chemie-Konzern Montedison darauf verzeichnet sein soll.

De Marchi war mit der Organisierung und Finanzierung der Schläger der „Rosa dei Venti" von Padua beauftragt. Kurz vor seiner Verhaftung plauderte er gegenüber Journalisten aus, daß diese Gruppe (allein diese) über fünf bis sechs Milliarden Lire verfügt (das sind umgerechnet rund 22 bis 26 Millionen DM!). Die Banken, über die De Marchi die Finanzgeschäfte der Gruppe abwickelte, waren vorwiegend Institute im schweizerischen Lugano (an der schweizerisch-italienischen Grenze): Banco di Roma, Banca delle Province Lombarde, Istituto Bancario Italiano und Banca Girardi aus Philadelphia.

Durch eine Dokumentation der Zeitschrift „Il mondo" kam einiges Licht in die Finanzstützen der italienischen Faschisten: daraus geht hervor, daß für die finanzielle Deckung der Putschpläne wesentlich eine Koalition von Reeder-Kapitalisten sorgte, an deren Spitze die Cameli-Gruppe aus Genua steht. Der mit am häufigsten in diesem Zusammenhang auftauchende Name ist der des Reeders Efisio Cao (dessen Bruder Roberto Cao bereits in der Untersuchung der revolutionären Linken über das „strage di stato" als Agent des Alt-Faschistenführers Borghese angeklagt wurde). Cao ist Generaldirektor der staatseigenen Kreditanstalt IMI (Istituto Mobiliare Italiano), und seine Macht bei der Verwaltung der öffentlichen Gelder ist beinahe unbegrenzt. Mehrere Milliarden Lire hat er davon für andere Reedergruppen und für von ihm selbst geleitete Gesellschaften abgezweigt. Unter anderem gründete Cao in der Vergangenheit durch den Credito Navale (Schiffskreditinstitut, Teil der IMI) eine unter faschistischer Führung stehende gelbe Gewerkschaft, die SNADI. Der rechte Arm dieses großzügigen Verwalters von öffentlichen Geldern ist übrigens der Ingenieur Fedelini, ein Vertrauter des Faschisten Borghese.

Die Kapitalistenbrüder Alberto und Sebastiano Cameli sind offensichtlich selbst Strohmänner von Agnelli, dem Boß des Fiat-Autokonzerns: Die beiden Camelis stammen aus einer aristokratischen Familie in Genua und wurden plötzlich Reeder, als Fiat die Aktien der Gruben in Goa aufkaufte. Gemeinsam mit der Agnelli gehörenden IFI rüstet die Cameli-Gruppe seitdem Schiffe aus. Ebenfalls gemeinsam mit Agnelli bauen sie jetzt in Melilli auf Sizilien eine der größten Affinerien (Werk, wo Metall aus Legierungen ausgeschieden wird) in Italien. Die Finanzierungen der Cameli-Geschäfte laufen über das eben erwähnte Credito Navale der IMI, dessen Präsident Efisio Cao ist. „L'Espresso" berichtete darüber hinaus in einem Artikel, daß auch der Chemie-Konzern Montedison hinter der Cameli-Gruppe steht.

Weitere Hauptrollen bei der Finanzierung der Faschisten sollen laut „Lotta Continua" der Zementkapitalist Pesenti und der Erdölkapitalist Monti spielen. Desweiteren werden beispielsweise genannt: Riccardo Garrone (ebenfalls Erdölkapitalist), Giacomo Berrino (Bauunternehmer), Logorio Serrà (Großgrundbesitzer), der Industrielle Guido Canale und hohe Regierungsfunktionäre wie Francesco Catanoso.

Eine weitere wichtige Figur ist der Präsident des Rüstungsbetriebes OTO-Melara, Gustavo Stefanini, der Mitglied der christdemokratischen Partei ist. In seiner Villa in Lerici in der Nähe von La Spezia fanden nach den Berichten von „Lotta Continua" häufigere Zusammenkünfte über die Faschisten-Finanzierung statt, an denen auch „ein großer Reeder" und ein hoher Armeeoffizier, General Munaxhò, teilnahmen. Stefanini selbst soll auch (ebenso wie Cameli) die für die Putschpläne bestimmten Gelder in der Banca Bertolli in Lucca (in der Nähe von Pisa) hinterlegt haben.

Vor seiner (nunmehr beendeten?) Auswanderung nach Spanien wurden von Borghese Finanzierungsreisen unternommen. Über einige der dabei stattgefundenen Zusammenkünfte (und zwar in der Zeit vom April bis Juni 1969 in Genua) soll sogar ein geheimgehaltener Bericht des italienischen Geheimdienstes SID (Servizio Informazioni Difese) vorliegen. Neben den Cameli-Brüdern nahmen u.a. auch Giacomo Cambiaso, Präsident der „Sicula ligure" (Schiffslieferungen), und Sacha Courir, ein ehemaliger Fallschirmjäger und heutiger Schiffsversicherer, der an den größten Reeder Genuas gebunden ist, daran teil.

Über die Kontakte Camelis zu den Faschisten der „18. italienischen Legion" und der „Rosa dei Venti" wurde desweiteren bekannt, daß er im Sommer letzten Jahres mit seiner Yacht häufiger nach Finmaretta (Toscana) fuhr, dort neben dem Boot von Porta-Casucci anlegte und mit diesem und anderen seiner Komplizen zusammentraf.

Aus weiter zurückliegender Zeit ist ein anderer Lichtstrahl in die Faschisten-Finanzierung gefallen: Ventura, der tief in das „strage di stato" verwickelt ist, erhielt 1970 (kurz nach dem Blutbad, das im Dezember 1969 stattfand) eine Summe von sechs Millionen Lire (nach heutigem Kurs etwa 26.000 DM) über Domenico Grosso aus Genua, Inhaber der GMP, einer „Industrie für Erdölanlagen". Nach allem Anschein ist die GMP aber nur ein Tarnunternehmen, über das die Faschisten einen Teil ihrer Finanzgeschäfte abwickeln. „Lotta Continua" spekulierte über eine mögliche Herkunft dieser Abkürzung: Grosso, Massari (ein mit Freda und Ventura verbundener Verleger aus Padua), Porta-Casucci.

Langfristige Interessen der Bourgeoisie leiten die Putschvorbereitungen

Nach dem Fund der Mord- und Putschlisten im Oktober letzten Jahres in Ortonovo sind Schritt um Schritt eine Fülle von Enthüllungen zu Tage befördert worden, die zusammen mit den bereits bekannten Tatsachen aus der zurückliegenden Zeit aufzeigen, in welchem Maße die Faschisten in Italien, gedeckt und unterstützt durch den Staatsapparat und finanziert durch Kapitalisten, an der Herbeiführung eines Staatsstreiches arbeiten. Aber der größte Teil dieses Geflechts liegt weiterhin im Dunkeln und das betrifft vor allem die Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat selbst.

Die Rolle der faschistischen Terrorgruppen innerhalb dieser Bestrebungen ist mehrseitig:

Zum einen soll durch ihre Aktionen ein Zustand der allgemeinen Unsicherheit und der Angst in der Bevölkerung hervorgerufen werden, die eine Stimmung entstehen läßt, daß es „so nicht weitergeht" und ein „stärkerer Staat" her muß. Diese „Spannungsstrategie" wird seit langem betrieben – wie sich aber heute zeigt, war das Mailänder Blutbad vom 12. Dezember 1969 nicht nur (und wohl auch nicht einmal in erster Linie) ein „Höhepunkt" dieser faschistischen Spannungs-Strategie, sondern es war gleichzeitig der Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung. Es sollte nicht dabei bleiben, die zu der Zeit laufenden großen Tarifkämpfe der Arbeiterklasse durch Verbreitung von Angst und Schrecken vor den Linken (denen dieses Blutbad und andere Bombenattentate der Faschisten ja angelastet wurden) abzuwiegeln und zu brechen, sondern die Kapitalisten und ihre Terrorgehilfen hatten schon damals weit mehr auf dem Zettel. Gegenwärtig haben die Faschisten ihre „Spannungs-Strategie" noch um vieles intensiviert. Seit Oktober/November letzten Jahres haben sie eine rege kriminelle Tätigkeit vor allem im Norden Italiens entfaltet, um Unsicherheit und Sehnsucht der Bevölkerung nach „Ruhe und Ordnung" zu verbreiten. In der Lombardei finden mittlerweise mindestens zwei Raubüberfälle pro Tag statt und in der Toscana einer. In Piemonte und im Veneto haben solche kriminellen Überfälle ebenfalls ein erschreckendes Ausmaß erreicht. Dazu zählen auch enorm angestiegene Zahl der Entführungen und der damit verbundenen Erpressungen. Die Täter sind in den meisten dieser Fälle Faschisten – junge Männer „aus guten Familien" (vor allem aus den bürgerlichen Vierteln Mailands), die sich dann als Mitglieder der „Avanguardia Nazionale" und anderer rechtsextremistischer Organisationen erweisen (mit den Raubüberfällen und Erpressungen versuchen die Faschisten darüber hinaus, neben ihrer Finanzierung durch Kapitalisten, an Geld heranzukommen). Zu einem hauptsächlichen „Tätigkeitsfeld" der Faschisten sind inzwischen die Schulen geworden. Besonders in Liguria, in der Toscana und im Veneto treten seit einiger Zeit die „camicie verdi" („Grünhemden") wieder verstärkt auf.

Zum zweiten übernehmen die faschistischen Organisationen neben der Repression durch den Staatsapparat den direkten terroristischen Kampf gegen die Linken, und dabei vor allem gegen die revolutionäre Linke. So werden in der letzten Zeit immer häufiger Genossen von Faschistentrupps überfallen, zusammengeschlagen, niedergestochen und teilweise auch ermordet. Im ARBEITERKAMPF Nr. 36 (November 73) haben wir dazu exemplarisch von mehreren derartigen Fällen der letzten Zeit berichtet.

Zum dritten tragen die faschistischen Organisationen einen Teil der Vorbereitungen für einen Putsch innerhalb von Polizei, Militär und Justiz. Sie durchsetzen den Staatsapparat schrittweise mit einer offen faschistischen Ideologie und werden von hohen Offizieren, Polizeifunktionären, Geheimdienstleuten usw. zur Ausarbeitung der Pläne für eine offen brutale Unterdrückung der Arbeiterklasse mit herangezogen. Es sind in diesem Zusammenhang auch Hinweise darüber aufgetaucht, daß die Namen, die auf den in Ortonovo gefundenen Mordlisten der „18. italienischen Legion" standen, aus den Listen des Geheimdienstes Sifar stammen. Derartige Listen werden vom italienischen Geheimdienst seit Kriegsende zusammengeschrieben und ständig auf den „neuesten Stand" gebracht.

Die Rolle der faschistischen Organisationen bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse ist also bedeutend. Darüber, wie weit ihre Aktivitäten und Verbindungen bereits in die Armee hineinreichen, um wesentlich an der Ausrichtung des Militärs auf die Durchführung eines möglichen Staatsstreichs mitzuwirken, wurde in den letzten Wochen ebenfalls weiteres bekannt.

Im Rahmen der Untersuchungen über die „Rosa dei Venti" wurden Mitte Januar der Oberleutnant Amos Spiazzi und kurz darauf (am 20. Januar) der Oberst Angelo Dominioni verhaftet. Staatsanwalt Fais, der die Untersuchung darüber führt, versucht die Verbindungen der Faschisten in der Armee natürlich auf „vier oder fünf schwarze Schafe" zu begrenzen. Hingegen ist es aber so, daß man Spiazzi und Dominioni nur als exemplarisch für einen heute schon nicht mehr zahlenmäßig auszumachenden Teil des italienischen Offiziers- und Unteroffizierskörpers nehmen muß.

Spiazzi hat mit faschistischen Organisationen (vor allem „Ordine Nuovo") gemeinsam Anti-Guerilla-Übungen und Ausbildungen in paramilitärischen Lagern organisiert und auch die entsprechenden Waffen dafür besorgt. In seiner Artillerieabteilung in der Kaserne „Duca" in Vero-

➔

Forts. Blutbad des Staates

na (Region Veneto) ist er „Offizier I", d.h. er ist dort für den „Informationsdienst" zuständig. Das „Ufficio Informazioni" („Informationsbüro") einer Armeeabteilung arbeitet natürlich aufs engste mit dem Geheimdienst SID und den Carabinieri (eine Art Bereitschaftspolizei) zusammen. Daß Spiazzi diese Funktion als „Offizier I" ausübt, ist zunächst von den Ermittlungsbehörden geheimgehalten worden, wurde dann aber von „Lotta Continua" enthüllt und später auch von der bürgerlichen Presse bestätigt.

Über den anderen verhafteten Offizier, Dominioni, wurde bekannt, daß er vor ca. drei Monaten an einem geheimen Treffen in Biadena (Region Emilia, bei Modena) teilgenommen hat. Dort wurde über die Bildung faschistischer Zellen innerhalb der Armee gesprochen, die eine blitzartige militärische Terrorwelle (wie in Chile) organisieren sollen, falls es einen antiputschistischen Widerstand in der „Stunde X" geben wird.

An diesem Treffen hat auch der Brigadegeneral Francesco Nardella teilgenommen, gegen den auch ein Haftbefehl ausgefüllt wurde – nachdem er sich vorher „an einen unbekannten Ort" abgesetzt hat. Nardella hat lange Zeit dem „Circolo Ufficiali" in Verona als Präsident vorgestanden, wo sich vor allem hohe Nato-Offiziere aus verschiedenen Ländern die Hand reichten. Verona ist ein wichtiger Nato-Stützpunkt in Italien, und es ist bestimmt nicht zufällig, daß die Faschisten u.a. gerade hier ihre Verbindungen zur Armee aufbauten. Nardella selbst hat auch längere Zeit den „Militärdistrikt Verona" als Kommandant befehligt – und er war Vorsitzender des Büros „Psychologische Kriegsführung", bevor der Vorsitz dann von dem erwähnten Dominioni übernommen wurde.

Die „Rosa dei Venti" arbeitet bereits seit mehreren Jahren in der Armee, wahrscheinlich seit 1965/66. Zu jener Zeit bemühte sich gerade der Fallschirmjäger-Oberst Elio Massagrande, unter den Offizieren der italienischen Armee das Buch „Le mani rosse sulle Forze armate" („Die roten Hände über der Wehrmacht") in Umlauf zu bringen. Autor dieses Buches ist Pino Rauti, MSI-Abgeordneter und neben Freda und Ventura der dritte Hauptbelastete des Mailänder Blutbads.

Die „Rosa dei Venti" ist natürlich nicht die einzige Faschisten-Gruppe, die in der Armee arbeitet: es zeigt sich immer mehr, daß bereits ein breites und weit verzweigtes Netz der Faschisten in den Streitkräften existiert – Polizei, Carabinieri und SID mit einbegriffen. Und ebenso Justiz und Staatsbürokratie.

Daß diese Entwicklung im Auftrag und mit Finanzierung der Kapitalisten erfolgt, dafür sind vorhin bereits Beispiele aufgezählt worden. Doch nicht nur die italienische Bourgeoisie steht hier im Hintergrund. Der US-Putschkonzern ITT, der schon die Errichtung der faschistischen Herrschaft in Chile mitorganisiert hat, hat in Italien, wie Anfang Januar bekannt wurde, ein neues Spionagezentrum ausgestattet, im Auftrag der Nato. Dieses Zentrum ist in der Lage, in Rom Tausende von telefonierenden Personen abzuhören. Ebenfalls von der ITT wurden auch die kürzlich entdeckten Abhörzentralen der Carabinieri und der Polizei aufgebaut. Und dies sicher nicht in erster Linie aus dem Grund, weil ITT u.a. durch derartige Aufträge Geld verdient – sondern weil dies nicht nur im Interesse des italienischen Staates und der italienischen Bourgeoisie liegt, sondern auch im Interesse des US-Kapitals. „Lotta Continua" schreibt dazu am 8. Januar: **„Aus dieser täglich gewordenen Fülle an massenhaften Spionagetätigkeiten, die von den verschiedenen Zentralen der politischen und militärischen Macht geführt werden, wird die Tatsache bestätigt, daß eine allgemeine rege Tätigkeit zur Vorbereitung (oder besser: zur Vervollständigung) von Infrastrukturen im Gange ist, die die technischen Voraussetzungen für einen autoritären Staatsstreich in Italien herbeiführen sollen. In dieser Perspektive muß die progressive Eroberung des Telefonsektors durch die ITT gesehen werden, und daraus auch lassen sich alle geheimen oder offenen polizeilichen Sondermaßnahmen der letzten Zeit erklären."**

Welches Interesse kann die Bourgeoisie an einem faschistischen Putsch in Italien haben?

Die italienische Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren gezeigt, welche enorme Kraft in ihr vorhanden ist – eine Kraft, die die Bourgeoisie zu recht immer mehr fürchtet, die sie vor allem deswegen fürchtet, weil sie ihr bei wachsender politischer Bewußtwerdung und bei revolutionärer Organisierung den Garaus machen wird. Das ist heute noch nicht der Fall, aber die Bourgeoisie handelt auch nicht „aus dem Augenblick heraus", sondern läßt sich von ihrem langfristigen politischen und ökonomischen Interesse leiten – das genau hat sie der Arbeiterbewegung g e g e n w ä r t i g noch voraus. Und um hier das Rad der Geschichte aufzuhalten, d.h. eine Veränderung dieses entscheidenden Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse zu verhindern, entwickelt die Bourgeoisie schon heute die Voraussetzungen einer „faschistischen Lösung".

Die Tatsache, daß auch das US-Kapital und die Nato ihre Hände im Spiel haben (und ebenso z.B. der US-Geheimdienst CIA, der ebenfalls schon seit langem Listen mit Namen von Kommunisten, linken Gewerkschaftern usw. aus allen westeuropäischen Ländern führt), deutet zudem eine noch größere Dimension an.

Der Nahe Osten ist ein wichtiges Einflußgebiet des US-Imperialismus, wo sich auch die imperialistischen Staaten der „(West-) Europäischen Gemeinschaft" immer mehr einschalten. Hier geht es vor allem um Erdöl. In Griechenland und in der Türkei, die dem Nahen Osten gegenüberliegenden Mittelmeerländer, hat der US-Imperialismus bereits faschistische Staatsstreiche organisiert (1967 und 1971). Ebenso bereits 1953 im Iran, der ebenfalls ein wichtiger „strategischer Stützpunkt" des Imperialismus ist (sowohl wegen des Erdöls als auch gegen die Sowjetunion). Italien ist in der Kette der europäischen Mittelmeerländer (wozu ja auch noch Spanien zählt, wo seit 35 Jahren schon der Faschismus herrscht) gewissermaßen noch ein „unsicherer Faktor" für den Imperialismus, bzw. kann bei einer weiteren und bewußteren Entwicklung der Arbeiterbewegung dazu werden.

Für die westdeutschen kommunistischen Organisationen besteht hier die dringende Aufgabe, in der westdeutschen Arbeiterklasse eine Solidarität zu organisieren, um den antifaschistischen Kampf der italienischen Arbeiterklasse und der italienischen Linken zu unterstützen. ■

Letzte Meldung:

Polizeitruppen proben Besetzung von Rom – Armee im Alarmzustand

Die Anzeichen der Putschvorbereitungen in Italien haben nach Fertigstellung unseres in dieser Ausgabe veröffentlichten Artikels weiter zugenommen. Am 30. Januar berichtete auch die bürgerliche Presse in unserem Land darüber.

Seit einigen Tagen finden „außergewöhnliche Überwachungsmaßnahmen" durch die italienischen Streitkräfte statt, wie es in diesen Berichten heißt. Die „Unità" der revisionistischen „KP" Italiens meldete, daß in mehreren Kasernen in Nord- und Süditalien ein „Alarmzustand" bzw. ein „Voralarmzustand" angeordnet wurde. Und die „Welt" schrieb von „hartnäckigen Gerüchten (? !) über angebliche Offiziersappelle und Ausgangssperren in einigen Kasernen Piemonts, der Lombardei, Venetiens, Latiums und Apuliens".

In Rom zogen in der Nacht vom 26. auf den 27. Januar starke Polizeieinheiten, mit automatischen Waffen ausgerüstet, vor alle öffentlichen Gebäude, vor den Sitz der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt RAI/TV und vor die Privatwohnungen zahlreicher Politiker. Offensichtlich blieben die Polizeitruppen dort auch weiterhin postiert. Auf die Fragen der Bevölkerung wurde von den Polizeiposten geantwortet, das diene der „besseren Verkehrskontrolle". Der sozialdemokratische Militärminister Tanassi erklärte dagegen am 28. Januar, daß die „getroffenen Überwachungsmaßnahmen bei den Streitkräften – ebenso wie bei der Polizei und bei den Carabinieri – die Verteidigung militärischer Einrichtungen gegen drohende Terrorakte" zum Ziel hätten.

Das ist das Standardargument, das die sozialdemokratischen Politiker bei der Erprobung und Durchführung von polizeilicher und militärischer Repression gegen die Arbeiterklasse von sich geben – und gleichfalls die Rechtfertigungsformel der Faschisten für einen Staatsstreich. Man denke an Chile, wo die faschistische Militärjunta ihren Putsch vom vergangenen Jahr damit begründete, daß angeblich ein „Putsch der Linken" geplant war, dem sie „zuvorkommen mußte". Man denke daran, wie Hitler seinerzeit den Überfall auf Polen durch einen zuvor von den Nazis selbst inszenierten Angriff auf den Sender Gleiwitz „begründete". Das ist die Sprache der Faschisten, die hier auch vom „Sozialdemokraten" Tanassi benutzt wird, und die nur ein Grund mehr ist, die gegenwärtige Entwicklung in Italien sehr ernst zu nehmen.

Ende vergangenen Jahres fanden bereits im norditalienischen Bergamo große Nachtübungen der Armee statt. Dabei wurden ebenfalls öffentliche Gebäude und die Wohnungen von Gewerkschaftern und einigen Politikern umstellt und abgeriegelt. Mit einer Stoppuhr wurde die dafür erforderliche Zeit gemessen.

Das alles deutet darauf hin, daß die italienische Bourgeoisie mit der G e n e r a l p r o b e des geplanten faschistischen Putsches b e g i n n t. Die Bourgeoisie rüstet zum Krieg gegen die Arbeiterklasse – und das einzige Mittel dagegen ist der unbarmherzige und bedingungslose K r i e g d e r A r b e i t e r k l a s s e g e g e n d i e K a p i t a l i s t e n k l a s s e u n d i h r e n S t a a t. Dafür braucht die italienische Arbeiterklasse s c h o n h e u t e die größtmögliche Unterstützung ihrer Klassenbrüder in allen anderen Ländern.

30.1.74 ■

Gefängnisrevolte in Italien

Im letzten Jahr hat es in Italien wieder Gefängniskämpfe grösseren Ausmaßes gegeben. Mit ihren Protesten wollten die Häftlinge die Öffentlichkeit auf ihre katastrophalen Lebensbedingungen aufmerksam machen.

Wenn sich die Gefängnistore hinter dem Strafgefangenen schließen, verliert er nicht nur seine staatsbürgerlichen Rechte, sondern auch das Recht auf Menschenwürde und Gesundheit. Zur Veranschaulichung seien einige Beispiele genannt:

– G. Brignole: nach 72 Stunden auf dem „letto di contenzione" auf Lebenszeit gelähmt. Bei dieser Strafmaßnahme wird der „aufsässige" Häftling („aufsässig" ist jeder, der sich nicht zu 100% anpassen kann) nackt auf eine Zementpritsche, die in der Mitte ein Loch zur Erledigung dringender Bedürfnisse hat, gebunden und zwar so fest, daß er nicht einmal den Kopf heben kann und gefüttert werden muß. Er darf sich auch nicht waschen, sondern wird einmal am Tag mit dem Gartenschlauch abgespritzt. Diese Roßkur kann je nachdem, wie „hartnäckig" der Fall ist, ein, zwei oder auch drei Monate dauern und hat zur Wirkung, daß der Gefangene drei oder vier Monate braucht (immer vorausgesetzt, daß er sich keine schwere Krankheit geholt hat), um sich physisch und psychisch wieder zu erholen.

– Zanlungo: er starb an Gehirntumor, „behandelt" wurde er mit Isolierhaft wegen „Krankheitssimulierung".

– G. Bertase: obwohl sein Arzt erklärte, daß er an einem Lungenenphysem leidet, wurden ihm die Medikamente, die ihm seine Angehörigen schickten, nicht ausgehändigt. Er starb in Untersuchungshaft; im Untersuchungsgefängnis war er gelandet, weil er eine Krawatte gestohlen hatte.

Das sind nur einige Beispiele (keinesfalls Einzelfälle!), wo das unmenschliche Gefängnissystem zum Tod eines Insassen geführt hat. Fast unüberschaubar sind die Fälle von schweren Gesundheitsschäden, die sich Häftlinge während der Haftzeit zugezogen haben. Bekanntestes Beispiel dafür ist der Anarchist Pietro Valpreda, der beschuldigt wurde, für das Blutbad vom 12. Dezember 1969 in Mailand verantwortlich gewesen zu sein und deshalb drei Jahre (!) lang unschuldig in U-Haft saß (siehe UNSER WEG, „Von Pinelli zu Feltrinelli – Politischer Mord in Italien").

Dazu kommen noch jedes Jahr die Dutzende von Selbstmordfällen in den Gefängnissen – die meisten werden von U-Häftlingen verübt. Die U-Häftlinge machen in Italien 55 bis 60% aller Strafgefangenen aus; 65% von ihnen müssen schließlich freigesprochen werden. Aber bis zu einem Prozeß werden sie meist irrsinnig lang im Ungewissen gelassen (manchmal Jahre). Auch ein Freispruch nutzt ihnen dann nicht mehr viel, weil sie vorher schon kaputt gemacht worden sind. Ihre Gefängnisvergangenheit hat ihnen, ob schuldig (meistens handelt es sich um Kleinigkeiten) oder unschuldig, einen Stempel aufgedrückt. Das Gefängnis bedeutet für sie einen Markstein, wo sie früher oder später wieder hinkommen.

Die Repression innerhalb der Haftanstalten, die die völlige Gefügigkeit, Ausschaltung der Individualität, Denunziantentum etc. beim Häftling bewirken soll, wird nicht nur vom Staat (Gefängnisleitung, Wärter) ausgeübt. Einen Teil des Geschäfts läßt er lieber durch die organisierte Verbrecherwelt („Mafia") besorgen. Diese Leute haben auch im Knast eine privilegierte Stellung inne, sie bekommen – „stillschweigend" natürlich – Geld, Alkohol, Drogen und sogar Waffen. Es ist klar, daß sie aufgrund dieser ihnen zur Verfügung stehenden Mittel das Kommando führen und für massive Einschüchterung anderer Häftlinge sorgen. Auch der Kirche ist ein gebührender Platz im Gefängniswesen eingeräumt; die Kapläne sorgen nicht nur für die regelmäßige Abhaltung von Gottesdiensten, sondern sind auch bei der Ausarbeitung der Gefängnisordnung oder bei der Beurteilung der „guten Führung" eines Gefangenen beteiligt.

Die Forderungen der Häftlinge...

Bei den Protestaktionen der Häftlinge stellte der Hungerstreik das Hauptkampfmittel dar. Teilweise gingen die Gefangenen aber auch so vor, daß sie sich weigerten, in ihre Zellen zurückzukehren, oder sich in ihnen verbarrikadierten. In einigen Fällen organisierten die Angehörigen der Häftlinge stellvertretend für sie Demonstrationen. Da Strafgefangene kaum Kontaktmöglichkeiten zur Aussenwelt haben, war bei den Kämpfen der zentrale und zugleich schwierigste Punkt der, wie man die Öffentlichkeit und andere Strafanstalten erreichen konnte. Der Hungerstreik in der Anstalt Regina Coeli in Rom, wo die Häftlinge besonders ausdauernd und geschlossen kämpften, wurde z.B. folgendermaßen initiiert: Weil der Gefängnisdirektor nicht rechtzeitig vorgewarnt worden war, konnten die Häftlinge im Fernsehen Ausschnitte von einer Gefängnisrevolte in Venedig sehen. Die Folge war, daß sie sich spontan mit dem Kampf ihrer Leidensgenossen solidarisierten und ebenfalls den Hungerstreik beschloss en.

Die Gefängnisinsassen wählten sich Kommissionen, die die Aktionen anleiteten und den Verantwortlichen des Justizministeriums in Anwesenheit von Presseleuten die Forderungen ihrer Mitgefangenen überreichten. Die Hauptforderung, die aus allen Gefängnissen kam, war die Reform des faschistischen Rocco-Strafgesetzbuches und der Gefängnisordnung. Insbesondere wurde die Abschaffung der Rückfälligkeitsstrafe, der Untersuchungshaft und der besonderen Sicherheitsmaßnahmen (damit ist die polizeiliche Überwachung des Strafgefangenen nach Entlassung aus der Anstalt gemeint) gefordert. Weitere Forderungen aus verschiedenen Gefängnissen, die zum größten Teil vom nationalen Anwaltskollektiv für die Verteidigung der Häftlinge zusammengefaßt und dem Justizminister vorgelegt wurden, waren:

– sofortige Nominierung einer Kommission, die die wirklichen Zustände in den italienischen Gefängnissen untersuchen soll, wobei der Kommission fünf Mitglieder des Anwaltskollektivs und zwei Vertreter der nichtrevisionistischen linken Presse angehören sollen



Von Ende September bis Anfang November letzten Jahres lief der erste „Revoltenprozeß" über die Bühne. Gegenstand der Gerichtsverhandlungen war die Gefängnisrevolte von Pescara, die Ende Juli ausgebrochen war. Die Häftlinge von Pescara hatten schon zweimal zuvor, nämlich im April und Mai 1973, versucht, die Öffentlichkeit mit friedlichen Mitteln (Hungerstreik etc.) auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Als sie aber merkten, daß sie nur mit leeren Versprechungen abgespeist wurden, brach eine regelrechte Revolte aus, in deren Verlauf ein Flügel des Gefängnisses in Flammen aufging. Das Urteil für die 50 Angeklagten fiel wider Erwarten ziemlich milde aus: die meisten wurden freigesprochen und vorläufig auf freien Fuß gesetzt, der Rest wurde als „Rädelsführer" für die Sachbeschädigungen verantwortlich gemacht und durchschnittlich zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt (beantragt hatte die Staatsanwaltschaft fünf Jahre). Dieses Urteil kann allerdings kein Grund sein, in euphorische Stimmung zu verfallen, indem es etwa als Ergebnis einer grundlegenden Kräfteverschiebung gewertet wird („Lotta continua": „bittere und peinliche Niederlage der DC und der Faschisten", „aus dieser Schlacht ist der Klassenfeind mit seinen Verbündeten geschlagen hervorgegangen", „wir hatten den Klassenfeind überbewertet, der Felsblock, den er auf das Proletariat geworfen hat, ist auf ihn selbst zurückgefallen"). Das relativ milde Urteil entspricht vielmehr einer bestimmten Taktik der Herrschenden: in Anbetracht dessen, daß zur Zeit des Prozesses bereits neue Gefängniskämpfe entbrannt waren, war es sicherlich klüger, die Stimmung nicht noch durch ein scharfes Urteil anzuheizen. Die Häftlinge haben damit ja nicht ihre Forderungen erfüllt bekommen, sondern sie haben nur erreicht, daß der Kampf für ihre Forderungen – jedenfalls für die meisten von ihnen – nicht zu noch längeren Strafen führt. Andererseits muß aber auch gesehen werden, daß dieses Urteil für die Gefangenen eine gewisse Ermutigung, den Kampf weiterzuführen, darstellte, zumal der Prozeß eine Art Präzedenzfall war, der eine ganze Reihe von Prozessen über die Geschehnisse in anderen Gefängnissen eingeleitet hat.

Forts. Gefängnisrevolte

- mehr Aufenthalt im Freien, besseres Essen
- Verbot von Strafmaßnahmen, wie das vorher erwähnte „letto di contenzione“ oder Transporte in andere Gefängnisse (dazu später noch)
- Abschaffung der Briefzensur
- Möglichkeit regelmäßiger Gespräche mit Journalisten
- umfassendes Informationsrecht, d.h. freier Zugang zu allen Zeitungen, Büchern und Fernsehsendungen
- Versammlungsrecht in allen Gefängnissen
- Einrichtung von inneren Kommissionen, die von den Häftlingen gewählt werden und deren Interessen zu vertreten haben
- Wahlrecht
- sofortige Lohnerhöhung, Angleichung an die Löhne der Arbeiter außerhalb des Gefängnisses (die Gefangenen erhalten nur 14% des üblichen Lohndurchschnitts), Ermöglichung von Arbeit in allen Gefängnissen, Wahl von gewerkschaftlichen Vertretern in die Ausschüsse, die für die Einhaltung der Arbeitsbestimmungen zuständig sind.

Dieser Katalog von Forderungen läßt auf einen fortgeschrittenen politischen Bewußtseinsstand der Gefängnisinsassen schließen. Es ist anzunehmen, daß die politischen Häftlinge (in Haft befindliche Genossen) bei der Aufstellung der Forderungen und insgesamt bei der Diskussion unter den Häftlingen eine wesentliche Rolle gespielt haben.



Häftlinge demonstrieren auf dem Dach des Gefängnisses Ucciardone in Palermo (Sizilien)

... und die Antwort des Staates

Die Antwort des Staates auf die berechtigten Proteste der Häftlinge stellt eine bunte Palette wechselnder Taktik dar: sie ging von Provokationen über Reformversprechen bis zur Planung von Militäreinsatz bei Gefängniskämpfen.

Provokationen erfolgten z.B., indem bestreikte Strafanstalten durch starkes Polizeiaufgebot umstellt wurden, um die ohnehin verbitterten Häftlinge, die jahrelang mit der unterdrückten Wut leben mußten, zu unüberlegten Handlungen herauszufordern. Das hätte den besten Anlaß gegeben, den Kampf der Gefangenen zu diffamieren, bzw. die Vorurteile ihnen gegenüber zu bestärken und sie dazu noch vor die Gerichte schleppen zu können. In den meisten Fällen gelang dies jedoch nicht.

Eine wesentlich feinere Methode war der Versuch, die Häftlinge in ihrer Kampfkraft und Geschlossenheit zu spalten, wobei der Hauptkeil zwischen die Insassen mit langen Haftstrafen und denjenigen, die nur ein paar Monate abzusitzen hatten, getrieben werden sollte. Geschickt appellierte die Gefängnisleitung bei den letzteren an die Vernunft, sie sollten doch nicht so dumm sein und wegen der anderen ein Risiko eingehen; die wollten sie ja nur für ihre Interessen ausnutzen. Als ob bessere Haftbedingungen nicht im Interesse aller wären! Wie aus den obigen Beispielen hervorgeht, reichen auch ein paar Monate, um sich im Gefängnis den Tod zu holen. Zwar war es tatsächlich oft so, daß diejenigen Insassen mit den längsten Strafen die engagiertesten und bewußtesten waren. Das rührt aber von ihrer langen Gefängniserfahrung her.

Das gängigste Mittel, solche Gefangene zu isolieren, die in der Lage waren, die Kämpfe anzuleiten und ihnen eine politische Stoßrichtung zu geben, waren massenhafte Transporte in andere Gefängnisse, meistens in die Provinz. So wurde ein Häftling, der sich im Gefängnis San Vittore in Verona sehr um seine Mitgefangenen bemüht hatte, indem er z.B. mit ihnen über den Sinn der Strafe im bürgerlichen Staat diskutierte, fortlaufend von einer Strafanstalt in die andere gebracht, bis er schließlich in 40 italienischen Gefängnissen zur „persona non grata“ erklärt wurde.

Einsatz von Militär geplant

Daß der Staat sich auch auf eine blutige Niederschlagung zukünftiger Häftlingsrevolten vorbereitet (wie etwa im September 1971 in Attica in den USA, wo Polizisten und Nationalgardisten bei einer Häftlingsrevolte 42 Menschen ermordeten und über 100 verletzten), wurde erst kürzlich enthüllt. Die linke Tageszeitung „il manifesto“ veröffentlichte am 4. September letzten Jahres einen Brief des christ-demokratischen Innenministers Taviani an den Chef des Befehlsstabes des Heeres, Henke. Taviani bezog sich darin auf einen Beschluß des „höchsten Rats der Verteidigung“, wonach geeignete Einheiten der Streitkräfte bei „gewaltsamen Protestaktionen“ in den Gefängnissen eingreifen sollen, „um die Wiederherstellung der Ordnung zu sichern“. Taviani übersandte Henke eine Liste von Städten, in deren Gefängnissen größere Protestaktionen stattgefunden haben. Umgekehrt wollte Taviani in seinem Brief von Henke wissen, welche Heeresabteilungen denn nun über die „geeigneten“ Einheiten zum Einsatz gegen Gefängnisrevolten verfügen.

Der Justizminister Zagari (ein „Sozialist“) versuchte nach Bekanntwerden dieses Briefs in der Öffentlichkeit sogleich alles abzustreiten (ein geschicktes Spiel mit verteilten Rollen) und seine „Reformpläne“ anzupreisen, die allerdings keine wesentliche Änderung der bisherigen Lage in den Gefängnissen beinhalten.

Zur Zeit gehen die Gefängniskämpfe noch weiter. So wird in einer Meldung vom 29. Dezember von Protesten der Gefangenen während der Weihnachtsfeiertage berichtet. In vier Städten (Cagliari, Florenz, Imperia und Pistoia) kehrten die Häftlinge nicht in ihre Zellen zurück, sondern kletterten auf die Dächer, um von dort aus ihre Forderungen zu bekräftigen. In Cagliari gab es dabei einen regelrechten Zusammenstoß zwischen den Gefangenen und der Polizei mit Verletzten auf beiden Seiten. In Florenz sahen sich die Häftlinge gezwungen, vom Dach herunterzusteigen, als sie von der Polizei mit Maschinenpistolen bedroht wurden. ■

"Schwedischer Sozialismus"- Deckmantel für Spionage und Provokation

FORTSCHRITTLICHE JOURNALISTEN VERURTEILT

Im Januar wurden die schwedischen Journalisten Bratt und Gouillou sowie der ehemalige Geheimdienstler Isacson wegen „Spionage“ zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt.

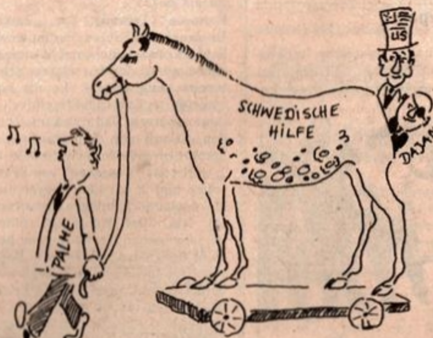
Mit einer Artikel-Reihe in der fortschrittlichen Zeitschrift „Folket i Bild/Kulturfront“ hatten die beiden Journalisten hinter die Kulissen des „schwedischen Sozialismus“ geleuchtet: Sie deckten Aktivitäten eines schwedischen Geheimdienstes namens „Informationsbüro“ (IB) auf. Das IB war 1964 in Zusammenarbeit von Regierung und Militär entstanden, es arbeitet vor allem mit dem US-Geheimdienst CIA und mit dem israelisch-zionistischen „Schin Beth“ eng zusammen. „Folket i Bild/Kulturfront“ deckte u.a. folgende Aktivitäten des IB auf:

- *Spionage für Israel in arabischen Häfen, u.a. in Alexandria;*
- *Einbruch in die ägyptische Botschaft in Stockholm, um Dokumente zu stehlen u.a.;*
- *Einbruch in Büros verschiedener schwedischer anti-imperialistischer Organisationen;*
- *Einschleusung von Spitzeln und Provokateuren vor allem in Solidaritätsorganisationen für Vietnam und Palästina und in marxistisch-leninistische Organisationen, aber auch Bespitzelung von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften;*
- *Zusammenarbeit mit dem CIA bei einer „Übung“, die als Thema einen Überfall auf Finnland hatte.*

Die schwedische Bourgeoisie und ihre sozialdemokratische Regierung waren durch diese Enthüllung völlig bloßgestellt und versuchten, sich wenigstens an den Journalisten und einem ihrer Informanten, dem früheren Geheimdienstler Isacson, zu rächen. Am 23. Oktober letzten Jahres überfiel die Polizei die Räume von „Folket i Bild/Kulturfront“ und „beschlagnahmte“ u.a. das Bild-Archiv der Zeitschrift. Gleichzeitig fanden Polizei-Überfälle auf eine Foto-Agentur und auf die Privatwohnungen der Journalisten statt. Bratt, Gouillou und Isacson wurden festgenommen und mit ihnen ein Fotograf und ein Student, die beide wieder freigelassen wurden.

In Schweden hat sich sowohl gegen die Spionage- und Provokationstätigkeit wie gegen die Unterdrückung der Aufdeckung dieses Skandals eine breite Bewegung entwickelt.

Besonders peinlich muß es für die sozialdemokratische Regierung gewesen sein, daß „Folket i Bild/Kulturfront“ auch die langjährige „Aktivität“ des IB gegen die Demokratische Republik Vietnam aufdeckten. Wenn allgemein der Skandal um das IB die Machenschaften der schwedischen Bourgeoisie aufhellt, so gilt das vor allem für die Tätigkeit gegen die DRV.



Das Trojanische Pferd

Schwedische Bourgeoisie und sozialdemokratische Regierung hatten in der Vergangenheit durch scheinbar „anti-imperialistische“ Gesten wie die Distanzierung vom US-Bombenterror, „Hilfe“ für die DRV, „Hilfe“ für afrikanische Befreiungsbewegungen verblüfft. Nun liegt der Grund für den „anti-imperialistischen“ Eifer offen: Spionage und Provokation, auf eigene Rechnung ebenso wie im Auftrag von US-Imperialismus und Zionismus! ■

ITALIEN:
KLASSENJUSTIZ GEGEN PRESSEFREIHEIT

Die italienische Klassenjustiz hat den ehemaligen Verantwortlichen der kommunistischen Zeitung „Lotta Continua“, Genossen Fulvio Grimaldi, zu zwei Jahren und vier Monaten Haft verurteilt.

Dieses Urteil gründet sich auf verschiedene Artikel, die in der Zeitung erschienen. Die Anklage lautete auf Beleidigung der Streitkräfte, der Behörden und der „Ordnungskräfte“.

„Lotta Continua“ hatte z.B. geschrieben: „In den Kasernen lassen sie uns wie Tiere leben.“ Allein diesen Satz wollte das Gericht mit einem Jahr und acht Monaten bestraft wissen.

Andere Anklagepunkte gründen sich darauf, daß „Lotta Continua“ zu wiederholten Malen die Komplizenschaft zwischen faschistischen Provokateuren und dem bürgerlichen Staat aufdeckte und anprangerte.

Dieses Urteil ist ein weiteres Zeichen der in Italien ebenso wie in der BRD und anderen imperialistischen Staaten vor sich gehenden Faschisierung und Militarisierung, der fortschreitenden Einschränkung bestehender bürgerlich-demokratischer Rechte. ■

„Nieder mit dem japanischen Imperialismus"

Zehn Tage lang bereiste der japanische Premier Tanaka die südostasiatischen Länder Philippinen, Thailand, Singapur, Malaysia und Indonesien. Diese Rundreise, im Auftrage des japanischen Monopolkapitals, wurde zu einem vorher nicht geplanten „Spießrutenlauf": In Bangkok, Kuala Lumpur und Djakarta protestierten Zehntausende von Anti-Imperialisten gegen die Ausplünderung ihrer Völker durch das japanische Großkapital und gegen die Zusammenarbeit der reaktionär-faschistischen Cliquen des eigenen Landes mit dem Imperialismus. Aus den anti-imperialistischen Protestaktionen entwickelten sich regelrechte Straßenschlachten. In Djakarta, der Hauptstadt Indonesiens, gingen Polizei und Militär des faschistischen Regimes mit brutaler Waffengewalt gegen die Demonstranten vor (offizielle Berichte sprechen von mindestens zehn Toten und zig Schwerverletzten!). Die Demonstranten setzten sich gegen diese Überfälle mutig zur Wehr und steckten eine Reihe von Gebäuden (japanische Firmen), sowie Polizei-Stationen und Militär-Fahrzeuge in Brand. Ähnliches ereignete sich in Bangkok, der Hauptstadt Thailands.

Tanaka versuchte nach seiner Rückkehr auf einer Pressekonferenz in Tokio die gegen den japanischen Imperialismus gerichteten Massenkämpfe mit der zynischen Bemerkung herunterzuspielen: „Auch bei uns gefallen sich die akademischen (!) Kinder darin, mit dem Feuer zu spielen." Auf der anderen Seite versuchte dieser Imperialisten-Knecht, die blutigen Zusammenstöße, die seine „Good-Will"-Reise ausgelöst hatte, dem „Unvermögen" seiner Gastgeber anzulasten. Namentlich die (faschistische!) Regierung Indonesiens habe es versäumt, „ihr eigenes Volk vom wahren Charakter der japanisch-indonesischen Wirtschafts-Zusammenarbeit zu unterrichten". Diese Kooperation sei „für Indonesien (!) eine Notwendigkeit und durchaus gewinnbringend (!) !" (lt. FAZ, 19.1.74).

Diese unverschämten Propagandalügen Tanakas können den wahren Charakter des japanischen Imperialismus nicht verschleiern. Im besonderen die Völker Südostasiens erleben gegenwärtig den zweiten Versuch des japanischen Großkapitals (im erbitterten Wettstreit mit dem US-Imperialismus!), die wirtschaftliche und politisch-militärische Vormachtstellung in dieser Region zu erringen. Was das konkret heißt, werden wir im Folgenden zeigen.



Japanische Genossen — „Nieder mit dem Imperialismus"

Japanischer Imperialismus auf dem Vormarsch

Vergleichbar der Entwicklung des westdeutschen Imperialismus, konnten auch die japanischen Kapitalisten mit massiver, allseitiger Unterstützung des US-Imperialismus nach der Niederlage im 2. Weltkrieg wieder ihre wirtschaftliche und politische Ordnung über die Arbeiterklasse errichten.

Es dauerte nicht einmal zehn Jahre (seit der Kapitulation), da wurde mit massiver Förderung der sich neu formierenden Großindustrie mit Nobusuke Kishi ein maßgeblicher Vertreter des alten, faschistischen Regimes zum Ministerpräsidenten gemacht.

Diese Entwicklung, die von den Nachbarländern Japans sehr begründet als bedrohlich empfunden wurde, brachte vor allem auch zum Ausdruck, daß die berüchtigten „Zaibatau" (die im imperialistischen Japan vor 1945 einflußreichsten Großkartelle) sich nach ihrer (von den Yankees) erzwungenen Entflechtung im „Zaikai" (Wirtschaftsclub) neu und auf höherer Stufe organisiert hatten.

Zum 25. Jahrestag des Sieges des chinesischen Volkes im Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression veröffentlichte die chinesische Presse eine längere Einschätzung dieses Formierungsprozesses – wir zitieren daraus die wesentlichsten Passagen:

aus „Peking Rundschau" 8.9.70

Halten wir uns folgende wichtige Tatsachen vor Augen:

1. Einige Finanzmagnaten, einst Drahtzieher des „militärischen Hauptquartiers" der japanischen Faschisten, haben ihre verlorene Position bereits wiedererlangt. In Kollusion mit dem USA-Imperialismus haben sie den Lebensnerv der Wirtschaft und den Staatsapparat Japans aufs neue unter Kontrolle gebracht. Sie haben eine äußerst zentralisierte Rüstungsindustrie mit großem Potential aufgebaut, das System der Militärindustrie wiederhergestellt und die Militarisierung der Volkswirtschaft weiterhin intensiviert, um so eine materielle Grundlage für umfangreiche Aufrüstung und Kriegsvorbereitung zu schaffen.

2. Der japanische Militarismus ist wieder aufgerüstet worden. Die Mitglieder der sogenannten „Selbstverteidigungsgarde", die sich aus Heer, Marine und Luftwaffe zusammensetzt und deren Hauptkraft alte faschistische Militärs bilden, zählen mehr als 280 000, was fast dem Höchststand der Streitkräfte zu gewöhnlichen Zeiten vor dem Krieg entspricht. Überdies gibt es noch Zehntausende „Reserveoffiziere der Selbstverteidigung". In dieser sogenannten „Selbstverteidigungsgarde" machen Offiziere und Unteroffiziere mehr als 50 Prozent aus, so daß ihre Streitkräfte in kurzer Zeit erweitert werden können, wenn der Krieg es erfordert. Inzwischen wird von der reaktionären Regierung Japans ein neuer, noch umfangreicherer Plan zur Aufrüstung ausgearbeitet, das Militärbudget in großem Ausmaß vergrößert, das Schwergewicht auf die Erweiterung der Marine und Luftwaffe zum Einsatz im Ausland gelegt, werden mit allen Kräften moderne Waffen entwickelt und unter dem Aushängeschild „friedlicher Nutzung" energische Vorbereitungen für Kernwaffenrüstung betrieben, in dem Versuch, Japan eine „strategische Offensivmacht" zu verschaffen.

3. Die militaristischen Kräfte haben die militärische und politische Macht in Japan wieder in die Hand genommen. Militaristische Elemente, vertreten von Eisaku Sato, Nobusuke Kishi, Okinori Kaya und ihresgleichen, finden sich überall in militärischen und politischen Organen und in der herrschenden Partei Japans. Mehr als 60 Prozent Sato-Kabinettsmitglieder sind alte faschistische Bürokraten, und fast alle Offiziere höheren Ranges der reaktionären Armee Japans sind frühere faschistische Militärs. Militaristische Organisationen aller Schattierungen sind im ganzen Land gegründet worden.

4. Die herrschende Clique Japans beschleunigt die Faschistisierung des politischen Systems. Allseitig ist der Gewaltapparat des Staates verstärkt worden, faschistische Gesetze sind eines nach dem anderen zusammengebraut und die Bewegungen der japanischen Arbeiter und Studenten brutal unterdrückt worden. Die Polizeigewalt Japans hat die vor dem Krieg bei weitem übertroffen. Im Jahre 1969 wurden in Tokio allein bei zahlreichen Anlässen fast 800 000 reaktionäre Polizisten zur Verhaftung und Unterdrückung der revolutionären Volksmassen aufgeboten. Japan ist im wahrsten Sinne des Wortes zu einem Superpolizeistaat geworden.

5. Das japanische Monopolkapital hat fieberhaft Expansion und Aggression im Ausland betrieben. Es hat seine Klauen von Nordostasien bis nach Südostasien und anderen Gebieten ausgestreckt, plündert rücksichtslos Rohstoffe und Ressourcen unter dem Aushängeschild „wirtschaftlicher Zusammenarbeit" und saugt und beutet die Völker verschiedener Länder dort brutal aus. Der Kapitalexport Japans hat sich in den letzten zehn Jahren auf mehr als Dreifache erhöht und im Jahre 1969 die Summe von 1260 Millionen US-Dollar erreicht. Der Warenexport Japans hat ebenfalls drastisch zugenommen. Im Jahre 1969 betrug der Gesamtwert der Exportwaren für Südostasien 4460 Millionen US-Dollar. In dem vergeblichen Versuch, ihr Kolonialsystem erneut zu errichten, posaunten die japanischen Monopolkapitalgruppen aus, „die Zeit für Neuaufteilung internationaler Ressourcen" sei gekommen, und schrien laut nach „Überschreitung von Staatsgrenzen zwecks freier Entwicklung und freien Wettkampfes im Ausland".

6. Der japanische Militarismus hat offen die zu unserem Territorium gehörige Provinz Taiwan und Korea in seine Einflußsphäre einbezogen. Sato und seinesgleichen zeterten wiederholt anmaßend, Korea „ist für die Sicherheit Japans unentbehrlich", man „darf keineswegs jenseits des Ufers dem Feuer zusehen", Taiwan sei „ein äußerst wichtiger Faktor für die Sicherheit Japans" und „dieser muß man stets eingedenk sein". Dadurch werden die Ambitionen des japanischen Militarismus nach Chinas und Koreas Territorien völlig enthüllt.

7. Die japanischen Militaristen dienen dem USA-Imperialismus aktiv als „Gendarm in Asien" und Sklaven„aufseher" und versuchen damit, wieder über Asien zu herrschen. Sie erweitern die im japanisch-amerikanischen „Sicherheitsvertrag" festgelegte Aggressionssphäre und intensivieren die militärische Kollusion Japans mit Tschiang Kai-schek und Pak Jung Hi. Sie versuchen, auf der Grundlage des „Asiatischen und Pazifischen Rats" ein konterrevolutionäres Bündnis mit Japan als dem „Leiter" zu schließen, wozu sie Marionetten und Lakaien des USA-Imperialismus in Asien anwerben.

8. Die japanischen Militaristen tun ihr Möglichstes, sich Vorwände für Truppenentsendung nach dem Ausland zu schaffen. Sie zeterten, daß sie mit Waffengewalt die „wirtschaftlichen Rechte und Interessen" Japans in Übersee „wahren", die Marine zur „Verteidigung" der Straße von Malakka, des angeblichen „Lebensnervs" von Japan, einsetzen werden. Sie versuchen, unter der Flagge der UNO aggressiv gegen andere Länder vorzugehen.

9. Die herrschende Clique Japans arbeitet energisch an der Schaffung einer konterrevolutionären öffentlichen Meinung für einen Aggressionskrieg, benutzt Filme, Rundfunk, Fernsehen, Bücher und Zeitschriften, um mit allen Kräften die vom japanischen Militarismus entfesselten Aggressionskriege zu beschönigen, verleiht offen faschistischen Kriegsverbrechern, toten sowie noch lebenden, Orden und verherrlicht sie. Sie läßt vor dem zweiten Weltkrieg herausgegebene, den Militarismus propagierende Lehrbücher, das „Infanterie-Ausbildungshandbuch" und das „Taschenbuch für Soldaten" der alten faschistischen Armee in großen Mengen nachdrucken. Sie trichtert dem japanischen Volk solche reaktionären Ansichten wie „Treue zum Kaiser und Vaterlandsliebe", „Der Kaiser über allem" ein, propagiert den Geist des „Samurai-Rittertums" und schürt reaktionäre nationalistische Gefühle an, in dem Versuch, „den geistigen Stützpfeiler" des Militarismus wiederherzustellen.

8. September 1970

Die Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen des „Zaikai" hat ein derartiges Ausmaß angenommen, daß 17 seiner größten Konzerne nahezu a l l e s produzieren und vertreiben – und bereits mehr als 50 (!) Prozent des gesamten japanischen Außenhandels kontrollieren.

Kapitalexport

Wie weit der japanische Imperialismus heute bereits in die südostasiatische Region vorgedrungen ist, läßt sich sehr deutlich an zwei Beispielen zeigen:

Formosa (Taiwan): Die „Zaikai"-Unternehmen bauten hier im wesentlichen Konsumgüter- und Montagebetriebe auf (oder beteiligten sich an bereits bestehenden), die aus Japan eingeführte Teilprodukte einfach zusammensetzen. Dadurch kamen sie in den Genuß von Superprofiten (1. durch horrende Investitionsprämien, 2. durch das „Umgehen" von Schutzzöllen und 3. vor allen Dingen durch die unglaublich billigen Arbeitskräfte). Auf diese Weise kontrollieren die japanischen Großkonzerne heute nicht nur den g e s a m t e n Handel zwischen Japan und Taiwan, sondern darüberhinaus noch 60 (!) Prozent des übrigen Außenhandels von Taiwan.

Südkorea: Die Positionen der japanischen Großindustrie in Südkorea sind nicht weniger fest etabliert. Der „Zaikai" investierte hier über eine Milliarde Dollar, kontrolliert mehr als 50 Prozent (!) des Imports und 40 Prozent des Exports (!!). Bezeichnend ist, daß von Anträgen für Neuinvestitionen für das Jahr 1973 nicht weniger als 99 Prozent (!) vom japanischen Großkapital stammen.

Die Japaner geben mit der Rechten, aber mit der Linken nehmen sie das Doppelte wieder zurück: Ungleicher Handel

Fraglos ist der Export von Kapital (zumeist in Form von Direktinvestitionen) für das japanische Großkapital der entscheidende Hebel zur wirtschaftlichen Expansion und Kontrolle der Länder Südostasiens. Diese Länder sind unverkennbar die Hauptanlagegebiete des „Zaikai" (**wobei faschistische Regimes und Militär-Diktaturen bevorzugt werden!**). 75 Prozent des als „Wirtschaftshilfe" deklarierten Kapitalexports legen die „Gelben Yankees" in dieser Region an, (nur zwei Prozent gehen nach Afrika und etwa sechs Prozent in den Mittleren Osten).

Neben den zunehmenden Anstrengungen der japanischen Imperialisten, die Völker dieser Region durch direkte Investitionen auszupressen und die Länder in ihre Abhängigkeit zu zwingen, ist das ständige und zunehmende Ungleichgewicht im gegenseitigen Handel für die Beziehungen Japans zu den südostasiatischen Ländern charakteristisch.

Die handelspolitische Abhängigkeit der Region von Japan wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß

Indonesien 78,7 %
Thailand 28,2 %
Philippinen 50,2 % und
Malaysia 24,9 %

all seiner Exporte mit Japan abwikkeln muß.

Die Importe dieser Länder sind in ähnlicher Weise mit dem aufstrebenden japanischen Imperialismus verbunden:

Indonesien 25,8 %
Philippinen 41,6 %
Thailand 34,7 % und
Malaysia 20,1 %

Daß angesichts dieser klaren, unbestreitbaren Tatsachen der japanische Ministerpräsident Tanaka (der seinen Wahlkampf direkt von „Zaikai" finanziert bekam!) die amerikanische Werbefirma Burson Marsteller Ltd. in Hongkong beauftragte, eine Kampagne zur „Hebung des japanischen Ansehens" in der südostasiatischen Region zu starten – wundert uns nicht.

Die anti-imperialistischen Kräfte in den Ländern Südostasiens haben mit ihren Protestaktionen anläßlich der Tanaka-Rundreise demonstriert, daß sie die aggressiven Pläne der japanischen Imperialisten durchschaut haben und bereit sind, einer weiteren Ausplünderung und Unterdrückung seitens des Imperialismus kämpferisch entgegenzutreten. Ihnen gilt unsere Solidarität! ■

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Anmerkung: Soweit nicht ausdrücklich angegeben, sind statistisches Material und Zitate dem „Kölner Stadt Anzeiger", vom 22. Januar 1974 entnommen.



Djakarta: Zehntausende demonstrierten gegen den japanischen Imperialismus

Spalterisches Abkommen nach 9 Monaten Kampf der LIP Arbeiter

Am 14. Januar haben die Vertreter des französischen Industrieministeriums und die Führer der Metallfederation der CGT und CFDT ein Abkommen zur Beendigung des „Lip-Konflikts" getroffen. Die Uhrenfabrik Lip im südfranzösischen Besançon war im Juni letzten Jahres von den Arbeitern besetzt und die Produktion in die eigene Hand genommen worden, nachdem Pläne zur „Entflechtung" des Betriebes bekannt geworden waren, die Massenentlassungen und Lohnkürzung bedeutet hätten.

Zwei Monate nach der Produktionsübernahme durch die Arbeiter wurde der Betrieb durch einen massiven Polizeieinsatz von 3.000 Mann der CRS-Spezialgarde geräumt und seitdem von der CRS besetzt gehalten. Die Lip-Arbeiter hatten in Erwartung einer solchen Räumung größere Mengen bereits produzierter Uhren und Teile der Produktionsanlagen in geheimen Lagern außerhalb des Betriebes sichergestellt. Nach der Polizeibesetzung führten sie die Produktion noch für einige Zeit symbolisch in einer Sporthalle von Besancon weiter.

Unterstützt besonders durch kommunistische Gruppen wurde in ganz Frankreich eine breite Solidaritätsbewegung mit dem Kampf der Lip-Arbeiter organisiert. Höhepunkt dieser Solidaritätsbewegung war ein Sternmarsch nach Besançon Ende September vergangenen Jahres, an dem rund 100.000 Menschen teilnahmen.

Die Regierung hatte bereits verschiedene Pläne zur „Lösung des Lip-Konfliktes" vorgelegt, die allerdings bislang alle von den Lip-Arbeitern (und teilweise entgegen dem Einverständnis der Gewerkschaftsführungen) abgelehnt worden waren. Die Regierung hatte sich vor allem geweigert, die Forderung der Lip-Arbeiter anzunehmen, daß k e i n e r entlassen werden darf.

Das jetzt zwischen der Regierung und den Gewerkschaftsführungen getroffene Abkommen sieht folgendes vor:

- ▶ das Gesamtunternehmen soll in Form einer Holding-Gesellschaft erhalten bleiben, wovon der eine Teil aus dem Uhrenbetrieb und der andere Teil aus der schon vorher angegliedert gewesenen Werkzeugmaschinen- und Rüstungsabteilung bestehen soll;
- ▶ der Uhrenbetrieb soll ab Ende März die Produktion schrittweise wieder aufnehmen (die außerhalb von Besançon liegende Werkzeugmaschinenabteilung produziert bereits seit einiger Zeit wieder, nachdem die Lip-Arbeiter dem zugestimmt hatten);
- ▶ die Wiedereinstellung soll ebenfalls entsprechend schrittweise erfolgen:
  in der Rüstungsabteilung sollen sofort 120 Kollegen wieder eingestellt werden (anstatt 210 vor Beginn des Lip-Kampfes);
  in der Uhrenproduktion sollen zunächst ca. 100 Kollegen wieder eingestellt werden, dann bis Ende Juni insgesamt 300 bis 400, um schließlich bis Ende Januar 1975 die Belegschaftsstärke auf 900 aufzustocken (vor Beginn des Kampfes waren knapp 1.000 in der Uhrenproduktion beschäftigt; ungefähr 200 der früheren Belegschaft, vor allem höhere Angestellte, Techniker, Sekretärinnen usw., haben sich bereits im Verlauf des Kampfes eine andere Arbeitsstelle gesucht);
- ▶ für diejenigen, die nicht sofort wieder eingestellt werden, sollen „Überbrückungsgelder", teilweise verbunden mit beruflichen Fortbildungskursen, gezahlt werden (dieser Punkt der Vereinbarung ist relativ verschwommen in den französischen Presseberichten!);
- ▶ die Uhrenproduktion soll in drei Jahren von 520.000 Uhren (Stand vor Beginn des Kampfes) auf eine Million gesteigert werden.

Auf einer Vollversammlung der LIP-Arbeiter u.a. CFDT-Sekretär Piaget (3.v.links) und CGT-Delegierter Mercet (2.v.rechts)

Die Gewerkschaftsführungen von CGT und CFDT haben dieses Abkommen als großen Sieg gefeiert. Die Vollversammlung der Lip-Arbeiter hat sich mit dem Abkommen „prinzipiell einverstanden" erklärt. Die Berichte der bürgerlichen Presse über diese Vollversammlung lassen eine Atmosphäre von Resignation unter den Lip-Arbeitern fühlen: viele haben sich skeptisch über das Abkommen geäußert und die „Möglichkeit einer neuen Falle" angedeutet, dennoch war keine einheitliche Bereitschaft zur Fortführung des Kampfes gegen dieses Abkommen mehr vorhanden. Es ist spürbar, daß die neunmonatige Dauer des Kampfes und die Taktik der Regierung (einerseits heftige Repressionen, andererseits Hinauszögerung) an den Kräften der Lip-Arbeiter gezehrt hat.

Nach unserer Einschätzung ist dieses Abkommen auch keineswegs als Sieg zu werten. Besonders die ausgehandelten Bedingungen der Wiedereinstellung (angeblich laut Mitteilung der Regierung „keine Entlassung") sind ein hinterlistiges Spaltungsmanöver, und sie gehen in keiner Weise über die zuvor noch von den Lip-Arbeitern abgelehnten Regierungsvorschläge hinaus. Die „stufenweise Wiedereinstellung", die sich über den Zeitraum eines ganzen Jahres (!!) erstrecken soll, wird viele Kollegen veranlassen, sich woanders eine neue Arbeitsstelle zu suchen. Der Punkt, daß die nicht sofort eingestellten Kollegen für diese Zeit dennoch ihren Lebensunterhalt bekommen sollen, ist erstens ohnehin sehr verwaschen gehalten, und zweitens bedeutet er zunächst absolut nichts weiter als ein hohles und trügerisches Versprechen, mit dem die Kapitalisten und ihre Regierung noch nie gegeizt haben. Die Vollversammlung der Lip-Arbeiter hat dazu erklärt, daß man über die Einhaltung dieser Versprechen wachsam sein muß. Aber zunächst einmal bedeutet ihr „prinzipielles Einverständnis" mit diesem Abkommen, daß sie den a k t i v e n Kampf einstellen werden, ohne daß sie genügend Sicherheit in der Hand behalten.




Es ist möglich: wir produzieren, wir verkaufen, wir entlohnen uns selbst! (Parole an der Sporthalle in Besancon, die von den LIP-Arbeitern als Informations- und Organisationszentrum benutzt wurde)

Die angekündigte Steigerung der Produktion wird zudem eine Steigerung der Arbeitshetze, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit sich bringen.

Der neunmonatige Kampf bei Lip hat eine große Bedeutung für die Entwicklung der französischen Arbeiterbewegung in revolutionärer Richtung. Dazu zählt nicht nur seine lange Dauer von insgesamt neun Monaten (die seinerzeitige Produktionsübernahme durch die Arbeiter war natürlich nicht der Ausgangspunkt des Kampfes, sondern ihm gingen wichtige Diskussionen, Versammlungen, Streiks, Demonstrationen, Festsetzung leitender Angestellter usw. voraus), sondern auch die unter Beweis gestellte Tatsache, daß die Arbeiter zur eigenständigen Produktionsführung fähig sind, und die im Verlauf des Kampfes entfalteten zahlreichen Aktivitäten wie die Herausgabe eines eigenen wöchentlichen Informationsblattes, die Rundreise von Vertretern der Lip-Arbeiter zu anderen Betrieben, die Mitorganisierung des Sternmarsches, die Aufstellung und Arbeit eines Komitees gegen polizeiliche Repression usw.

Es ist die Frage, wie der gesamte Verlauf des Kampfes als Erfahrung auszuwerten ist. Diese Frage wird die französische kommnnistische Bewegung eindeutig beantworten müssen, um daraus die richtigen Perspektiven für den weiteren Weg der französischen Arbeiterbewegung zu entwikkeln. Langfristig konnte Lip als ein von den Arbeitern geführter Betrieb im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaft und eines kapitalistischen Staates ohnehin nicht bestehen – und die polizeiliche Räumung Mitte August letzten Jahres hatte dies auch sehr schnell klar gemacht. Was damit auch erneut Schiffbruch erlitten hat, ist das trotzkistische Konzept der „Arbeiterkontrolle" und das revisionistische Konzept der „Demokratisierung der Betriebe" im Rahmen der von ihnen proklamierten „Demokratisierung von Staat und Gesellschaft" (beide, Trotzkisten und Revisionisten, sehen sich aber nicht gehindert, ihre untaugliche Medizin weiterhin zu verschreiben).

Lip ist kein sozialistischer Betrieb gewesen und konnte es auch nicht sein. Es ist demzufolge auch einseitig, den Arbeitern in den anderen Betrieben lediglich als Lehre zu präsentieren, sie sollten es „genauso machen, wie bei Lip". Lip hat unseres Erachtens nicht nur gezeigt, welche Kraft heute bereits in der französischen Arbeiterbewegung vorhanden ist (eine Kraft, die ebenso wie die der italienischen Arbeiterklasse das Niveau der westdeutschen Arbeiterbewegung noch weit übersteigt), sondern Lip hat auch die gegenwärtigen Grenzen der französischen Arbeiterbewegung verdeutlicht. Und dies ist für das Erkennen der Aufgaben, vor denen die Kommunisten auch in Frankreich stehen, heute mindestens ebenso wichtig. Es ist eben eine Tatsache, daß die Arbeiterbewegung auch in Frankreich noch unter dem herrschenden Einfluß des Reformismus steht (der seine Heimstatt nicht nur bei den Sozialisten hat, sondern auch bei den Revisionisten der „KPF"), w e n n g l e i c h Lip ein Markstein dafür sein mag, daß es den revolutionären Gruppen in e i n z e l n e n Kämpfen heute gelingt, ein größeres Vertrauen bei den Arbeitern zu erringen. Das kann man weder abstreiten, noch darf man sich davon blenden lassen.

Der Staat verfügt heute über noch ausreichende Mittel, Kämpfe wie bei Lip zu s e i n e n Gunsten zu „lösen". Das ist keine Schicksalsfrage, sondern eine Frage des g e g e n w ä r t i g e n p o l i t i s c h e n K r ä f t e v e r h ä l t n i s s e s, angesichts dessen die Revolutionäre die Frage nach dem richtigen Weg seiner Veränderung stellen müssen. Das Ziel dieses Weges muß der Sturz der kapitalistischen Herrschaft sein (und nicht die tröpfchenweise „Demokratisierung" der Gesellschaft, wie es die Revisionisten propagieren), und der Weg wird nur dann gefunden werden, wenn in der Arbeiterklasse ein klares Bild über Freund und Feind besteht (was die Aufgabe der kommunistischen Presse ist, dies herauszubilden), und wenn sich eine revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse formt, die ihre Fähigkeit zur erfolgreichen Führung des Kampfes p r a k t i s c h unter Beweis stellt. ■

Ein etwas ausführlicherer Artikel zum Verlauf des neunmonatigen Kampfes bei Lip findet sich in der gerade erschienenen Nr. 2 der INTERNATIONALE, Zeitung des KB für den proletarischen Internationalismus (dieser Artikel wurde noch vor Zustandekommen des von den Lip-Arbeitern angenommenen Abkommens geschrieben). Desweiteren enthält diese Ausgabe der INTERNATIONALE noch zwei Artikel über die Ausrichtung des französischen Militärs und der Polizei auf ihren Einsatz gegen die Arbeiterbewegung, die wir der Zeitung „Révolution!" der gleichnamigen französischen kommunistischen Organisation entnommen haben.



Demonstration nach Besancon nach der Polizeibesetzung des LIP-Betriebes am 14. August 1973

Demonstration nach Besancon nach der Polizeibesetzung des LIP-Betriebes am 14. August 1973

Freiheit für Bautista van Shounven!

Von der PCBR (Revolutionäre Brasilianische Kommunistische Partei) erhielten wir einen Aufruf des chilenischen MIR und einen Aufruf der in Paris vertretenen Parteien der chilenischen Linken zugeschickt, mit der Bitte um breite Veröffentlichung in unserem Land.

An die Arbeiterklasse und das Volk

1. Wir erfüllen die Pflicht, die Arbeiter von Chile und die Welt darüber zu informieren, daß BAUTISTA VAN SHOUVEN VASEY, Mitglied der Comision Politica, Berufsrevolutionär, Agitator und Propagandist im Dienste des Volkes, 30-jähriger Arzt, am Donnerstag Nachmittag, den 14. Dezember in der Kirche Capuchinos in der Straße Catedral in Santiago durch die Gorilla-Diktatur verhaftet wurde.

2. Unser Genosse und Freund wurde verhaftet bei Erfüllung seiner Aufgaben; die Verhaftung war ein Zufall. Der MIR geht nicht ins Asyl. Der Rest der Führung des MIR bleibt auf seinem Posten, zur Erfüllung seiner Aufgaben.

3. Jetzt wird BAUTISTA VAN SHOUVEN schon seit mehreren Tagen und Nächten grausamsten Folterungen unterworfen. Er wird physisch fertiggemacht und seine Erschießung und Ermordung durch die Gorilla-Diktatur steht unmittelbar bevor.

4. Die Folterer und Mörder, sie und ihre Chefs, konnten historisch gesehen niemals ihrer Strafe entkommen, sei es in Chile oder in Nürnberg, sei es in Spanien oder in Argentinien.

5. Wir rufen die Arbeiterklasse und das chilenische Volk, die Arbeiter und die revolutionären und wahrhaften Demokraten der Welt auf, die Beendigung der Folterungen an BAUTISTA VAN SHOUVEN zu fordern, seine Erschießung zu verhindern und seine und die Freiheit von allen Gefangenen der Gorilla-Diktatur zu fordern.

FÜR DEN KAMPF UM DIE FREIHEIT IN CHILE

FÜR DIE DURCHSETZUNG EINER 100%-IGEN LOHNANGLEICHUNG AN DIE LEBENSHALTUNGSKOSTEN

DER WIDERSTAND DES VOLKES GEGEN DIE GORILLA-DIKTATUR WIRD SIEGEN

Nationalsekretariat des MIR
20. Dezember 1973

DIE IN PARIS VERTRETENEN POLITISCHEN PARTEIEN CHILES RICHTEN EINEN DRINGENDEN APPELL

- *an die politischen Parteien in Frankreich*
- *an die Arbeiter*
- *an das französische Volk*

damit sie auf die internationale Meinung Druck ausüben, um die faschistische Junta zur Beendigung aller moralischen und physischen Folterungen an BAUTISTA VAN SHOUVEN VASEY zu zwingen, der Mitglied der Politischen Kommission des MIR (Bewegung der revolutionären Linken) ist, Kämpfer im Dienste der Revolution, revolutionärer Führer, der am 14.12. verhaftet wurde, während er in der Illegalität gegen die brutale faschistische Repression kämpfte

- *um seine Erschießung zu verhindern*
- *um seine Befreiung zu fordern;*

FREIHEIT FÜR BAUTISTA VAN SHOUVEN UND ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN ■

PC - PS - MAPU - MOC - IC

Militarismus im Vormarsch

In den vergangenen Ausgaben des ARBEITERKAMPF ist schon häufiger auf die forcierte Militarisierung in Westdeutschland eingegangen worden. Als Kennzeichen dieser Militarisierung wurde festgestellt,

- **die zunehmende ideologische und praktische Ausrichtung der Bundeswehr auf den Bürgerkrieg, auf die blutige Unterdrückung der Arbeiterklasse,**
- **die immer größer werdenden Ausgaben für die Rüstung,**
- **die voranschreitende Ausrichtung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes auf einen Bürgerkrieg,**
- **und der Ausbau militaristischer Organisationen, wie der Reservistenverband, der wohl der wichtigste, aber bei weitem nicht der einzige reaktionäre Soldatenver - band ist.**

Die Militarisierung wird von der Bourgeoisie offensiv und systematisch durchgesetzt.

Um die Militarisierung auf ideologischer Ebene planvoll durchführen zu können, hat das Bonner Kriegsministerium den „Informations- und Pressestab" (IP-Stab) gegründet. Dieser hat die Aufgabe, die militaristische Propaganda in die Truppe und in die Bevölkerung hinein zu tragen. Unter der Leitung des Stabes erscheinen u.a. „Truppenzeitschriften" und Nachrichten für Presse, Funk und Fernsehen.

Der offensiven Militarisierung dienen auch die Bundeswehrhochschulen. Sie sollen einerseits durch das Angebot eines „Studiums" die Zahl der längerdienenden Offiziere erhöhen, andererseits soll eine Kaderelite geschaffen werden, die in der Lage ist, den Militarismus in und außerhalb der Bundeswehr zu verankern.

In diesem Artikel soll die Funktion der Bundeswehrhochschulen und die Aufgaben des „Informations- und Pressestabes" näher untersucht werden.

Bundeswehr-Uni: reaktionäre Kaderschmiede fürs Kapital

Am 1. Oktober 1973 haben die Hochschulen der Bundeswehr in Hamburg und München ihren „Studienbetrieb" aufgenommen. Die Gründung der Hochschulen wurde

Gründung der Hochschulen wurde

erstmals 1971 unter dem sozialdemokratischen Kriegsminister Helmut Schmidt ins Auge gefaßt. Im Auftrag des Bonner Kriegsministeriums erarbeitete eine „Bildungskommission" unter Vorsitz von Prof. Ellwein ein Gutachten zur „Neuordnung der Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr".

„Die Kommission setzte sich bei ihrer Arbeit folgende Ziele:

- *Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr,*
- *Verbesserung der Stellung der Bundeswehr in der Gesellschaft,*
- *Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr."*

(Zitiert nach „Die Bundeswehr" 7/71, S. 309, herausgegeben vom Bundeswehrverband).

Zur Erreichung dieser Ziele sollen die Hochschulen der Bundeswehr beitragen.

In der Hanseaten-Kaserne in Hamburg-Wandsbek studieren bereits 282 „Offiziersstudenten". In München sind es etwa ebenso viele Offiziere. Die Zahl der studierenden Offiziere soll bis 1976 in Hamburg auf 2.100 und in München auf 2.500 erhöht werden.

Studieren können die Offiziere folgende Fachrichtungen:

In Hamburg:
Pädagogik,
Betriebs- und Organisationswissenschaften,
Elektrotechnik,
Maschinenbau,
in München zusätzlich noch:
Informatik,
Bauingenieurswesen mit Vermessungswesen.

„Die Bundeswehrhochschulen stehen offen für Offiziersanwärter, die sich für mindestens zwölf Jahre verpflichten. Nach nur 15monatiger militärischer Ausbildung kann die Elite bei Leutnantsgehalt (über 1000 DM) ihr Studium aufnehmen. Wohnungssorgen werden diese Herren Studenten auch nicht haben, denn sie werden im College leben."
(Zitiert nach „Solidarität" Nr.7, S.6).

„Das Studium muß in seiner Anlage die Bedürfnisse der Bundeswehr berücksichtigen, gleichzeitig durch einen anerkannten berufsqualifizierenden Studienabschluß (Diplom) einen reibungslosen Übergang in das zivile Berufsleben ermöglichen und den Studiengängen an allgemeinen Hochschulen soweit entsprechen, daß später dort ein Weiterstudium möglich wird!"
(Zitiert nach „Die Bundeswehr" 7/71).

Es zeigt sich hier, daß Abiturienten, denen der Weg zur Universität durch den „Numerus Clausus" versperrt ist, durch Bestechung wie Leutnantsgehalt, freies Wohnen, berufsqualifizierender Studienabschluß u.a. für die Bundeswehr gewonnen werden sollen. So hat die Zahl der Bewerbungen für die Offizierslaufbahn in der Bundeswehr 1973 stark zugenommen. **„Die Zahl der Verpflichtungen für mindestens zwölf Jahre hat sich im ersten Halbjahr 1973 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres fast verdoppelt."** (Zitiert nach „WAZ" vom 30.8.73)

„Schon kann Oberst Berthold Greiner von der Offizier-Prüfzentrale in Köln eine Erfolgsmeldung abgeben: ‚Die Aussichten auf ein Studium hat große Wirkung'.

Demagogisch wird von den uniformierten Rattenfängern die allgemeine Ausbildungsmisere für ihre militärischen Pläne ausgenutzt. Demnächst soll eine Werbekampagne anlaufen unter dem Motto: ‚Bei uns können sie in Ruhe studieren.' " (SOLIDARITÄT 7/73)

Über die Ziele der Ausbildung schreiben die Militaristen in der Zeitung „Die Bundeswehr" (7/71) folgendes: *„Die gesellschaftliche und technische Entwicklung erfordert eine wissenschaftliche Ausbildung für den Offizier, ... um*

- *ihn zu wissenschaftlicher Arbeit und zum Erkennen von Problemen zu befähigen;*
- *ihn auf seine komplexen militärischen Tätigkeiten vorzubereiten;*
- *ihm einen zivilberufsbefähigenden Abschluß zu vermitteln.*

Nur so wird der Offizier in der Lage sein, sich mit rasch wechselnden Problemen auseinanderzusetzen, Menschen nach modernen Grundsätzen zu führen, technische Systeme zu pla-

zu führen, technische Systeme zu pla-

nen und zu handhaben und die vielfältigen weiteren Führungsaufgaben zu erfüllen."
(„Die Bundeswehr", 7/71)

Die „Offiziersstudenten" sollen besser als bisher auf die hochentwickelte Technik der modernen Vernichtungswaffen vorbereitet werden. Entsprechend dem Stand der modernen Kriegsgeräte soll die Arbeitsteilung und Spezialisierung in der Bundeswehr vorangetrieben werden.

Darüberhinaus will man sich auch, wie das „Management" eines großen Industriebetriebes, der „modernen wissenschaftlichen Führungsmethoden" bedienen, um die Arbeiter in der Bundeswehr reibungsloser unterdrücken zu können.

Schlagkräftige Waffen und „schlagkräftige" Offiziere

Für die Ziele der westdeutschen Kapitalisten ist es wichtig, eine schlagkräftige Armee zu besitzen. An den Hochschulen der Bundeswehr werden militärische Kader ausgebildet, die mit der politisch-ideologischen Waffe genauso gegen die Arbeiterklasse kämpfen, wie gegebenenfalls mit der Maschinenpistole. Offiziere, die bereit sind, alle Verbrechen der Bourgeoisie militärisch zu unterstützen.

Über die direkte militärische Ausbildung hinaus kann der Offizier einen „berufsqualifizierenden" Studienabschluß erreichen.

Geht man davon aus, daß ein Teil der Offiziere nach zwölf Jahren Dienstzeit aus der Bundeswehr ausscheidet, um als „Führungskräfte" in die Industrie und den Staatsdienst zu gehen, so wird deutlich, daß es der Bourgeoisie auch darum geht, eine reaktionäre Elite heranzuzüchten. Diese wird sich später im Beruf durch „absolute Loyalität gegenüber der Unternehmensführung" und durch die „Fähigkeit, auch unpopuläre Entscheidungen gegenüber Untergebenen durchzusetzen", auszeichnen.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat die Faschisierung des Staatsapparats seit einiger Zeit auf die Tagesordnung gesetzt. Mit der Gründung der Bundeswehrhochschulen ist ein weiterer Schritt in diese Richtung getan.

Der „Informations- und Pressestab" – Propagandazentrale des Militarismus –

Mit einem Erlaß vom Oktober 1970 wurde im Bonner Kriegsministerium der „Informations- und Pressestab" gegründet.

Dieser hat die Aufgabe, durch gezielte und kontinuierliche Propaganda die Bundeswehr und darüber hinaus die militaristischen Ziele der westdeutschen Kapitalisten in der Bevölkerung zu verankern: Die Bundeswehr, die Generäle und Offiziere sollen in der Bevölkerung wieder hohes Ansehen genießen, wie es vor 1945 schon einmal der Fall war und wie es heute auch in den USA zu beobachten ist.

So wird in einem Artikel von „Loyal" (8/73) auch direkt an die „vorbildliche" Öffentlichkeitsarbeit von Admiral Alfred von Tirpitz hingewiesen und dieser als der Begründer „moderner Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland" hingestellt. Tirpitz war maßgeblich am Aufbau der kaiserlichen Marine beteiligt, Hauptschuldiger am ersten Weltkrieg. Er gründete 1917 zusammen mit dem späteren Putschisten Kapp die „Deutsche Vaterlandspartei" und landete bei der DNVP. Als seine bekannten Erfolge in der Öffentlichkeitsarbeit werden genannt: *„Im Binnenland wurden Marinevereine gegründet. Kriegsschiffe legten in Lesebüchern der Schulen an, der Marineanzug wurde Mode. Und ganz nebenbei wurden Abgeordneten und Parteien, Industrie und Arbeitern die Vorstellungen Tirpitzscher Marinepolitik beigebracht."*

Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr wird heute jedoch mehr am amerikanischen Muster ausgerichtet. Dort beklagte sich 1948 der amtierende Kriegsminister der USA, James Forrestal, über den „geheimen Argwohn unserer Demokratie und unseres Landes gegenüber Armeen und der Macht, die sie repräsentieren " (zitiert nach Krippendorff: Die Amerikanische Strategie, Suhrkampverlag 1970, erhältlich im „Arbeiterbuch"). Wie schon im deutschen Kaiserreich waren auch hier die Militärs die Protagonisten dieser militaristischen Propagandaarbeit. Die Generäle begannen mit dieser Arbeit auf eigene Faust. So verfügte General Eisenhower damals bereits über einen Propagandastab von 44 Offizieren und 113 Zivilisten.

Das Pentagon verfügt heute durch seine Verkettung mit einem Batallion nationaler Organisationen über ein fest etabliertes Kommunikationssystem im amerikanischen Volk. Die Methoden sind: gezielte „Information" der Presse, Gewinnung strategisch wichtiger Persönlichkeiten, umfangreicher Kauf von Radio- und Fernsehzeiten, Seminare und Konferenzen mit ausgewählten Leuten, vor allem Journalisten und Angehörige von eindeutigen Organisationen. Zu diesen gehören:

- back stop associations (zivile Organisationen, deren Zweck die Unterstützung der Streitkräfte ist; geschätzte Mitgliederzahl: sechs Millionen),
- Veteranenorganisationen (ehemalige Soldaten und Kriegsteilnehmer, z.B.
- American Legion (2,6 Mio. Mitglieder),
- American Legion Auxiliary (eine Mio. Mitglieder, vornehmlich Frauen, Mütter und Töchter von Veteranen) – ihr Ziel ist es, „die Verfassung zu verteidigen", „law and order" zu sichern und den Amerikanismus zu pflegen.

Zu einem so hohen Grad der Militarisierung soll der „Informations- und Pressestab" auch in der BRD beitragen.

Der Stab ist demnach in verschiedene Abteilungen gegliedert: Das „Pressereferat" des Stabes hat die Aufgabe, Presse, Funk und Fernsehen ständig mit militaristischem Gedankengut zu versorgen.

Neben der „Unterrichtung der Nachrichtenträger und der anderen Organe der öffentlichen Meinungsbildung" hat das „Pressereferat" die Aufgabe, „Planungen von Informations- und Pressereisen sowie von Konferenzen für in- und ausländische Journalisten" vorzunehmen.
(Zitiert nach „Bericht zur Neuordnung der Informations- und Pressearbeit in den Streitkräften", S. 447)

Das Referat soll gewährleisten, daß nur Nachrichten in der Presse erscheinen, die dem Bonner Kriegsministerium genehm sind.

So werden die Bürgerkriegsvorbereitungen, der ständige Ausbau der Bundeswehr nach Innen wie nach Außen, systematisch beschönigt und demagogisch als „Beitrag zur Entspannung" und „inneren Sicherheit" dargestellt.

Das Referat „Aktuelle Information für die Bundeswehr" besteht aus den Redaktionen verschiedener Bundeswehr- und Truppenzeitschriften. Einmal werden Zeitschriften für Offiziere und Jugendoffiziere herausgegeben, die sich mit Fragen der militärischen Ausbildung und der politischen Indoktrination der Wehrpflichtigen in der Bundeswehr befassen.

So gibt der IP-Stab regelmäßig „Mitteilungen für Offiziere in der Presse-, Öffentlichkeits- und Jugendarbeit" heraus. In dieser Schrift erscheinen u.a. ständig Artikel über die Aktivitäten bürgerlich-pazifistischer Gruppen, wie die Organisationen der Kriegsdienstverweigerer und Ersatzdienstleistenden. Darüber hinaus Informationen über sog. „linksradikale" Organisationen wie Jungsozialisten, Jungdemokraten, SDAJ, Gewerkschaftsjugend u.ä. Diese Artikel haben die Aufgabe, die Jugendoffiziere politisch-ideologisch auf die Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen vorzubereiten.

Die Bourgeoisie mißt diesen Offizieren in der Öffentlichkeits- und Jugendarbeit einige Bedeutung zu. Sich dessen bewußt bezeichnete Oberst Hülsmann die Jugendoffiziere als „...den „Atomsprengsatz" in nationaler Verfügungsgewalt der Bundeswehr" (Zitiert nach „Wehrkunde, Militär an den Schulen").

Darüber hinaus werden Truppenzeitungen herausgegeben, die für die Masse der Soldaten bestimmt sind. Diese sind ansprechend gestaltet und haben die Aufgabe, militaristisches Gedankengut unter den jungen Kollegen in der Kaserne zu verbreiten.

Das Referat „Öffentlichkeitsarbeit" des „Informations- und Pressestabes" hat die Aufgabe, den Militarismus in die Bevölkerung hinein zu tragen. Dabei richtet man sein besonderes Augenmerk auf den jungen Teil der Arbeiterklasse. Das Referat koordiniert die Arbeit der Jugendoffiziere und Unteroffiziere, die durch die verschiedenen „Wehrkundeerlasse" freien Zutritt zu den Schulen haben.

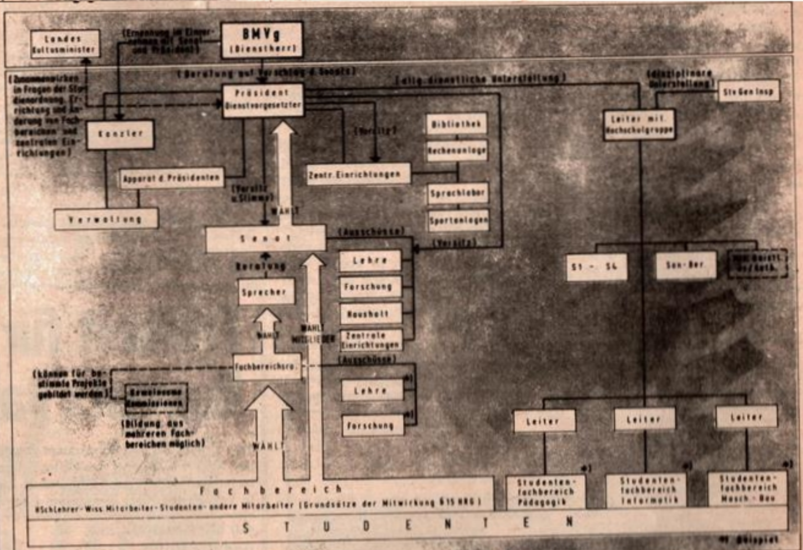
Der Oberstleutnant Lutz Wolf schreibt in der Zeitschrift „Truppenpraxis", daß *„...mit öffentlichen Vortragsveranstaltungen wehrpolitischen Charakters, dem Besuchdienst im Ministerium, wehrpolitischen Seminaren, Lehrgängen und internationalen Informationstagungen in Zusammenarbeit mit Kultus- und Schulbehörden, Jugendverbänden, Studenten- und Schülervereinigungen, Jugendpresse und wehrpolitischen Verbänden aktiver Kontakt gepflegt wird."*

Unter dem Deckmantel der „Gefahr der nachlassenden Wehrbereitschaft" – so der neue Kriegsminister Georg Leber – wird die militaristische Propaganda zur Zeit um ein vielfaches verstärkt. Über das Ziel dabei äußerte sich „Friedenskanzler" Willy Brandt in einem Brief an die Ministerpräsidenten der Bundesländer vom 19.11.70: Es „...muß beim jungen Menschen Verständnis geweckt werden über die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung als Voraussetzung jeder Entspannungspolitik".

Dazu soll auch das Referat „Werbung des Informations- und Pressestabs" beitragen. Es arbeitet schwerpunktmäßig Werbekonzeptionen aus, erstellt Anzeigen, Broschüren und Filme, die im Wesentlichen die Aufgabe haben, längerdienende Soldaten für die Bundeswehr zu gewinnen, „...und setzt das einzige Bundeswehr-Schauorchester mit dem Ziel ein, die Bundeswehr als Instrument der Friedenssicherung in ihrer vielgestaltigen Funktion darzustellen". (Nach Oberstleutnant Lutz Wolf in „Truppenpraxis")

Die forcierte Militarisierung in der BRD spiegelt sich in der Gründung und in den Aufgaben des Informations- und Pressestabs wider. Diese forcierte Militarisierung ist Teil des verschärften politischen Kampfes der Bourgeoisie auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. Sie geht einher mit der verstärkten Ausrichtung der Bundeswehr auf einen Bürgerkrieg. ■

Militarismus-Kommission des KB/Gruppe Hamburg



Folterforschung an der Hamburger Universitätsklinik

Ahnungslose Wehrpflichtige als Versuchskaninchen mißbraucht

Seit Anfang des Jahres 1973 besteht an der Hamburger Universitätsklinik Eppendorf (UKE) unter strengster Geheimhaltung der Sonderforschungsbereich 115. Über die Ziele des Sonderforschungsbereiches wurde der Öffentlichkeit lediglich mitgeteilt, es gehe um „Grundlagen der Aggressionsforschung", die die Verbesserung des „Arzt-Patienten-Verhältnisses" zum Ziele haben solle. Inzwischen liegen genügend Beweise dafür vor, daß diese Forschungsarbeiten auf eine „Verbesserung" der Unterdrückungsmaschinerie von Justiz und Militär zielen. Durch „Verwissenschaftlichung" soll hier eine Foltermethode erforscht und erprobt werden, die vor der Arbeiterklasse besser verschleiert werden kann, da die Opfer dieser Foltermethode nicht so sehr körperlich mißhandelt werden. Vielmehr soll durch gezielte Isolationshaft, vor allem bei politischen Gefangenen, das Mittel der Geständniserpressung „verbessert" werden. Die „wissenschaftliche" Folterforschung am SFB 115 wurde und wird z.Zt. in der Praxis an Mitgliedern der „Baader-Meinhof-Gruppe" „ergänzt".

Der „Sonderforschungsbereich 115" wurde im Rahmen der „Deutschen Forschungsgemeinschaft" eingerichtet und mit bisher 2,8 Mio. DM finanziert.

Die DFG ist eine Einrichtung, die zentral auf Bundesebene Forschungsaufträge an Universitäten und wissenschaftliche Institute vergibt und diese Aufträge gleichzeitig finanziert und kontrolliert. Vertreter der großen Monopole, Regierungsmitglieder und Vertreter der Kultusverwaltungen der Länder, die in Kuratorium und Hauptausschuß der DFG sitzen, vergeben ihren Etat (1972: 459,7 Mio.) an die Projekte, die am besten in das Konzept des westdeutschen Imperialismus passen.

Der SFB 115 arbeitet ferner eng mit der Bundeswehr zusammen, die natürlich auch davon profitiert. Es existieren zahlreiche Querverbindungen zwischen dem Eppendorfer Forschungsteam, der Bundeswehr und der NATO.

- Das Verteidigungsministerium gestattet den Mißbrauch von jungen Soldaten als Versuchskaninchen.
- Die Bundeswehr erhält Einsicht in alle sonst so streng gehüteten Forschungsergebnisse.
- Professor Meyer, ein weiterer Mitarbeiter im Folterforschungsteam, fährt auf Kosten des SFB 115 zu einer NATO-Tagung nach Monte Carlo, wo er mit Aggressionsforschern aus anderen NATO-Staaten seine Erfahrungen austauscht.
- Prof. Gross, der Leiter des SFB 115, wurde in das Bundesverteidigungsministerium zitiert, nachdem die faschistische Zielsetzung seiner Forschung bekannt geworden war.

Konkret geht es bei den Experimenten im SFB 115 um die Erforschung der Auswirkungen der totalen Isolation eines Menschen von der Umwelt, um die sog. „sensorische Deprivation" (Beschränkung sinnlicher Wahrnehmung).

Folterforschung – Im „wissenschaftlichen" Gewand

Unter „sensorischer Deprivation" versteht die Psychiatrie die totale, künstlich herbeigeführte Isolation einer Person. Über längere Zeit ausgeübt, führt sie zum Verlust jeglicher Orientierung, zur Unmöglichkeit, die Realität von eigenen Vorstellungen zu unterscheiden und zu Wahnvorstellungen. Im SFB 115 versuchen die Psychiater Professor Gross, der Psychologe Dr. Kempe und der Psychiater Professor Wallis (Bürgerschaftsabgeordneter der CDU in Hamburg), Aufschluß über Verhaltensweisen und Reaktionen von Personen, die dieser „sensorischen Deprivation" ausgesetzt werden, wissenschaftlich zu messen.

Bemerkenswert ist, daß Prof. Jan Gross seit Anfang der sechziger Jahre auf dem Gebiet der „sensorischen Deprivation" tätig ist, und zwar vor 1967 in Prag (CSSR) (!). Dort studierte Gross sehr ausführlich vor allem die amerikanische Literatur über „sensorische Deprivation" und die in diesem Zusammenhang angewandten Untersuchungsmethoden. Eine grundsätzliche Kritik daran hielt er natürlich nicht für nötig. Er führte sogar selber ähnliche Experimente durch. Es ist daher nicht verwunderlich, daß er davon ausgeht, daß er im Westen sich bei diesem Forschungsthema noch besser „entfalten" kann. Für die konkrete Anwendung seiner Forschungsergebnisse sind ihm reichhaltige Betätigungsmöglichkeiten garantiert!

Daß diese Forschungsarbeiten nicht dem Patienten zugute kommen sollen, ist bereits aus der Versuchsanordnung klar ersichtlich: Im Mittelpunkt der Experimente steht die sog. „Camera silens" (stille Kammer). Das ist ein schwingungsfrei aufgehängter Raum, der lediglich mit einem Sessel für die Versuchsperson ausgestattet ist. In dieser „Camera silens" herrscht völlige Dunkelheit und völlige Lautlosigkeit. Über zwölf Lautsprecher kann ein gleichmäßiger Ton in die Zelle eingespielt werden, der jedes Wort der Versuchsperson schluckt. Die Versuchsleiter dagegen, können mittels einer Infrarotkamera ihr Opfer während des ganzen Versuches beobachten. Elektroden am Körper der Versuchsperson messen jede Körperreaktion. Der Kontakt zwischen den Versuchsleitern und ihrem „Testmaterial" kann lediglich durch eine Sprechanlage hergestellt werden. Mehrere Stunden Aufenthalt in dieser unmenschlichen Zelle sind geplant, ein Zeitraum, der genügt, eine Testperson in eine ungeheure Angst- und Panikstimmung zu versetzen, die dauernde psychische Störungen zur Folge haben können.

Daß dies Experimente sind, die eine verbesserte ärztliche Versorgung nicht einmal als Abfallprodukt abwerfen, liegt auf der Hand. Gross, der Leiter des SFB 115, sieht selber andere Nutzanwendungen. Er schreibt über seine bisherigen Isolationsexperimente: „Dieses Moment (das der Isolation, der Verf.) kann sicher eine positive Rolle in der Poenologie (Bestrafungskunde) spielen, und zwar dort, wo es um die Umerziehung des Einzelnen oder einer Gruppe geht und wo die empfindliche Ausnutzung derartiger einseitiger Abhängigkeiten und Manipulationen mit solchen Zuständen wirksam den Prozess der Umerziehung beeinflussen können." (Gross und Svab: Soziale Isolation und sensorische Deprivation und ihre gerichtspsychologischen Aspekte, Prag 1967.)

Geständniserpressung à la SPD

Ähnliche Situationen wie in der „Camera silens" finden wir zwar in keinem Krankenzimmer, aber dafür im Strafvollzug, speziell bei der Isolierhaft politischer Gefangener. Die berüchtigte „Glocke" im Hamburger Untersuchungsgefängnis, oder die Isolierzelle des Kölner „Klingelpütz", sind von ihrer baulichen Beschaffenheit her nicht ganz ebenbürtige Exemplare einer „Camera silens". Zahlreiche Todesfälle in diesen „Beruhigungszellen" beweisen deren bestialischen Charakter. Die von der SPD/FDP so hoch gepriesene Reform des Strafvollzuges, auch „Humanisierung(!) des Vollzugwesens" genannt, schließt den Bau von Isolierzellen und sogar ganzen -trakten ein.

So hat man z.B. in der „Reform-Haftanstalt" Köln-Ossendorf gleich einen ganzen Isoliertrakt eingerichtet. Dieser Trakt ist ein einstöckiger, am Rande des Anstaltgebäudes gelegener Gebäudeflügel, ein eigener Hof steht zur Verfügung. In dieser Umgebung verbrachten Ulrike Meinhof und Astrid Proll, beide als Mitglieder der sog. Baader-Meinhof-Gruppe angeklagt, fünf und acht Monate Einzelhaft. Kein Kontakt zu Mitgefangenen, kein Blick aus dem Fenster, kaum Beschäftigungsmaterial wie Zeitungen und Bücher, das sollte neben den normalen Belastungen der Haft ein übriges tun, die beiden U-Häftlinge körperlich und seelisch zu zerbrechen, um sie endlich „aussagebereit" zu machen.



Totale Isolation erzeugt Realitätsverlust und Angstzustände: „Camera silens"

Diese Methode der Geständniserpressung durch totale Isolation wird zur Zeit an allen U-Häftlingen der sog. Baader-Meinhof-Gruppe und des Sozialistischen Patienten-Kollektives durchgeführt, man hofft, sie demnächst der Öffentlichkeit in Schauprozessen als „geständige Terroristen" vorführen zu können. Mit den bisherigen Methoden wird ihnen das aber kaum gelingen, wie die Beispiele von Margit Schiller und Werner Hoppe gezeigt haben. Die Justiz ist doppelt auf die Maßnahmen der Isolationsfolter angewiesen, da es sich gezeigt hat, daß ihre „Kronzeugen" wie z.B. Ruhland, sich vor Gericht immer mehr in Widersprüche verwickeln und schließlich eher zu einer peinlichen Belastung für die bürgerliche Justiz wurden.

Und der hessische Justizminister Haempfler sagt in einem Fernsehinterview auf die Frage, ob er Isolationsfälle von 6 Monaten bis zu 1 1/2 Jahren für angemessen hält: „Das ist nicht angemessen, aber das liegt zum Teil ja selbst in der Person der Betroffenen, die durch ihr hartnäckiges Weigern oder die Tendenz, alles zu verschleiern und auf keinen Fall hier die Wahrheit zu sagen oder die Wahrheitsfindung zu erleichtern, sich das selbst zuzuschreiben haben..." Also entweder Generalbeichte – oder Folter!

Die prinzipiell gleichen Foltermethoden – allerdings erheblich grausamer durchgeführt – werden von den portugiesischen Faschisten berichtet:

In einem Konzentrationslager auf einer Kapverdischen Insel werden Gefangene monatelang völlig isoliert. Sie dürfen weder Briefe noch Bücher erhalten. In den Zellen, die zum Teil unter Meerwasser gesetzt werden können, dringt kein menschlicher Laut. Einzelne Gefangene werden monatelang in Zysternen gefangengehalten. Gefangene, die nach zweijähriger Untersuchungshaft entlassen wurden, waren aufgrund der schweren psychischen Schäden keiner Form politischen Widerstandes mehr fähig ..." („Rote Presse", Sondernummer zum SFB 115, „Foltermethoden im NATO-Staat Portugal").

Neben der „wissenschaftlichen" Methode der Einzelhaft gab und gibt es ein breites Spektrum von faschistischen Foltermethoden, die gegen die Unterdrückten eingesetzt werden.

In Südvietnam hat das Thieu-Regime mit Unterstützung amerikanischer Militärs die sog. „Tigerkäfige" gebaut. Gefangene Genossen der FNL aber auch des Kommunismus „verdächtige" Zivilisten werden zur „politischen Umerziehung" und zur Geständniserpressung in 2,70 m x 1,50 m große Betongruben geworfen. Dort bleiben sie, oft fünf Menschen in einer Grube, jahrelang angekettet. Diese Gruben sind unterirdisch und derart beengt, daß man sich nur hinhocken, nicht aber hinlegen kann.

Ein weiteres Anwendungsgebiet der Forschung über das Verhalten von Menschen in der Isolation ist für die Imperialisten die Heranbildung von entsprechenden Elitetruppen, Bomberpiloten usw. Diese Spezialeinheiten werden ebenfalls isoliert und extremen Bedingungen ausgesetzt, um im Kampf gegen ihren „Feind" – die Arbeiterklasse – gerüstet zu sein. Das trifft sowohl für Bomberpiloten zu, die in Vietnam ihre Einsätze flogen, als auch für die amerikanischen Elitetruppen. Auch die Spezialeinheit gegen den „inneren Feind" in der BRD, der Bundesgrenzschutz, übt unter solch extremen Bedingungen: auf der Übung „Südbayern" wurde die Gefangennahme von BGS-Soldaten durch amerikanische (!) Offiziere erprobt. Dazu heißt es in einem Bericht:

"Härtemaßnahmen:

- Ein Tonbandgerät gibt besondere Geräusche ab, die mittels Lautsprecher in die Gefangenenzellen übertragen werden. Es sind dies unangenehm grelle und störende Laute.
- Über längere Zeitabschnitte bleiben die Zellen völlig dunkel.
- Einzelhaft kann auferlegt werden.
- Gefangene, die sich weigern, können gefesselt werden und für kurze Zeit in einen Schrank oder einen hölzernen Kasten gestellt werden."

(„Genscher-Bericht" vom 14.3.73)

Diese Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. Solche Manöver dienen einzig und allein dazu, die gedrillten Killer psychologisch auf ihren Einsatz gegen die Arbeiterklasse vorzubereiten.

Daß die Folter zum „Dienstalltag" der NATO-Armeen gehört, dafür gibt es tausende Beispiele. Die Militärs werden ihr Interesse an der Isolationsfolter nicht auf die Behandlung gefangener Gegner beschränken. Die Gefügigmachung Widerstand leistender Soldaten, die Verhöre durch den militärischen Abschirmdienst, das Härtetraining von Einzelkämpfern u. ä. sind weitere denkbare Einsatzmöglichkeiten der „sauberen Folter" – Zwei „Camera silens" in Fürstenfeldbruch und Kiel stehen der Bundeswehr, nach Angaben des „Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD" bereits zur Verfügung.

Soldaten als Testmaterial

Für ihre Experimente in der „Camera silens" haben Gross, Kempe und Wallis sich bei der Bundeswehrführung die Genehmigung geholt, junge Rekruten als Versuchspersonen zu verwenden. Warum es gerade Soldaten sein müssen, können wir ihren internen Forschungspapieren entnehmen: „...körperliche Fitness in großer Verbreitung, geringste Selektion (Vergleich im Unterschied dazu höhere Schule – Studenten), geringe gegenseitige Informationsmöglichkeit (Versuchspersonen jeweils aus verschiedenen Kasernen)".

Warum ein geringer gegenseitiger Informationsaustausch für die Durchführung der Experimente eine entscheidende Bedeutung hat, erfahren wir an anderer Stelle ebenfalls aus internen Papieren des Folterteams: „Das Experiment mit den Versuchspersonen als „Versuch zur experimentellen Selbstbeobachtung unter Ausschaltung störender Umweltreize"... Klar, den Rekruten wird das Blaue vom Himmel heruntergelogen, was mit ihnen passieren soll und damit diejenigen, die Erfahrung haben, was für Schweinereien man mit ihnen vorhat, die Kollegen nicht aufklären können, nimmt man sich Rekruten aus verschiedenen Divisionen, Brigade, Batallione und Kompanien. Die Gefahr, daß die Soldaten außerhalb der Kaserne über die wahren Ziele des SFB 115 aufgeklärt werden, ist vergleichsweise gering, da sie diese nur recht selten verlassen können. Auch daß ein Soldat, der bereits in der „Camera silens" war, die üblichen Praktiken der Uniforscher an die Öffentlichkeit trägt; oder gar den Versuch abbricht, weil er merkt, daß er total belogen wurde, ist so gut wie ausgeschlossen, da im Hintergrund seine Vorgesetzten mit einem ganzen Paket militärischer Strafen warten. Versuchspersonen, die wissen, wozu sie getestet werden sollen, können die Folterforscher nicht gebrauchen und schließen sie von der Teilnahme am Versuch aus.

In der Praxis sah das dann so aus: Für die Fragebogen vor dem Test stellte die Bundeswehr Räume in ihren Kasernen zur Verfügung und befahl (!) dem größten Teil ihrer Rekruten, „freiwillig" daran teilzunehmen. Während des Vortestes mußten die Wehrpflichtigen einen umfangreichen Fragebogen (angesetzt mit 4 Std.) ausfüllen. Die anwesenden Folterforschungsassistenten nannten ihnen als Ziele ihrer Forschungsprojekte die üblichen Lügen, Selbstbeobachtung ohne störende Umweltreize, Erforschung der Magenmobilität, Zusammenhangsforschung von physischen und psychischen Erkrankungen u.ä. In der Universitätsklinik Eppendorf sollten die Soldaten, sofern der Vortest positiv verlaufen würde, angeblich einer gezielten Einzelbefragung unterzogen werden.

Bei den Forschungen im SFB 115 handelt es sich also um die Untersuchung von neueren, „wissenschaftlichen", vor der Arbeiterklasse besser zu verschleiernden Foltermethoden. Sie zielt darauf ab, in der Regel die politischen Gefangenen von den übrigen Gefangenen zu isolieren und gleichzeitig durch „besondere Behandlung" („camera silens") Geständnisse zu erpressen oder die Zerstörung des Gefangenen zu erreichen. Diese Methode richtet sich hauptsächlich gegen die bewußten Teile der Arbeiterklasse, die Kommunisten und andere Linke. Andererseits bilden die Kapitalisten ihre Elitetruppen (BGS, Bundeswehreinheiten usw.) mit Methoden der Isolation aus, um sie vor allem psychologisch gegen die Arbeiterklasse auszurichten. Die z.Zt. betriebene Folterforschung und die gegenwärtig praktizierte Verschärfung der Einzelhaft gegen Mitglieder der „Baader-Meinhof-Gruppe" seitens der SPD-Regierung im Auftrag der Kapitalisten ist ein weiterer Bestandteil der Faschisierung von Staat und Gesellschaft. ■

Militarismus-Kommission
KB-Gruppe/Hamburg

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 14500 Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

KIRCHE UND BOURGEOISIE

Die arbeiterfeindliche Zweieinigkeit

Die Amtsenthebung des Pastors Gallmeier in Ellerau bei Hamburg ist das vorläufig letzte Glied einer Kette von reaktionären Maßnahmen, mit denen der Klerus in den vergangenen Monaten von sich reden machte. Im Februar 1973 wurde die Hamburger „Evangelische Studentengemeinde" (ESG) wegen ihrer Blutspendeaktion für Vietnam gemaßregelt. Gegen die Reform des Abtreibungsparagraphen 218 hatten die Pfaffen an die 100.000 Menschen auf die Straße gebracht. Und im Oktober 1973 wurde dem RBJ die Durchführung einer antifaschistischen Veranstaltung in den Räumen der Kirche in Hamburg-Quickborn verboten. Der folgenden Hetzkampagne der Kirchenmänner gegen den RBJ fiel auch der Diakon der Gemeinde, Paulsen, zum Opfer. Welche Ziele verfolgt diese reaktionäre Selbstreinigung?

Die Religion ist das Opium des Volkes. Diesen Sachverhalt haben die Reaktionäre nie ungenutzt gelassen – so oder so. Dort, wo die Religion großen Einfluß hat, ist die Unterdrückung der Menschen am stärksten, das soziale Elend am größten. In Griechenland, Chile oder Israel, das die Rechtfertigung seiner ververbrecherischen Expansionspolitik direkt aus der „Heiligen Schrift" bezieht. Andererseits betrieben die Nationalsozialisten die Verdummung der Menschen gerade auch mit einem spektakulären Propagandafeldzug gegen den Klerus und die christliche Religion, ohne deshalb auf allerlei religiösen Hokuspokus zu verzichten, wie etwa Hitlers diverse „übermenschliche" Eigenschaften, die „Vorrrrsehung" usw. Dieser demagogische „Religionskrieg" bildete seinerseits eine der Voraussetzungen dafür, daß der Klerus nach 1945 als ernsthafter Antifaschist herausgestellt werden konnte (obwohl er der faschistischen „Machtergreifung" seinen Segen gegeben hatte), während die Bourgeoisie, über deren Verantwortung an Krieg und Faschismus kein Zweifel bestand, die Kirche tatsächlich zur erneuten Organisierung der politischen Reaktion ausnutzte (Gründung der CDU/CSU als klerikale Massenpartei!)

Nicht selten findet man selbst bei antiklerikal und atheistisch eingestellten Menschen die Auffassung, die Religion stelle doch irgendwie ein Element der Kultur dar. Das Gegenteil ist der Fall: die Religion war immer ein Element der geistigen und sittlichen Verrohung der unterdrückten Menschen. Gerade das Beispiel des Zionismus führt deutlich vor Augen, daß der Gedanke des „auserwählten Volkes" eben nichts anderes ist als total übergeschnappte Verachtung und Haß gegenüber dem „Rest" der Menschheit. Die christliche Religion, das hieß für die „Gläubigen" immer sklavischer Gehorsam für die Regierung, und gegenüber den „Ungläubigen" bedeutete sie Brutalität, Aggression, Rassismus. Wenn heute der Klerikalismus eine Massenbasis in der Anhängerschaft der CDU/CSU hat, so heißt das nicht, daß die Bourgeoisie es bei der christlichen Religion hätte bewenden lassen. Die Massenbasis des Klerikalismus ist begrenzt, während die Eignung religiöser Ideologien für die Organisation von Unwissenheit und Vorurteilen in allen gesellschaftlichen Bereichen unbestritten ist. Die Kapitalisten unterstützen daher die verschiedensten „Ersatz"-Religionen, wie die Popmusik mit ihren Superstars, die pornographische Presse, wie z.B. die „Praline", oder die Anbetung des technischen Fortschritts. Jedenfalls droht der Weltuntergang: für die „Praline", weil die Orgien sogar schon im Pfarrhaus stattfinden, für den Pfaffen wegen der entsetzlichen „Verwilderung der Sitten".

In den vergangenen Jahren hatte es Versuche des Klerus gegeben, durch eine gewisse Duldung liberaler und demokratischer Aktivitäten innerhalb der Kirche Einfluß unter den Menschen zu gewinnen. Diese Versuche werden heute offenbar als fruchtlos angesehen, denn die Bundestagswahl vom November 1972 hatte gezeigt, daß Teile der traditionell klerikalen Wählerschaft für ein SPD-Votum gewonnen worden waren. Nicht zuletzt jene liberalen Versuche betrachtet der Klerus anscheinend als eine der Quellen der Unsicherheit, die unter seinen Anhängern bestand. Die jüngste „Säuberungswelle" zeigt, welche Konsequenzen der Klerus gezogen hat.

Was die Bourgeoisie heute von einem vorbildlichen Mann Gottes erwartet, erläuterte Springers „Welt" im Dezember vergangenen Jahres anläßlich des Geburtstages des Hamburger Landesbischofs Wölber. Lobend wird Wölbers „Warnung vor einer einäugigen Diesseitigkeit kirchlichen Engagements" hervorgehoben. Nun hat eine solche „Gefahr" natürlich im Klerus nie bestanden, aber die demagogische Übertreibung der Dinge ist eben die Aufforderung, mit liberalen Aktivitäten in der Kirche Schluß zu machen und die Verdummung des „Kirchenvolkes" durch dessen „Verankerung im Glauben" voranzutreiben. Mit viel Beifall sei dann zwar kurzfristig nicht zu rechnen, ja, man müsse „manchmal auch die Gefahr auf sich nehmen, aufrecht zwischen allen Stühlen zu stehen", dafür aber sei man der „Achtung des Kirchenvolkes" gewiß.

Religion läßt sich nicht verbieten. Weil sie Produkt der ständigen, scheinbar blinden Bedrohung der Lebensverhältnisse der Menschen in der Ausbeutungsgesellschaft ist, weil sie Produkt ist des Ausschlusses der Menschen von der selbständigen Gestaltung des eigenen Lebens, weil dies die Bedingungen sind, unter denen die Religion überhaupt nur eine gewisse Verbreitung finden kann, aus diesem Grunde wird die Religion nur absterben, indem diese Bedingungen aus der Welt geschafft werden.

Der Kampf gegen die Religion wird daher erfolglos bleiben, wenn er die Frage des wissenschaftlichen Atheismus in den Vordergrund rückt – genauso erfolglos, wie die Pfaffen blieben, sollten sie allein mit ihren langweiligen Predigten die Menschen zur Religion „bekehren". Das bedeutet nicht, das für Kommunisten die Religion Privatsache wäre. Das heißt eben, daß wir den politischen Kampf so führen müssen, daß dabei auch Kirche und Religion zurückgedrängt werden.

Politisch bedeutsam ist es allerdings, daß die Regierung der Kirche die vielfältigsten Unterstützungen zukommen läßt und staatliche Verpflichtungen in den verschiedensten Bereichen an die Kirche überträgt. Wenn der Kirche bei der Reform der Scheidungsgesetze, des Abtreibungsparagraphen 218, des Sexualstrafrechts usw. umfangreiche Mitspracherechte eingeräumt werden, dann bedeutet das doch die Anerkennung des durch und durch undemokratischen Anspruchs, der arbeitenden Bevölkerung in ihrem familiären Bereich „weltanschauliche" Prinzipien aufzwingen zu können! Nichts anderes ist es, wenn die Regierung die von ihr zu verantwortende Misere in der öffentlichen Kindererziehung dadurch „bekämpft", daß sie den klerikalen „freien Trägern" von Kindergärten wachsende Subventionen überweist.

Wenn wir daher für die vollständige Trennung von Staat und Kirche eintreten, so liegt uns nicht daran, die Kirche und die Religion der politischen Unterstützung durch die bürgerliche Reaktion zu entledigen, um sie dann in einem „reinen", weltanschaulichen Disput zu widerlegen. Diese Aufgabe ist von den Materialisten aller Zeiten glänzend erledigt worden. Heute führt ein solcher nur-weltanschaulicher Antiklerikalismus nicht zu einer merklichen Schwächung von Religion und Kirche. Stattdessen lenkt er die Aufmerksamkeit rückständiger Schichten auf drittrangige Fragen, und nicht auf die wichtigen politischen Ereignisse.

Die Verbannung der Religion aus dem öffentlichen Leben ist vor allem die Beendung einer undemokratischen Bevormundung der Menschen in weltanschaulichen Fragen. Und sie ist eine Vorbedingung für die Befreiung aller politischen Fragen von religiösem Plunder. Diese Klarheit ist eine der billigsten Voraussetzungen, unter denen eine politische Einflußnahme der Menschen für ihre Interessen auf breitester Basis überhaupt möglich ist. Es zeigt gerade den reaktionären Charakter der Bourgeoisie, daß sie durch die religiöse Einnebelung der politischen Fragen die Menschen von einer selbständigen Interessenvertretung ausschließen will.



Bündniskommission des KB, Gruppe Hamburg

MAD – Militaristen, Agenten, Denunzianten...

Der MAD (= Militärischer Abschirmdienst), Kontroll- und Spitzelorgan der Bundeswehr, hat seit einiger Zeit eine Public-Relations-Kampagne gestartet. Unter dem Motto „MAD – Der bessere Weg" will sich dieser Geheimdienst bei den Soldaten als Oberwächter der „Demokratischen Grundordnung" einnisten. Dabei geht es dem MAD in Wirklichkeit darum, Soldaten zu freiwilligen Spitzeldiensten gegen ihre Kollegen zu aktivieren.

Der MAD ist ein wesentliches Kontrollorgan der Bundeswehrführung. Er verfügt über 2.500 Offiziere und ca. 25.000 Spitzel (!) in den Kasernen, aber auch in den Rüstungsbetrieben der BRD.

Seit dem Bestehen des MAD wurden nach seinen eigenen Angaben mehr als 3.000 „Nachrichtendienstliche Fälle" bearbeitet und mehr als 800 „Täter" festgenommen. Diese Abschußzahlen will der MAD wohl noch steigern, denn er verfügte 1973 über 58 Mio. DM an Steuergeldern, dreimal mehr als 1964 und doppelt soviel wie ihm 1969 zur Verfügung stand.

Jeder Wehrpflichtige, ob Soldat oder Reservist, muß damit rechnen, daß er vom MAD schon einmal bespitzelt wurde:

„Ständig überprüft werden vom MAD sogenannte Sicherheitsgefährdungen von rund 760.000 Soldaten und Zivilbediensteten der Bundeswehr – einschließlich der jährlich einberufenen 105.000 Reservisten – und von mehr als 12.000 Infrastrukturprojekten (zur Aufgabe des MAD gehört auch die Überwachung von militärisch wichtigen Industriebetrieben) *etwa in Häfen oder 655 Garnisonen und 72 Einöd-Standorten. Der Militärische Abschirmdienst hat seit seinem Bestehen mehr als drei Millionen* (!) *Sicherheitsüberprüfungen abgeschlossen."*

(Zitiert nach „Die Welt" vom 20.11.73)

Besonderes Augenmerk richtet der MAD natürlich auf die Kommunisten und andere konsequente Gegner des Militarismus. So „observierte" (= spitzelte) der MAD 1973 vorwiegend gegen die DKP und ihre Jugendorganisation (SDAJ) und gegen die „Aktion Demokratischer Soldaten" (ADS); gegen die „KPD" und den Kommunistischen Jugendverband; gegen die „KPD/ML" und deren „Rote Garde", aber auch gegen die pazifistischen Kriegsdienstverweigerungs -Organisationen. Der MAD brüstet sich damit, daß er im Sommer 1973 eine Gruppe von 12 Kollegen in einer Heeres-Division in Niedersachsen „ausgehoben" hat, die der „KPD" nahegestanden haben soll.

Was der MAD hier zynisch „Ausheben" nennt, umschreibt stundenlange Verhöre, Haft und hohe Freiheitsstrafen. Nicht umsonst werden die MAD-Gangster in Lehrgängen geschult über „Befragungstechniken", „Antisabotage" und „Abwehroperationen".

In der letzten Zeit hat der MAD seine Spitzeltätigkeit in der Bundeswehr erheblich verstärkt. Entgegen der üblichen Praxis von Geheimdiensten geht er jetzt sogar dazu über, im Stile einer reaktionären bürgerlichen Partei offen neue Agenten anzuwerben. Das Denunziantentum in der Armee zu verstärken, ist dabei der erste Schritt. Denn jeder Denunziant ist für den MAD ein potentieller Agent. Der erste Kontakt ist hergestellt und durch geschickte Taktik von finanziellen Zuwendungen, schnelleren Beförderungen und Erpressungen (Beschuldigung als Doppelagent, Gefährdung der beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten oder sogar des Arbeitsplatzes, Preisgabe persönlicher Belange, um die Familie zu ruinieren, u. ä.) wird es häufig gelingen, ihn immer mehr für Spitzeltätigkeiten zu verpflichten.

Die hier begonnene Kampagne hat natürlich auch noch das besondere Ziel, ideologisch die „Notwendigkeit" des MAD für die Bundeswehr in der Masse der Soldaten zu verankern. Die Kampagne wendet sich in erster Linie an mehr oder weniger bewußt reaktionäre Soldaten und an besonders naive Kollegen, die sich zum freiwilligen Denunziantentum verleiten lassen. Dieses neue Vorgehen des MAD reiht sich ein in die Vorbereitungen zum Einsatz der Bundeswehr als Bürgerkriegsarmee. ■

Militarismus-Kommission des KB-Gruppe Hamburg

Handelsschiffe an Kriegsmanöver beteiligt

Wie aus nebenstehenden, im vollen Wortlaut abgedruckten Schreiben des Verbandes Deutscher Reeder hervorgeht, beteiligen sich westdeutsche Handelsschiffe an Natomanövern bzw. an Notstandsübungen, wie hier in offen-unverhüllter Weise diese Übungen bezeichnet werden. Das zeigt, daß die Handelsschiffahrt, die sich ja auch gern ein ziviles Mäntelchen umhängt, so zivil gar nicht ist, wie sie tut. Die geschichtlichen Erfahrungen – gerade des imperialistischen Deutschland haben gezeigt, daß die Handelsmarine immer aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der imperialistischen Politik beteiligt gewesen ist, mit der Kriegsmarine immer sehr eng zusammengearbeitet hat und – sowohl in Kriegs- wie in Friedenszeiten arbeitsteilig und in Absprache mit der Kriegsmarine direkte Kriegsaufgaben übernommen hat. Die bekanntesten Fälle dieder Kooperation sind der Umbau von Handelsschiffen zu Kriegsschiffen, die natürlich als Handelsschiffe fuhren, aber nach militärischen Gesichtspunkten eingesetzt wurden. Auch die umgekehrten Fälle kamen vor. In Friedenszeiten eigneten sich Handelsschiffe natürlich besonders gut zur Spionage. Ganz logisch ist es dann auch, daß schon sehr frühzeitig die Besatzung dieser Schiffe, vor allem die Schiffsführung, auf die durch die Kooperation auf sie zukommenden Aufgaben vorbereitet werden.

Daß solche Manöver dem Schutz der Handelsschiffahrt dienen, wie es in dem Schreiben heißt, ist reine Ideologie. Die NATO-Manöver stehen natürlich in Zusammenhang mit der gesamten NATO-Politik und das ist bei Gott keine Verteidigungspolitik. Was hier als „Schutz der Handelsschiffahrt" ausgegeben wird, ist der im Kriegsfall unvermeidliche Kampf um die Beherrschung der Seewege, um Rohstoffe und Waffen nach Möglichkeit ungestört an die strategisch wichtigen Punkte bringen zu können und dem Gegner den Nachschub abzuschneiden, natürlich auch der zivilen. ■

Militarismus-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Häfen, in denen Schiffsführungen von Handelsschiffen unter der Flagge der NATO-Mitgliedsstaaten von Offizieren der NCSO rg unterrichtet werden sollen:

1. Brest
2. Bermuda
3. Nassau/Bahamas
4. Bosten/Mass.
5. Charleston/SC
6. New Orleans
7. New York
8. Norfolk/VA
9. Philadelphia
10. Bridgetown/Barbados
11. Guantanamo/Cuba
12. Christobal/Canal Zone
13. Fort de France
14. Georgetown
15. Curacao
16. Sept. Isle
17. Kingston
18. St. Lawrence
19. Halifax/NS
20. St. Johns/NFLD
21. Sydney/ Nova Scotia
22. Grönland
23. St. John/NB
24. Argentia/NFLD
25. Lissabon
26. Rota
27. Ponta del Gada
28. Dakar
29. San Vincente/Cap Verden

VDR **Verband Deutscher Reeder**

Rundschreiben Nr. 78

Betr.: NATO-Manöver im Oktober 1973
hier: Passive Teilnahme deutscher Handelsschiffe

Das Referat Handelsschiffahrt des Führungsstabes der Bundesmarine ist an den Verband mit der Bitte herangetreten, bei der Durchführung einer NATO-Übung Hilfestellung zu leisten. Dieses Manöver findet in der Zeit vom 3. Oktober 1973 bis zum 11. Oktober 1973 in den drei mittleren NATO-Befehlsbereichen des Atlantik statt, in welchem die Schulung des in der "Naval Control of Shipping Organization" (NCSOrg) eingesetzten Personals einen Schwerpunkt bilden soll. Dazu ist die passive Beteiligung von Handelsschiffen unter der Flagge der NATO-Mitgliedsstaaten in bestimmten Häfen (siehe Anlage) eine notwendige Voraussetzung.

Die Mitwirkung der Handelsschiffe ist in der Weise geplant, daß während ihrer Liegezeit im oben angeführten Zeitraum in einem der Häfen Offiziere der NCSOrg an Bord der Schiffe eine Unterrichtung (Indoctrination) der Schiffsführung über ihr Verhalten im Spannungs- und Verteidigungsfall durchführen werden, ohne daß hierdurch Arbeiten des Schiffes während der Liegezeit im Hafen behindert oder das Auslaufen verzögert werden dürfen.

Die Teilnahme deutscher Handelsschiffe an anderen vormals durchgeführten Notstandsübungen seitens der NATO – insbesondere an den Schiffahrtsplots zur Ermittlung der Standorte sämtlicher Schiffe bestimmter westlicher Nationen für einen festen Zeitpunkt – war von den zuständigen Gremien unseres Verbandes befürwortet und unterstützt worden. Da auch dieses Manöver der Vorbereitung für den Schutz der Handelsschiffahrt dient, für die Schiffe überdies keine Zeitverluste bzw. Deviationen zu besorgen sind, möchten wir Sie entsprechend der Anregung des Führungsstabes der Bundesmarine über das Vorhaben der NATO unterrichten. Gleichzeitig möchten wir Sie bitten, Ihrerseits Ihre in Frage kommenden Schiffsführungen in Kenntnis zu setzen, damit diese sich gegebenenfalls in dem erwähnten Zeitraum in den bestimmten Häfen für eine Unterrichtung durch die NCSOrg zur Verfügung halten.

In diesem Zusammenhang bat uns das Bundesverkehrsministerium – Abteilung Seeverkehr –, Erfahrungsberichte, die Ihnen möglicherweise von Ihren Schiffskommandos über den Verlauf der Übung zugesandt werden, zur Auswertung an das

Bundesverkehrsministerium
– Abteilung Seeverkehr
Referat 10 –

Für die Beantwortung von Rückfragen steht Ihnen im Verband Herr Lindemann zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

VERBAND DEUTSCHER REEDER
i. A.
Lindemann

B&V Hamburg
So soll die innergewerkschaftliche Demokratie weiter abgebaut werden.

Im Zusammenhang mit der Einführung gewerkschaftlicher Bereichs-Vertrauensleute auf der Hamburger Werft Blohm + Voss wurde von einigen Vertrauensleuten bereits im August 73 gefordert, einige sich daraus ergebende Fragen vor Gründung der Bereiche zu klären: die Mindestzahl für Bereichs- und Gesamtversammlungen festzulegen; klarzustellen, daß durch die Bereichssitzungen nicht die Hauptversammlung liquidiert werden darf; die Rechte der Bereichssprecher und der Vertrauensleute in den einzelnen Bereichen und im Verhältnis zur Hauptversammlung festzulegen. Die Kollegen wollten mit ihrer Forderung nach klaren Festlegungen verhindern, daß nach Einführung der Bereiche wieder die VK-Leitung a l l e i n entscheidet, ob eine Haupt- oder eine Bereichsversammlung oder gar keine Vertrauensleute-Versammlung statt findet.

Der entsprechende Antrag der Kollegen wurde mit der Lüge zurückgewiesen, es werde schon ein Geschäftsordnungs-Entwurf von der VK-Leitung erstellt, der die angesprochenen Punkte enthalten würde.

Drei Monate später erst wurde dann der Entwurf zur Geschäftsordnung (GO) an die Vertrauensleute verteilt. Um Kritik am GO-Entwurf abzublocken, hatte die VK-Leitung sich folgendes Verfahren ausgedacht: Änderungsvorschläge sollten innerhalb einer Woche (!!) zur VK-Leitung gebracht werden. Die würde dann „unter Berücksichtigung der Änderungsvorschläge" einen endgültigen Entwurf zur GO vorlegen. Über diesen sollte dann möglichst schnell abgestimmt werden, „denn wir wollen uns ja nicht ewig mit Geschäftsordnungen beschäftigen.

Dies Manöver ist bezeichnend: erst wird die Sache monatelang verschleppt, dann aber ist sie plötzlich ganz eilig und muß möglichst schnell durchgepeitscht werden. Die VK-Leitung rechnete darauf, daß bei so einem Vorgehen die i n h a l t l i c h e Diskussion um den GO-Entwurf und die Änderungsvorschläge abgewürgt werden könnten. Die meisten Vertrauensleute würden die Änderungsvorschläge anderer Kollegen gar nicht erst zu Gesicht bekommen, sondern sich mit dem Hinweis abspeisen lassen müssen, „daß die VK-Leitung schon alles geprüft und verarbeitet hat".

Um dieser krummen Tour entgegenzuwirken, stellte eine Vertrauensfrau den Antrag, den GO-Entwurf der VK-Leitung in allen Bereichs-VK's gründlich zu diskutieren, Änderungsvorschläge zu erarbeiten und diese Änderungsvorschläge v o r der abschließenden Diskussion den Vertrauensleuten bekannt zu machen, um so überhaupt die Grundlage für eine breite, demokratische Diskussion zu schaffen.

Die VK-Leitung konnte diesen Antrag mit demagogischen Einwänden („unterscheidet sich kaum von dem Verfahren, was wir vorgeschlagen haben", „jetzt ist es dafür zu spät") abschmettern. Vielen Vertrauensleuten war der Unterschied zwischen dem Antrag und der von der VK-Leitung befürworteten Verfahrensweise anscheinend nicht klar geworden. Ein anderer Grund ist, daß die meisten Kollegen immer noch darauf vertrauen, daß die Gewerkschaftsführer sich schon an die „demokratischen Spielregeln" halten werden.

Die VK-Leitung hatte allen Grund, eine breite Diskussion über die GO zu verhindern, wie sich auch an ihrem Entwurf zeigt:

Er beinhaltet eine weitgehende Einschränkung der „Rechte" der Vertrauensleute zugunsten eines weiteren Ausbaus der Rechte der Ortsverwaltung und der Betriebsräte (= VK-Leitung!). Die Rechte, die sich die Betriebsratsfürsten in der neuen GO „rechtmäßig" garantieren lassen wollen, haben sie sich freilich mehr oder weniger auch bisher schon herausgenommen.

Einige Vertrauensleute aus dem Bereich der Angestellten arbeiteten einen Gegenentwurf zum GO-Entwurf der VK-Leitung aus, der allerdings beim jetzigen Kräfteverhältnis im VK kaum Chancen hat, angenommen zu werden, aber dazu beitragen kann, die Diskussion über die anti-demokratischen Machenschaften der Gewerkschaftsführer voranzutreiben.

Wir wollen im Folgenden die beiden Entwürfe gegenüberstellen.

Das Wichtige fehlt

Als erstes ist festzustellen, daß über die Rechte der Bereichs-VK im GO-Entwurf der VK-Leitung nichts gesagt wird. Dies war aber doch ursprünglich der Ausgangspunkt für die ganze Geschäftsordnungs-Debatte gewesen. In einem „Organisationsplan", der dem GO-Entwurf der VK-Leitung beigefügt ist, heißt es dazu lediglich: „Die Bereichssprecher werden aus der Gruppe der Vertrauensleute der Bereiche gewählt. Ansonsten gilt die Richtlinie für Vertrauensleutearbeit der IG Metall". – In den Vertrauensleute-Richtlinien gibt es aber weder Bereichssprecher noch Bereichs-VK's. Was es nicht gibt, hat keine Rechte, bzw. das Daseinsrecht dieser Gremien hängt einzig und allein von der VK-Leitung und vom Kapitalisten ab. Da die Sitzungen während der Arbeitszeit stattfinden, müssen sie nämlich auch vom Kapitalisten genehmigt werden.

Das Rederecht

Der dickste Hammer im GO-Entwurf der VK-Leitung ist die Handhabung des Rederechts. Hier gebärden sich die Gewerkschaftsführer tatsächlich wie mittelalterliche Potentaten gegenüber ihren Untertanen. Die „Fürsten" haben alle nur denkbaren Rechte: sie können quasseln, wann und solange sie wollen, sie können die „einfachen Arbeiter" unterbrechen oder ihnen auch ganz „das Wort entziehen".

Das sollen die „Rechte" der Vertrauensleute sein:

„4. Wortmeldungen sind bei der Vertrauensleitung schriftlich einzureichen." – „5. Die Redner erhalten das Wort in der Reihenfolge ihrer Meldung . . . Worterteilungen sollen in einer Sache höchstens zweimal an den gleichen Redner erfolgen." – „6. die Redezeit in der Aussprache beträgt in der Regel drei Minuten für jeden Redner."

Und d a s sollen die Vorrechte der Betriebsrats- und Gewerkschaftsfürsten sein:

„5. Vertretern der Ortsverwaltung ist jederzeit und unbeschränkt das Wort zu erteilen . . . " – „7. Referenten und Berichterstattern ist auf Verlangen das Schlußwort zu erteilen." – „8. Der Versammlungsleiter hat nicht zur Sache gehörende Ausführungen zurückzuweisen. Fügt sich ein Redner den Anordnungen des Versammlungsleiters nach zweimaligem Hinweis auf die Geschäftsordnung nicht, so kann ihm das Wort entzogen werden." – „9. Dem Versammlungsleiter sind kurze Bemerkungen, die zur Richtigstellung und Förderung der Aussprache dienen, jederzeit gestattet. Zu diesem Zweck darf er den Redner unterbrechen."

Der Gegenentwurf der Angestellten-Vertrauensleute geht dagegen davon aus, daß für einen Vertrauensmann allein die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge maßgebend sind. „Um diese Aufgabe so gut wie möglich durchführen zu können, ist es unerläßlich, daß in der Beratung, Beschlußfassung und in der Durchführung der Beschlüsse demokratisch verfahren wird", heißt es in der Präambel zum Gegenentwurf.

Es liegt natütlich nicht im Interesse der Kollegen, wenn ihre Vertrauensleute nicht einmal ausreden dürfen und nur „zur Sache" reden dürfen, wobei die Interpretation dieses Begriffs allein in den Händen der Gewerkschaftsführer liegt. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß der Betriebsratsvorsitzende bei B + V, der Rechte Knödler, gleichzeitig (und neben vielem anderen) auch Mitglied der Ortsverwaltung der IGM in Hamburg ist, also zum Kreis derjenigen gehört, die berechtigt sind, „jederzeit und unbeschränkt" sich auf den Vertrauensleute-Versammlungen zu Wort zu melden.

Der Gegenentwurf der Angestellten-Vertrauensleute fordert die prinzipielle G l e i c h b e r e c h t i g u n g aller Teilnehmer einer gewerkschaftlichen Versammlung, ohne Privilegien für einzelne Gewerkschafts- und Betriebsratsfürsten: „Die Redner erhalten das Wort in der Reihenfolge der Meldung. **Dies gilt für alle Anwesenden ohne Ausnahme ... Der Versammlungsleiter kann mit Mehrheit jederzeit abgewählt werden."**

Die Gewerkschaftsführung bei der Arbeit.

Das Antragsrecht

Auch das Antragsrecht wird im GO-Entwurf der VK-Leitung sehr weitgehend eingeschränkt. Zwar ist es im Vertrauenskörper bei B + V schon jetzt so, daß viele Anträge durch geschicktes Auseinandernehmen und Zerreden von Knödler & Co. gar nicht erst durchkommen. Jetzt wird das Einbringen von Anträgen noch zusätzlich erschwert.

„1. Änderungsvorschläge zur Tagesordnung sind einen Tag vor der Versammlung der VK-Leitung schriftlich einzureichen. Sie werden dem Vertrauenskörper zur Abstimmung vorgelegt." – „12. Anträge und Entschließungen müssen zur Sache gehören und schriftlich einen Tag vor der Versammlung der VK-Leitung vorliegen. Sie sind der Versammlung bekanntzugeben, werden aber zur Behandlung nur zugelassen, wenn mindestens 25% der Versammlungsteilnehmer sie unterstützt. Anträge, die als besonderer Punkt zur Tagesordnung behandelt werden sollen, bedürfen der Zustimmung der VK-Leitung und sind so rechtzeitig bei dieser einzureichen, daß sie mit der Bekanntmachung der Versammlung veröffentlicht werden können."

Diese Bekanntmachung muß fünf Tage vor der Versammlung raus sein. Das heißt in der Praxis, daß kurzfristige Stellungnahmen zu aktuellen Ereignissen, wie etwa eine Solidaritätserklärung mit dem chilenischen Volk nach dem Putsch, überhaupt nicht mehr eingebracht werden könnten, da „so etwas" erstens nicht zur Sache gehört" und zweitens rechtzeitig eingereicht werden muß und der Zustimmung der VK-Leitung bedarf. Und wie die darüber denkt, hat Willy Höppner, VK-Vorsitzender, mit den Worten ausgedrückt, daß sowieso **„nicht mehr soviel politische Dinge auf VK-Sitzungen besprochen werden sollen, da die Geschäftsleitung das nicht gern sieht."**

Auch in der Frage der Anträge muß davon ausgegangen werden, daß es nur im Interesse der Kollegen sein kann, wenn Anträge, die betrieblich oder allgemein-politisch für die Arbeiter von Nutzen sind, j e d e r z e i t eingebracht und diskutiert werden können.

Deshalb heißt es im Gegenentwurf: *„Ergänzungsvorschläge zur Tagesordnung sollten einen Tag vorher bei der VK-Leitung eingereicht werden. Sie kann auch bei der Eröffnung der Sitzung auf Antrag ergänzt oder geändert werden." – „Anträge und Entschließungen sollten der Versammlung schriftlich vorliegen. Unabhängig davon können zu jedem Tagesordnungspunkt Initiativ-Anträge gestellt werden."*

Gegen den Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie!

Da von der VK-Leitung nicht zu erwarten war, daß sie den Gegenentwurf verteilen würde, um eine Diskussion darüber zu ermöglichen, ergriffen einige Angestellten-Vertrauensleute die Initiative und verteilten den Gegenentwurf soweit ihnen möglich unter einem Teil der Vertrauensleute. Denn es besteht längst nicht zwischen allen Vertrauensleuten ein Kontakt, was ja eigentlich eine VK-Leitung organisieren sollte. So wurde zumindest erreicht, daß ca. einem Viertel der Vertrauensleute auch der Gegenentwurf zur GO bekannt ist. Außerdem fand auf Initiative einiger Angestellten-Vertrauensleute mit Unterstützung der anderen Angestellten-Vertrauensleute für die beiden Angestelltenbereiche eine außerordentliche Bereichsversammlung statt, wo nur über die GO diskutiert wurde.

Wie bekannt wurde, reichten verhältnismäßig viele Kollegen Änderungsvorschläge ein. u.a. gab es noch einen Gegen-Entwurf der Jugendvertretung.

Der Gegen-Entwurf der Angestellten-Vertrauensleute wurde zwar von vielen Vertrauensleuten gutgeheißen; zu einer aktiven Unterstützung konnten sich jedoch nur wenige entschließen. Klarheit, was die neue GO für den VK bedeutet und was die VK-Leitung damit vorhat, ist bei den meisten Kollegen noch nicht vorhanden. Sie hoffen, die VK-Leitung werde einige der undemokratischen Punkte von sich aus ändern.

Insgesamt ist zu erwarten, daß die Betriebsräte (= VK-Leitung) in einigen zweitrangigen Fragen „Zugeständnisse" machen werden, um ihren anti-demokratischen Entwurf i n s g e s a m t dann doch durchzusetzen. Für die fortschrittlichen Vertrauensleute wird es darauf ankommen, verstärkt die Funktion der neuen GO als Teil des Abbaus der innergewerkschaftlichen Demokratie aufzuzeigen.

Interessant ist noch zu erwähnen, daß die vorgelegte GO der VK-Leitung bis auf wenige Punkte wortwörtlich mit der „Geschäftsordnung für Gewerkschaftsversammlungen" der IG Metall übereinstimmt. ■

Betriebszellen Blohm + Voß, KB/Gruppe Hamburg

Redaktionelle Anmerkung

In beiden Bereichen ist der „Tarifkampf" in „vollem Gang". Während die Kollegen anderer Branchen in ihren Tarifrunden einzelnen Unternehmern, bzw. deren Verbänden formal gegenüberstehen, sind die Arbeiter, Angestellten und Beamten (ohne Streikrecht!) mit dem Staatsapparat bzw. seinen politischen Vertretern (SPD!!, FDP) konfrontiert. Auf der anderen Seite haben – soweit bisher für uns erkennbar – die Gewerkschaftsführer (ebenfalls SPD!!) die Aktivitäten auf Seiten der Kollegen (besonders Post) fest im Griff, mehr noch, teilweise müssen die Gewerkschaftsmitglieder und andere Kollegen erst durch wild-radikalistische Reden der Gewerkschaftsführer auf die Beine gebracht werden.

In mehreren Städten der BRD – hier Frankfurt – legten Postler-Demonstrationen z.T. stundenlang den Verkehr der Innenstädte lahm.

Neben der zumeist selben Parteizugehörigkeit von Vertretern beider „Tarifseiten" muß noch die besonders enge Beziehung der Führer von ÖTV- und Post-Gewerkschaft zum Staatsapparat gesehen werden.

Trotz einzelner spontaner Aktivitäten bei ÖTV (z.B. Müllwerker) und beachtlicher Demonstrationen der Post-Kollegen (in Frankfurt, Darmstadt, Hamburg, Hannover, Düsseldorf und anderen Städten) lassen diese Bedingungen für die Kollegen nichts Gutes ahnen, hinsichtlich Verlauf und Ergebnis dieser Tarifrunden sowie der „Signalwirkung" für darauffolgende (Metall etc.).

Wir werden – wahrscheinlich im nächsten AK – genauer über Verlauf und – soweit vorhanden – Ergebnisse dieser Tarifrunden berichten. ■

HDW-Jugendvertreter bekommen:

„Ein ordentliches Verfahren..."

Unmittelbar vor Weihnachten erhielten vier von fünf HDW-Jugendvertretern ein Schreiben der IG-Metall-Ortsverwaltung in Hamburg. Darin wurde ihnen „mitgeteilt", daß sie Mitglieder angeblich „gewerkschaftsfeindlicher, gegnerischer Organisationen" seien. Den vier Kollegen wurde mit Ausschluß gedroht.

Die angegriffenen Jugendvertreter beschlossen daraufhin die Herausgabe einer „Offenen Antwort an die Ortsverwaltung der IG-Metall", die vor dem Betrieb, an Berufsschulen usw. verteilt wurde. (Siehe AK 38, wo große Teile der „Erklärung" und der Dokumente abgedruckt sind.)

Im folgenden soll über den Verlauf der letzten Vertrauensleuteversammlung auf HDW, wo auch diese Sache zur Sprache kam, berichtet werden. Ferner soll die Politik der DKP/SDAJ und der „KPD/ML" bzw. „Rote Garde" eingeschätzt werden. Zum Schluß ein Bericht über die angelaufene Solidarität. (Zur Vorbereitung der HDW-Gewerkschaftsausschlüsse siehe AK 36 und 37.)

Am 23. Januar fand auf der HDW die erste Vertrauensleuteversammlung im neuen Jahr statt. Mitglieder der Jugendvertretung verteilten gleich am Anfang der Sitzung einen Entschließungsantrag der JV an die Vertrauensleute, die Kontroverse mit der IGM-Ortsverwaltung betreffend (siehe Faksimile-Abdruck). Obwohl die Kollegen einen schriftlichen Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Gewerkschaftsausschlüsse" gestellt hatten, wurde das vom VK-Leiter O. Kock übergangen, so daß erst eine halbe Stunde vor Ende der der Versammlung unter dem Punkt „Verschiedenes" (!) dieses Thema angesprochen werden konnte. Das Bemühen der VK-Leitung, möglichst viel Zeit herauszuschinden, um die Gewerkschaftsausschlüsse nur kurz diskutieren zu können, war offensichtlich.

In der Diskussion berichteten die JV-Kollegen am Anfang über die Auseinandersetzung zwischen Jugendvertretung und Betriebsrat:

- Eine von der Jugendvertretung und den Kollegen geforderte Lehrlingsversammlung zur Diskussion der Ausbildungslage auf der HDW und der Tarifrunde wird seit Monaten vom Betriebsrat als „nicht erforderlich" abgelehnt. Erst eine Unterschriftensammlung rang diesen „Gewerkschaftern" eine mündliche (!) Zusage für (eventuell) Mitte März (!) ab.
- Während (und nach) der Jugendvertreter-Wahl lief eine wahre Hetzkampagne der rechten SPD-Demagogen gegen die Jugendvertretung ab. Gezielt wurden Gerüchte vom „roten Meinungsterror" in der Lehrwerkstatt, den „roten Gewerkschaftsspaltern in der Jugendvertretung", der angeblichen Mitgliedschaft mehrerer Jugendvertreter in der „KPD/ML" unter der Belegschaft in Umlauf gesetzt.
- Um die angebliche „Gewerkschaftsfeindlichkeit" der Kollegen zu „beweisen", wird – insbesondere vom VK-Leiter Kock – immer wieder ein ominöses Protokoll einer Jugendversammlung beschworen, in dem „gewerkschaftsfeindliche Äußerungen" der betroffenen Kollegen festgehalten sein sollen. Aufgrund von Nachforschungen der JV stellte sich heraus, daß dieses „Protokoll" wohl in den Köpfen dieser Herren existiert, nicht aber in Wirklichkeit.

Allein diese wenigen Fakten legen Zeugnis ab von der ganzen Niederträchtigkeit und Verlogenheit dieser rechten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und Betriebsräte, die offenbar keine Mühe scheuen, um klassenbewußte Kollegen fertigzumachen und aus den Gewerkschaften zu feuern.

Die Kollegen wiesen auf die Ausschlußwelle auch in den anderen Gewerkschaften hin, die gerade in Zeiten, in denen das Kapital und sein Staat ihre Angriffe auf die Rechte der Arbeiterklasse verstärken, nur zur völligen Auslieferung der Gewerkschaftsbewegung an das gewetzte Messer des Kapitals führen. Die Kollegen forderten die VK-Leitung auf, in sachlicher Form zu antworten, auf der Versammlung ihre Behauptungen über die angebliche Mitgliedschaft in sog. „gewerkschaftsfeindlichen Organisationen" zu belegen und in der praktischen Arbeit der Jugendvertreter ihre „Gewerkschaftsfeindlichkeit" zu belegen.

Dazu kam allerdings in der anschließenden „Diskussion" kein Wort.

wir bald am Ende mit unserer demokratischen Organisation. Wir dürfen unsere Gewerkschaft nicht zerschlagen lassen. 1965 fiel der Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die NPD (!!!) und da sagte keiner was. Wenn es heute wie-

WERFT-ECHO – 7 –

Der lachende Dritte ist der HDW-Vorstand

Zwischen dem HDW - Betriebsrat und der am 16.Oktober 1973 neugewählten Jugendvertretung stehen die Zeichen auf Sturm. Viele erfahrene und aktive Vertrauensleute, Betriebsratsmitglieder und Kollegen schauen fassungslos zu, wie immer häufiger einige Jugendvertreter die Vertrauensleutekörperleitung, den Betriebsrat und sogar aktive Gewerkschaftskollegen wüst beschimpfen.

"Wenn ein Jugendvertreter unseren Vertrauenskörperleiter Otto Kock als Agent der Kapitalistenklasse" beschimpft, so ist für mich jedliche Diskussionsgrundlage mit der Jugendvertretung abgerissen !" erklärt ein Vertrauensmann.

Höhepunkt der Auseinandersetzungen ist die Aufforderung der IG-Metall Ortsverwaltung Hamburg an die HDW - Jugendvertreter sich von „Publikationen" der gewerkschaftsfeindlichen Gruppe "KPD/ML" zu distanzieren, die vorm Betrieb verteilt wurden .
Jeder aktive und konsequente Gewerkschafter hätte sich schon längst von solchen schädlichen Flugschriften scharf distanziert.
Hauptinhalt dieser Flugblätter, von denen niemand im Betrieb weiß , wer sie verfasst hat, ist der Kampf gegen die IG-Metall , den HDW - Betriebsrat, gegen die HDW - Vortrauensleute und somit gegen alle HDW - Kollegen.
Höhepunkt der Beschimpfungen ist die Aufforderung , das Pack der IG-Metall-Bonzen und natürlich der SPD und DKP bis auf's Messer zu bekämpfen.

Die HDW- Betriebsgruppe der DKP erklärt:

Achtung HDW -Jugendvertreter : Lauft nicht in das gefährliche Fahrwasser dieser spalterischen und reaktionären Grüppchen, die sich zwar alle als die "wahren Kommunisten" bezeichnen, doch in ihrem Handeln nur darauf aus sind , die Gewerkschaften zu spalten und die Arbeiterschaft aktionsunfähig zu machen.

Die HDW - Lehrlinge haben bei der Neuwahl der Jugendvertretung von Euch erwartet , daß Ihr die Lehrlingsinteressen gemeinsam mit dem Betriebsrat gegenüber dem HDW - Vorstand durchsetzt , daß Ihr für eine bessere Berufsausbildung klare und richtungsweisende Vorschläge macht und diese mit den Lehrlingen , den Vertrauensleuten und dem Betriebsrat durchsetzt.
Erfolge werdet Ihr aber nur dann erringen , wenn Ihr mit dem Betriebsrat eng und vertrauensvoll zusammenarbeitet.
Dabei ist konstruktive, sachliche und harte Kritik in der kollegialen Auseinandersetzung sogar notwendig und wird von jedem Betriebsratsmitglied respektiert.
HDW - Jugendvertreter ! Noch ist der Weg zurück zum gemeinsamen Handeln mit dem Betriebsrat, dem Vertrauenskörper und den älteren Kollegen offen.

Ändert den Kurs ! Damit der HDW -Vorstand nichts mehr zum Lachen hat.



der kommt, dann sind es vielleicht wir. – Wie auch!

Stattdessen die altbekannte Taktik: Abheben der Diskussion von der konkreten Auseinandersetzung zwischen Jugendvertretung und Betriebsrat (bzw. VK-Leitung) um die Politik einer Arbeitervertretung im Ausbildungsbereich auf die Ebene der „abstrakten „Diskussion" " über die angeblichen Ziele der „Linksextremisten".

Dazu einige Kostproben: Ein VK-Leiter unter dem starken Beifall der SPD-Betriebsgruppe:

„Die politischen Schmierer (!) in unserer Organisation, die nur die Aufgabe haben, die Betriebsräte und die VK-Leitung zu diffamieren, haben bei uns nichts mehr zu suchen, die sollen ihre eigene Gewerkschaft aufmachen!"

- Otto Mohr von der Ortsverwaltung:

„Über diese Resolution kann gar nicht abgestimmt werden, das ist kein Antrag, das ist eine Zusammenfassung verschiedener politischer Positionen (wer hätte das gedacht? Frage d. Verf.). *Die ganzen vor dem Betrieb verteilten Flugblätter sind gewerkschaftsfeindlich, das ist ganz klar. Wir sind nicht gegen die Auseinandersetzung (!). Wir sind eine demokratische Organisation. Ihr könnt ja die Gewerkschaftsführer abwählen. Aber wenn unsere Organisation verleumdet wird, dann müssen wir und werden wir uns zu wehren verstehen. Im DGB dürfen sich keine politischen Gruppen austoben (!). Jeder, der die IG Metall für seine persönlichen (!) Spielchen (!) in Anspruch nimmt, bekommt von uns seinen Ausschluß!"*

Ein starkes Stück leistete sich dieser Demagoge, als er sagte, daß den vier Kollegen *„bedauerlicherweise (!) ein Verfahren angehängt wird, weil sie die Einheit unterminieren (!) wollen. Ich bitte die Jugendlichen, nicht länger die Arbeitgeber zu unterstützen (!). Ihr werdet ein faires Verfahren bekommen."* – Grenzenloser Zynismus.

Der Betriebsratsvorsitzende W. Peters unter starkem Beifall:

„Diese Resolution ist kein Antrag, das ist ein einziges Geschreibsel mit böswilligen Unterstellungen. Die Jugendvertretung hat die Zusammenarbeit abgelehnt (!), mit ihnen ist keine Gewerkschaftsarbeit mehr möglich. Wenn wir das so weiter dulden, sind wir bald am Ende mit unserer demokratischen Organisation. ... wenn es Mitglieder der Organisationen gibt, die ihr in Statut, Wortlaut und Zielen gleich sind (damit meint dieser Lump die Kommunisten!, Anm. d. Verf.), *dann ist deren Mitgliedschaft auch unvereinbar."*

Auch das wieder ein altbekannter Trick der bürgerlichen Ideologie: Die Kommunisten werden mit den Faschisten, den größten Feinden der Arbeiterklasse, auf die selbe Stufe gestellt, während es in Wahrheit die Gewerkschaftsführer selbst sind, die sich zunehmend faschistischer Methoden bedienen.

Die zweifellos widerwärtigste Hetze kam von Rasmus Süchtig – ein freigestellter Betriebsrat, der, wenn es um die Interessen der Kollegen geht, nie die Zähne auseinanderkriegt. Hier hatte er aber offensichtlich sein rechtes Betätigungsfeld gefunden, auf dem er sich weidlich austoben konnte:

„Solche Meinungsverschiedenheiten zwischen Betriebsrat und Jugendvertretung haben im VK nichts zu suchen (!). Aber wenn sie schon einmal reingetragen werden: Wir kennen ja die Flugblätter, in denen zur Sabotage aufgerufen wird, ‚schmeißt Sand in die Kugellager, schneidet die Schweißkabel durch' usw. Daß die Jugendvertreter sich davon nicht distanzieren, zeigt, daß sie diese Sachen richtig finden (!). Hier werden Betriebsräte und VK-Leiter als Arbeiterverräter und Kapitalistenknechte beschimpft. Aber wer kennt nicht die Verdienste von Werner Peters, den Weg von Otto Kock (das sagte er zu seinen Parteifreunden vom BR gewandt, Anm. d. Red.). *Wir müssen hier die VK-Leitung und die Betriebsrat gegen die ‚Linksextremisten' verteidigen. Die Jugendvertretung will Euch in die Sache reinziehen. Die ‚Linksextremisten' wollen hier den Boden schaffen für ihre Politik und ihre Ziele und wollen die Kollegen von ihren gewählten Vertretern trennen. Arbeiterfeindliche und interne Auseinandersetzungen sollen in den VK getragen werden. Die Jugendvertreter haben sich hier demaskiert",* schrie dieser Demagoge mit hysterischer Stimme.

Wollten die VK-Leiter anfangs noch die Abstimmung über den Antrag der Jugendvertretung verhindern, weil ihnen offensichtlich die Stimmung der Kollegen noch nicht ganz klar war – jetzt konnte O. Kock getrost in den VK schreien: *„Wollt ihr abstimmen?"*, um sich durch das eindeutige *„Nein"* noch einmal den Erfolg der Hetze bestätigen zu lassen.

Insgesamt hat der Verlauf der Versammlung gezeigt, daß es den jungen Kollegen nicht gelungen ist, einem größeren Teil der Vertrauensleute den Inhalt der Auseinandersetzung zwischen Betriebsrat, VK-Leitung, Ortsverwaltung einerseits und Jugendvertretung und Lehrlingen andererseits, sowie den Hintergrund der geplanten Ausschlüsse deutlich zu machen. Es ist den rechten SPD-Einpeitschern zweifellos gelungen, durch ihre Hetztiraden die Mehrheit der Vertrauensleute von der sachlichen Auseinandersetzung und Beschäftigung mit den Standpunkten der angegriffenen Kollegen vorerst abzuhalten. Es wäre allerdings falsch, dies für den ganzen VK zu behaupten: Ein Teil der fortschrittlichen Kollegen war allein durch die Massivität der Hetze und Drohungen so eingeschüchtert, daß sie es nicht wagten, dagegen Einspruch zu erheben und eine sachliche Diskussion zu fordern.

DKP/SDAJ: Immer tiefer in den Dreck

Die beiden einzigen „linken" Organisationen, die bisher zum geplanten Gewerkschaftsausschluß Stellung genommen haben, sind die DKP/SDAJ und die „KPD/ML" bzw. ihre „Jugendorganisation", die „Rote Garde" (auf deren ganz besonders rrrrevolutionäre Betriebsarbeit bei HDW wir in nächsten AK eingehen wollen). Der KBW hat es bislang vorgezogen, sich zu diesem Thema auszuschweigen.

Auf die Rolle der DKP/SDAJ – speziell der üblen Rolle des DKP-Führers Müller-Goldenstedt bei HDW – sind wir bereits im ARBEITERKAMPF Nr. 36 und 37 eingegangen. Dieser Bursche hat sich nicht gescheut, aktiv durch Spitzelei und Denunziation, durch antikommunistische Flugblätter und Hetze seinen Teil zur Vorbereitung des Gewerkschaftsausschlusses der Jugendvertreter und der Zerschlagung der HDW-Jugendbetriebsgruppe Stintfang beizutragen.

Es konnte natürlich nicht ausbleiben, daß die DKP-Leute sich in ihrer Betriebszeitung zur Kontroverse IGM-Führung – Jugendvertreter „äußern" würden.

Besonders an dem im Faksimile abgedruckten „Werftecho" (Betriebszeitung der DKP) wird die ganze Niederträchtigkeit der Politik dieser „Genossen" deutlich. Hier spielt diese Partei scheinheilig die Rolle des unbeteiligten und „erschrockenen" Beobachters, der den „irregeleiteten" Jugendvertretern fünf Minuten vor zwölf noch den „gut gemeinten" Ratschlag zuruft: *„Ändert den Kurs! Damit der HDW-Vorstand nichts mehr zum Lachen hat."*

Zur selben Zeit, am 11. Januar 74, begrüßt der DKP-Führer Mügo ausdrücklich im OJA (Ortsjugendausschuß der IG Metall) den geplanten Gewerkschaftsausschluß der Kollegen und berät dort mit den Jüngern der Hamburger Gewerkschaftsführung, wie man am besten die Stintfang-Gruppe zerschlagen kann. Hier beschwert sich dieser Bursche auch darüber, daß einer der OJA-Mitglieder den HDW-Kollegen „verraten" hat, daß er unter den Linken für die Gewerkschaftsführung spitzeln soll (!).

Mit einer bodenlosen Demagogie werden von der DKP die Tatsachen auf den Kopf gestellt, wenn es im obigen „Werftecho" heißt: *„Die HDW-Lehrlinge haben bei der Neuwahl der Jugendvertretung von euch erwartet"* ... aber ihr! Hier wird die Verantwortung für alle Erfolge nicht überragenden Erfolge der neuen Jugendvertretung allein den Kollegen untergejubelt, die ja nichts anderes zu tun hatten, als *„immer häufiger die Vertrauenskörperleitung, den Betriebsrat und sogar aktive Gewerkschaftskollegen wüst(!) zu beschimpfen(!)."*

Kein Wort darüber, wer tatsächlich bisher ständig eine aktive Jugendvertreter- und Gewerkschaftsarbeit unter den Lehrlingen auf der HDW zu hintertreiben versucht hat, wer tatsächlich eine Lehrlingsversammlung für „nicht erforderlich" hält, wer tatsächlich die widerwärtige antikommunistische Hetze gegen die JV unter den älteren Kollegen in Umlauf setzt.

Zum Verlauf der letzten Vertrauenskörperversammlung war im „Werftecho" zu lesen: *„Zu kurz kamen andere betriebliche Belange ... Das lag mit an den Jugendvertretern, die wieder einmal (!) versuchten, ihre große Auseinandersetzung mit der IG Metall (!) in die Versammlung zu tragen. Die Antwort der Vertrauensleute war jedoch einheitlich: ‚Wir wollen keine Auseinandersetzung jetzt, sondern gemeinsames Handeln, um unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen.'"*

– Triumph über den Erfolg antikommunistischer Hetztiraden der rechten SPD-Demagogen.

Die DKP/SDAJ hat bei HDW hinreichend bewiesen, daß sie mit den rechten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern durch „dick und dünn" marschiert, wenn es gegen die Kommunisten und andere klassenbewußte Kollegen geht.

Praktische Solidarität

Es wäre falsch, die Reaktion des Vertrauenskörpers bei HDW – in dem die SPD-Betriebsgruppe noch großen Einfluß hat – auf die gesamte Belegschaft zu übertragen.

Besonders unter den Lehrlingen auf der HDW, aber auch in den Berufsschulen und einigen anderen Betrieben in Hamburg löste dieser Schritt der Ortsverwaltung Empörung aus. Aus einigen Betrieben und Berufsschulen gingen Solidaritätsadressen, Unterschriftensammlungen und kleinere Geldbeträge an die betroffenen Kollegen. Auf einer OJA-Versammlung am 24.1. im Gewerkschaftshaus verabschiedeten rund 150 Lehrlinge (gegen die Stimmen des OJA, der DKP und SDAJ) die auch dem HDW-VK vorgelegte Entschließung. (Zum Verlauf der Versammlung s. Artikel in dieser Ausgabe.)

Anders die Reaktion der älteren Kollegen bei HDW. Hier löste das Bekanntwerden der Pläne der Ortsverwaltung keine ähnlichen Reaktionen wie bei den Lehrlingen aus. Nur in einzelnen Gewerken begrüßten die Kollegen ausdrücklich die „Offene Antwort der JV an die Ortsverwaltung", während in anderen Gewerken eine – von dort arbeitenden Betriebsräten geschürte – Anti-Jugendvertretersstimmung herrscht, die sich in ihren Extremen in solchen Äußerungen wie „Rote Schweine" zeigt.

Insgesamt zeigt sich hier immer noch eine starke Trennung der jungen Kollegen von ihren älteren Kollegen in den Gewerken. Es wird deshalb wichtig sein, stärker alle Möglichkeiten zu nutzen, um die älteren Kollegen mit den Problemen der Lehrlinge bekannt zu machen und umgekehrt die älteren Kollegen in allen Fragen wie auch bisher zu unterstützen.

Zellen-Leitung Werften
KB-Gruppe Hamburg

Berufsschulkampf

DIE ENTWICKLUNG DER LEHRLINGSARBEIT AN DER GEWERBESCHULE FÜR MASCHINENBAU (G 1) IN HAMBURG

Die Notwendigkeit, politische Arbeit unter der Arbeiterjugend (vor allem auch unter den ‚Auszubildenden') in den Betrieben zu leisten und die Belange dieser Jugendlichen im gewerkschaftlichen Kampf zu betonen, wird wohl allgemein anerkannt.
Der KB (bzw. eine seiner früheren Vorläuferorganisationen, das SALZ) arbeitet z.T. bereits seit mehreren Jahren in praktisch allen Hamburger Mittel- und Großbetrieben der verschiedensten Branchen, mit mehr oder weniger vielen Genossen.

A l l e Lehrlingsgenossen des KB sind Mitglieder in den Gewerkschaften ihrer Industrien, bemühen sich um den Aufbau starker gewerkschaftlicher Betriebsorganisationen der Arbeiterjugend und streben die Verbindung und Einheit mit ihren älteren Kollegen im Kampf um die gemeinsamen Klasseninteressen an (hierüber wurde bereits in einer ganzen Reihe von Artikeln des AK berichtet).
Dagegen haben bisher nur sehr wenige Genossen aktiv an der politischen Arbeit in den Berufsschulen teilgenommen. Der Tatsache, daß die Fragen, die einen Lehrling bewegen, nicht nur die des Arbeitsplatzes (der sogenannten ‚Ausbildungsvergütung' usw.) sind, sondern daß der Lehrling auch S c h ü l e r ist – woraus sich eine ganze Reihe von Problemen ergibt – wurde bisher zu wenig Beachtung geschenkt.
Mit diesem Artikel wollen wir am konkreten Beispiel der G 1 demonstrieren, welche Fragen und Probleme im ‚Berufsschulkampf' von Bedeutung waren und sind – und wie wir den Kampf um die unmittelbaren Belange in diesem Bereich organisiert haben und inwieweit die Verbindung zum allgemeinen Klassenkampf hergestellt werden konnte.
Hier können selbstverständlich noch keine allgemeinen Schlüsse gezogen oder ‚Richtlinien' zur Anwendung empfohlen werden – unsere Erfahrung ist dazu noch viel zu begrenzt, die Lehrlingsarbeit insgesamt noch zu unentwickelt. Erreicht werden soll jedoch, daß sich alle Genossen und fortschrittlichen Kollegen mit diesen Fragen befassen und daß die Lehrlingsgenossen des KB aktiv am ‚Berufsschulkampf' teilnehmen, damit sich unsere zahlenmäßige Stärke auch in politischen Einfluß umsetzt.

Die G 1 (Staatliche Gewerbeschule Maschinenbau, Angerstr.) ist eine von 14 Hamburger Gewerbeschulen mit etwa 1 200 Schülern, davon rund die Hälfte Berufsschule, der Rest teilt sich auf in Berufsaufbauschule, Fachoberschule und Technikerschule, wobei jeder Bereich noch in sich vielfach untergliedert ist. Die Zusammenfassung verschiedener Schulzweige unter einem Dach und die weitere Aufteilung jedes Schulzweiges in verschiedene Schulformen führt zu einer großen Zersplitterung der Schüler, die einen einheitlichen Kampf sehr erschwert und der Schulbürokratie viele Ansatzpunkte zur Spaltung gibt.

Für die Berufsschule bedeutet das konkret: je sechs der insgesamt 18 Blockklassen haben in jedem der drei direkt hintereinander liegenden Blöcke, die zusammen genau ein Schulhalbjahr bilden, Blockunterricht. D.h. der Unterrichtsstoff eines Schulhalbjahres ist zu 6 1/2 Wochen Schule hintereinander zusammengefaßt worden. In dem Schulhalbjahr davor gab es jede Woche 12 Stunden Unterricht, die an zwei Tagen erteilt wurden: an einem sieben, am anderen fünf Stunden. An diesem Tag mußten die Lehrlinge in der zweiten Tageshälfte außerdem noch in die Firma gehen. In der Zeit davor gab es nur einen Schultag pro Woche mit 8 Stunden (Teilzeitunterricht).

Neben den 18 Blockklassen gibt es 11 Klassen, die auch jetzt noch Teilzeitunterricht haben (die einzelnen Klassen jeweils an verschiedenen Wochentagen). Darüberhinaus gibt es seit dem 1.2.73 zwei Klassen des Berufsgrundbildungsjahres, die eine einjährige Vollzeitausbildung ‚genießen' (nur Schule). Diese Konzeption des Hamburger Senates ist zu verstehen als Teil und Voraussetzung der allgemeinen Entwicklung zur Einführung der Stufenausbildung für Lehrlinge. Ergänzt wird die Aufteilung durch Aussortieren der Schüler in reine Volksschulklassen und Mittelschulklassen (nur Schüler mit Vorbildung ab Realschulabschluß aufwärts).

Diese allgemeine Aufsplitterung führt dazu, daß Kollegen, die in verschiedenen Klassen oder Blöcken sind, kaum noch zusammenkommen, auch nicht mehr innerhalb ihres Betriebes. Hier liegt die Schwierigkeit, aber auch die Aufgabe einer aktiven SV (Schülervertretung), organisierend einzugreifen und eine Einheitlichkeit herzustellen.

Politik der Schulbürokratie

Die allgemeinen Ziele der Schulbürokratie bestehen darin, die Interessen des kapitalistischen Staates durchzusetzen, d.h. die Ausbildung nach den langfristigen Interessen der Kapitalisten zu formieren, die selbständigen Kämpfe der Schüler zu unterdrücken, die Bewegung auf reformistische Ziele zu orientieren, gleichzeitig vorbeugende Maßnahmen gegen später zu erwartende Verschärfungen der Kämpfe zu treffen.

Die G 1 ist voll in das reformistische Konzept des SPD-Senats eingegliedert und übernimmt dabei offenbar eine gewisse Vorreiterrolle. Die Schulleitung bereitet ihre Maßnahmen sehr langfristig vor und agiert dabei mit großem taktischen Geschick.

Herausragendes Beispiel dafür ist die Tatsache, daß die SV (Schülervertretung) der Berufsschule im Mai 1972 von der Schulleitung selbst ins Leben gerufen wurde – weit über ein Jahr vor inkrafttreten des neuen SVG (Schulverfassungsgesetz). (Der erste SPD-Entwurf zum SVG, vom 29.9.71, war einige Zeit nach seiner Veröffentlichung wieder zurückgezogen worden, ein neuer in Arbeit.) Die Absicht war dabei, für diesen Zeitpunkt schon eine funktionierende Schülervertretung (SV) zur Verfügung zu haben, um die Bewegung gleich in die „richtigen" Bahnen lenken zu können.

Bis zum Sommer '73 war die G 1 eine der wenigen Schulen, die überhaupt über eine einigermaßen funktionsfähige SV verfügten. Verstärkt wird die reformistische Ausrichtung der G 1 durch die personelle Verflechtung der Schulleitung mit Partei (SPD), Gewerkschaft und Kapitalisten. Der Schulleiter und der Abteilungsleiter der Berufsschule sind beide Mitglieder von SPD/GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) und des Berufsbildungsausschußes der Industrie- und Handelskammer (also einem Kapitalisten-Organ). Der Schulleiter Schmiedgen war sogar im Vorstand der GEW Hamburg, der Abteilungsleiter Höpfner bis Sommer '73 im Schulbeirat (paritätisch Arbeitnehmer/Arbeitgeber), er sitzt in verschiedenen Behördenausschüssen usw.

Die Politik der Schulleitung an der G 1 unterscheidet sich vom offen reaktionären Vorgehen an manchen anderen Schulen. An der G 1 herrscht das Konzept, durch „Mitbestimmung", „Demokratisierung", „vertrauensvolle Zusammenarbeit", „sachliche" Diskussion, Verzicht auf Kampfmaßnahmen und Aufruf zur „Selbsthilfe" die Kollegen einzufangen.

Die tatsächliche Absicht dieses Verhaltens klar zu machen, stellt an die Kommunisten natürlich besondere Anforderungen. Zum großen Teil verfängt diese Taktik noch bei den Kollegen. Die besondere Gefährlichkeit dieser Politik besteht darin, daß der reaktionäre Kern immer mit einem liberalen, demokratischen Mäntelchen umgeben wird, das viele nicht durchschauen. Die Schulbehörde hat in dieser Hinsicht an der G 1 recht qualifizierte Vertreter.

Das zeigt sich u.a. darin, daß diese in der Lage sind, auch recht kritische, unternehmerfeindliche Strömungen aufzunehmen. Dabei „profilieren" sich diese Herren als angebliche Interessenvertreter der Schüler und der Schule allgemein gegenüber den Betrieben. Ist aber dann einmal eine Aktion im Anlaufen, die auf den Widerstand der Betriebe stößt, dann heißt es: „Wir sind ja auch dafür, aber das kriegen wir bei den Betrieben jetzt noch nicht durch. Da müssen wir erst vorher diesen oder jenen Schritt machen". Damit wird versucht, die Sache abzuwürgen.

An der G 1 ist die Schulleitung relativ häufig gezwungen, diese Methode anzuwenden. Dabei werden auch kräftig die Illusionen gefördert, mit Unterstützung des Staates gegenüber den Betrieben Fortschritte zu erreichen (Sozialstaatsillusionen). Die Orientierung auf Reformen, gesetzliche Änderungen und den parlamentarischen Weg nehmen hierbei einen wesentlichen Teil ein.

Bei allen Punkten geht es der Schulleitung darum, selbständige Aktionen der Schüler (und natürlich so weit vorhanden, auch der Lehrer) abzuwürgen und in die reformistischen Kanäle zu lenken. Dabei wird versucht, die aktivsten Vertreter von ihren Kollegen abzuspalten und möglichst eng an die Schulleitung zu binden (durch intensive persönliche Gespräche, „volle" Einbeziehung in die Diskussion bei vielen Kleinigkeiten, Aufbau eines persönlichen Vertrauensverhältnisses).

Eine besonders üble Methode ist der Aufruf zur „Selbsthilfe", z.B. bei Forderungen, die finanzielle Belastungen mit sich bringen (Lehrmittelfreiheit), wird bedauert, daß dafür leider kein Geld mehr vorhanden sei. Aber man könne sich ja an den Schulverein wenden. Dieser – ein privatrechtlicher Verein mit Lehrern, Schülern, Eltern und Wirtschaftsvertretern als Mitglieder, der sich aus Mindestbeiträgen und Spenden finanziert – wird als „Feuerwehr" eingesetzt, um die gröbsten Löcher zu stopfen. Mit allen Mitteln wird versucht, die Schüler und ihre Vertretung dafür zu mobilisieren, Mitglieder zu werben und Gelder einzutreiben.



Gemeinsam kämpfen Lehrlinge für ihre wirtschaftlichen Forderungen (Emden)

Die erste Aufgabe, für die die Schulleitung die gerade neu gegründete SV der Berufsschule mißbrauchen wollte, war, dafür zu sorgen, daß der Geldstrom von den Schülern, der immer spärlicher geworden war, wieder dicker werden sollte. Wo die Kollegen nicht davon zu überzeugen waren, daß es sinnvoll wäre, für den Schulverein zu spenden, wurde auch mit härteren Methoden der direkten Erpressung gearbeitet. In manchen Klassen wurden Zahlscheine verteilt ohne darauf hinzuweisen, daß dies alles freiwillig sei; Schüler wurden von bestimmten Lehrern massiv eingeschüchtert; es erschienen Spendenaufrufe am Schwarzen Brett, auf denen fälschlicherweise die SV der Berufsschule als Mitherausgeber bezeichnet worden war. Nach einem Beschluß der SV, den Schulverein nicht zu unterstützen, wurde der SV prinzipiell jede finanzielle Unterstützung verweigert, nachdem ihr – vor dem Beschluß – noch einige verauslagte Materialkosten erstattet worden waren.

Geschichte der Schülervertretung (SV)

Wie schon oben erwähnt, wurde die SV der Berufsschule im Mai 72 ins Leben gerufen – auf Initiative der Schulleitung. Entsprechend ihrem reformistischen Konzept sollte eine partnerschaftliche Interessenvertretung aufgebaut werden.

Dafür erreichte man bei den Betrieben auch eine Regelung, nach der Klassensprecher für SV-Sitzungen vom Betrieb freigestellt wurden – wohl wissend, daß es hierfür keinen eindeutig festgelegten Rechtsanspruch gibt. Bemerkenswert, zu welchen Anstrengungen diese Herren fähig sind, wenn es ihren Interessen entspricht!

Schulverein

Die erste Aufgabe, die die Schulleitung der neuen SV zugedacht hatte, bestand in der Mobilisierung der Schüler, um die Spendenfreudigkeit für den Schulverein wieder zu beleben. Aber schon dies erwies sich in der weiteren Entwicklung als Fehlschlag. Auch sonst entpuppte sich im Laufe der Zeit die SV immer mehr als ein Kuckucksei der Schulleitung.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde der prinzipielle Charakter des Schulvereins aufgezeigt: dadurch soll von den eigentlichen Mißständen abgelenkt werden und durch das Stopfen der dringendsten Löcher aufkommender Widerstand besänftigt werden. Die Aktivitäten sollen in Richtung „Selbsthilfe" kanalisiert werden.

Das heißt, nicht nach den Ursachen zu fragen, sondern die Versäumnisse von Staat und Kapitalisten selber wieder wett zu machen. Konkret: von dem eigenen kargen Lohn noch das bezahlen, wozu Staat und Kapitalisten sich weigern. Diese Diskussion fand in einem entsprechenden Mehrheitsbeschluß der SV ihren Niederschlag, in dem dem Schulverein nachdrücklich die Unterstützung, die von der SV verlangt worden war, abgelehnt wurde. Die Folge war ein weiteres Sinken der Schülerbeiträge.

Blockunterricht

Kurz vor den Sommerferien 72 erfuhr eine Berufsschulklasse zufällig, daß mit Beginn des Schuljahres nach den Ferien der Blockunterricht eingeführt werden sollte.

In einer ausführlichen Diskussion kam die Klasse zu dem Ergebnis, daß der Blockunterricht im Prinzip zwar sinnvoll ist, aber nicht in der vorgesehenen Form: 6 Wochen Schule, dann 12 Wochen Betrieb (6:12). Die praktische Arbeit im Betrieb und die theoretische Ausbildung in der Schule laufen sowieso schon ohne Verbindung nebeneinander her.

Dies würde durch die vorgesehene Änderung noch mehr verschärft werden. Außerdem hätte das 6:12-System zur Folge, daß die Schüler etwa drei bis vier Monate hintereinander nicht mehr mit ihren Klassenkameraden zusammenkämen, ebensowenig mit den Kollegen aus dem eigenen Betrieb, die in einem anderen Blockabschnitt sind. Dies würde eine weitere Spaltung unter den Kollegen und eine erhebliche Erschwerung der gewerkschaftlichen Arbeit bedeuten.

Daher wurde gefordert, daß der Block aufgeteilt wird: jeweils immer eine Woche Schule und zwei Wochen Betrieb (1:2). Der Unterricht wäre dann immer noch zu zusammenhängenden Einheiten zusammengefaßt. Aber in den Zwischenräumen könnte man Versäumtes nachholen und sich auf wichtige Dinge vorbereiten. Wenn man z.B. einige Wochen krank war, könnte man diesen Zeitraum wieder ausgleichen, ohne gleich die Klasse wechseln oder einen Block wiederholen zu müssen.

Es wurde vor allen Dingen die Methode der Schulbehörde verurteilt, solche wichtigen Änderungen von oben durchzusetzen, ohne die direkt Betroffenen vorher zu informieren, geschweige denn mitwirken zu lassen. Es wurde beschlossen, eine Kampagne gegen den vorgesehenen Blockunterricht in Gang zu setzen, um für die Kritik und mögliche Aktionen eine breitere Basis zu schaffen.

Eine Klasse erstellte ein Flugblatt, das vor der Berufsschule verteilt wurde. Daraufhin setzte eine breite Diskussionsbewegung um die Einführung des Blockunterrichtes an der Schule ein, die im wesentlichen von der SV und einigen Klassen getragen wurde.

Um die Kampagne auf die anderen Berufsschulen auszudehnen, wurden alle Hamburger Berufsschulen zu einer Berufsschulkonferenz eingeladen, um die Probleme auf dieser Ebene zu besprechen und Maßnahmen zu diskutieren. Gleichzeitig wurden die Ortsjugendausschüsse von IG Metall und IG Chemie, der Kreisjugendausschuß usw. informiert.

Nach einer anfangs erfreulichen Teilnahme von über 30 Vertretern der verschiedensten Schulen und Betriebe, überwiegend aus dem Metall- und Chemiebereich, ebbte die Beteiligung allmählich wieder ab. Die dritte und letzte Konferenz dieser Art mußte wegen mangelnder Beteiligung abgebrochen werden.

Immerhin war die Bewegung gegen die Einführung des Blockunterrichts so stark geworden, daß die Gegenseite sich gezwungen sah, auf die Kritik einzugehen. Die IG Metall-Führung führte eine Informationsveranstaltung im Gewerkschaftshaus durch, auf der etwa 100 bis 120 Teilnehmer anwesend waren – Schüler, Lehrer, Ausbilder, Vertreter von IGM und GEW, Ausbildungsleitungen und Schulbehörde. Auf dieser Veranstaltung wurde der Standpunkt der Lehrlinge recht deutlich vorgetragen und konnte sich auch gut gegenüber den Vorstellungen von Schulbehörde etc. und den Abwiegeleien von Dr. Wunder abgrenzen (Vorsitzender der GEW in Hamburg).

Weiterhin fand im Rathaus eine Versammlung statt, zu der Schulsenator Apel alle Hamburger Jugendvertreter geladen hatte, um nach seinem Vorschlag in insgesamt zwei Stunden fünf verschiedene Fragenkomplexe zu diskutieren, darunter auch den Blockunterricht.

Von der Minderheit der kaufmännischen Lehrlinge abgesehen (in diesem Bereich gibt es den Blockunterricht schon seit einigen Jahren) wurde auf dieser mit etwa 200 Jugendvertretern recht gut besuchten Versammlung der Protest der Lehrlinge gegen

»

Forts. Berufsschulkampf

den Blockunterricht und vor allen Dingen die Art und Weise seiner Einführung in massiver Weise vorgetragen. Bei fast allen herrschte große Empörung, die sich in scharfen Wortbeiträgen und Zwischenrufen Luft machte. Ein Ausdruck dafür war die Tatsache, daß entgegen der Planung von Apel und seinen Helfershelfern die Diskussionszeit auf vier Stunden verdoppelt werden mußte und die Diskussion fast ausschließlich über den Blockunterricht geführt wurde.

Dies zeigt auch, daß die Behörde auf eine Protestbewegung nicht vorbereitet war. Inzwischen hat sie allerdings aus diesen Fehlern gelernt und bereitet ihre Maßnahmen allgemein propagandistisch besser vor. Beim Beginn des Blockunterrichts am 1.2.73 wurden z.B. an alle Lehrer, Eltern und Schüler Informationsblätter verteilt, in denen in leuchtenden Farben die Vorzüge der neuen Unterrichtsform gepriesen wurden. Damit sollte von vornherein dem Vorwurf verspäteter oder unvollständiger Information entgegengewirkt werden, um eine Kritikbewegung wie bisher von Anfang an zu verhindern bzw. ihr die Spitze abzubrechen.

Die Bewegung um die Einführung des Blockunterrichts führte auch dadazu, daß vom Kreisjugendausschuß des DGB ein Arbeitskreis eingerichtet wurde, der sich mit diesem Problem beschäftigte. In Zusammenarbeit mit diesem Arbeitskreis wurde vom ZDF-Magazin „direkt" („kritisches" Jugendmagazin) eine Fernsehsendung darüber gedreht. Dabei wurden Teile der Apel-Veranstaltung mitgeschnitten, außerdem Diskussionen in zwei Klassen an der G 1.

Allgemein kann man zu der Bewegung sagen, daß sie spontanen Charakter trug. Im wesentlichen wurde sie durch die verbreitete Empörung über das Verhalten der Schulbehörde hervorgerufen. Die Erkenntnis über den beschränkten, spontanen Charakter setzte sich nur sehr langsam durch. Es gelang nicht, von Anfang an die Empörung mit der Aufklärung über die Hintergründe dieser Maßnahmen, ihrer Einordnung in das allgemeine Vorgehen der Kapitalisten und ihres Staates zu verbinden, dem Kampf eine klare Zielrichtung zu geben und Illusionen konsequent zu bekämpfen, man könne durch gemeinsame Anstrengung die Einführung des Blockunterrichtes vielleicht doch noch verhindern.

Positiv daran ist, daß es gelang, die Bewegung aus einer Klasse in die gesamte Schule und danach aus dieser Schule hinauszutragen und Diskussionen auch in anderen Schulen, Betrieben und Gewerkschaften in Gang zu bringen.

Für die langfristige Entwicklung einer überschulischen und überbetrieblichen Politik sind diese Erfahrungen jedenfalls von Bedeutung.

Die Lehrer

Die Einführung des Blockunterrichtes wurde an der G 1 von den Lehrern überwiegend unterstützt, wenn auch z.T. mit gewissen Vorbehalten. Dabei ließen sich die meisten voll von dem reformistischen Mäntelchen einwickeln, mit dem die Schulbehörde ihre Absichten umhüllte. Es wurden mit dem neuen Blockunterricht Reformen, Verbesserungen, Projekte etc. die Hülle und Fülle versprochen. Die harte Praxis entlarvte dies recht bald als leere Versprechungen. Was blieb, war für die Lehrer ein enormer Arbeitsaufwand und viel Eigenarbeit. Was der Blockunterricht nicht schaffte – aufgrund der objektiven Bedingungen auch gar nicht schaffen konnte – mußten sie durch Eigeninitiative und zusätzliche Arbeit wieder wettmachen. Das Resultat war bei vielen eine wachsende Unzufriedenheit.

Der Druck wurde so stark, daß eine Sondersitzung der Lehrerkonferenz angesetzt werden mußte, zu der auch zwei Oberschulräte erschienen, was sonst völlig unüblich ist. Dies zeigt, wie brenzlich die Situation eingeschätzt wurde. Erstaunlicherweise (und bei den Lehrern als den fast schon „klassischen" Kleinbürgern sehr selten) gab es eine geschlossene Front aller Lehrer gegen die Vertreter der Schulbehörde, bei der sich ihr Unmut und ihre Enttäuschung in recht drastischen Beiträgen bemerkbar machte.

Daß sich daraus nichts Weitergehendes entwickelt hat, lag nicht an den Oberschulräten, die überhaupt kein Land gewinnen konnten, sondern an der Wankelmütigkeit, dem Spontaneismus und der Perspektivlosigkeit der Lehrer.

Auf dieser Konferenz wurden von den anwesenden Schülervertretern die gemeinsamen negativen Auswirkungen der Behördenmaßnahmen auf Schüler und Lehrer und der prinzipielle Hintergrund der Maßnahmen aufgezeigt. Dabei wurden dem Reformgeschwafel der Oberschulräte die schlechten Erfahrungen mit der Wirklichkeit des Blockunterrichtes gegenübergestellt. Hier ergab sich die Möglichkeit für eine Aktionseinheit zwischen Schülern und großen Teilen der Lehrerschaft, da von diesen Maßnahmen der Schulbehörde beide Gruppen betroffen sind. Jedoch muß man sich über die Beschränkungen dieser Aktionseinheit von vorn herein im Klaren sein. Die Lehrer sind – von ihrer kleinbürgerlichen Klassenlage her – nicht in der Lage, grundlegend die Mißstände und ihre Ursachen zu bekämpfen, sondern tun dies nur insoweit, als auch ihre eigenen Privilegien gefährdet sind, die sie nicht aufgeben wollen.

Sportunterricht

Ein Bonbon bei der Einführung des Blockunterrichtes war die Ankündigung, jetzt sei die Möglichkeit gegeben, Sportunterricht zu erteilen. In der von der Schulbehörde erstellten Stundentafel wurde eine 3/4 Stunde Sportunterricht als ‚Kannvorschrift' aufgenommen, sofern die Bedingungen dafür vorhanden seien (Turnhallen, Sportplätze, Sportlehrer usw.). Wie jedoch schon vorher klar vorauszusehen war, blieb der Sport ein totgeborenes Kind. Jedoch die Forderung vieler Schüler danach führte zu vielen Diskussionen in den Klassen und auch in der SV. Dabei ging es einmal darum, den prinzipiellen Charakter solcher reformistischen Versprechungen aufzuzeigen, zum anderen konkrete Aktionen zu organisieren.

Zuerst wurde an Schulsenator Apel ein offener Brief geschrieben, in dem sich die Schüler über die leeren Versprechungen beklagten, entsprechende Sportmöglichkeiten forderten und auf die Benachteiligung vor allem gegenüber den Oberschülern hinwiesen. Als Antwort kam ein freches Schreiben von untergebener Stelle (Baureferat), daß die Schüler auf einen Turnhallenneubau im Frühjahr des nächsten Jahres vertröstete.

Nachdem die Forderungen einer Klasse nach Erteilung von zwei Stunden Sport in der Woche und entsprechender Umlegung des Stundenplanes nichts fruchteten, organisierte die Klasse, daß sie – vorher angekündigt – während zweier bestimmter Schulstunden zur Alsterschwimmhalle zum Schwimmen ging und danach wieder vollständig und pünktlich zum Unterricht erschien. Bis auf zwei machten alle mit. Die gesamte Klasse handelte sich zwar umgehend einen Verweis vom Schulleiter ein, aber seit diesem „Dammbruch" ist es üblich, daß die Klassen nach Absprache mit einigen Fachlehrern alle zwei Wochen eine Doppelstunde Sport organisieren können.

Im Laufe der Zeit sind noch zwei weitere Klassen eigenmächtig zum Sport gegangen. Nachdem diese allgemeine Regelung nicht mehr aufzuhalten ist, werden z.T. andere Methoden angewandt, um das Vorgehen der Klassen zu erschweren. In einem Fall verlangte ein Lehrer von den Eltern unterschriebene Erklärungen, daß sie mit dem Schwimmunterricht einverstanden seien. Ein anderer Lehrer meinte in einer anderen Klasse, diese könne erst dann Sport machen, wenn sie im allgemeinen gute Leistungen zeige – was er alleine beurteilen wollte. Die SV hat dafür gesorgt, daß beide Klassen inzwischen allein entscheiden, ob sie zum Sport gehen wollen oder nicht.

Parallel zu diesen Aktionen richtete die SV als Antwort an die Schulbehörde ein Protestschreiben mit der Forderung nach Sportunterricht – das auch einstimmig von der Lehrerkonferenz inhaltlich unterstützt wurde – und einem Ultimatum bis zum Oktober 1973. Zur Unterstützung wurde eine Unterschriftensammlung durchgeführt, an der sich fast alle beteiligten (fast 600). Diese wurde von zwei Schülervertretern dann in der Schulbehörde überreicht.

Solche Aktionen wie offene Briefe, Protestresolutionen oder Unterschriftenlisten sind zwar sehr sinnvoll, sofern sie von einer Mehrheit der Schülerschaft unterstützt werden und Ausdruck ihres Kampfwillens sind. Aber es ist wichtig, Klarheit darüber zu verbreiten, daß sich dadurch allein nichts ändern wird. Erst die selbständigen Aktionen der Betroffenen selber – in diesem Fall das geschlossene Handeln der Klasse – bieten die unbedingte Voraussetzung dafür, daß diese ihre Interessen auch durchsetzen können.

Lehrmittelfreiheit

Schon recht lange wurde unter den Schülern die Frage der Lehrmittelfreiheit diskutiert, schon im Rahmen der ersten Auseinandersetzungen um den Schulverein. Tatsache ist, daß den Schülern ein Teil der Lehrmittel nicht bezahlt wird (Zirkel, Zeichenplatte, Schablonen, Rechenschieber usw.), bzw. ihnen billiges Zeug zur Verfügung gestellt wird, was eine sinnvolle Arbeit – und damit auch die Grundlage für gute Zensuren – nicht möglich macht. (Im Staate Hamburg gibt es die „Lehrmittelfreiheit"!) Damit sind die Schüler gezwungen, das Geld für die Lehrmittel von ihrem kargen Lohn abzuzweigen oder auf diese Sachen ganz zu verzichten, was in der Regel eine Verschlechterung ihrer Leistungen (und ihrer Zensuren) zur Folge hat. Bisherige vereinzelte Versuche, alle Lehrmittel bezahlt zu bekommen, scheiterten meist daran, daß der Betrieb das Problem auf die dafür zuständige Schule schob, diese ihre finanzielle Unfähigkeit erklärte und den schwarzen Peter an den Betrieb zurückschob, der wiederum.... usw. usf.

Darüber wurde nach einigen Diskussionen vom SR (Schülerrat) beschlossen, einen Antrag zu stellen, der an alle Betriebe geschickt werden soll, von denen Lehrlinge an der G 1 Unterricht haben. Darin wird gefordert, den Lehrlingen mit Beginn des Ausbildungsverhältnisses einen Nettobetrag von DM 200,– auszuzahlen. Diese Pauschalsumme soll zur Anschaffung von Lehrmitteln dienen.

Mit diesen Anträgen soll auch eine breite Diskussion darum in Gang gesetzt werden. Daher sollen sie auch an die Betriebsräte, Jugendvertretungen und die anderen Berufsschulen verschickt werden und auch in die Diskussion in den Gewerkschaften eingebracht werden.

Wichtigstes Ziel dabei ist, für das Prinzip einzutreten, daß die Ausbildungskosten voll von den Kapitalisten selber bezahlt werden. Schließlich stellen diese ja Lehrlinge nicht aus reiner Menschenfreundlichkeit oder Wohlwollen für deren berufliche Zukunft ein, sondern weil sie für ihre Produktion eine bestimmte Anzahl Facharbeiter brauchen und somit langfristig (z.T. auch schon kurzfristig) von den Lehrlingen profitieren. Mit dem Lehrmittelgeld sollen die Lehrlinge selber bzw. deren Eltern entlastet werden, die einen Teil der Ausbildungskosten selber tragen müssen. Dies trifft besonders die Arbeiterfamilien hart, aus deren Kreisen die überwiegende Mehrheit der Lehrlinge stammt.

Lehrerkonferenz

Nachdem im Dezember 1972 die Lehrerkonferenz auf Vorschlag der Schulleitung beschlossen hatte, zukünftig mehrere Vertreter der SV ohne Stimmrecht an ihren Sitzungen teilnehmen zu lassen, soweit es um sie interessierende Fragen ginge, nahmen seitdem an fast allen Lehrerkonferenzen mehrere Vertreter der SV teil.

Als nach Inkrafttreten des Schulverfassungsgesetzes und Konstituierung der Schulkonferenz dieses Recht wegfiel, stellte der Schülerrat (SR) bei der Lehrerkonferenz den Antrag, auch weiterhin die Teilnahme von Schülervertretern zuzulassen. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Dabei spielte auch das Argument eine große Rolle, daß es jetzt ja die Schulkonferenz gäbe, in der die zentralen Entscheidungen fielen und wo der richtige Ort zur Zusammenarbeit der ‚Gruppen' sei. Hier dient die Schulkonferenz wieder einmal als Vorwand, um eine sinnvolle Interessenvertretung bzw. in diesem Fall Zusammenarbeit zu verhindern. Denn jeder auch nur einigermaßen Informierte weiß genau, daß die wesentlichen Diskussionen und Entscheidungen, die immer noch in der Lehrerkonferenz fallen – bzw. direkt bei Schulbehörde oder Schulleitung – sich in der Schulkonferenz überhaupt nicht oder nur sehr schwach widerspiegeln.

Bei der Teilnahme von Schülervertretern an der Lehrerkonferenz wurden die Möglichkeiten wahrgenommen, bestimmte Initiativen der Schüler auch hier einzubringen, um die Unterstützung bzw. klare Stellungnahme der Lehrer zu erreichen. Bei den Auseinandersetzungen um den Sportunterricht schickte die SV einen Protestbrief mit Unterschriftenliste an die Schulbehörde, der vorher der Lehrerkonferenz mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt wurde. Einstimmig beschloß die Lehrerkonferenz, diese Initiative inhaltlich zu unterstützen und schickte parallel dazu ein entsprechendes eigenes Schreiben an die Behörde.

Als es bei den Wahlen nach dem neuen SVG um die Vorbereitung der Wahl des Elternrates ging, versuchte die Schulbehörde, einen Teil der Eltern aus den Blockklassen auszuschließen. Eine von der SV in der Lehrerkonferenz eingebrachte Protestresolution, in der die Absicht der Schulbehörde als undemokratisch zurückgewiesen wird, fand eine große Mehrheit. Die Initiative der der SV zur Wahl des Elternrates fand ebenfalls die Unterstützung der Lehrerkonferenz.

Auf der anderen Seite nahmen die Schülervertreter auch die Möglichkei-

➔➔

Gemeinsam demonstrieren Lehrlinge für ihre gewerkschaftlichen und politischen Rechte im Betrieb (Köln)

Forts. Berufsschulkampf

ten wahr, fortschrittliche Initiativen der Lehrer zu unterstützen. Herausragendes Beispiel ist hier die Sondersitzung, auf der der Lehrerprotest gegen den Blockunterricht vorgebracht worden war (siehe weiter unten).

Kantinenpreise

Aufgrund der Kritik vieler Kollegen an den hohen Kantinenpreisen wird im Schülerrat (SR) diskutiert, was man dagegen unternehmen kann. Neben dem kurzfristigen Ziel, niedrige Preise zu erreichen, muß man auch dies Problem einordnen in die allgemein recht schlechten Ausbildungsbedingungen in Schule und Be-



„Schlangestehen" um ausgeplündert zu werden!

trieb, für die hohe Kantinenpreise nur eines von vielen Anzeichen sind.

Hauptgegner ist hier nicht der Kantinenpächter, sondern der Staat, der es versäumt, die entsprechenden Voraussetzungen für eine gute Ausbildung und soziale Leistungen zu schaffen, hier konkret: für ein gutes und billiges Essen. Aber die Forderung richtet sich auch an die Betriebe, in denen die Lehrlinge meist für das Kantinenessen relativ wenig oder nichts bezahlen müssen, während sie
be, in denen die Lehrlinge meist für das Kantinenessen relativ wenig oder
in der Berufsschule für ein etwa gleichwertiges Essen (sofern überhaupt vorhanden) ein Mehrfaches zahlen müssen. Hier haben die Betriebe bisher jegliche Zuschüsse verweigert.

In den Diskussionen erwies sich ein Kantinenboykott als eine mögliche Kampfform. Dabei ist eine Koordination mit den anderen Schulen sehr sinnvoll, da dort die gleichen Probleme bestehen. In der letzten Zeit gab es auch verschiedentlich Versuche, gegen diesen Mißstand vorzugehen und z.B. einen Kantinenboykott durchzuführen. Jedoch blieben diese Versuche bisher immer vereinzelt und kamen über den Bereich einer Schule nie hinaus.

Politische Information

Kurz nach dem Putsch der Faschisten in Chile im September wurde auf einer Vollversammlung der Berufsschüler zur Wahl des Blocksprechers initiativ von einer Klasse eine Solidaritätsbotschaft an das chilenische Volk eingebracht und zur Abstimmung gestellt. Nach einer kurzen Diskussion über den Putsch wurde die Erklärung mit knapper Mehrheit beschlossen und an die chilenische Botschaft in Bonn geschickt.

Danach wurde von manchen Kritik geäußert, daß die Mehrheiten falsch ausgezählt seien. Besonders einige Lehrer nahmen dies zum willkommenen Anlaß, dem Schülerrat (SR) Manipulation vorzuwerfen und mit diesen Vorwürfen überall hausieren zu gehen. Der SR der Berufsschule brachte daraufhin ein Flugblatt heraus, das selbstkritisch zu den Vorwürfen Stellung nahm und eigene Fehler bei der Stimmenauszählung nicht ausschloß, jede Verdächtigung der bewußten Manipulation jedoch scharf zurückwies.

Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie man immer eigene Fehler behandeln sollte: die gemachten Fehler
wie man immer eigene Fehler behandeln sollte: die gemachten Fehler
eingestehen, die Ursachen klar benennen, dafür sorgen, daß gleiche Fehler in Zukunft vermieden werden. Mit dieser Zielsetzung kann jede Kritik nur hilfreich sein. Dabei muß man sich allerdings klar von denen abgrenzen, für die solche Fehler nur ein gefundenes Fressen sind, um ihre eigenen Absichten an den Mann zu bringen: die Arbeit einer unliebsamen Interessenvertretung der Kollegen zu behindern. Das Wichtigste bei allem: offene Diskussion vor allen Kollegen. Nur so kann man aus den Fehlern lernen und die Arbeit verbessern.

Weiterhin wurde zur Vertiefung der Diskussion vom Schülerrat der Berufsschule ein mehrseitiges Informationsblatt zu den Vorgängen und Hintergründen des Chile-Putsches erstellt und verteilt. Dies stellt einen richtigen Schritt in die Richtung dar, die Arbeit einer Schülervertretung nicht auf die internen Probleme der Schule einzuengen und sich von den übrigen politischen Vorgängen zu isolieren, sondern auch hier die Interessen der Kollegen wahrzunehmen.

Eine fortschrittliche Politik bedeutet, auch bei allgemeinen politischen Vorgängen klar Stellung zu beziehen. Gerade diejenigen, die uns dies Recht absprechen und uns auf die rein schulischen Belange einengen wollen (eine Zielsetzung, die sich durch das ganze neue SVG zieht), wissen selber sehr gut, daß selbstverständlich auch die Politik in der Schule nur Teil der allgemeinen politischen Verhältnisse ist und eine Trennung unmöglich ist. Sie selber sind es auch, (z.B. die Schulbehörde als Vertreter des Staates), die ihr Vorgehen langfristig und aufgrund ihrer allgemeinen politischen Zielsetzungen planen. Z.B. ist das nach jahrelanger Vorbereitung eingeführte Schulverfassungsgesetz (SVG) ein klarer politischer Angriff auf die demokratischen Rechte der Schüler, Lehrer und Eltern.

Schulverfassungsgesetz (SVG)

Schulverfassungsgesetz (SVG)

Am 1.8.1973 trat in Hamburg das neue SVG in Kraft, das das alte Schulverwaltungsgesetz abgelöst hat. Dies von SPD/FDP durchgesetzte Gesetz entspricht im Großen und Ganzen dem Betriebsverfassungsgesetz auf betrieblicher Ebene: Einschränkung der demokratischen Rechte, Behinderung selbständiger Aktivitäten von Schülern, Lehrern und Eltern. (Zur genaueren Einschätzung des SVG siehe auch die beiden Sonderbroschüren des SSB – Sozialistischer Schülerbund)

Die wesentlichen Punkte des neuen SVG kurz zusammengefaßt:

- Verbot des imperativen Mandates, (imperatives Mandat heißt, daß ein gewählter Vertreter jederzeit an die Meinung und die Beschlüsse seiner Wähler gebunden ist)
- Verbot der jederzeitigen Abwählbarkeit der gewählten Vertreter
- Nichtöffentlichkeit von Sitzungen
- Schweigepflicht für gewählte Vertreter in bestimmten Fällen
- Verbot politischer Betätigung
- Einengung auf Interessenvertretung „in der Schule"
- jederzeitige Absetzbarkeit unliebsamer Vertreter „bei vorsätzlichen Verstößen gegen zwingende schulrechtliche Bestimmungen in Ausübung ihres Mandates" (§ 53, 2,3)
- Einrichtung einer drittelparitätisch zusammengesetzten „Schulkonferenz" (je 1/3 Lehrer, Eltern, Schüler, ein Vertreter vom übrigen Personal und der Schulleiter als Vorsitzender), deren Rechte allgemein recht gering sind. Dazu gehört z.B. geplanten Entlassungen von Schülern zuzustimmen und Schülergruppen sowie Arbeitsgemeinschaften zuzulassen bzw. zu verbieten.
- Beanstandungsrecht der Schulleitung, mit dem jegliche Beschlüsse aller Gremien erst einmal aufs Eis gelegt werden können und dann mit Hilfe der Schulbehörde ganz vom Tisch gewischt werden können
- Das Recht von Vertretern der Schulbehörde, auf allen Sitzungen aller Gremien zu erscheinen und jederzeit das Wort zu beanspruchen.
- Aufsplitterung der Schülervertretung in eine Vielzahl von Posten und Gremien, die eine einheitliche Interessenvertretung behindern
- Beschränkung der Aufgaben der Kammern auf „Beratung" der Behörde

usw.

Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

In mehreren Schülerratsitzungen wurde heftig diskutiert, wie das SVG einzuschätzen sei und wie man damit arbeiten sollte. Nach breiter Diskussion und mehrmaligen Änderungen wurde mit großer Mehrheit eine Geschäftsordnung verabschiedet. Den Bestimmungen des SVGs, die die demokratischen Rechte einschränken, werden darin die Auffassungen des Schülerrates entgegengestellt, z.B.:

- **Alle gewählten Vertreter sind an die Beschlüsse ihrer Wähler gebunden**
- **Sie können jederzeit ab- bzw. neu gewählt werden**
- **Alle Sitzungen sind öffentlich**
- **Es werden einheitliche Gremien gebildet, um eine Zersplitterung zu vermeiden usw.**

gebildet, um eine Zersplitterung zu vermeiden usw.

Die Wahl eines geschäftsführenden Schülerrates anstelle eines Schulsprechers – bestehend aus sieben Schülern, die in den verschiedenen Schulzweigen gewählt werden – ist gegen einigen Widerstand der Schulbehörde durchgesetzt worden, deren Rechtsabteilung in einer SVG-„Interpretation" diese Möglichkeit zuerst verbieten wollte.

Bei der Wahl des Elternrates wollte die Schulbehörde 2/3 der Eltern von Blockschülern, deren Kinder gerade keinen Blockunterricht hatten, vom aktiven und passiven Wahlrecht ausschließen. Dies konnte verhindert werden. Dabei half auch die Unterstützung der Lehrerkonferenz, die auf Antrag der SV-Vertreter beschloß, alle Eltern zur Wahl einzuladen.

Durch gute Vorbereitung, die im wesentlichen von den Lehrern getragen wurde, wobei sich einige durch recht aktiven Einsatz auszeichneten, gelang es immerhin so gerade eben noch, die Wahl von Klassenelternvertretern und eines Elternrates zustande zu bringen. Die allgemeine Beteiligung der Eltern war noch so gering, daß die Mindestzahlen für die Wahlen nur mit Mühe erreicht werden konnten. Dies allgemeine Desinteresse ist darauf zurückzuführen, daß es bisher an der G 1 überhaupt noch keine Elternvertretung und auch noch



keine Aktivität in dieser Richtung gegeben hat.

Es muß verhindert werden, daß sich der Elternrat zu einem Gremium entwickelt, das immer mehr unter den Einfluß der Schulleitung gerät. Vordringliches Ziel muß sein zu erreichen, daß die Eltern stärker in die Auseinandersetzungen an der Schule eingreifen und zwar im Interesse und auf Seiten ihrer Kinder, der Schüler.

Die Aktivität des Elternrates der Schule Arnkielstraße und von Elternratsmitgliedern aus anderen Schulen des Bezirks Altona ist hier ein positives Beispiel. Sie hatten u.a. zusammen mit dem Schülerrat zu einer Demonstration gegen die Schulmisere und die Versuche der Schulbehörde, sie in ihrem demokratischen Kampf zu behindern, aufgerufen. Die am 19.11.73 mit etwa 800 Teilnehmern durchgeführte gemeinsame Demonstration von Schülern, Lehrern, Eltern und Studenten kann als Erfolg betrachtet werden, da hier zum ersten Mal in Hamburg eine Demonstration von Elternräten veranstaltet worden war – gegen heftigen Wider-
stration von Elternräten veranstaltet worden war – gegen heftigen Wider-
stand der Schulbehörde (siehe auch Artikel im AK 36).

Der zweite Teil des Artikels erscheint in der nächsten Ausgabe des AK. Er wird folgende Aspekte behandeln:

- **den Zusammenhang zwischen Schule und Betrieb**
- **den Stand des politischen Bewußtseins bei den Schülern**
- **die ständig zunehmenden Disziplinierungsversuche durch Schulleitung, Behörde und Betriebe sowie**
- **den erreichten Stand der politischen Auseinandersetzung** ■

Jugendkommission des Metall-Komitees, KB/Gruppe Hamburg

Schulkampf oder "Aktion Kleine Klasse"?

Diesen Titel trägt eine Broschüre der Projektgruppe „Schulaktivitäten/Schulkampf" (Hamburger Uni) über die Hamburger Elterninitiative „Aktion Kleine Klasse", die sich demnächst in „nationalem Rahmen" konstituieren will. Anhand der Entstehung, der Forderungen, anhand der Organisationsstruktur und des öffentlichen Auftretens der AKK sowie ihres Verhaltens gegenüber den bürgerlichen Parteien auf der einen Seite und gegenüber selbständigen Schulkämpfen auf der anderen Seite wird eine konkrete Einschätzung dieser Bürgerinitiative gegeben.

Dabei kommt die Projektgruppe zu folgenden Schlußfolgerungen:

Ihrem Klassencharakter nach ist die AKK in erster Linie den ehrgeizigen Aufstiegsplänen verpflichtet, die Eltern aus den Mittelschichten ihren eigenen Kindern zugedacht haben. Das zeigt sich u. a. an den spalterischen Forderungen der AKK, die sich ausschließlich auf die Grundschulen und zum Teil sogar nur auf die 1. Klassen beziehen, während die Arbeiterklasse an der Behebung der Schulmisere insgesamt (vor allem auch an Haupt- und Berufsschulen) interessiert ist. Vor allem aber zeigt sich das darin, daß die AKK inzwischen soweit auf den Hund gekommen ist, dem Hamburger Senat „Selbsthilfeaktionen" von Eltern anzubieten. D. h. also eine Politik, die der Arbeiterklasse versperrt ist und die objektiv vom Kampf um die Verbesserung der Schulsituation abrückt, um wenigstens das eigene Kind „durchzubringen".

Die AKK orientiert auf die bürgerlich-parlamentarischen „Spielregeln". Sie liebäugelt mit dem Sozialdemokratismus und den Gewerkschaftsführungen – und bekämpft selbständige Aktivitäten der Eltern an den Schulen. Anstatt systematisch an der Mobilisierung der Basis an den Schulen zu arbeiten, zieht sie die aktiven Eltern von dort ab und „beschäftigt" sie mit Unterschriftensammlungen, Flugblattverteilen und ähnlichen technischen Aufgaben. Politische Diskussionen und Erfahrungsaustausch über die Lage an den einzelnen Schulen haben in der AKK nichts zu suchen bzw. sind Privileg der Führungsgruppe. Wer sich der „großen" AKK nicht unterordnet und stattdessen darum bemüht ist, daß die fortschrittlichen Eltern die Sache ihrer Kinder selbst in die Hand nehmen, wird als „Spalter" bekämpft. Zielvorstellung der AKK: Eine Schul-„Lobby" zu schaffen, die in den parlamentarischen Wandelhallen auf die Abgeordneten „Druck" ausübt (sollen wir das wirklich wörtlich nehmen? Dann wüßten wir jedenfalls, wohin die Spendenbeiträge der AKK-Mitglieder fließen! Wie eine „Lobby" traditionell „Druck" auf Parlamentarier ausübt, ist doch bekannt ...). Das kann für die Arbeiterklasse kein Weg sein, der Schulmisere wirksam etwas entgegenzusetzen.

Die Analyse der Projektgruppe bestätigt unsere Auffassung, daß es sich bei der AKK um ein gefährliches Unternehmen handelt, das dazu geeignet ist, die ersten Ansätze von Unzufriedenheit und Protest an den schulischen Mißständen aufzufangen und



Eltern, Schüler, Lehrer auf einer Demonstration 1972

in der „großen" AKK im Sande verlaufen zu lassen. Hier bietet der Reformismus und Sozialdemokratismus objektiv fortschrittlichen Eltern eine scheinbare Alternative an, in der sie sich zwar „ausmotzen" können, aber dennoch bei der Stange gehalten werden.

In vielen Bürgerinitiativen kann man ähnliche Erscheinungen, Methoden und eine grundsätzliche Verwandtschaft zur „Aktion Kleine Klasse" beobachten. Wir empfehlen diese Broschüre daher auch als einen Beitrag zur prinzipiellen Einschätzung dieser Gruppen (erhältlich im ARBEITERBUCH, Preis: 1 DM). ■

Bündniskommission des KB-Gruppe Hamburg

Machtkampf in der Kölner IG Metall

SOZIALDEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTSFÜHRER KÄMPFEN UM EINEN ‚PLATZ AN DER SONNE'

Seltsames und schwer Durchschaubares spielt sich zur Zeit in der Kölner IG-Metall-Ortsverwaltung ab: SPD-Mitglied Kuckelhorn stellt einen Antrag auf „Verfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" gegen seinen SPD-Kollegen Tolusch, 1. Bevollmächtigter der Kölner IGM-Ortsverwaltung.

Wir wollen versuchen, etwas Licht in das Dickicht aus Korruption, Cliquenwirtschaft, Meineiden, Mauscheleien usw. usf. zu bringen.

Tolusch ein „Linksextremist"?

Der Jugendvertrauensmann Johannes R., Lehrling im 1. Lehrjahr und gewählter Vertrauensmann, gilt als Mitglied der „KPD" oder „KPD/ML" – d.h. einer nach dem IGM-Beiratsbeschluß „gegnerischen Organisation". Nach dem Streik der Fordarbeiter im August benutzten die Kapitalisten die Gelegenheit, Johannes R. zu feuern. Wie auch in einigen anderen Fällen von Entlassungen bei Ford, befürwortete Betriebsrat Kuckelkorn diese Entlassung und war für die Ford-Kapitalisten sogar ein wichtiger Zeuge: Er schwor nämlich an Eides statt, daß Johannes R. kein IGM-Vertrauensmann sei. Damit wurde den Kapitalisten der Rausschmiß erleichtert, der für Vertrauensleute geltende bedingte Kündigungsschutz galt nicht mehr.

Es folgte der Auftritt Toluschs: Der 1. Bevollmächtigte stellte R. eine Liste der gewählten Vertrauensleute zur Verfügung, auf der er als gewählter Vertrauensmann verzeichnet war.

Kuckelkorns Meineid drohte aufzufliegen und er startete die Flucht nach vorn: Tolusch wird zum „Gewerkschaftsfeind" wegen Unterstützung von „Linksextremisten". Kuckelkorn versucht seine Position dadurch zu untermauern, daß er nachweist, daß R. zum Zeitpunkt der Wahlen noch nicht ein Jahr Mitglied der IGM ist und damit kein Vertrauensmann sein kann (die mangelnde Dauer der Mitgliedschaft ist bei Lehrlingen im 1. Lehrjahr die Regel, für solche Fälle sieht die Satzung Ausnahmen vor).

Die rechte Clique hat zunächst abgewirtschaftet

Warum aber nun dieser Bruderzwist?

Es ist an sich nichts Neues, daß innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung Postenjägerei und persönliches Karrierestreben ihren Ausdruck in Flügelkämpfen finden.

So auch in Köln, einer Ortsverwaltungsstelle mit 60.000 Mitgliedern, vor allem aus den Großbetrieben Ford, Felten & Guilleaume (F & G) und Klöckner/Humboldt/Deutz (KHD).

Einschneidendes Datum für den momentanen Ausgang dieses Flügelkampfes ist der Streik der Ford-Arbeiter vom August letzten Jahres gewesen. Eine besondere Rolle spielte in ihm der rechte sozialdemokratische Flügel:

Betriebsratsvorsitzender und SPD-Stadtrat Lück,

Betriebsrat, Vorsitzender des VK, Vorsitzender der Kölner „Ausschuß der VK-Leitungen" und seit seiner Wahl zum Jugendvertreter nur freigestellt im Betrieb: Wilfried Kukkelkorn,

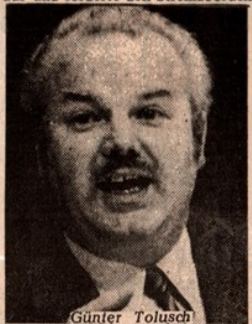
schließlich der 2. Bevollmächtigte der Kölner IGM, Wientgen, ehemals BR-Vorsitzender bei KHD.

Alle drei waren entschiedene Gegner des Streiks der Ford-Arbeiter und halfen bei dessen Zerschlagung.

Und noch ein Gauner

Zu guter Letzt noch ein Fall. Im Gefolge der Sympathiewelle für Tolusch versucht auch der Betriebsratsvorsitzende von F & G für sich abzusahnen. Benno Feckler vom ‚linken' Flügel. Bis vor kurzem war er, ebenfalls einstiger Wahlhelfer von Tolusch, mit diesem noch verkracht. Er wirft ihm vor, seine Kandidatur für die SPD-Bundestagswahlen verhindert zu haben. Angesichts der in Nordrhein-Westfalen bevorstehenden Landtagswahlen wird der Krach allerdings zurückgestellt. Feckler unterstützt Tolusch und stärkt mit seinem nicht geringen Einfluß dessen Stellung. Er erhofft sich davon eine Landtagskandidatur auf der SPD-Liste. Dazu braucht er die Stimmen der Tolusch-Anhänger, der Jusos, des AfA usw. Schließlich braucht er später natürlich auch die Stimmen der Arbeiter.

Zumindest von Lück ist bekannt, daß er beim Schläger-Einsatz gegen die Arbeiter aktiv mitgeschlagen hat, Wientgen tauchte während des Streiks wiederholt mit Lautsprecherwagen vor dem Betrieb auf und forderte den Streikabbruch,


Günter Tolusch

da dieser von „Chaoten" inszeniert sei, Kuckelkorn schließlich als entschiedener Gegner des Streiks tut sich besonders bei Entlassungen und dem Versuch, gewerkschaftliche Rechtshilfe zu verweigern, hervor.

Doch die rechten Gewerkschaftsführer in der Kölner IGM haben durch ihr Verhalten reichlich an Kredit verloren und stoßen auf große Ablehnung.

Das wird auch in der Reaktion auf Kuckelkorns Vorstoß gegen Tolusch deutlich: in zahlreichen Betrieben sind Solidaritätserklärungen für Tolusch aufgegeben worden, die Jusos und die SPD „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" (AfA) stehen hinter Tolusch, schließlich mußte Kuckelkorn auch im „Ausschuß für Vertrauenskörper-Leitungen" eine Niederlage hinnehmen: der Ausschuß stimmte mit klarer Mehrheit für Tolusch und gegen seinen eigenen Vorsitzenden.

Wasser auf die Mühlen der „links"sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer

Die berechtigte Empörung über das säuische Vorgehen der ‚Rech-


Wilfried Kuckelkorn

ten' macht sich der ‚linke' Tolusch zunutze. Aus dem Ford-Streik hat sich der ehemalige Ford-Betriebsratsvorsitzende weitgehend rausgehalten und keine Federn gelassen. Seine Stellung als 1. Bevollmächtigter ist gefestigt und wird durch den Anschlag Kuckelhorns wahrscheinlich noch fester. Er scheint einen Konkurrenten, den jüngeren Kuckelhorn, zunächst los zu sein. Noch vor drei Jahren hatte er mit dessen Unterstützung die Wahlen zum 1. Bevollmächtigten knapp gewonnen und vor zwei Jahren half Tolusch seinem Kollegen aus der Patsche. Zusammen hatten sie bei KHD ein linkes Flug-Blatt zur Provokation gefälscht. Etwas drang davon an die Öffentlichkeit und gegen Kuckelhorn wurde deswegen ein gewerkschaftliches Verfahren eröffnet. Sein damaliger Freund Tolusch setzte sich für ihn ein und half ihm „uneigennützig" aus der Patsche. Das Verfahren wurde eingestellt.

Ein makabres Schauspiel

Es ist schon makaber anzuschauen, wie diese Sozialdemokraten ihre Machtkämpfe auf Kosten der Arbeiter in den Gewerkschaften austragen – ein kleines Abbild der „Chikago-Methoden" in den USA-Gewerkschaften (wo bekanntlich die widerspenstigen Gewerkschafter von angeworbenen Schlägern zur Räson gebracht werden – und auch schon ein Gewerkschaftsführer, Jablonski, im Auftrag seines Konkurrenten ermordet wurde.) – und wie sie es dann noch schaffen, die Stimmen der ehrlichen Arbeiter für sich zu gewinnen (Tolusch).

Bezeichnend auch ist die ‚vielseitige Verwendbarkeit' der „Extremistenerlasse", die ja angeblich zur Abwehr von „Gewerkschaftsfeinden" dienen sollen. Es zeigt sich, daß sie ein Machtmittel in den Händen der Gewerkschaftsführer sind, das ihrer Willkür Tür und Tor öffnet.

Der Frankfurter Hauptvorstand der IG Metall hat am 14. Februar die Aufgabe, im Kölner Machtkampf zu schlichten. ■

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

IGM Rechtsvertreter hauen entlassene Mannesmann-Arbeiter vor Gericht in die Pfanne

Am 14. Januar begann der erste von drei Prozessen, in denen 22 Mannesmann-Arbeiter gegen ihre fristlose Kündigung nach dem spontanen Streik vom Oktober letzten Jahres klagten (vergleiche zu dem Streik ARBEITERKAMPF 35, 36 und 38).

Ein befreundeter Genosse war am ersten Verhandlungstag anwesend und hat zusammen mit den Genossen des Metall-Komitees in Hamburg folgenden Bericht geschrieben:

Seine Absichten mit den Kündigungen hatte der Mannesmann-Vorstand deutlich klar gemacht:

1. Durch die Kündigungen soll „im Interesse der Gesamtbelegschaft" für die Zukunft sichergestellt sein, daß der Betrieb vor weiteren Streiks bewahrt bleibt.
2. Allein zehn der Entlassenen waren schon wiederholt an Streiks bei Mannesmann beteiligt und „verwarnt" worden.
3. Die übrigen hätten sich hartnäckig geweigert, die Arbeit wieder aufzunehmen.

(Pressekonferenz des Mannesmann-Vorstandes am 6.11.73).

Also, es sollte ein „Exempel statuiert" werden, die „Rädelsführer" sollten gefeuert werden und darüberhinaus eine Zahl beliebig ausgewählter Kollegen, um vor allen übrigen Kollegen zu dokumentieren: so wie es deinem Kollegen heute ergeht, kann es morgen dir ergehen, wenn du dich an solchen Streiks beteiligst. Denn die „hartnäckige Arbeitsverweigerung" ist ja nichts weiter, als die Unterstützung des Streiks, an dem sich 3.000 Kollegen beteiligten.

Die gekündigten Kollegen sind nämlich alles alte „Mannesmann-Hasen", sie sind durchschnittlich 10 bis 19 Jahre im Betrieb – einer von ihnen, ein 60-jähriger Arbeiter – bereits 30 Jahre!

Schon vor dem Beginn der Verhandlung um die Klage von sechs der 22 Arbeiter hatten sich etwa 100 Angehörige, Freunde und Kollegen an einem Protestzug in Duisburg beteiligt und vor dem Verhandlungssaal versammelt. Erst nach einigem Zögern ließ die bürgerliche Justiz etwa 60 von ihnen als Zuschauer an der



Versammlung teilnehmen, nachdem sie ursprünglich den Prozeß unter „Ausschluß der Öffentlichkeit" durchführen wollte. Die Anwesenden standen solidarisch hinter den Entlassenen und riefen den Vertretern der Mannesmann-Bosse und ihren Zeugen zu: „Ihr lügt! Was wollt ihr denn noch alles werden? "

Zu den ‚Zeugen': es waren neun, darunter vier Diplom-Ingenieure, ein Ing.-Assistent, zwei Erste Assistenten, ein Assistent und ein Leiter der Personal- und Sozialverwaltung.

Als Vertreter des Mannesmann-Vorstands: Personal-Direktor Schreiner, einer jener Fälle aus den Reihen der SPD, die in den Betrieben nicht selten sind. Als gelernter Schlosser wurde er später Betriebsrat, absolvierte dann die Akademie der Arbeit des DGB und ist heute Personaldirektor bei Mannesmann! So ganz nebenbei ist er auch noch amtierender Vorsitzender der SPD-Betriebsgruppe bei Mannesmann.

Jener Schreiner erschien, um die Interessen des Konzerns gegen 22 entlassene Arbeiter zu vertreten.

Für die Vertreter Mannesmanns und ihren Rechtsanwalt Dr. Grafenhorst war die Absicht eindeutig:

Mit Hilfe des Arbeitsgerichts einen politischen Präzedenzfall zu schaffen.

So legten sie auch das Schwergewicht darauf, festzustellen, daß die Unternehmer bei „wilden Streiks" die „Opfer" seien und daß Streiks die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Betrieb gefährden.

Die aufgebotenen Zeugen – alles Angestellte in leitender Position – taten das ihre dazu, mit abenteuerlichen Schilderungen diese Position zu untermauern.

Der „Vertreter" der sechs Arbeiter, IGM-Rechtsanwalt Thon, versuchte die „Verteidigung" auf Einzelverstößen der Werksleitung Mannesmann aufzubauen:

- Kündigungen können nicht kollek-

tiv ausgesprochen werden,

- Kündigungen können nicht kollek-

tiv ausgesprochen werden,
- die Entlassenen konnten ja gar nicht arbeiten, da die Produktion stillstand,
- die Kollegen sind nicht durch ihre Vorgesetzten zur Arbeit aufgefordert worden usw.

In seinen allgemeinen Ausführungen schloß sich der IG Metall-Rechtsvertreter der Auffassung und Ablehnung des Streiks durch den IGM-Vorstand an: er distanzierte sich vom Streik selber: *„Die Gewerkschaft habe bei der Arbeitsniederlegung am 29./30. Oktober nie von gewerkschaftlichem Kampf gesprochen. Die IGM ist nicht Träger der Aktion gewesen."*

In einer Erklärung hatte der IGM-Vorstand geschrieben:

„Angesichts der eingeleiteten Tarifverhandlungen in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie bestand – wie der IGM-Vorstand erklärt – *kein Anlaß für die Arbeitsniederlegung."*

Mit diesem Vorgehen gab Thon die Position der Kollegen gemäß der bekannten Einstellung des IGM-Vorstands zu dem „wilden Streik" preis und gab der Werksleitung im Prinzip recht, versuchte nur das Vorgehen im Einzelnen anzugreifen. Nur auf der Grundlage hatte der IGM-Vorstand Rechtsschutz gewährt. In der Vorstandserklärung heißt es dazu:

„Die undifferenzierte (!) fristlose Kündigung ist jedoch in keinem Fall geeignet, einen betrieblichen Konflikt zu lösen. Darum (!) wird die IG Metall allen Betroffenen Rechtsschutz erteilen" („Metall", 23/73).

Dieser Argumentationsweise schloß sich auch das Gericht an! In vier Fällen wurde die Kündigung für „rechtmäßig" befunden, da die Kollegen sich „arbeitsunwillig gezeigt" hätten. Zwei Kollegen erhielten „Recht", da sie an ihrem Arbeitsplatz erschienen waren, aber „wegen der Arbeitsruhe ihre Tätigkeit nicht aufnehmen konnten".

Grundlage für das Urteil des Gerichts war ein „Grundsatzurteil" des Bundesarbeitsgerichts, nach denen außer „gewerkschaftlichen Streiks" alle anderen Streiks „rechtswidrig" sind. Daraus folgt das Recht der Unternehmer, an so einem Streik beteiligte Arbeiter und Angestellte fristlos zu entlassen und zwar nach ihrem eigenen „Gutdünken". D.h. wen sie

entlassen, bleibt ihnen überlassen. Da-

eigenen „Gutdünken". D.h. wen sie

entlassen, bleibt ihnen überlassen. Danach haben die Mannesmann-Bosse mit ihrer exemplarischen Entlassungsaktion gehandelt.

Das ist die Rechtssprechung der bürgerlichen Klassenjustiz.

Das Urteil gegen die Mannesmann-Kollegen bedeutet eine weitere Einschränkung des Streikrechts der Arbeiterklasse. Es macht deutlich, daß der Kampf gegen die Einschränkung auch dieses Rechts geführt werden muß, aber auch, daß die Gewerkschaftsführer in den spontanen Streiks der vergangenen Monate und Jahre sich nicht nur gegen die Streikaktionen der Arbeiter gestellt haben, sondern ebenfalls darauf verzichteten, den Kampf gegen die Einschränkung des Streikrechts zu führen. Stattdessen unterstützen sie die Bestrebungen der Kapitalisten, indem sie daraufhinarbeiten, Aktionen der Arbeiter allein dann als rechtmäßig anzuerkennen, wenn diese ihren Segen erhalten haben. ■

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Solidarität mit den Entlassenen!

Die 22 entlassenen Kollegen sind entschlossen, wieder auf der Hütte zu arbeiten. Einer von ihnen drückte es auf der Solidaritätsdemonstration von über 7000 Menschen im November in Duisburg so aus: „Wir bitten nicht um Gnade, wir verlangen unser Recht."

Seit dem 30. Oktober sind die Kollegen gekündigt. Die meisten von ihnen haben Familie. Trotz der großen Solidarität von vielen Seiten ist ihre finanzielle Situation miserabel: sie erhalten durchschnittlich eine Unterstützung von 650 DM vom Arbeitsamt.

Übt Solidarität und unterstützt die entlassenen Kollegen:

Solidaritätskonto,
Kto-Nr.: 210 002 275
Stadtsparkasse Duisburg
Pfarrer M. Höhn

HANOMAG – HENSCHEL

1. Anlauf = Bruchlandung

ORTSVERWALTUNG WILL VERTRAUENSMANN DIE FUNKTION ENTZIEHEN

Am 22.11.73 entzog die Ortsverwaltung (OV) der IG Metall Hamburg einem Vertrauensmann der Hanomag-Henschel-Werke, Harburg, seine Funktion als Vertrauensmann, am 9.1.74 entpuppte sich dieses Vorhaben als Rohrkrepierer, da das Landgericht Hamburg der OV „unter Androhung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten" verboten hat, den Kollegen in „irgendeiner Weise an der Ausübung seiner Funktion als Vertrauensmann" zu hindern.

Angefangen hat alles damit, daß nach dem Warnstreik im Oktober – das Weihnachtsgeld war gekürzt worden – eine wesentliche Forderung der Kollegen, nämlich sofort eine außerordentliche Betriebsversammlung durchzuführen, von Betriebsrat und VK-Leitung hartnäckig bekämpft wurde. Um dennoch eine Versammlung durchzusetzen, wurde eine Unterschriftensammlung initiiert – auch der betroffene Kollege sammelte mit. (Da der VK mehrheitlich beschlossen hatte, keinen entsprechenden Antrag auf Betriebsversammlung an den BR zu stellen, wurde dem Kollegen dies später zur Last gelegt.) Trotz massiver Gegenpropaganda von BR und VK-Leitung unterschrieben 457 Kollegen. Auch hiernach weigerte sich der BR hartnäckig, die Versammlung durchzuführen und anzugeben, ob 457 Unterschriften gesetzlich ausreichen. (Mit ziemlicher Sicherheit taten sie es.) Im Gegenteil wurde auf der nächsten VK-Sitzung der Antrag auf Funktionsenthebung des einen Vertrauensmanns zur Abstimmung gebracht. Begründung: er hätte Unterschriften gesammelt, obwohl der VK beschlossen hat, keinen Antrag an den BR zu stellen !!

Jeder Ansatz, hierüber zu diskutieren, wurde mit den berüchtigten Geschäftsordnungsanträgen zu Fall gebracht – wobei ein rechter Betriebsrat sich dennoch eine „persönliche Erklärung" nicht verkneifen konnte. Seiner Meinung nach war das dann doch alles viel zu milde, man müßte viel schärfer verfahren. Erwidern durfte darauf niemand etwas – denn es war ja eine persönliche Erklärung. Jedenfalls wurde der Antrag mit 2/3-Mehrheit durchgezogen. (Die Vertrauensleute waren allerdings vorher bearbeitet worden – wer für den Antrag stimmt, stimmt für den „freien Westen", wer dagegen, für die „Roten".)

Die Ortsverwaltung ihrerseits setzte sich auch für den „freien Westen" ein und entzog dem Kollegen seine Funktion:

> Liebe Kollegen,
> der Vertrauenskörper der IG-Metall im Werk Harburg der Hanomag-Henschel Fahrzeugwerke hat auf seiner Sitzung am 6.Nov. 1973 folgenden Antrag mit Mehrheit beschlossen:
> „Der Vertrauenskörper stellt an die Ortsverwaltung den Antrag, dem Kollegen . . . die Funktion als Vertrauensmann zu entziehen, da sich der Kollege . . . undemokratisch und dadurch gewerkschaftsschädigend verhalten hat.
> Sollte die Ortsverwaltung nicht zuständig sein, bitten wir um Weiterleitung an den Ortsvorstand.
> Das undemokratische Verhalten liegt in folgend geschildertem Tatbestand:
> Am 11.10.73 hatte der Kollege . . . auf einer Sondersitzung des Vertrauenskörpers einen Antrag gestellt, der Betriebsrat möge eine außerordentliche Betriebsversammlung mit dem Tagesordnungspunkt „Zahlung des Weihnachtsgeldes" einberufen. Der Antrag wurde mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. Um sein Vorhaben doch noch zum Ziel zu bringen, hat der Kollege dann im Betrieb eine Unterschriftensammlung eingeleitet mit dem Ziel, nach § 43,3 des BetrVG eine außerordentliche Betriebsversammlung durchführen zu lassen.
> Auf der ordentlichen Vertrauenskörpersitzung am 16.10.73 ist dem Kollegen . . . eindeutig erklärt worden, daß sein Verhalten undemokratisch ist, weil nach den Regeln der Demokratie alle, die an Beschlüssen mitgewirkt haben, an diese Beschlüsse gebunden sind und keine eigenen persönlichen Initiativen entwickeln können, die gegen diese Beschlüsse zielen. Es ist auf dieser Sitzung auch eindeutig festgestellt worden, daß im Wiederholungsfall ein VK-Mann mit Funktionsentzug rechnen muß. Trotzdem hat der Kollege . . . weiter Unterschriften gesammelt und als Sprecher einer Gruppe von Kolleginnen und Kollegen diese Unterschriftenlisten dem Betriebsrat vorgelegt. Wir sehen darin einen Wiederholungsfall undemokratischen Verhaltens und bitten, dem Antrag des Vertrauenskörpers zu folgen.

Begründung der Hanomag VK-Leitung für ihren Antrag auf Funktionsentzug

Beides – Begründung des Antrags der VK-Leitung und der Beschluß der OV sind ebenso frech wie falsch, so daß es wie gesagt zu besagtem Gerichtsbeschluß kam. Abgesehen von den subjektiven, tendenziösen Feststellungen (über die wir uns hier nicht auszulassen brauchen), ist die ganze Begründung in sich ein einziger Hohn. Schlicht und ergreifend gelogen ist beispielsweise die Aussage, daß auf der VK-Sitzung festgestellt wurde, daß derartiges Verhalten mit Funktionsentzug geahndet wird. Ein entsprechender Antrag ist vielmehr mehrheitlich abgelehnt worden. Auch ist es bereits formal falsch, daß der Kollege gegen den Beschluß des VK's verstoßen habe. In dem Beschluß ging es darum, daß der VK keinen Antrag stellt, bei der Sammlung ging es aber darum, daß die Belegschaft nach § 43,3 des Betr.V.G. den Betriebsrat dazu zwingt, eine durchzuführen. Inhaltlich ist es kennzeichnend für die Auffassungen der Verfasser, wenn sie den VK dazu mißbrauchen wollen, Kollegen die Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Rechte zu untersagen. Auf Deutsch gesagt, bricht die gesamte Beweisführung zusammen wie ein Kartenhaus.

Trotzdem – vielleicht um der VK-Leitung in nichts nachzustehen – verfaßte die Ortsverwaltung einen Brief an den Kollegen, in dem mit unverblümter Offenheit die Vorstellungen der Gewerkschaftsführung zur Demokratie dargelegt werden.

Nach Punkt 1 ist es nicht, wie man durchaus annehmen könnte, von den Kollegen abhängig, wer Vertrauensmann wird, sondern einzig und allein von der Entscheidung der Ortsverwaltung! Damit wird von der Ortsverwaltung eine grundsätzliche Position der Arbeiter – nämlich die freie Wahl der Vertrauensleute im Betrieb – abgeschafft!!

Die in Punkt 2 dargelegte Methode der „Rechtsprechung" ist ebenfalls bezeichnend. Nicht um eine offene Auseinandersetzung geht es, oder mindestens um eine Beweisführung, um den Nachweis von gewerkschaftsschädigendem Verhalten, sondern prinzipiell hat die VK-Leitung recht, weil sie die legitimierte Vertretung des Vertrauenskörpers ist. Das allerdings hat mehr mit der katholischen Kirche und den „Verfügungsrechten" des Papstes zu tun, als mit den ursprünglichen Aufgaben und Zielen der Gewerkschaften.

Die Ortsverwaltung hat die im Brief dargelegten Grundsätze – <u>wohlgemerkt Grundsätze</u> – konsequent zu Ende geführt, <u>indem sie es bis heute unterlassen hat, auch nur den Schatten eines Beweises vorzulegen oder den betroffenen Kollegen auch nur anzuhören.</u>

> <u>Betr.</u>: Funktionsentzug
> <u>Bezug</u>: Antrag der VK-Leitung
>
> Lieber Kollege . . . !
> Die Leitung des Vertrauenskörpers der IG Metall in der Firma Hanomag-Henschel Fahrzeugwerke GmbH hat mit Schreiben vom 6.11.1973 bei der Ortsverwaltung beantragt, Dir die Funktion als Vertrauensmann der IG Metall zu entziehen.
> Die Ortsverwaltung hat sich in ihrer Sitzung am 22.11.1973 eingehend mit diesem Antrag befaßt, nachdem sie der VK-Abteilung beim Vorstand der IG Metall den Sachverhalt (Anlage) zur Stellungnahme zugeleitet hatte.
> Sie faßte den Beschluß, Dir ab sofort die Funktion als Vertrauensmann zu entziehen.
> Dieser Beschluß hat sich an folgenden Grundsätzen orientiert:
> 1.) Die Ortsverwaltung hat die gewählten oder vorgeschlagenen Vertrauensleute zu bestätigen.
> Von ihrer Entscheidung ist somit abhängig, ob die Funktion des Vertrauensmannes vergeben wird.
> 2.) Der Vertrauenskörper ist ein Gremium der IG Metall und unterliegt somit den Bestimmungen der Satzung und den Richtlinien für die Vertrauenskörper-Arbeit.
> Die gewählte VK-Leitung ist gegenüber der Ortsverwaltung die legitimierte Vertretung des gesamten VK's.
> Den von ihr dargestellten Sachverhalt über Dein Verhalten muß die Ortsverwaltung daher als geprüft und wahrheitsgetreu ansehen, zumal in der VK-Sitzung am 16.10.1973 Dein Verhalten einmütig mißbilligt worden ist.
> 3.) Nach den demokratischen Grundsätzen unserer Organisation hat ein Mitglied eines Beschlußgremiums der IG Metall, wie in diesem Fall der VK, die Mehrheitsentscheidungen in seinem gewerkschaftlichen Wirkungsbereich zu vertreten.
> Du hast Dich entgegengesetzt verhalten und kannst somit nicht mehr die Funktion eines Vertrauensmannes der IG Metall in Deinem jetzigen Wirkungsbereich ausüben.
> Wir bitten Dich, Deinen Funktionsausweis im Betriebsratsbüro abzugeben bzw. uns zuzusenden.
>
> Mit freundlichen Grüßen
> INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL
> f. d. Bundesrepubl. Deutschland
> – Verwaltungsstelle Hamburg –
>
> H. Schreiber J. Müllner

Die Hamburger Ortsverwaltung der IG-Metall enthüllt ihre „demokratischen" Grundsätze: Begründung für den Funktionsentzug eines Vertrauensmanns: die höheren Funktionäre haben immer recht!

Konsequent ist es ebenfalls, wenn die letzte VK-Sitzung kurzerhand abgesetzt wurde – u.a. deshalb, weil der betreffende Kollege dabei gewesen wäre und es sicherlich zur Diskussion hierüber gekommen wäre.

Durch den Gerichtsbeschluß führte dieser erste Anlauf zu einer Bruchlandung und solange dieser Beschluß besteht, kann die OV den Kollegen auch nicht ausschließen. (Damit würde sie ihn an der Ausübung seiner Funktion behindern.) **Es liegt allerdings auf der Hand, daß die OV Mittel und Wege finden wird, um diesen Beschluß außer Kraft zu setzen, mit Sicherheit wird es zu einem zweiten Anlauf kommen.**

Entscheidend für den weiteren Verlauf wird es sein, ob es gelingt, die über Weihnachten und dann durch die Kurzarbeit abgeebbte Diskussion wieder zu beleben und über betriebliche Aktionen die volle Rücknahme des Beschlusses und der Beschuldigungen durch die OV zu fordern. In der Diskussion muß vor allem klargemacht werden, daß es hier um grundsätzliche Positionen geht – um die Wahl der Vertrauensleute im Betrieb, darum, daß in solchen Fällen nur die Kollegen entscheiden können, ob jemand abgesetzt wird oder nicht. ■

Betriebszelle Hanomag / Henschel
KB/ Gruppe Hamburg

Forts. HSW
Politische Entlassungen

Gleichzeitig wurden mit Brief vom 14. Jan. der linke VLK-Vorstand aufgefordert, dieses Manöver zu bestätigen, was jedoch nicht geschah, da der VLK-Vorstand auf Nachwahl durch die Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb bestand. So sollte gewährleistet werden, daß im VLK tatsächlich Kollegen sitzen, die das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten besitzen (was eine selbstverständliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit im Betrieb ist – sollte man meinen!? !).

Doch es kam, wie es kommen mußte: Auf der VLK-Sitzung am 18. Jan. erschienen gleich vier IGM-Sekretäre (das ist bei HSW schon fast üblich, um die Linken in Schach zu halten), dazu die rechte Betriebsrats(BR)-Garde (was weniger üblich ist, da diese Herrschaften sich vor Auseinandersetzungen gern drücken). Der größte Teil der vom Vorstand nachbenannten „Vertrauens"leute erschien ebenfalls, die meisten von ihnen bereits mit einem nagelneuen Funktionärs-Ausweis der IGM in der Tasche. Dann begann das große Schauspiel:

In wilden „Anklage"-Reden wurde der linke VLK-Vorstand beschimpft und beleidigt, zum „freiwilligen" Rücktritt aufgefordert, und schließlich auf Grundlage der „neuen" Stimmverhältnisse abgewählt. Minuten später gab es einen neuen Vorstand (diesmal nach Geschmack der IGM-Sekretäre) aus dem Kreis der Nachbenannten. Den neuen Vorsitz hat ein CDU-Mann, ansonsten tummeln sich jetzt Meister und andere Vorgesetzte im VLK, im großen und ganzen also Vertrauensleute der Geschäftsleitung!

Die Hetze gegen den – nunmehr alten – VLK-Vorstand wurde weiter angeheizt. Er würde mit dem METALLARBEITER (Branchenzeitung des KB) zusammenarbeiten, die Zeitung im Betrieb verteilen, gegen die Betriebsräte und die IGM-Führer arbeiten usw. usf. Das ganze Theater kam zum Höhepunkt als Betriebsrat Perlach (SPD) seinen vorbereiteten Antrag zur Abstimmung brachte, in dem der Betriebsrat aufgefordert wird, bei der Geschäftsleitung Antrag auf Rausschmiß der Kollegen des „alten" VLK-Vorstandes zu stellen.

Am Dienstag, dem 22. Jan., folgte eine Sondersitzung des BR, auf der weisungsgemäß dieser Antrag an die Geschäftsleitung durchging, die die Kündigung nur wenige Stunden später aussprach. Die Kollegen die zuvor noch etwas beim BR und der Geschäftsleitung ins „Kreuzverhör" genommen wurden, um sich von ihrer früheren Politik öffentlich zu distanzieren, mußten auf der Stelle den Betrieb verlassen und erhielten zudem Zutrittsverbot erteilt.

Kommunistenjagd hat Tradition bei HSW

Vor noch etwa zwei Jahren war HSW in gewisser Hinsicht „Hochburg" der Linken, d.h. sie hatten Mehrheiten im BR und VLK, stellten deren Vorsitz usw. Inzwischen hat sich das Blatt gewendet als Ergebnis eines unglaublich brutalen Vorgehens der Geschäftsleitung, Gewerkschaftsführung und SPD-Betriebsgruppe (als deren gemeinsamer und verlängerter Arm im Betrieb).

Auf der Basis von drei (!) Betriebsratswahlen innerhalb von zwei (!) Jahren hatten es diese Herrschaften geschafft mit Hilfe von Manipulation, Erpressung, Einschüchterung, fristloser Kündigung, Androhung von Gewerkschafts-Ausschlüssen, Reverse-Politik usw. usf. einen Betriebsrat nach ihrem Geschmack zusammenzuschustern. Innerhalb dieser Zeit wurden acht (!) engagierte und aktive Linke, alles Betriebsräte (ein Vorsitzender des BR), Vertrauensleute und Mitglieder des VLK-Vorstandes fristlos (!) gefeuert, wofür die HSW-Bosse im Rahmen von Arbeitsrechts-Prozessen offenbar gern bereit waren, anständig zu blechen (zwischen 2.000 und 17.000 Mark pro Kündigung). Den meisten wurde in der einen oder anderen Weise Zusammenarbeit mit dem KB vorgeworfen. Die Zahl fristloser Kündigungen von aktiven Gewerkschafts-Funktionären hat sich jetzt auf elf erhöht (im Fall der letzten drei handelt es sich zwar um fristgemäße Kündigungen, die aber mit sofortiger Beurlaubung gekoppelt waren). Dabei ist HSW kein großer Betrieb, in dem hunderte von Funktionären aktiv sind, sondern bloß ein Mittelbetrieb. Nach dem Betriebsrat ist jetzt auch der Vertrauenskörper als Bastion fortschrittlicher Arbeiterpolitik für die HSW-Kollegen verloren. Die Hetze gegen Kommunisten und andere linke Kollegen im Betrieb hat dagegen keineswegs aufgehört, sondern nimmt ständig schärfere Formen an.

Aus Platzgründen können wir hier nicht die ursprünglich geplante ausführliche Darstellung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen darstellen und vor allem nicht den Hintergrund dazu ausleuchten, der bei HSW und anderen industriellen Neuansiedlungen im Südelbe-Raum ein spezielles Problem ist. Wir werden dies wahrscheinlich in der nächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF nachholen. ■

Betriebszelle HSW,
KB/Gruppe Hamburg

Forts. Faschistenprovokation

grund bleiben müssen", daß die „Funktionäre sich rechtzeitig von diesen Gruppen (d. h. den „Stoßtrupps" – Anm. AK) absetzen müssen".

Die M e t h o d e dieser faschistischen Fälschung besteht in folgendem: Durch ein angeblich authentisches „Dokument" soll zum einen eine geheimnisvolle, weit verzweigte „Verschwörung" vorgetäuscht werden, was auf die von den Faschisten seit eh und jeh genutzte Angst rückständiger Bevölkerungsteile (vor allem Kleinbürgertum) vor „Verschwörungen" zielt. Zum anderen werden den Kommunisten damit alle möglichen massenfeindlichen Ansichten „authentisch nachgewiesen", die ihnen die Bourgeoisie schon immer unterstellt hat.

Es wäre falsch, diese faschistische Provokation wegen ihrer scheinbar offensichtlichen Unsinnigkeit und Albernheit nur mit einem Schmunzeln über die faschistischen „Spinner" zu registrieren. Die Tatsache, daß eine so unverschämte faschistische Fälschung in bürgerlichen Zeitungen mit Massenauflage veröffentlicht werden kann und sich bürgerliche Wissenschaftler offen zum Geist dieser Fälschung bekennen (Erklärung des „Bund Freiheit der Wissenschaft"), zeigt deutlich, was die Stunde geschlagen hat.

Das historische Vorbild der von der „Welt" publizierten Fälschung ist ein heute kaum noch bekanntes antisemitisches Machwerk, das aber vor einigen Jahrzehnten in der faschistischen Propaganda eine ungeheure Rolle spielte, nämlich die angeblichen „Protokolle der Weisen von Zion".

Diese Fälschung war zu Ende des letzten Jahrhunderts in der Werkstatt des zaristischen Geheimdienstes entstanden. 1902 wurden die angeblichen „Protokolle" erstmals in Rußland veröffentlicht, 1920 wurden sie von „Gottfried zur Beek" (hinter diesem Pseudonym verbarg sich ein Hauptmann Müller von Hausen) in deutscher Sprache veröffentlicht und gehörten zur Standard-Ausrüstung des Antisemitismus und Antikommunismus.

„Kampf der kapitalistischen Ausbildung!"

„Neue Richtlinien zum Kampf gegen die kapitalistische Ausbildung

Funktionärsanweisungen, herausgegeben vom ZK aller kommunistischen Hochschulgruppen.

I. Die Ausbildung in den Universitäten führt durch Abtrennung vom Produktionsbereich zur kapitalistischen Ideologieproduktion, zur Spezialisierung auf Einzelwissenschaften, die den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß nicht mehr reflektieren.

Daher: Kampf dem Spezialistentum!

II. Bürgerliche Wissenschaft wird verwertbar als Ansammlung naturwissenschaftlicher Ergebnisse für den Produktionsprozeß, als Ideologiewissenschaft zur Verbreitung des kapitalistischen Prinzips.

Daher: Kampf der empirischen Forschung und ihrer Methoden!

III. Als Werte vermitteln unsere Universitäten Leistungskriterien des Bürgertums (Sprache als Mittel zur Interaktion, Leistungsmotiviertheit; Aufgabenbewußtsein; Lernzielhierarchien zum Erwerb von Kulturtechniken) und zementieren damit die Klassengesellschaft durch existierende Chancenungleichheit.

Daher: Kampf den Leistungskriterien und -kontrollen!

Wie wollen wir im neuen Jahr 1974 diesen Kampf aufnehmen?

1. Ausbau der systematischen Ausbildung von Stoßtrupps in den einzelnen Fachbereichen. Verstärkt sollen hier wieder solche Studenten eingesetzt werden, die mit ihrem bisherigen Studium unzufrieden sind, sowie emotional Labile, die durch Gruppenarbeit aktiviert werden können, und sogenannte „drop-outs", die, da ohne konventionelle Hemmungen, als eigentliche Störtruppspitzen eingesetzt werden können. Stärker als bisher muß darauf geachtet werden, daß die Funktionäre sich rechtzeitig von diesen Guppen absetzen, wenn die Machtübernahme einzelner Fachbereiche ansteht. Darum weiterhin Aufrechterhaltung der Auseinandersetzungen zwischen MSB Spartakus und den anderen Gruppen wie KSV, KHI etc.

2. Angriffe zunächst auf den wissenschaftlichen Nachwuchs richten, Assistenten, Dozenten und jüngere Professoren verunsichern und systematisch von ihren Lehrzielen abbringen. Aus der Gruppe der „Nachwuchshochschullehrer" müssen auf Grund der Angst vor Kommissionsbesetzungen und Mitbestimmung der Studenten mehr Verbündete hervorgehen als bisher. Eine weitere wichtige Zielgruppe sind solche Professoren, die politische und persönliche Angriffspunkte bieten. Meidet Auseinandersetzungen mit Hochschullehrern, die unnachgiebig entschieden auftreten und mit juristischen Kniffen wie Paragraphen, Artikel, Absätze und so weiter drohen.

Im übrigen gilt wie bisher: Es ist immer besser, sich einige Professoren als Sympathisanten heranzuziehen als viele zum Gegner zu haben.

3. Störtrupps müssen strategisch besser in den Hörsälen und Übungsräumen verteilt werden. Zur „Stimmungsmache" sollen zunächst Einführungsübungen, sogenannte Erstsemesterveranstaltungen, unter Beschuß genommen werden. Hier können der Mangel an Information und die Unsicherheit zu Beginn des Studiums genutzt und für eine gezielte Meinungsbildung eingesetzt werden. Kritik muß zunächst immer an der Form von Lehrveranstaltungen ansetzen, Inhalte erst nach Ablauf eines überschaubaren Stoffbereichs kritisieren.

Regelmäßig in Arbeitsgruppen die jeweiligen Strategien planen, wobei die Funktionäre stärker als bisher soweit wie möglich im Hintergrund bleiben müssen. Rechenschaftsberichte sollen so weit gehen, daß eventuell mit Ausschluß aus der Gruppe gerechnet werden muß.

4. Psychologische Prinzipien müssen in der Kaderausbildung stärker als bisher berücksichtigt werden. Neben der Ablehnung von Klausuren und Leistungsnachweisen, die auf eine breite studentische Zustimmung aufgebaut werden kann, sind vor allem intensive Auseinandersetzungen mit dem Stoff der bürgerlichen Wissenschaften zu unterbinden. Beschäftigung mit solchen Wissenschaftsgebieten liefert Diskussionsmaterial, das sich in der Auseinandersetzung über Inhalte verliert und die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge unberücksichtigt läßt. Inhaltsvermittlung und damit „Spezialistentum" muß von vornherein verhindert werden. Dies gilt insbesondere für Veranstaltungen, die empirische Grundlagen und Methoden vermitteln.

Ein erfolgreiches Kampfjahr 1974 im Dienste des Sozialismus unter der Führung der Arbeiterklasse!"

„Die Welt", 17.1.74

Die Fälschung gibt sich aus als Protokoll einer geheimen zionistischen Konferenz, die 1897 in Basel stattgefunden habe. Der Zweck ist, eine „jüdische Weltverschwörung" glaubhaft zu machen und gleichzeitig gegen die Arbeiterbewegung zu schlagen. Hier einige Stichworte aus dem „Protokoll" – man vergleiche sie mit dem von der „Welt" veröffentlichten „Dokument":

„Ausnutzung der menschlichen Schwächen" (die „emotional Labilen" im „Dokument" der „Welt"), „Gewöhnung der Arbeiter an Gesetzlosigkeit und Trunksucht", „Untergrabung der Erziehung und Bildung", „Aufhebung der Lehrfreiheit an den Hochschulen" (!), „Liquidierung des Humanismus und der Geschichtswissenschaft", um so die „jüdische Weltherrschaft zu erreichen". Gleichzeitig müsse auch die „Irrlehre des Kommunismus", das „jüdische Heer von Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten" eingesetzt werden, um die „blinde Masse des Volkes" zu gewinnen, die „Zerstörung der nichtjüdischen Industrie durch erhöhte Lohnforderungen" sei anzustreben usw.

Die enge Verwandtschaft in Geist und Methode zwischen dem „Proto-

holungsstätten beschrieben („Die Häftlinge verrichteten ihre Arbeit mit Eifer und Freude ... Mir fiel auf, wie elegant unsere Häftlinge gekleidet waren ...").

Noch als „gemeinnützig" anerkannt, verbreitete die „Deutsche Bürgerinitiative" vor einigen Monaten ein Flugblatt mit dem Titel „Sex als politische Waffe", das mit einer Reihe von erfundenen und gefälschten Zitaten den Eindruck erwecken soll, „die Kommunisten" wollten ihre Ziele durch „sexuelle Zersetzung" erreichen. Die einzelnen gefälschten „Zitate" (wie etwa: „Verdirb die Jugend", „Verursache mit allen Mitteln den Zusammenbruch aller moralischen Tugenden") sind unterschrieben mit „Anweisungen der KP in Florida" oder „Interne Anweisung der Kommunistischen Partei Italiens" o. ä., und natürlich alle frei erfunden. Von Mao wird ein angebliches „Zitat" erwähnt: „Wir werden unsere Ideologie durch die moralischen Schwächen des Gegners einschleusen", und einem „KP-Chef in Hongkong" wird die Äußerung zugeschrieben, „Peking" habe „rund eine Milliarde Dollar in den subversiven Rauschgift-Export nach Europa investiert", um Europa so „fertigzumachen".

ANTISEMITISMUS

‚BILD' wärmt eine alte Lüge wieder auf

In den Jahren 1959/60 erreichte in Westdeutschland eine Welle von faschistischen und antisemitischen Schmierereien auf jüdischen Friedhöfen und an Synagogen ihren Höhepunkt.

Die „Bild" vom 10. Januar 74 schrieb jetzt dazu: „ . . . alles war das Werk des sowjetischen Geheimdienstes."

„Bild" nennt das eine „sensationelle Enthüllung". Nun, so „sensationell" ist diese Lüge denn doch nicht. Sie tauchte nämlich bereits in den Jahren 1959/60 auf. Einer der ersten, der dieses Märchen auftischte, war Faschistenführer Adolf von Thadden, damals noch Chef der neofaschistischen „Deutschen Reichspartei" (DRP): nachdem 1960 zwei Mitglieder der DRP als Synagogenschmierer entlarvt worden waren, behauptete Thadden, hinter den Schmierereien stecke die SED. Auch Bundeskanzler Adenauer machte „die Kommunisten" für die Schmierereien verantwortlich.

„Bild" kann natürlich, ebensowenig wie die Verleumder damals, nicht den geringsten konkreten Anhaltspunkt für die Lüge vom „Werk des sowjetischen Geheimdienstes" geben. Stattdessen wird mit dunklen Andeutungen folgender Art gearbeitet: „. . . *Es begann in Köln: Weihnachten 1959 beschmierte der Bäckergeselle Arnold S. (25) die Synagoge mit der Parole: „Deutsche fordern: Juden raus." Arnold S. gab damals zu, angestiftet worden zu sein. Seine Hintermänner nannte er nicht.*" („Bild")

Was „Bild" verschweigt: Arnold S. (=Arnold Strunk) und sein Komplize Paul-Joseph Schönen waren beide Mitglieder der neofaschistischen DRP. In ihren Wohnungen hatten sie, wie sich bei der Haussuchung zeigte, faschistisches Gerümpel (Nazi-Zeitungen, Bücher, Fahnen etc.) angehäuft.

Die Schmierereien an der Kölner Synagoge Ende 1959 lockten zahlreiche weitere faschistische Ratten aus ihren Löchern, die sich nun ebenfalls mit Farbtopf und Pinsel an Synagogen, aber auch an anderen Gebäuden betätigten. So wurden 1960 faschistische und antisemitische Schmierereien u.a. aus Scheinfeld und Allersberg (beide Mittelfranken), aus Nienburg und Dinslaken, aus Braunschweig und Hannover, aus Dortmund, Westberlin, Hamburg, Kiel, Meldorf, Offenbach gemeldet.

Jedoch hatte es auch schon vor den Kölner Schmierereien 1959 eine Welle antisemitischer Vorfälle gegeben, die hauptsächlich in antisemitischen Äußerungen bestanden (wie etwa: „Es sind noch längst nicht genug vergast worden"), aber auch einige Schmierereien, wie auf dem jüdischen Friedhof in Freiburg (Januar 1959), am Mahnmal für die Verfolgten des Faschismus in Gelsenkirchen (Februar 1959), am jüdischen Friedhof in Amberg (Februar 1959). Soweit die Urheber erwischt wurden, waren es in allen Fällen alte Nazis oder verführte Jugendliche, die zu neofaschistischen Organisationen gehörten oder ihnen nahestanden.

Der Grund dafür ist nicht eine „Verschwörung des sowjetischen Geheimdienstes", sondern der Umstand, daß nach 1945 im westlichen Teil Deutschlands der Faschismus nicht ausgerottet, sondern weiter gehegt wurde. Alsbald durften wieder neonazistische Organisationen ihr Unwesen treiben, durften Angehörige der SS-Mörderbande ihren „Traditionsverband" HIAG zur Pflege faschistischen Brauchtums gründen, wurden in neofaschistischen Zeitschriften die jüdischen und anderen Opfer des Nazi-Terrors verhöhnt, wurden die faschistischen Kriegsverbrechen beschönigt oder gar „gerechtfertigt".

D a s war der Boden, auf dem die antisemitischen Schmierfinken in großer Zahl wuchsen. Die Lüge vom „Werk des sowjetischen Geheimdienstes" steht dagegen in der Tradition derjenigen, die zur Verhetzung rückständiger Volksteile die „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung" erfanden. ■



Köln 1959: Hakenkreuze und „Juden raus" an der Synagoge. Die Täter waren Mitglieder der neofaschistischen DRP

Die enge Verwandtschaft in Geist und Methode zwischen dem „Protokoll" des zaristischen Geheimdienstes und dem „Dokument" der „Welt" ist offensichtlich.

Mit ähnlichen Mitteln arbeitet auch die faschistische „Deutsche Bürgerinitiative" des Rechtsanwalts Manfred Roeder aus Bensheim (Hessen). Dieser Faschisten-Verein war sogar bis vor wenigen Monaten vom Staat als „gemeinnützig" anerkannt. Unverschämtheiten dieser „Bürgerinitiative" durch liberale Publizisten kostete den Verein schließlich im Oktober 73 das Prädikat „Gemeinnützig": Roeder hatte behauptet, es seien keinesfalls mehr als 200.000 (!) Juden von den Faschisten ermordet worden, und hatte die KZ's als idyllische Er-

nach Europa investiert", um Europa so „fertigzumachen".

Die Methode ist in allen Fällen die gleiche: Die Faschisten appellieren an Rückständigkeit, Aberglauben und Ängste vor allem kleinbürgerlicher Bevölkerungsteile („große Verschwörung", deren „Drahtzieher" sich geheimnisvoll „im Hintergrund halten", „sexuelle Zersetzung" usw.); die Bourgeoisie sucht dabei die Glaubwürdigkeit ihrer Lügen durch Aufmachung als angebliche „Protokolle", „Dokumente" oder „Zitate" zu steigern. Das Ziel ist, neben den kurzfristigen Effekten (Diffamierung der Linken), eine langfristig wirkende Verdummung von Teilen des Volkes, die daran gewöhnt werden sollen, jeden Dreck gläubig zu schlucken. ■

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven: F. Köpsell, 285 Bremerhaven 1, Postlagerkarte 00 31 60

Eutin: H. Lankau, 242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A 022583

Frankfurt: K. Scholz, 623 Frankfurt/M 80, Postfach 800747

Hamburg: Postadresse: J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35

Kiel: W. D. Scheel, 23 Kiel 1, Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg: Th. Piepgras, 29 Oldenburg, Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen: KAG im Buchladen „Rote Straße", 34 Göttingen, Rote Straße 10, Di. 17 - 19 Uhr

Lübeck: W. Blankschein, 24 Lübeck, Postlagerkarte 082 332 A

Westberlin: Florian Geyer, über Sozialistisches Zentrum, 1 Berlin 21, Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

Fortsetzung IG-Chemie – Verfassungsschutz

hen u.a. Gewerkschaftsausschlüsse von fünf fortschrittlichen Kollegen, Funktions-Entzug für sechs andere, Nicht-Bestätigung gewählter Mitglieder der Tarifkommission, des Jugendausschuß, Rausschmisse aus dem Jugendvertrauenskörper, offene Drohung mit dem Verfassungsschutz gegenüber linken Vertrauensleuten, eigenmächtiges Verändern beschlossener Forderungen des Vertrauenskörpers usw. usf. Die Liste ließe sich beliebig verlängern.

Der Ausschluß-Antrag der 18 Schering-Vertrauensleute deckte einen Teil der arbeiterfeindlichen und undemokratischen Schweinereien dieses Mannes im Laufe der letzten Jahre allein im Schering-Werk Müllerstr. auf und begründete den Antrag recht sorgfältig. In einer neunseitigen Antwort versucht sich Kolitsch von zehn der „schwersten Vorwürfe" reinzuwaschen.

Dazu eine Kostprobe. Zum Vorwurf des Gewerkschafts-Ausschlusses gegen aktive linke Vertrauensleute:

„Hierzu ist lediglich zu sagen, daß die Verwaltungsstelle viel zu tolerant war, daß sie nicht schon bei früheren Gelegenheiten von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht hat. Alles andere ist dem Hauptvorstand (...) bekannt." (E. Kolitsch an den Hauptvorstand im Brief vom 4.1.74)

Und nun der Hammer: Kolitsch bestätigt die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz (der Spitzel- und Spionage-Organisation der Kapitalisten!!) gegen linke Kollegen und der IG Chemie-Hauptvorstand findet nichts dabei. Im Gegenteil. Er „folgt" der „Argumentation" des Arbeiterfeindes Kolitsch ausdrücklich!

Kolitsch schrieb: *„Es stimmt, daß ich in besagten VL-Versammlungen* (Achtung: Mehrzahl) *in Bezug auf Mitglieder, die bereits aus unserer Organisation wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens ausgeschlossen waren oder gegen die noch ein Ausschlußverfahren lief, Auskünfte* (!) *des Verfassungsschutzes zitierte, Ich tat dies, weil von Sympathisanten* (!) *dieser Kollegen immer wieder die Behauptung aufgestellt wurde, daß keiner der betroffenen Kollegen weder einer linksradikalen Organisation angehört oder eine solche Organisation unterstützen* (?) *würde und dafür auch keinerlei Beweise vorlägen.*

Ich erklärte, daß die Berichte vom Verfassungsschutz zur Überprüfung der eigenen Beweise (!) *eingeholt wurden, um eine größtmögliche Sicherheit* (?) *bei der Beurteilung zu haben."* (zitiert nach Brief von Kolitsch an den Hauptvorstand vom 4.1.74)

Ist die enge Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischer Gewerkschaftsführung und dem – auf Basis des alten faschistischen Gestapo-Kaders (!!) aufgebauten – Verfassungsschutz auch kein neuer Tatbestand, so erstaunt doch das „freimütige" Bekenntnis zu dieser Tatsache durch einen Gewerkschaftsführer. Ist doch sonst diese Zusammenarbeit von beiden Seiten eher gutgehütetes Geheimnis, mit dem man nicht hausieren geht. Aber wahrscheinlich ist inzwischen auch der Verfassungsschutz in den Augen der SPD-Gewerkschaftsführer zur „demokratischen Institution" geworden? ! ?

Es ist aus der Geschichte bekannt, daß die SPD-Führer und besonders deren Kumpane aus der Gewerkschaftsführung mit allem und jedem gemeinsame Sache machen, wenn es gegen die Kommunisten oder andere linke Arbeiter geht. (In diesem Zusammenhang werden wir in nächster Zeit Dokumente veröffentlichen, aus denen die enge Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer (des ehemaligen ADGB) mit den Nazi-Faschisten hervorgeht, zu einer Zeit, als Gewerkschafts-Mitglieder – Kommunisten wie Sozialdemokraten – zu Tausenden in den Folgerkammern der GESTAPO und den KZ's der SA unsagbares Leid erlitten.)

Kolitisch gibt auch zu, daß er mit diesen „Auskünften" vom „Verfassungsschutz" oppositionelle Kollegen einschüchtert und offen erpreßt. Aus seiner Feder klingt das so (im selben Brief):

„Vor und nach dieser Frage (nach K.'s Zusammenarbeit mit dem „Verfassungsschutz" – die Red.) *hatte sich der Kollege H.B. durch unqualifizierte (?) Zwischenrufe bemerkbar gemacht, worauf ich ihn fragte, ob ich ihm einmal vorlesen solle, was über ihn beim Verfassungsschutz aktenkundig sei. Ab diesem Augenblick war der Kollege B. dann still."* (Man beachte den unglaublichen Zynismus!!!).

Bespitzelung der Kollegen, Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz, Gewerkschaftsausschlüsse, Funktionsentzug usw. seien notwendig, so Kolitsch, um *„die Gewerkschaften (nicht) widerstandlos für radikale und utopische Zwecke von einzelnen Chaoten mißbrauchen zu lassen."* – **Der Zweck heiligt die Mittel! Alle Mittel sind erlaubt, wenn sie dem Ziel dienen, die Kommunisten und andere linke Arbeiter aus den Gewerkschaften zu feuern! Das allein ist die Logik der Gewerkschaftsführer, und zwar nicht nur irgendwelcher superrechter Sekretäre, sondern es ist die Logik der DGB-Führung überhaupt.**

Gefährliche Illusionen

Die Gruppe „KPD", die schon seit einigen Jahren bei Schering eine „Betriebszeitung" herausbringt, verbreitet in ihrer „Roten Fahne" („Zentralorgan" der Gruppe) Illusionen. Offenbar erwartete sie, daß der IG-Chemie-Hauptvorstand Herrn Kolitsch von seinem Posten ablösen würde; es wurde also ein unmittelbarer „Erfolg" vom Ausschluß-Antrag der 18 Schering-Vertrauensleute erwartet.

Sie warnt bereits vor Kolitsch's „Nachfolger", wenn der Hauptvorstand E. Kolitsch „aus taktischen Gründen" „aus der Schußlinie" ziehen würde, selbstverständlich „um ihn an einem anderen Posten einzusetzen". Der „Nachfolger" würde zwar „die arbeiterfeindliche Politik der Bonzen fortsetzen". Aber: *„Der nächste Kolitsch könnte sich nicht so leicht über die Beschlüsse der Kollegen hinwegsetzen."* (alle Zitate aus RF Nr. 3/5. Jg).

Diese „Warnung" (vor dem „nächsten Kolitsch") wollten die Genossen als ganz besonders „realistisch" verstanden wissen. Sie leiteten ihre Spekulationen über einen „nächsten Kolitsch" ausdrücklich noch mit der „Warnung" ein: „Machen wir uns keine Illusionen."

Zweifellos machten sich die Genossen von der „KPD" Illusionen. Was ist dafür die Grundlage?

Die Genossen haben eine gründlich falsche Einschätzung vom Kräfteverhältnis der Klassen in Westdeutschland, sowie vom Stand der der Klassenkämpfe. Nach Meinung der Genossen, befinden sich Arbeiterbewegung und Kommunisten in der Offensive, während sich die Kapitalisten und mit ihnen die Gewerkschaftsführer, in Rückzugsgefechten befinden usw.

Tatsächlich aber befinden sich die westdeutschen Kapitalisten (samt ihren Agenturen) in einer allseitigen Offensive (ideologisch, politisch und ökonomisch), drängen die Arbeiterbewegung (und an den Uni's und Schulen die demokratische Schüler- und Studentenbewegung) und mit ihnen die Kommunisten zurück, betreiben die Faschisierung aller gesellschaftlichen Bereiche usw.

Die Arbeiterklasse dagegen befindet sich auf dem Rückmarsch und nicht in der Offensive. Der vermehrten Streiks, inkl. der spontan entstandenen, die Verschärfung der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen, die Zunahme des Ausschluß-Terrors, aber auch der vermehrte Widerstand dagegen, sind Ausdruck und Produkt dieser Kapitals-Offensive. Die Kollegen kämpfen und kämpften gegen zunehmende Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage, gegen den weiteren Abbau ihrer gewerkschaftlichen Rechte usw. Alle Kämpfe in den letzten Jahren galten dem Erhalt des Bestehenden und nicht einer Verbesserung oder Erreichung neuer Ziele. Die Kommunisten – und die Arbeiterlinke insgesamt – müssen ihren defensiven Kampf so führen, daß Positionen etc. aufgebaut werden, die geeignet sind, um von ihnen aus zu einem späteren Zeitpunkt zur Offensive gegen den Kapitalismus in der BRD überleiten zu können.

Die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung bei Schering und besonders ihre Ergebnisse beweisen im Klein–Maßstab die Richtigkeit unserer Einschätzung. Solche Leute wie Kolitsch werden nicht „aus der Schußlinie" gezogen, sondern im Gegenteil, ausdrücklich ermuntert, weiter so zu verfahren wie bisher und möglichst noch einen Zahn zuzulegen. Das ist der allgemeine Trend. Zu erwarten ist eher der Gewerkschaftsausschluß der 18 Schering-Vertrauensleute, oder zumindest ihres „harten Kerns". ■

Gewerkschafts-Kommission der Chemie-Bereiches, KB/Gruppe Hamburg

---

REICHHOLD, HAMBURG:

Gewerkschafts-Ausschluß besiegelt

Der Hauptvorstand hat mit Schreiben vom 17.1.74 den Gewerkschaftsausschluß von 13 linken Kollegen des Hamburger Chemie-Betriebes Reichhold „verfügt". Wie nicht anders zu erwarten, kam er damit dem Antrag der Hamburger Verwaltungsstelle vom 20.11.73 vollständig nach. „Verfügt" wurde dieser Ausschluß im wahrsten Sinne des Wortes, d.h. der Hauptvorstand hat nicht den Schatten einer Begründung, einer irgendwie stichhaltigen Argumentation gebracht. Außer nackten Behauptungen (also Unterstellungen!!!) absolut nichts.

Damit wird den Kollegen praktisch auch die Möglichkeit einer echten Verteidigung vor dem Beschwerdeausschuß genommen (was offenbar beabsichtigt ist), ein Recht, das ihnen zumindest formal zusteht. Gegen eine Behauptung, dieser und jener Kollege gehöre zu den *„geistigen Urhebern der gewerkschaftsfeindlichen Publikation ‚Der Chemiearbeiter'*, läßt sich einfach nicht argumentieren, nichts ins Feld führen, als die schlichte Gegenbehauptung. Dies ist aber schon geschehen und zwar gegenüber den Hamburger Gewerkschaftsführern, denen auch per durchgesetzter „Einstweiliger Verfügung" gerichtlich verboten ist, derartige Behauptungen weiter zu verbreiten. Der Hauptvorstand hat dies jetzt dennoch getan.

Es muß davon ausgegangen werden, daß die Gewerkschaftsführer sich ihre „Beweise" (Behauptungen!) entweder aus dem Zylinder gezaubert haben, oder aber beim „Verfassungsschutz" „besorgt" haben, wobei dieser dann wohl in den berühmten Zylinder gegriffen hat. Weiter wird klar, daß der ganze „demokratische Instanzenweg" (Verwaltungsstelle, Hauptvorstand, Beschwerde-Ausschuß) reinster Humbug ist, „demokratischer" Humbug *zweifellos*, also Humbug, um „Demokratie" vorzutäuschen, wo in Wirklichkeit absolute Willkür und Vorstandsdiktatur herrscht. Die IG-Chemie-Führer haben ihre Willkür nur schlecht verbergen können. Wie wenig tatsächlich „abgewogen", „sorgfältig geprüft" usw. wurde, mag das Indiz zeigen, daß der CHEMIEARBEITER – eine Branchenzeitung des KB – in der Eile der Ausschlußverfügung einer anderen Organisation zugedichtet wurde.

Ausschluß – was nun?

Diese Frage wird sich in nächster Zeit für eine ganze Reihe von Kommunisten, linken Gewerkschaftern usw. stellen. Eine Gegen-Gewerkschaft läßt sich auf dem gegebenen Stand des Klassenkampfes nicht aufmachen. Das dürfte für jeden klar sein, der seine fünf Sinne beieinander hat.

Andererseits wird der Ausschluß-Terror der Gewerkschaftsführer zunehmen, wird dieser Terror zunehmend auch Kollegen treffen, die politisch nicht organisiert sind und für die diese Perspektive sich noch nicht unmittelbar ergibt.

Der Gewerkschafts-Ausschluß zielt – aus der Sicht der Gewerkschaftsführer – nicht auf bloßen Ausschluß aus den DGB-Gewerkschaften, in dem Sinn, daß die sozialdemokratischen Führer ihren Laden „sauber" halten wollen, sondern er zielt auf „Ausschaltung" vom Klassenkampf überhaupt. Dies gilt besonders für politisch noch nicht organisierte Kollegen, die durch Ausschluß jede Verbindung, jeden organisierten Zusammenhang zu anderen klassenbewußten Kollegen verlieren sollen. Sie sollen sich – nach Willen der Gewerkschaftsführer – resignierend in ihr „Schicksal" fügen, sollen sich dem Kapitalisten ergeben, da man ihnen den gewerkschaftlichen Schutz (Rechtsschutz etc.) und die gewerkschaftliche Solidarität entzogen, gestohlen hat. Diejenigen, die sich am meisten für die Interessen ihrer Kollegen ins Zeug gelegt haben, die in vorderster Front beim Kampf gegen den „Unternehmer" gestanden haben, sollen verheizt werden – wenn es nach den Führern der DGB-Gewerkschaften ginge.

Dem kann und muß entgegengetreten werden. Keinesfalls darf der organisierte Zusammenhang unter den Kollegen aufgegeben werden. Im Gegenteil, er muß noch ausgebaut werden. Eine Beteiligung am betrieblichen und sogar auch am gewerkschaftlichen Kampf kann aufrechterhalten, ja sogar intensiviert werden. Als erster Schritt könnten „Gruppen ausgeschlossener und ausgetretener Gewerkschaftsmitglieder" auf betrieblicher Ebene, mit regelmäßiger politischer Diskussion, aktiver Betriebsarbeit, eigenem Kampffond usw. usf. aufgebaut werden. In diese Gruppen können solche ehemaligen Gewerkschaftsmitglieder einbezogen werden, die schon vorher vor den Gewerkschaftsführern „geflüchtet" sind. Ziel dieser Gruppen muß sein, u.a. auch für ihre Wiederaufnahme – ohne Opportunismus und Versöhnlertum – in die Gewerkschaften zu kämpfen. Sie sollten Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsmitgliedern halten und ausbauen.

Ausschlußantrag gegen Kodolitsch abgelehnt

Das von 18 Reichhold-Gewerkschaftern angestrengte (und wohlbegründete!!) Ausschlußverfahren gegen IG-Chemie-Sekretär Ph. von Kodolitsch ist von seinen Kumpanen in der Veraltungsstelle „zurückgewiesen" worden, und zwar mit derselben „Begründung", wie der Ausschlußantrag gegen 13 Linke durchkam ... nämlich mit gar keiner.

Kühn wird im entsprechenden Schreiben der Hamburger Verwaltungsstelle etwa behauptet, daß 12 von 18 Antragstellern bei Antrag-Stellung „schon nicht mehr Mitglied der Gewerkschaft" waren (was nachweislich unrichtig ist.) Zwei weitere Antragsteller hätten „unleserlich" (wer bestimmt das?) unterschrieben usw. Im übrigen hätte Kodolitsch *„seine Aufgaben pflichtgemäß erfüllt"* (was niemand bestritten hatte), sowie *„jederzeit in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Verwaltungsstellenvorstandes" gehandelt* (was ebenfalls niemand bezweifelte und zur Sache selbst nicht das geringste sagt). Zudem sei das ganze „Ausschlußbegehren (..) als Teil einer gewerkschaftsfeindlichen Aktion anzusehen". Absolut beknackt.

Betriebsrats-Wahlkampf – ein erster Erfolg

Wie schon im letzen AK angedeutet, kandidieren 12 linke Kollegen auf einer Liste, während die Sozialdemokraten (Volkmann & Co.) zusammen mit den Rechtsradikalen (Teschner & Co.) auf gemeinsamer Liste kandidieren. Die IG-Chemie-Führung hat ausdrücklich auf das Aufstellen einer offizielden Gewerkschafts-Liste verzichtet, was sie natürlich nicht hindert, Reklame für die Rechten zu machen. Dieser Verzicht muß als indirektes Eingeständnis dafür gewertet werden, daß sie nach eigener Einschätzung nach den Gewerkschafts-Ausschlüssen zu schwach für eine eigene Kandidatur ist. Sie fand zu wenig Bewerber für eine Kandidatur. Ein deutlicher Beleg für die Spalterei der Gewerkschafts-Organisation bei Reichhold und die Schwächung gewerkschaftlicher Positionen. Übrigens kandidieren auch die sog. „Unabhängigen" mit auf der rechten Liste. Diese Vögel zogen in den letzten Betriebsrats-Wahlkampf in direktem Auftrag der Geschäftsleitung. Eine bute Mischung.

Obgleich in ihrer Arbeit erheblich erschwert, haben die Linken in relativ kurzer Zeit die für die Einreichung einer Wahlliste notwendige Unterschriften-Zahl nicht nur erreicht, sondern etwa das Doppelte zusammengebracht. Sie kandidieren als Liste 1.

Die Rechten haben Anstrengungen gemacht, ihre Liste eifrig zu schminken. Nicht der SPD-Führer Volkmann steht an der Spitze, sondern der erheblich weniger „verschlissene" SPD-Mann Hollop, der im Betrieb allgemein das Image eines „ehrlichen Kollegen" hat. Nicht schlecht ausgeheckt. Aber es kommt noch besser:

Das 2. Zugpferd der gemeinsamen Liste, der Rechtsradikale Teschner, erscheint erst auf Platz Nr. 12 Da nur 11 Betriebsräte zu wählen sind, erscheint sein Platz absolut aussichtslos zu sein. Der Schein trügt jedoch. Gemäß Verabredung werden nach vollzogener Wahl eine Reihe von Papp-Kameraden auf vorderen Plätzen ganz „freiwillig" zurücktreten und Herrn Teschner den zugesagten Weg frei machen.

Dieser Trick scheint für die Rechten notwendig, um besonders unter den Produktionsarbeitern auf Stimmenfang zu gehen, die einen Teschner unter gar keinen Umständen wählen würden. ■

Betriebszelle Reichhold
KB-Gruppe/Hamburg



KAMPF DER KAPITALISTISCHEN RATIONALISIERUNG

So wie hier die Arbeiter und Angestellten von Klöckner-Draht in Düsseldorf vor der Hauptverwaltung des Konzerns in Duisburg gegen das „Wegrationalisieren" von 1100 Arbeitsplätzen (in den Zweigwerken Düsseldorf und Göppingen) protestierten (Anfang Januar 1974), haben in den zurückliegenden Wochen und Monaten tausende von Arbeitern verschiedenster Branchen durch Protestmärsche und Streiks zum Ausdruck gebracht, daß sie gegen die Verwirklichung der Rationalisierungspläne „ihres" Kapitalisten kämpfen wollen.

Speziell auf die Kämpfe in der westdeutschen Metallindustrie gegen Massenentlassungen und „Kurzarbeit" wollen wir im nächsten AK eingehen. ■

Solidarität notwendig

Trotz vorläufiger Besiegelung des Gewerkschafts-Ausschlusses gegen 13 linke Reichhold-Kollegen ist auch weiterhin kämpferische Solidarität mit ihnen nötig.

Dies bezieht sich sowohl auf moralische Unterstützung (Solidaritätserklärungen) als auch auf finanzielle Hilfe (es sind noch eine ganze Reihe von Prozessen durchzustehen und der betriebliche Kampf der Reichhold-Linken geht weiter und kostet Geld für Flugblätter, Dokumentationen usw.).

Wir möchten hier wie auch in den letzten beiden Ausgaben des ARBEITERKAMPFs wiederum einige Solidaritätsadressen veröffentlichen:

Nordelbischer Arbeitskreis Kirche
Adresse: (Der Redaktion bekannt)

Solidaritätsadresse 22.12.1973

An die vom Gewerkschaftsausschluß bedrohten Kolleginnen und Kollegen der Reichhold-Albert-Chemie AG Hamburg.

Hiermit versichern wir euch unserer Solidarität im Kampf gegen die drohenden Gewerkschaftsausschlüsse, gegen die Gewerkschaftsführung und gegen die rechten SPD-Betriebsräte. Wir unterstützen euren Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte im Betrieb und Gewerkschaft, gegen den Lohnabbau und für einen starken VLK. Wir werden mit unseren Kollegen, den krichlichen Mitarbeitern und in unserer Gewerkschaft, der ÖTV, über euren Kampf diskutieren und euch nach unseren Möglichkeiten unterstützen.

NAK (eine Gruppe von krichlichen Angestellten, Vikaren, Pastoren und Theologiestudenten).
P.S. Wir haben ca. 50,– DM auf euer Konto überwieden.

RESOLUTION
Meß- und Regelmechaniker 1. Lehrjahr G - 12 16.1.74

Hiermit protestieren wir gegen den geplanten Ausschluß der 13 Kollegen bei Reichhold sowie der Jugendvertreter bei HDW aus der Gewerkschaft.

Wir betrachten dies als einen Angriff, der sich gegen alle Vertrauensleute, Betriebsräte, Jugendvertreter und Mitglieder des DGB richtet, die sich für mehr innergewerkschaftliche Rechte und Einbeziehung aller Kollegen in die gewerkschaftliche Diskussion eingesetzt haben.

Gerade in einer Situation, wo wir angesichts der scheinbaren Ölkrise zum Stillhalten von allen Seiten angehalten werden, benötigen die Arbeiter und Angestellten eine aktive Interessensvertretung.

Für die einzelnen vom Ausschluß bedrohten Kollegen bedeutet der Ausschlußantrag im weiteren einen Angriff auf ihre Existenz. Ihnen wird das Recht genommen, ihre Interessen organisiert zu vertreten, sie sind im Streik unterstützungslos, bei Entlassung ohne rechtliche und finanzielle Unterstützung und damit noch mehr der Unternehmerwillkür ausgesetzt.

Wir erklären uns mit den oben genannten Kollegen solidarisch und fordern die Zurücknahme der Ausschlußanträge.
(Es folgen Namen und Unterschriften der jungen Kollegen).

Jugendvertretung der Firma
Jungheinrich & Co.
2 HH 70
Friedrich-Ebert-Damm 129
Hamburg, den 14.1.74

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben auf unserer letzten Sitzung über die Vorgänge in unseren Gewerkschaften diskutiert. Wir sind dabei zu dem Schluß gekommen, daß Drohungen und Rausschmisse nicht zu den Mitteln gewerkschaftlicher Auseinandersetzung gehören.

Dieser Entwicklung müssen wir Einhalt gebieten!

Aus diesem Grunde schicken wir Euch, um zu einer breiten Diskussion aller Kollegen beizutragen, unsere Resolution. Diese solidarisiert sich mit den 13 Kollegen von Reichhold-Chemie, die zuerst als Vertrauensleute abgesetzt wurden und denen jetzt ein gewerkschaftliches Ausschlußverfahren droht. Weiter mit den vier Kollegen von HDW, die sich pauschal von „Links" und von der HDW Jugendgruppe distanzieren müssen. Andernfalls wird auch hier mit dem Ausschluß gedroht.

Wir fordern Euch auf, auch bei Euch diese Entwicklung zu diskutieren und Euch mit diesen Kollegen zu solidarisieren!

Mit solidarischem Gruß

(Es folgen Stempel und Unterschrift der Jugendvertretung)

Dieser Brief geht an:
JV, Vertrauensleute (VK)
und Betriebsrat (BR) von HDW
JV, VK, BR von Reichhold
SV'en der Berufsschulen
Die größeren HH Metallbetriebe
Die Ortsverwaltung der IG Metall
und der IG Chemie
den Kreis- und Ortsjugendausschuß

Solidaritätsspenden erbitten wir auf folgendes Konto:
Hamburger Sparkasse
„Unterstützungskonto Reichhold"
1290/120060 c/o M. Jenschke
und H.J. Bock

Nadelstiche – gegen wen?

„WARNSTREIKS" IN HAMBURGER METALLBETRIEBEN

Mit einer Nadelstichtaktik wollen die Hamburger Gewerkschaftsführer die Metallarbeiter Hamburgs am Tarifkampf teilhaben lassen: Überziehen der Mittagspausen oder Frühstückspausen, Protest am Verhandlungsort „Curiohaus" – allerdings erst nach Feierabend – und eventuell sogar einmal einen kurzen Warnstreik. Ziel dieser Taktik: die Arbeiter und Angestellten sollen als Tarifstatisten ihre Rolle spielen, die Unternehmer dürfen nicht so stark geschädigt werden. Besonders die DKP/SDAJ machen sich zum Fürsprecher dieser Taktik und „wiegeln ordentlich auf". Noch einen Tag vor den 2. Metallverhandlungen in Hamburg riefen sie zur „Großkundgebung" vor dem Curiohaus auf, um der „Verhandlungskommission den Rücken zu stärken": Zeitpunkt 17.00 Uhr. Beginn der Mobilisierung: nicht einmal 24 Stunden vorher, sozusagen im „engsten Familienkreise". Auf Kritik an dieser Taktik auf einer Jugendmitgliederversammlung der IG-Metall antwortete DKP-Vorstandmitglied „Mügo" großmaulig und kraftmeierisch:

„Ihr habt ja alle Schiß vor einem Streik!" Besagte DKP/SDAJler waren dann allerdings vor dem Curiohaus nahezu unter sich: 30 Leute waren versammelt.

Wollte man der Analyse der DKP/SDAJ folgen, so bleibt der Schluß, daß an diesem Abend die mehr als 50.000 organisierten Metaller Hamburgs „Schiß hatten"

Eine andere Möglichkeit ist allerdings, daß für Vorbereitung und Durchführung dieser Aktion niemand so recht zu erwärmen war.

In anderen norddeutschen Städten wie Kiel (Warnstreiks bei MaK und Hagenuk), Lübeck und Flensburg (Warnstreik bei FSG) ergibt sich ein ähnliches Bild.

Siemens:

Am Freitag, den 25. Januar fand im Siemens-Werk Hamburg-Rothenburgsort ein geplanter kurzer Warnstreik statt. (von 15.00 Uhr - 15.30 Uhr). Rund 155 der 24o in der Werkstatt anwesenden Arbeiter beteiligten sich daran.

Die Initiative dazu ging ein Tag vorher von einigen rechten Sozialdemokraten aus. Die Siemens-Arbeiter sollten der Verhandlungskommission der IG-Metall durch einen 'Warnstreik' ihre 'Loyalität' bekunden. Der „Konflikt" sollte aber „begrenzt" bleiben. Deswegen wurde der Streik eine 3/4 Stunde vor Feierabend gelegt – hinzu kam, daß um diese Zeit (Freitag nachmittags!) sowieso nur halbe Kraft gearbeitet wird. Gefördert wurde die Bereitschaft der Kollegen zu diesem Warnstreik durch die Veröffentlichung des provokatorischen Briefes vom Unternehmerverband Gesamtmetall an den IG-Metall-Vorstand.

Eine Stunde vor Beginn der geplanten Aktion fand eine Versammlung statt. Man wollte die Streikstimmung „abwägen". Als sich bei Befragung herausstellte, daß wohl nur 80 Kollegen zum Streik bereit seien, und davon aber nur 60 fest, gerieten die anwesenden Kollegen ins Zögern. Einige fortschrittliche Kollegen aber forderten die Durchführung des geplanten Warnstreiks und konnten sich schließlich auch durchsetzen.

Um 15.00 Uhr versammelten sich nicht 60 sondern 155 Kollegen auf dem Hof und marschierten über den Betriebshof zur Kantine. Dort wurde der Brief von Gesamtmetall verlesen und mit großer Empörung aufgenommen. Neben 'Informationen' über den Stand der Verhandlungen (da gab's nicht viel zu informieren) wurde dann noch eine Resolution verabschiedet: volle 18% (die Hamburger IGM - Forderung), Kaufkraft erhöhen etc.

Fazit: es war eine Aktion ganz nach dem Geschmack der Gewerkschaftsführer. Ein begrenzter, 'ordentlicher' Konflikt.

Es ist klar, daß solche Aktivitäten letztlich nur Begleitmusik zur Tarifverhandlung der Gewerkschaftsführer sind. ■

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Conz – Demag:

Am Montagmorgen, den 28.1.74, wurden alle Vertrauensleute (VL) der IG-Metall in unserem Betrieb gegen 8.00 Uhr zusammengetrommelt, um das neueste Mitteilungsblatt der Verwaltungsstelle (über den letzten Stand der Tarifverhandlungen) abzuholen und an die Kollegen zu verteilen.

Bei dieser Gelegenheit erfuhren sie auch, daß von 9.00 - 9.30 Uhr eine 'Arbeitsniederlegung' stattfinden würde – als Protest gegen das unverschämte 8,5% 'Angebot' von Gesamtmetall. Die Kollegen sollten sich in der großen Maschinenhalle treffen.

Die VL schwirrten also ab und informierten erstmal die gewerkschaftlich organisierten Kollegen.

Von 8.45 - 9.00 Uhr ist erstmal Frühstück. Die Kollegen lassen einige Maschinen weiterlaufen. Gegen 9.00 Uhr wird der Hauptschalter ausgestellt – keine Maschine läuft mehr.

Dann sammeln sich die Kollegen in kleinen Gruppen von 3 - 6 Mann an vielen Stellen der großen Maschinenhalle. Nur zögernd kommen Arbeiter aus anderen Abteilungen – viele bleiben unentschlossen am Hauptgang stehen.

Einige Abteilungen haben zwar die Arbeit niedergelegt, bleiben aber am Arbeitsplatz (z.B. Stanzerei). Die Beteiligung der Angestellten ist uneinheitlich.

Als einzige Abteilung der 'Gewerblichen' arbeitet die Wickelei weiter. Nicht informiert worden waren die Angestellten im Verwaltungsgebäude, weil dort kein Vertrauensmann ist.

Bestens informiert jedoch schien dagegen die Geschäftsleitung zu sein: Ihr Vertreter, Herr Schneider, war als einer der ersten am 'Ort des Geschehens' und forderte die Kollegen einzeln auf, sofort wieder die Arbeit aufzunehmen. *„Meine Herren, die Pause ist vorbei! Gehen Sie an Ihre Arbeitsplätze! Die Zeit wird nicht bezahlt!"* Die Kollegen drehen sich um und bleiben stehen. Im Hauptgang wird es langsam voller. Jetzt kommt auch Stimmung auf. Überall wird diskutiert.

Das Informationsblatt der IGM wird von einigen Vertrauensleuten hochgehalten: **„Provokation, die 8,5%"**, rufen sie in Richtung Schneider.

Der versucht zu beschwichtigen: *„Das ist doch die erste Runde – es ist noch nichts beschlossen! Es wird doch weiterverhandelt! Das ist doch kein Grund, einfach die Arbeit niederzulegen!"*

Einige Zeit lang diskutieren die Kollegen noch über den bisherigen Verlauf der Tarifrunde, über das zu erwartende Ergebnis und auch über die möglichen Folgen dieser spontanen Arbeitsniederlegung.

Um 9.20 Uhr erscheint der BR-Vorsitzende, von der Geschäftsleitung gerufen und beauftragt, die Kollegen wieder an die Arbeitsplätze zu schikken. Das macht er jedoch nicht, er spricht 'nur' mit einzelnen Kollegen.

Die Versammlung löst sich langsam auf. Allen voran marschiert die Abteilung des VK-Leiters ab.

Viele Kollegen gehen enttäuscht an ihre Arbeitsplätze zurück.

Organisierung

Ebenso wie in einigen anderen Hamburger Metall-Betrieben geht der „Warnstreik" auch in unserem Betrieb auf die taktischen Richtlinien der letzten „Kleinen Funktionärs-Konferenzen" (daran nehmen nur die VK-Leitungen und Betriebsratsvorsitzenden teil) zurück. „Eingeweiht" waren also bestenfalls ein halbes Dutzend Kollegen. Selbst die Vertrauensleute, die die Aktion ja organisieren sollten, wurden nicht weniger „überrascht" als die Kollegen, die den „Streik" ja schließlich tragen sollten. Daß man den Kapitalisten nicht „überraschen" konnte, kann deshalb als gesichert gelten, weil die Geschäftsleitung bereits um 8.45 Uhr (also noch vor Beginn!) den BR ermahnte, die geplante Aktion zu verhindern.

Es ist gewiß nicht dem Geschick der Initiatoren dieses „Warnstreiks" zu danken, daß noch relativ viele Kollegen in der Kürze mobilisiert werden konnten – sondern wohl eher dem hohen Organisationsgrad bei den Arbeitern und dem raschen Eingreifen der Vertrauensleute.

Konsequenzen ...

Natürlich haben Aktivitäten dieser Art auf das Ergebnis der Tarifverhandlungen keinen Einfluß! Andererseits besteht Gefahr, daß sich die „radikalsten" Kollegen vorschnell herauslocken lassen, z.B. beim Versuch einer Ausweitung des Streiks!

Aber die Möglichkeit besteht – und muß in jedem Fall genutzt werden – anhand der konkreten Erfahrungen, die die Arbeiter in solchen Bewegungen machen, das Vorgehen der Kapitalisten deutlich zu machen und anzuprangern: So wurden noch am selben Tag die Abteilungsleiter von der Geschäftsleitung angewiesen, alle Kollegen, die sich an der Aktion beteiligt hatten, „dingfest" zu machen und weiterzumelden. Bei den Angestellten nahm diese Schnüffelei bisweilen die Form von Verhören an.

Weiter (und das ist ein entscheidender Punkt): An der Vorbereitung und dem konkreten Ablauf dieses „Warnstreiks" wird man die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer überhaupt und die „Nadelstich-Taktik" im besonderen diskutieren und kritisieren müssen – und in dieser „Manöverkritik" entwickeln müssen, wie eine konsequente Klassenpolitik der Gewerkschaften tatsächlich auszusehen hat. ■

Betriebszelle Conz-Demag
KB/Gruppe Hamburg

HDW Hamburg:

Wohin die Taktik der „Nadelstiche" (bzw. „Schwerpunktstreiks"), die von den Gewerkschaftsführern als „wirksame Waffe" angepriesen wird, in Wahrheit führt, wird sehr gut deutlich am Beispiel der HDW.

Hier gelang den Sozialdemokraten die Überraschung der Arbeiter so perfekt, daß von den knapp 7 000 Beschäftigten der Werft maximal 350 (!), anfänglich gar nur 200 Kollegen mobilisiert werden konnten. Ganze Gewerke und Abteilungen erfuhren erst später aus der Presse, daß sich „auf der HDW was getan hat."

Am Montagmorgen, den 28.1.74, sammelten sich zunächst die Kollegen der Schlosserei nach der Frühstückspause (um 9.15 Uhr) – wozu sich noch die Tischler gesellten. Dann erst wurden die Kollegen der Bordmontage-Neubau, Bordmontage-Reparatur und Maschinen-Reparatur informiert. Angeschlossen haben sich aber nur Kollegen von BM-Neubau.

Nach ca. 20 Minuten marschierten dann rund 350 Kollegen los.

Der Zug führte durch die Kupferschmiede und dann in die Maschinenfabrik – angeschlossen haben sich jedoch nur Kollegen der Kupferschmiede. Die vereinzelten Rufe der Demonstranten: „Stellt die Maschinen aus!" oder einfach „Buh"!, konnten nur wenige Kollegen zum Mitmachen bewegen.

Keiner der Initiatoren und Organisatoren dieser Aktion hat es fertig gebracht, auch nur mal mit einigen wenigen Worten zu sagen, „was Sache ist!" – und das, obwohl darunter Leute waren, deren Redegewandtheit in Sachen Antikommunismus einfach umwerfend ist!

Als offenkundig wurde, daß diese Aktion isoliert bleiben würde, marschierte man zurück zur Kantine, wo die Sache dann sang- und klanglos abgeborchen wurde. ■

Arbeiter-Zelle Werften
KB/Gruppe Hamburg

GEW – HAMBURG

Gewerkschaftsführung auf Spalterkurs

Über mangelnde politische Aktivität der Führer der Lehrergewerkschaft GEW kann man sich in den letzten 12 Monaten nicht beklagen:

- im April 73 versucht die GEW-Führung die in Hamburg noch bestehende Hauptversammlung aller Mitglieder wegen „linker Unterwanderung" zugunsten einer Delegiertenversammlung abzuschaffen (AK 29);
- auf der GEW-Demonstration am 3. Juli gegen die Schulmisere verbietet der Vorstand die von den Mitgliedern auf einer HV beschlossene Parole („Für das Recht auf Schulstreik!");
- am 20.9., einen Tag nach der Suspendierung zweier der SSG angehörenden Junglehrer (siehe AK 33) durch die Schulbehörde, stellt der geschäftsführende Ausschuß des GEW-Vorstandes den Antrag auf Gewerkschaftsausschluß dieser beiden Lehrer wegen „Verfassungsfeindlichkeit"; am 2.10. werden die beiden ausgeschlossen;
- am 3.11. kündigt Gewerkschaftsvorsitzender Wunder in der HLZ (Hamburger Lehrerzeitung) an, daß die Gewerkschaft sich in Zukunft von Mitgliedern trennen muß, die nicht die „tragenden Prinzipien des Grundgesetzes anerkennen";
- auf einer HV am 12.11. verhindert der Vorstand durch geschicktes Anwenden der Geschäfts- und Tagesordnung eine Diskussion über den Gewerkschaftsausschluß der beiden Junglehrer;
- als die Vertrauensleute-Versammlung der GEW am 27.11. den Gewerkschaftsausschluß mit 216 zu 207 Stimmen ablehnt, setzt der Vorstand kurzerhand eine von den Mitgliedern beschlossene HV zum Thema „Berufsverbote" und eine dazu angekündigte öffentliche Veranstaltung am 12.12. ab;
- im Informationsdienst für Vertrauensleute (16/73) kündigt der Vorstand die Übernahme der DGB-Unvereinbarkeitsbeschlüsse an, am letzten Schultag schreibt das stets bestens informierte (von wem wohl?) Springer-Blatt „Welt": „Jetzt will der GEW-Vorstand die Radikalen aus der Gewerkschaft verbannen;"
- am 7.1.74 fordert Vorsitzender Wunder vom AjLe (Arbeitsgemeinschaft junger Lehrer und Erzieher in der GEW) in einem Brief unmißverständlich eine Distanzierung von der SSG;
- nach Vorberatung am 8.1. im geschäftsführenden Ausschuß beschließt der Gesamtvorstand am 15.1. die Unvereinbarkeit von GEW-Mitgliedschaft und Aktivität in kommunistischen Gruppen als einen „Beitrag" zur „Auseinandersetzung" mit „linksfaschistischen und antidemokratischen Strömungen" („Welt", 18.1.);
- für die nächste HV am 18.2. kündigt der Vorstand an, mit „allen Mitteln" eine Diskussion dieses Beschlusses zu verhindern.

„Reformpolitik" nach Art des Hauses: ...

In geradezu groteskem Gegensatz zu diesem Eifer bei Maßnahmen gegen linke Gewerkschaftsmitglieder steht die „Zurückhaltung" der GEW-Führer auf dem Gebiet der „bildungspolitischen Reform", angeblich Hauptaufgabe der GEW. Nicht nur, daß sich die Mißstände im Bildungswesen, vor allem an den Schulen, permanent verschlimmert haben, darüberhinaus gibt es massive Maßnahmen der „Gegenreform". Im Frühjahr 1973 wurde in Hamburg das neue Schulverfassungsgesetz verabschiedet (siehe AK 32), mit dem vor allem versucht wird, die Aktivitäten der Elternräte unter unmittelbare Kontrolle der Behörde zu stellen. Obwohl die GEW „nicht mit allen Regelungen des neuen Gesetzes einverstanden" ist, begrüßt der Vorstand das neue SVG. Während die Gewerkschaftsführer für das verabschiedete SVG ganze 30 Zeilen voller Allgemeinplätze über haben (HLZ 6/73), lassen sie sich sieben Seiten lang in derselben Nummer über die Gewerkschaftslinke aus.

Im August 73 veröffentlichte die Schulbehörde neue Stundentafeln und Lehrpläne für Grund-, Haupt-, Real- und die ersten sechs Klassen der Oberschulen. Die Stundentafeln verringern die Stunden in wichtigen Fächern vor allem an der Hauptschule, die Lehrpläne zielen offensichtlich auf noch stärkere Auslese durch steigende Leistungshetze, beides zusammen dient unmittelbar der Verhärtung und Verschärfung der bestehenden Klassenbildung.

Gegenüber diesem umfassenden und schwerwiegenden Schritt der „Gegenreform" – den die GEW-Führer natürlich „grundsätzlich begrüßen" – haben sie einzuwenden, daß „der Senator (Apel) bedauerlicherweise keinen Weg gezeigt (hat), wie sie (die Lehrpläne und Stundentafeln) in die Praxis umgesetzt werden können." (HLZ 14/73)

Seit September steht das 2. Besoldungsvereinheitlichungs- und Neuregelungsgesetz und damit verbunden die Einführung der Stufenlehrerausbildung an. Auch mit seinen Stellungnahmen dazu beabsichtigt der GEW-Vorstand ausschließlich die Ablenkung der Mitglieder vom politischen Kern der Sache. In den Vordergrund gestellt werden Forderungen nach (durchaus notwendiger) wissenschaftlicher Ausbildung der Lehrer in mindestens 8 Semestern und die Beibehaltung der bisherigen Besoldungseinordnung der Volks- und Realschullehrer.

Kein Wort gegen die beabsichtigte Spaltung der Lehrer in solche mit einfachem und solche mit erweitertem Lehramt; kein Wort gegen den Versuch, die Ausbildung zum „erweiterten" Lehrer von der Genehmigung der Behörde abhängig machen zu lassen, und gegen die damit verbundene politische Auslese.

Solche Fälle gewerkschaftlicher „Reformpolitik" lassen sich noch zu Dutzenden anführen. Allen gemeinsam ist:

- die Maßnahmen des Staates werden „kritisch" begrüßt (als „Schritt in die richtige Richtung") oder verschwiegen;
- eine Diskussion unter den Mitgliedern über diese Maßnahmen wird nicht nur nicht angeregt, sondern verhindert, dadurch, daß der Vorstand nur sehr oberflächlich, sehr spät oder gar nicht informiert und gleichzeitig seine Meinung dazu als die GEW-Meinung darstellt.

Angesichts der Realität ist es blanker Zynismus, wenn Vorstandsmitglied Depenau schreibt (HLZ 11/12 73): „Als Einheitsgewerkschaft muß die GEW darauf bedacht sein, in allen Stellungnahmen zu für die gesamte Mitgliedschaft repräsentativen Beschlüssen zu kommen. Das kann nicht heißen, daß Beschlüsse per Meinungsumfrage zustande kommen, wohl aber, daß ihnen in dieser Gewerkschaftsorganisation eine breite Diskussion vorangeht und sich daraus dann Beschlüsse ergeben, die von der Mitgliedschaft getragen werden können."

„Einheitsgewerkschaft" bedeutet nach den Vorstellungen der GEW-Führung in Wirklichkeit: Einheit der Mitglieder mit der Meinung des Vorstands. Diese Art von „Einheit" sehen die Gewerkschaftsführer allerdings gefährdet: Der Antrag auf Abschaffung der HV wurde von den Mitgliedern abgelehnt, gegen den Vorstandswillen die Demonstration am 3. Juli beschlossen, der Gewerkschaftsausschluß der beiden SSG-Lehrer von der Vertrauensleuteversammlung nicht gebilligt, die Absetzung der HV am 12.12. von den Mitgliedern scharf kritisiert. Mehr noch, in keinem wesentlichen Punkt hat der Vorstand im letzten Jahr die satzungsmäßige Zustimmung der Mitglieder zu seiner Politik erhalten.

... Jagd auf Sozialisten und Demokraten

Es ist daher nur „logisch", wenn der GEW-Vorstand gegen alle Mitglieder, die ihm die „Einheit" verweigern, zu Felde zieht. Dabei kommen natürlich nicht nur linke Lehrer ins Schußfeld, sondern nach und nach auch die, die Sprüche von „innergewerkschaftlicher Demokratie" für bare Münze nehmen und auf ihren demokratischen Rechten bestehen.

Im April 73 kennzeichnete Vorsitzender Dieter Wunder die Vorstandsgegner als „Fundamentalisten", deren Politik „auf eine Konfrontation ... zum Staat und den ihn tragenden (!) Parteien hinausläuft." (HLZ 6/73)

Der „fundamentale" Artikel Wunders hatte offenbar nicht die gewünschte Wirkung, die Opposition einzuschüchtern und Kritik in genehme Bahnen zu lenken. Der Gewerkschaftsausschluß der beiden SSG-Lehrer sprach daher eine deutlichere Sprache. Argumentiert wurde damit, die beiden Lehrer hätten „zur Beseitigung der rechtsstaatlichen Ordnung in der Bundesrepublik" aufgerufen (HLZ 15/73). Auch mit dieser Maßnahme gelang es dem Vorstand nicht, eine „staatstragende" Mehrheit zu gewinnen, zweifellos nicht etwa, weil die Lehrer in Massen danach trachten, diesen Staat zu beseitigen. Eine solche Interpretation der Vorstandsniederlage geht völlig vorbei an den soliden sozialdemokratischen Vorstellungen vieler Lehrer.

Die Gründe der Vorstandsniederlage lassen sich aus den Resolutionen ablesen, die innerhalb der GEW gegen den Ausschluß verabschiedet wurden:

- viele Lehrerkollegen haben erkannt, daß die Vorstandspolitik auf die Liquidierung der demokratischen Diskussion in der Gewerkschaft abzielt,
- noch mehr Lehrer lehnen es ab, sich ihre Meinung über Sozialisten und Kommunisten einfach vom Vorstand vorschreiben zu lassen und bestehen auf einem eigenen Urteil.

Die Mitgliederschelte durch den Vorstand blieb nicht aus. Den Vertrauensleuten wurde nach der Abstimmung in der HLZ 20 vorgeworfen, sie verträten nicht die Meinung ihrer Dienststelle, sie setzten sich über „Grundlagen der DGB-Politik hinweg", sie hätten „gewerkschaftsfremde Gesichtspunkte den eigentlichen Gewerkschaftsinteressen vorgezogen" usw.

Nach dem für Juni 74 geplanten Unvereinbarkeitsbeschluß für die gesamte GEW wird der Vorstand dann die „legale" Möglichkeit haben, solche „uneinsichtigen" Mitglieder ohne Verfahren aus der Gewerkschaft auszuschalten. Von diesem Beschluß darf sich die GEW-Führung einigen Einschüchterungseffekt versprechen: Denn selbstverständlich bedeutet in diesem Fall jeder Gewerkschaftsausschluß unmittelbar den Verlust des Arbeitsplatzes.

Ziele der Gewerkschaftsführer

Selbstverständlich ist das Ziel aller Maßnahmen der letzten zwölf Monate nicht nur die Ausschaltung der linken Opposition. Auch hier sind ganz deutlich langfristigere Interessen erkennbar. Zum ersten geht es darum, die GEW als Partner des Staates bei der Durchführung einer reaktionären Bildungspolitik zu erhalten. So wie die GEW bisher ein Berufsverbot für „Verfassungsfeinde", das Schulverfassungsgesetz, die Stufenlehrerausbildung usw. usw. grundsätzlich, wenn auch „kritisch" begrüßt hat, soll sie auch zukünftig möglichst viele politische und materielle Angriffe des Staates mittragen und durchsetzen helfen.

Zum zweiten soll die GEW ihren Charakter auch im Selbstverständnis ihrer Mitglieder verändern: An die Stelle der „Interessenvertretung in der Bildungspolitik" soll ein Kampfverband für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" treten.

Um diese Ziele zu erreichen, wird die GEW-Führung auch nicht vor Massenausschlüssen und Spaltung der Gewerkschaft zurückschrecken. Beispiele dafür gibt es bereits im Landesverband Bremen und Ortsverband Marburg.

Wer gegenüber dieser Politik zurückweicht, freiwillig auf demokratische Rechte in der Gewerkschaft verzichtet, der nutzt unmittelbar diesen Zielen. Genau dieses kampflose „Flagge einholen" ist die beabsichtigte Wirkung aller Vorstandsmaßnahmen der letzten Zeit. ■

Bündniskommission des KB-Gruppe Hamburg

Hamburger Senat dankt den USA für „Stadtsanierung"



Der Hamburger Senat hat sich in den USA für die Bomben bedankt, durch die Hamburg im 2. Weltkrieg in Schutt und Asche gelegt wurde! Das geht aus einem Artikel der „Chicago Tribune" vom 19. November letzten Jahres hervor, der zu einem bevorstehenden Besuch des SPD-Wirtschaftssenators Kern in den USA veröffentlicht wurde. In diesem Artikel heißt es u.a.:

Am Ende des 2. Weltkriegs waren 80 Prozent des großen Hafens zerstört. Ähnlich wie im Ruhrgebiet, erwies sich die großflächige Zerstörung alter Anlagen aber als wohltuend für die Wirtschaft und gab Deutschland einen Vorsprung vor seinen Konkurrenten.

„Durch die Bombardierungen zerstörten die Alliierten veraltete Anlagen völlig kostenlos", sagte ein offizieller Vertreter der Stadt. „Das ist der Grund, warum Hamburg heute so moderne Hafenanlagen hat." Der Beamte erinnerte daran, daß man vor einigen Jahren, als der neue Afrika - Terminal gebaut wurde, 600.000 Dollar für den Abriß von drei alten Schuppen ausgeben mußte. Nach dem Krieg wurden demgegenüber nur Bulldozer benötigt, um den Boden einzuebnen.

Wer dieser „Beamte" ist, der solcherart Erklärungen in den USA abgegeben hat, wird nicht genannt. Da der Artikel aber der Vorbereitung des Besuchs von Wirtschaftssenator Kern gewidmet war, kann man annehmen, daß es sich dabei um Erklärungen einer nicht unbedeutenden Figur des städtischen Regierungsapparats handelt.

Den Imperialisten und ihren Politikern – auch denen von der SPD – ist die massenhafte Ermordung von Menschen und die Zerstörung des von den Arbeitern geschaffenen gesellschaftlichen Reichtums noch nie peinlich gewesen, wenn dies der Aufrechterhaltung oder Expansion ihrer Herrschaft diente: Der Profit der Reichen geht über Krieg und Leichen. Was die SPD betrifft, so hat sie sich mit ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 unwiderruflich zum imperialistischen Massenmord bekannt – und diese bluttriefende Fahne seitdem ergebenst hochgehalten.

Wenn die bürgerliche Presse sich heute wieder über bewaffnete Terror-Aktionen palästinensischer Freiheitskämpfer und der „Linksradikalen" überhaupt heiser schreit, dann sollte die Arbeiterklasse sich wieder an den wirklichen Massenterror seiner Feinde erinnern – und daran, wie dieser nachträglich (und vorausblickend!) von den bourgeoisen Politikern als „nützlich" gerechtfertigt wird.

Die englischen und amerikanischen Flächenbombardierungen auf deutsche Städte (darunter auch Hamburg), worüber der Hamburger „Beamte" in der „Chicago Tribune" zitiert wird, haben nicht „nur" Gebäude und (alte) wirtschaftliche Anlagen in Schutt und Asche gelegt, sondern viele Tausend – Zehntausende und Hunderttausende – Menschen umgebracht. In Hamburg hieß das: 30.000 Tote, 40.000 Verletzte, 900.000 Obdachlose und Vermißte, Zerstörung von 24 Krankenhäusern und 280 Schulen. Gerade die Flächenbombardements wirkten sich besonders verheerend aus, weil sie riesige Flächenbrände zur Folge hatten.

Nicht die bloße Zerstörung der militärischen Kraft des Nazi-Regimes war hier das Ziel der Westalliierten, sondern die Vernichtung großer Teile der Bevölkerung. Im Gegensatz dazu stand übrigens die Kriegsführung seitens der damaligen sowjetischen Führung, die nicht mit Massenbombardierungen gegen das deutsche Volk operierte, sondern die sich tatsächlich auf die Besiegung des faschistischen Nazi-Staates „beschränkte".

Die Kriege der Imperialisten untereinander (wie der 2. Weltkrieg) unterscheiden sich in dieser Hinsicht nicht von ihrer Kriegsführung gegen die Länder der „Dritten Welt" und die dortigen Befreiungsbewegungen. In Vietnam hat der US-Imperialismus die „Strategie der verbrannten Erde", den systematischen Völkermord, allerdings mit Hilfe einer inzwischen viel weiter entwickelten Technologie noch um einiges brutaler praktiziert.

Diejenigen, die den erreichten Stand des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in unserem Land, die „Modernisierung" der Hamburger Hafenanlagen usw. mit den Flächenbombardierungen im 2. Weltkrieg begründen (und sich dafür bei den USA bedanken), gehören zweifellos zu den widerwärtigsten Bannerträgern der imperialistischen Herrschaft. Sie werden mit den gleichen (und mit anderen) Argumenten auch einen zukünftigen Krieg vorbereiten und der Arbeiterklasse dann auch noch zynisch für ihre Vaterlandsliebe und ihren Opfermut einen „höheren Lebensstandard" versprechen.

Die deutsche (und insbesondere die westdeutsche) Arbeiterklasse hat durch den 2. Weltkrieg nichts gewonnen, sondern hat ihn mit ihrem eigenen Blut bezahlen müssen. Das wird ihr wieder so gehen, wenn sie dem kriegstreibenden Imperialismus im eigenen Land nicht vorher gründlich das Handwerk legt. Die Arbeiterklasse wird dazu auch einen Krieg führen müssen: einen Krieg gegen die Kapitalisten und ihren Staat. Das ist der einzige Krieg, der vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus gerecht ist und sich für sie durch die Erringung ihrer eigenen Herrschaft bezahlt machen wird. ■

Stade: Faschisten gehen mit "linker" Tarnung auf Schülerfang

Der „Republikanische Schülerbund" (RSB) in der nordniedersächsischen Kleinstadt Stade verteilte kürzlich ein vierseitiges Blatt vor den Schulen, sein „Demokratischer Anzeiger" Nr. 2/74.

Drei der Seiten sind der „Ölkrise" und der Situation im Nahen Osten gewidmet, mit Überschriften wie: „Ölkrise – die wahren Hintergründe", „Die Wahrheit über die zionistische Mafia", „Israels Rolle in der imperialistischen Globalstrategie" und „Diese Regierung (die SPD/FDP-Regierung) ist arbeitnehmerfeindlich!". Eine „fortschrittliche Sache", könnte man meinen, wenn man dann auch noch die Parole auf Seite 2 liest: „Kampf den Unterdrückern – Freiheit den Völkern – Nieder mit den Imperialisten aller Länder!!!". Und auch im Text finden sich solche Stellen: es heißt dort, daß „die Reaktionäre aller Schattierungen den Arabern die Schuld" geben. Und weiter über die Reaktionäre:

„Sie faseln von einer moralischen Verpflichtung gegenüber Israel, wie z.B. Herr Springer, der so schön emotional duseln kann, wenn es um seine zionistischen Busenfreunde geht. – Diese Typen wollen verschleiern, daß der Staat Israel nur unter verbrecherischer Vertreibung der eingesessenen arabischen Bevölkerung zustande kam. Wollen vertuschen, daß die Israelis den arabischen Flüchtlingen die Rückkehr zu Haus und Hof verweigerten – obwohl die Volkswirtschaften der angrenzenden arabischen Staaten nicht in der Lage waren, die Vertriebenen zu integrieren. –

Die Pro-Zionisten versehen jenen Staat mit einem verbalen Heiligenschein, dessen Essenz nichts „Unheiligeres" ist als imperialistische Aggression. Sie bejubeln die Idee des Zionismus, die in ihrer Praxis lupenreiner FASCHISMUS ist – der schmutzige Aufguß einer längst totgesagten Gewaltlehre."

Abgesehen von der irreführenden und falschen „Definition", daß der Faschismus nur eine „Gewaltlehre" sei (der Faschismus ist die offen terroristische Herrschaftsform der Bourgeoisie), handelt es sich hier doch um eine „richtige Auffassung", und man könnte das ganze für „sozialistisches Gedankengut" halten, oder?

Das „oder" ist nur allzu berechtigt. Wenn man sich „die andere Seite" dieser Zeitung anschaut, dann fängt es nämlich an, aus der ganz rechten Ecke zu stinken. Da ist zum einen „als Gegensatz zu der pro-zionistischen Hetzkampagne der Meinungsfabrik" ein „Interview mit einem Ölscheich"(!), und zwar mit Sheik M. Bin Mubarek al Khalifa, dem Außenminister des Inselstaates Bahrein im arabischen Golf. Den „Gegensatz zur pro-zionistischen Hetzkampagne" ausgerechnet durch den Mund eines „Ölscheichs" formulieren zu lassen, deutet schon auf ganz andere als fortschrittliche Absichten hin.

Noch dazu handelt es sich ausgerechnet um den Außenminister von Bahrein, d.h. den Vertreter eines völlig vom US-Imperialismus abhängigen Regimes: Die USA unterhalten auf der Insel Bahrein u.a. einen Marinestützpunkt gegen die Befreiungsbewegungen am Arabischen Golf.

Entsprechend ist auch, was dieser Imperialistenknecht in dem Interview zu sagen hat: Er beklagt sich darüber, daß „der Westen" den Scheichtümern nicht genug hilft, und lügt dann:

„Die einzigen, die uns helfen, sind die Russen, leider! Die sind auch die einzigen, die an diesem Krieg gewinnen. Nicht die Araber, nicht die Israelis, nicht Amerika und nicht Europa!"

Die Sache ist klar: Das ganze geht in Richtung „Russenschreck". Eine ausgemachte faschistische Demagogie, die freilich zwecks besserer „Tiefenwirkung" in eine „Anklage" gegen „Amerika und Holland" eingerahmt wird, „weil sie Israels Aggression aktiv unterstützen". Letztlich kommt dabei nur ein verschärfter Hinweis auf die Gefahr „der Russen" heraus, weil „der Westen" offenbar so blind ist, daß er nicht sieht, daß „die Russen" die „einzigen (sind), die an diesem Krieg gewinnen".

Die letzte Seite dieses Blattes zeigt dann unverhüllt, wen der RSB und sein „Demokratischer Anzeiger" sich zum Hauptgegner ausgesucht haben: die Kommunisten. Unter der Maske von Vertretern eines sogenannten **„revolutionär-antiimperialistischen Befreiungssozialismus"** geifern sie mit faschistischer Demagogie gegen Kommunisten, die sie als **„Vertreter des Scheinsozialismus, der radikalsten und unhumanitärsten Form des Kapitalismus"**, als **„Totengräber des wahren Sozialismus"** und ähnliches mehr titulieren:

„Sie reden mit Marx- und Engelszungen, aber nicht in der Sprache des Volkes, weil sie nicht das Volksinteresse vertreten. Sie reden von der Macht des Kapitals, aber ihr Geld fließt aus Villen und komfortablen Datschas. Sie reden von Sozialismus und meinen damit nur ihr eigenes Funktionärspöstchen. ...Ihr Leitbild ist ein Uropa, ein unwahrscheinlich alter Knacker aus dem Biedermeier namens Karl Marx – auch so ein Typ, der sich sein ganzes Leben lang mit alten Büchern abgeschleppt und hinter dem Schreibtisch gehockt hat..." usw.

Und schließlich der Aufruf zur aktiven Kommunistenjagd:

„Jetzt gilt es Schluß zu machen!... Jetzt müssen die Neuen nach vorn! ...Kämpft gegen die Totengräber des wahren Sozialismus! Schlagt sie, solange sie Euch nicht die Hände binden!"

Was ist dieser RSB und wer steckt dahinter?

Ende März letzten Jahres wurde er gegründet. Kurze Zeit später trat er zum ersten Mal mit einer Veranstaltung an die Stader Schüler-Öffentlichkeit: Gemeinsam mit den „Jungen Nationaldemokraten", der Jugendorganisation der NPD. Referent auf dieser Veranstaltung war B. C. Wintzek, Herausgeber der faschistischen Zeitschrift „Mut". Namhafte Faschisten wie Jürgen Rieger aus Hamburg („Aktion Oder-Neiße", CSU-Freundeskreis, Verfasser der rassistischen Broschüre „Rasse – ein Problem auch für uns") und Heiko Oetker (JN-Vorsitzender von Schleswig-Holstein) kümmern sich um die ideologische Aufpäppelung der RSBler (im AK Nr. 30 vom Juli 73 wurde bereits einmal darüber berichtet). Bisher hat der RSB (er ist zumindest teilweise direkt mit den JN in Stade personell identisch) meistens Material aus dem „Mut"-Verlag vor den Schulen verteilt; kürzlich noch eine Zeitung mit dem unverhüllten Namen „Antikommunist".

Die Sache ist keineswegs deswegen leicht zu nehmen, weil es sich beim RSB „nur" um eine kleine lokale Schülergruppe in einer Kleinstadt handelt, von der viele vielleicht nichts weiter als den Namen kennen. Einmal zeigt sich, daß hier mehr hintersteht, nämlich eine national organisierte faschistische Organisation, die JN. Zum andern, und das halten wir dabei für das wichtigste, wird hier ein Muster faschistischen Rattenfängertums entwickelt, mit dem nach unserer Einschätzung in Zukunft häufiger auch in anderen Orten zu rechnen sein wird (und es gibt ja auch heute schon derartiges nicht nur in Stade): faschistische „Basisarbeit" unter dem Tarnmantel irgendeines besonderen „Sozialismus" („Befreiungssozialismus" beim RSB, „Europäischer Sozialismus" bei der „Aktion Neue Rechte" (ANR), – und früher hieß es „Nationalsozialismus" unter Hitler.

Der Grund, daß die Faschisten zu derartigen Tarnnamen greifen, ist folgender: Erstens knüpfen sie damit demagogisch an antikapitalistische Strömungen an, im Falle des RSB unter den Schülern, die noch weitgehend in einer dumpfen und politisch unklaren Ablehnung einiger offensichtlicher „Ungerechtigkeiten" des Kapitalismus ihren Ausdruck finden. Die Faschisten finden auf diese Weise Gehör, ohne daß viele deren wahre Absichten durchschauen, finden schließlich auch Gefolgsleute, aus denen sie dann nach eingehender ideologischer Bearbeitung mit rassistischen, antikommunistischen und militaristischen Wahnideen schließlich ihre gegen die Arbeiterklasse gerichteten Stoßtrupps zusammenzimmern. Zweitens benutzen sie diese Tarnung, um Verwirrung zu stiften und allerlei Provokationen vorzubereiten und durchzuführen, die dann zum Vorwand für eine Verfolgungsjagd der Linken direkt durch den Staat dienen. Hierfür hat uns besonders die politische Entwicklung in Italien in den letzten Jahren eine Fülle von Beispielen geliefert (siehe dazu z.B. unsere Broschüre „Von Pinelli zu Feltrinelli – Politischer Mord in Italien" in unserer Zeitschriftenreihe UNSER WEG). Aber auch in unserm Land hat es solche Beispiele schon gegeben: Etwa die sogenannte „Europäische Befreiungsfront", eine faschistische Organisation, die Waffenlager angelegt hatte (hat?) und seinerzeit von der Bourgeoisie in Verbindung mit der RAF (sog. Baader-Meinhof-Gruppe) gebracht wurde.

Die Aufgabe, die hier an uns gestellt ist, hat zwei Seiten: Zum einen müssen wir durch unsere Agitation und Propaganda nach besten Kräften dafür sorgen, daß möglichst wenig Menschen, die mit der bestehenden kapitalistischen Ordnung unzufrieden sind, sich durch die pseudo-sozialistischen Phrasen solcher faschistischer Gruppen täuschen lassen und ihnen nicht auf den Leim gehen. Zum andern ist es unsere Pflicht, den Provokationen der Faschisten (wie immer sie sich heute noch vermummen mögen) in der Praxis unbeirrt entgegenzutreten. Ein Beispiel dafür ist die im ARBEITERKAMPF Nr. 37 (Dezember 1973) beschriebene Verhinderung einer Veranstaltung der „Jungen Nationaldemokraten" in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Reinbek durch eine antifaschistische Aktionseinheit. ■

Redaktionelle Erklärung

Unter der Überschrift „Ein Clown schminkt ab" berichteten wir in AK 30 (Juli 73) von einem provokatorischen anti-chinesischen Flugblatt, das unter dem Namen von Günter Ackermann, Duisburg (früher Köln) verschickt worden war.

G.A. war 1967 Mitbegründer einer sogenannten „Freien Sozialistischen Partei", die sich später noch den Beinamen „ML" gab, und deren oberste Funktion es war, den Marxismus-Leninismus und die Kommunistische Partei lächerlich zu machen. Faden Reformismus verband sie mit inhaltslosem Krakeel.

Einige Stichworte aus dem „Grundsatzprogramm" der „FSP" („ML"): *„Die Freie Sozialistische Partei steht auf dem Boden der Verfassung aus dem Jahre 1949", „Aufsichtsratsvergütungen sind nach Abzug einer Unkostenpauschale einem von der Gewerkschaft oder der FSP (!) zu errichtenden Kampffonds zur Verfügung zu stellen", „Der sträflichen Vernachlässigung von Wissenschaft und Forschung muß durch großzügige Investitionen Einhalt geboten werden", „MARX und ENGELS haben wiederholt festgestellt, daß in hochindustrialisierten Staaten die Arbeiterklasse auf friedlichem Weg die politische Macht erobern kann. Das ist auch unsere Auffassung..."* usw.

1968 war G.A. Gründungsmitglied der „KPD/ML", die das Erbe der sich alsbald auflösenden „FSP" („ML") antrat. In der „KPD/ML" hatte G.A. verschiedene Führungspositionen inne; Ende 1971 wurde er ausgeschlossen.

In der westeuropäischen „ML"-Bewegung gibt es zahlreiche Beispiele, wo besonders „rrrevolutionäre" Schreihälse sich als Provokateure, Karrieristen oder/und clevere Geschäftsleute entpuppten: J. Grippa, Chef der 1963 gegründeten belgischen „ML"-Partei, begann im Herbst 1967, Sturm gegen die Kulturrevolution und Mao Tse-tung zu laufen und gründete eine neue Partei. Die erste englische „ML"-Partei MLOB (an deren Gründungskongreß im September 67 G.A. übrigens als „Gastdelegierter" teilnahm) ging Anfang 68 auf anti-chinesischen Kurs. Die Schweizer „ML"-Partei PPS griff 1968 nicht nur Mao Tse-tung an, sondern leistete sich auch antisemitische Provokationen („Lin Biao steht im Solde der Juden und Mao, der ein wahres Genie war, ist heute nur ein einfaches Opfer").

In diesem Zusammenhang also ordneten wir zunächst auch das unter dem Namen von G.A. im letzten Jahr verbreitete anti-chinesische Flugblatt ein. G.A. hat jedoch inzwischen erklärt, nicht der Verfasser dieses Flugblattes zu sein. Wir halten die für uns zunächst selbstverständliche Behauptung, daß G.A. der Verfasser des Flugblatts sei, daher nicht mehr aufrecht. Ein ähnliches Pamphlet soll inzwischen unter dem Namen des KBW aufgetaucht sein, und dies macht ein direktes Einwirken des „Verfassungsschutzes" oder ähnlicher Stellen wahrscheinlich, die möglicherweise auch dem durch seine bewegte Vergangenheit gekennzeichneten G.A. „einen bösen Streich gespielt" haben, indem sie unter seinem Namen ein gefälschtes Flugblatt verschickten.

Unabhängig davon ist an dem Artikel „Ein Clown schminkt ab" auch p o l i t i s c h e Kritik geübt worden.

Ein Kritikpunkt war, daß der Artikel zu sehr auf „Agenten-story" abgestellt war, statt die o b j e k t i v e Funktion klarzumachen, die eine solche Politik hat, wie sie die Ackermann, Aust & Co. zum Schaden der Arbeiterklasse trieben oder noch treiben. Diese Kritik halten wir für berechtigt.

Eine andere Kritik lautete, man müsse „sich mit der KPD/ML politisch auseinandersetzen" und „nicht auf dieser Ebene". Diese Meinung halten wir für falsch. Denn die Führer der „KPD/ML" machen nicht nur irgendeine falsche Politik, sondern funktionieren o b j e k t i v als agents provocateurs der Bourgeoisie, indem sie den Marxismus-Leninismus und den Namen der Kommunistischen Partei in den Dreck ziehen. Selbst dort, wo sie grundsätzlich richtige Positionen vertreten (z. B. im Kampf gegen den Sowjetrevisionismus oder in der Propagierung der RGO), tun sie das in so wahnwitziger Form, daß sie die richtige Politik diskreditieren und damit den Revisionisten, Reformisten etc. Munition für ihren Generalangriff gegen links zutragen.

Außerdem ist es angesichts der ständigen marktschreierischen Selbstanpreisungen der „KPD/ML"-Führer, daß die „KPD/ML" „von den Besten (!) der deutschen Arbeiterklasse" gegründet worden sei, immer wieder notwendig aufzuzeigen, aus welchem Sumpf die „KPD/ML" t a t s ä c h l i c h hervorgegangen ist.

Dies heißt nicht, daß wir uns mit der „KPD/ML" nicht auch „politisch auseinandersetzen" müssen, solange es ihr noch gelingt, auch nur einen ehrlichen Schüler, Lehrling oder gar Arbeiter irre zu führen. Zugleich muß aber in aller Schärfe die objektive Funktion der „KPD/ML" aufgezeigt werden. Und es ist auch keineswegs unwichtig (wie manche Genossen vielleicht meinen) zu erkennen, in welch starkem Maß die westeuropäische „ML"-Bewegung in ihren Anfängen ein Tummelplatz für Karrieristen, Vereinsmeierer, Glücksritter und agents provocateurs gewesen ist und welcher Schaden dadurch verursacht wurde. ■

Zwei Urteile – zweierlei „Recht"

Die Justiz in der BRD ist Klassenjustiz. Nicht Gleichheit, sondern Ungleichheit vor dem Gesetz gilt. Die Herrschafts- und Ausbeutungsinteressen der Bourgeoisie bestimmen das „Recht". Für die Ungleichheit vor dem Gesetz hier zwei Beispiele:

1. Fall: Ein 48jähriger Kraftfahrer war im Hamburger Stadtteil Billstedt von einer Polizeistreife angehalten worden – nach einem Verkehrsunfall, an dem nicht er, sondern zwei andere Kraftfahrzeuge beteiligt waren. Der Mann machte daraufhin seinem Ärger Luft, indem er auf die Polizisten und auf den „Bullen- und Knüppelstaat" schimpfte.

Der Kraftfahrer bekam eine Strafanzeige „wegen Verunglimpfung unserer Regierung und wegen Beleidigung der Polizisten". Beim Prozeß, der im Januar stattfand, beantragte der Staatsanwalt 600 DM Geldstrafe. Das war jedoch dem Richter, Harm Beyer, längst nicht genug. „Im Namen des Volkes" verurteilte er den Autofahrer zu sechs Monaten Freiheitsentzug – mit Bewährung – und zur Zahlung einer „Buße" von 1.000 DM.



Beyer sagte dazu u.a.: *„Durch Leute wie Sie lassen wir unsere Polizei nicht in den Dreck ziehen. Wir lassen es uns nicht gefallen, daß unser Staat mit seinen freiheitlichen Grundsätzen beschmutzt wird. Er soll bestehen bleiben. Deswegen ist die Strafe bewußt hart."*

2. Fall: Im Hamburger Stadtteil Eppendorf wird ein Autofahrer von Polizisten angehalten, um „ins Röhrchen zu pusten" (er war völlig nüchtern, wie sich dann herausstellte). Als die Polizisten den Mann unhöflich behandelten, kam es zu einem Wortgefecht zwischen den Polizisten und drei Bekannten des Mannes. Obwohl eingestandenermaßen von den dreien keiner irgendwie handgreiflich wurde, begannen die Polizisten plötzlich wie wild mit dem Gummi-Knüppel auf sie einzuprügeln.

Das Urteil gegen die Prügel-Polizisten sah dann so aus: 500 DM Geldstrafe für den einen, 1.000 DM für den anderen – die sie wahrscheinlich nicht einmal selbst zu zahlen brauchen, da sich in so einem Fall immer ein reicher Gönner finden dürfte, dem die Pflege polizeilichen Brauchtums ein paar Mark wert ist.

Daß die Polizisten in diesem Fall überhaupt verurteilt wurden – während in ähnlichen Fällen meist Freispruch der Schläger in Uniform erfolgt – ist möglicherweise dem Umstand zuzuschreiben, daß der angehaltene Autofahrer ein Studienrat ist und auch die Verprügelten Akademiker sind.

Der Vergleich beider Urteile zeigt erneut: während auf der einen Seite immer härter bestraft wird, wer einen Polizisten nur schief anzusehen wagt, werden andererseits Polizisten, die im Dienst „entgleisen", bewußt milde „bestraft".

Der bürgerliche Staat, der sich eine willige Terror-Truppe heranziehen möchte, muß dazu seinen Leuten das Gefühl geben, daß er in jedem Fall hinter ihnen steht und ihre Handlungen deckt. ■

Wer im Glashaus sitzt...

DKP drängt auf Verbot der „KPD“

Die bürgerliche Justiz hat durch einen am 10. Januar veröffentlichten Beschluß des Bundesgerichtshofes anerkannt, daß die „KPD“ („Rote Fahne“) eine P a r t e i im Sinn des bürgerlichen Rechts ist. Die „KPD“ steht damit formal im Schutz des bürgerlichen Parteienrechts, kann nicht ohne weiteres angegriffen werden (wie etwa im Mai 73 der Polizei-Überfall auf die Büros der „KPD“), und kann nur vom Bundesverfassungsgericht verboten werden.

Übrigens wurde der „KPD/ML“ („Roter Morgen“) bereits im November 1969 vom Verwaltungsgericht Köln bestätigt, „daß es sich bei der Antragstellerin um eine durch Art. 21 GG privilegierte Partei handelt. Sie ist auch nicht als verbotene Ersatzorganisation der ehemaligen KPD anzusehen . . .“

Scharf angegriffen wurde das Urteil des Bundesgerichtshofs von der CDU/CSU und von der DKP, die damit wieder einmal ihren politischen Standort dokumentierte.

In der „UZ“ der DKP vom 12. Januar heißt es: **„Staatsorgane leisten Provokateuren Hilfe“. „Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes macht das Zusammenspiel der maoistischen Gruppen von Provokateuren und Staatsorganen deutlich. Die DKP brandmarkt den Schritt.“**

Schon nach der Polizei-Aktion gegen die „KPD“ im Mai 73 hatte die „UZ“ geschrieben: „CDU-Führung stellt sich schützend vor Chaoten.“ („UZ“ vom 18. Mai). Und der Bundesvorstand des MSB (Studentenorganisation der DKP) gab die schweinische Erklärung ab, von der Polizei-Aktion gegen die „KPD“ seien **„Kommunisten und andere demokratische Kräfte nicht unmittelbar betroffen.“**

Es ist deutlich: den DKP-Führern geht es nicht schnell genug mit dem Verbot der „KPD“!

Die DKP selbst ist natürlich schon längst als „Partei“ im Sinn des bürgerlichen Rechts von der Bourgeoisie anerkannt, und sie gleicht mit ihrem demagogischen Gegeifer gegen die „KPD“ demjenigen, der im Glashaus sitzt und mit Steinen wirft.

Aber mehr noch: der Gründung der DKP 1968 ging ein heftiges Drängen der Bourgeoisie zu diesem Schritt voraus: **„Ich bin sehr dafür, daß es bei uns in der Bundesrepublik wieder eine kommunistische Partei gibt“**, sagte Willy Brandt, damals noch Außenminister der Großen Koalition („Bild“, 11. November 67). Diese Auffassung wurde in einer regierungsamtlichen Mitteilung, unterzeichnet vom damaligen Bundeskanzler Kiesinger, von Brandt und Innenminister Lücke (CDU), am 27.11.67 bestätigt. May Reimann und andere Führer der seit 1956 verbotenen KPD wandten sich zunächst g e g e n eine Neugründung („nicht diskutabel“ sagte der KPD Vorsitzende Max Reimann laut „Frankfurter Rundschau“ vom 25.10.67 zu solchen Angeboten), gaben dann aber doch nach. Im Herbst 1968 gaben sie nach einer geheimen Unterredung mit dem damaligen Justizminister Heinemann die Gründung der DKP bekannt: das Gespräch mit Heinemann hatte die Funktion, festzulegen, in welchem Rahmen die Bourgeoisie die Tätigkeit einer „kommunistischen“ Partei dulden würde.

Noch niemals ist eine „kommunistische“ Partei in einer derart engen Absprache mit dem bürgerlichen Staat gegründet worden wie die DKP. Diese Tatsache können die DKP-Führer auch mit ihrem demagogischen Geschrei über das angebliche „Zusammenspiel“ der „KPD“ mit den Staatsorganen nicht verdecken.

Die DKP-Führer unterstützen die antikommunistische Verbotshetze der der Bourgeoisie, um die eigenen Reihen antikommunistisch auszurichten und den günstigen Boden für Provokationen (wie z.B. die von der DKP auf mehreren Veranstaltungen inszenierten Prügeleien) zu schaffen, und um sich selbst um den Preis des offenen Verrats von den Verbotsdrohungen „freizukaufen“. ■

Wieder Angriff auf die Pressefreiheit

ES SOLL VERBOTEN WERDEN, DIE WAHRHEIT ÜBER DIESEN STAAT ZU SAGEN

Im Februar und März soll vor dem Dortmunder Landgericht ein Prozeß gegen die Genossen Norbert Osswald und Michael Schulte, die ehemaligen presserechtlich Verantwortlichen der „KPD/ML“ - „Rote Fahne“ (inzwischen aufgelöst), stattfinden. Die Anklage lautet auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und auf Verächtlichmachung der BRD.

In der Anklageschrift sind auf 20 Seiten Zitate aus der „Roten Fahne“ zusammengestellt, deren entscheidender Inhalt ist, daß die BRD ein Staat der Kapitalisten ist, wie etwa: *„Diese Bonner Demokratie ist eine Demokratie für Kapitalisten und ihre politischen Parteien, sie ist eine Diktatur gegen die Arbeiterklasse und alle Werktätigen“, „daß nur die Gewalt eines Millionenheeres von bewaffneten Staatsdienern die Ordnung der Krupp und Thyssen, die Ordnung der Unterdrückung und Rechtlosigkeit der Massen, die Ordnung der Ausbeutung von Millionen und des Schmarotzertums von wenigen, die Ordnung von Krisen und Kriegen aufrechterhält“, „Das Volk ist nicht der Herrscher, sondern das Kapital“, „Solange dieser Ausbeuterstaat existiert, wird er mit allen Mitteln versuchen, seinen Untergang mit Mord und Terror zu verzögern. Dazu braucht er die staatlich bezahlten Killer“.*

Diese Aussagen über das Wesen des bürgerlichen Staates sollen als „Verächtlichmachung der BRD“ kriminalisiert werden.

Und mehr noch: Auf der Anklage der „Verächtlichmachung“ baut sich sogleich der Vorwurf der „kriminellen Vereinigung“ auf. In der Anklageschrift heißt es dazu: **„Bei der Gruppe KPD/ML-RF handelt es sich um eine kriminelle Vereinigung im Sinne des § 129 StGB. Ein wesentlicher Zweck der Vereinigung besteht darin, durch entsprechende publizistische Tätigkeit die BRD bzw. ihre verfassungsmäßige Ordnung in verfassungsfeindlicher Absicht zu beschimpfen und böswillig verächtlich zu machen, also Straftaten im Sinne des § 90 a StGB zu begehen.“**

Es ist offensichtlich, daß dies nicht nur auf die Pressefreiheit zielt, sondern auch auf die Organisationsfreiheit. Kommunisten bekämpfen selbstverständlich den bürgerlichen Staat, also sollen sie für „kriminell“ erklärt werden. Die Bourgeoisie hat offenbar eingesehen, daß die Kommunisten sich nicht auf politische Abenteuer und Provokationen à la „Baader-Meinhof“ einlassen (was für die Bourgeoisie am bequemsten wäre). So soll jetzt kommunistische Politik p r i n z i p i e l l für „kriminell“ erklärt werden, weil sie sich gegen den bürgerlichen Staat richtet, und auf d i e s e r Basis soll der Vorwurf der „kriminellen Vereinigung“ konstruiert werden.

Nicht ungeschickt hat sich die Bourgeoisie für dieses Exempel gerade den politischen Leichnam der „KPD/ML“-„Rote Fahne“ ausgesucht, um so die demokratische Mobilisierung gegen diesen Prozeß von vornherein möglichst gering zu halten.

Die „Rote Hilfe“ Bochum hat zum Prozeß gegen die Genossen Osswald und Schulte eine ausführliche Broschüre herausgegeben. Darin wird gezeigt, welche Zitate die Anklageschrift im Einzelnen kriminalisieren will, was das Ziel des Prozesses ist (Verbot marxistischer Aufklärung in den Tageskämpfen, „Revolutionsstimmung“ soll verhindert werden, keine Meinungsfreiheit für Kommunisten, Aufhebung der Organisationsfreiheit, Zerstörung der Solidarität). Die Broschüre geht auch auf die historische Herkunft der §§ 129 („kriminelle Vereinigung“) und 90 a („Verächtlichmachung des Staates“) näher ein.

Die „Rote Hilfe“ Bochum fordert *„alle fortschrittlichen und kommunistischen Organisationen und Einzelpersonen auf, sich in einem Aktionsbündnis gegen die Kommunistenprozesse in Dortmund zusammenzuschließen. Dies Bündnis soll sich folgende Aufgaben stellen:*

- *massenhafte Aufklärung über die Prozesse und die ihnen zugrunde liegende politische Unterdrückung vor allem der Arbeiterklasse*
- *Kampf für Einstellung der Verfahren oder Freispruch der Genossen und ihre tatkräftige Unterstützung im Prozeß*
- *materielle Hilfe für die Angeklagten*
- *gemeinsame Diskussion über das Wesen der politischen Unterdrükkung und ihre Ursachen in unserem Land und für den Aufbau einer starken Solidaritätsfront gegen alle Formen der politischen Unterdrückung.“* ■

Die erwähnte Broschüre ist erhältlich bei „Rote Hilfe“ Bochum, über Politische Buchhandlung, 463 Bochum, Overbergstr. 5 (Preis der Broschüre: DM 1,50).

Die „Rote Hilfe“ Bochum hat für die angeklagten Genossen folgendes Spendenkonto eingerichtet: Stadtsparkasse Bochum, 800 821, Rogalli, Stichwort: Osswald/Schulte.

anerkannt, und sie gleicht mit ihrem drohungen „freizukaufen“. ■

Hamburg-Bergedorf:

DKP und politische Auseinandersetzung

Im Artikel „DKP-Schläger“ (siehe AK 35/S. 24) enthüllten wir einige Methoden Hamburger DKP-Führer, auf ihren Veranstaltungen politische Auseinandersetzungen mit Positionen des KB zu verhindern.

Die Schlägereien einiger DKP'ler auf einer „Chile-Veranstaltung“ der DKP in Hamburg-Bergedorf, nahm auch der dortige OJA (Ortsjugend-Ausschuß) der IGM zum Anlaß einer scharfen Kritik gegen die DKP. Der OJA war Mitveranstalter dieser Veranstaltung gewesen und verschiedene seiner Mitglieder konnten sich auf der Veranstaltung selbst vom Geschehen überzeugen.

In einem ‚offenen Brief‘ „an die Genossen der DKP“ kritisierte der OJA „mit Empörung“ das Verhalten der DKP. *„Die DKP kann wohl nur noch mit Fäusten Meinungsverschiedenheiten mit anderen sozialistischen Gruppen austragen.“* Der OJA weist dann auf die Notwendigkeit der offenen Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung hin, die der DKP aber offenbar unerwünscht ist etc. Mit folgender Bemerkung schließt der ‚offene Brief‘:

„Wir stellen zum Schluß noch fest, daß wir unter diesen Umständen in Zukunft keine gemeinsamen Veranstaltungen mehr mit der DKP durchführen werden.“

Eine Kritik von dieser Richtung mußte für die Bergedorfer DKP-Oberen besonders herb und unangenehm sein. War es doch in Bergedorf schon seit langem Praxis, „gemeinsam mit der Gewerkschaftsjugend“ aufzutreten. Zu gern hatten sich die DKP-Führer bisher mit dem OJA „geschmückt“.

Interessant ist nun, wie die DKP auf diese Kritik reagiert hat. Nach außen hin wurde der ‚offene Brief‘ einfach ignoriert. Nach innen hin – besonders gegenüber solchen DKP/SDAJ-Mitgliedern, die der Veranstaltung nicht selbst als Augenzeugen beigewohnt hatten – wurde eine manikürte „Tatsachen“-Darstellung der Vorgänge serviert und die Mitglieder darauf vereinheitlicht. Danach hätten „KB-Leute provoziert“ und schließlich sogar den „Genossen Banchero tätlich angegriffen“. (Banchero ist ZK-Mitglied der chilenischen revisionistischen KP). Tatsächlich wurden von unserer Seite seinerzeit einige Fragen an Banchero gestellt, die dieser aber nicht mehr beantwortete, weil inzwischen das DKP-Schläger-Kommando jede weitere Diskussion unmöglich machte.

Die Darstellung der Vorgänge durch die DKP-Führer war dann wiederum Grundlage für einen organisations-internen Beschluß der Bergedorfer DKP, wonach alle ihnen bekannten KB-Genossen generelles Verbot haben, noch irgendwelche DKP-Veranstaltungen zu besuchen. Dieses Verbot für KB-Genossen soll mit Hilfe von Polizei, oder gegebenenfalls mit „körperlichen Einsatz“ (Schlägereien) durchgesetzt werden. Die Mitglieder des Bergedorfer OJA sind offenbar inzwischen in die organisationsinterne antikommunistische Hetze der DKP (Chaoten etc.) einbezogen worden, wie man verschiedenen Äußerungen entnehmen kann.

So pöbelte Alfred Dreckmann (Bergedorfer DKP-Führer, Landesvorstand, Bürgerschaftskandidat), anläßlich einer „Öl-Veranstaltung“ seiner Partei unsere Genossen an, als diese sich nach einer Reaktion auf die OJA-Kritik erkundigten: **„Der DKP ist der OJA scheißegal!“**

Wenngleich für einen Kommunisten es auch ekelerregend ist, zu sehen, wie tief sich diese angeblich „marxistische Partei „im Sud des Antikommunismus und der Arbeiterfeindlichkeit suhlt, mit welch üblen Methoden gegen die grundlegenden Prinzipien der Arbeiterbewegung (z.B. Prinzip der Ehrlichkeit, Fähigkeit zur Selbstkritik, offene politische Auseinandersetzung etc.) vorgegangen wird, so hat diese Entwicklung doch auch ihre guten Seiten: Isolierung des für die Arbeiterbewegung schädlichen Revisionismus. ■

Bezirksgruppe Bergedorf
KB/Gruppe Hamburg

Plön/Preetz

Jusos verlassen SPD

Ende Dezember 1973 trat eine zehnköpfige Gruppe von Jungsozialisten aus der SPD, Kreis Plön (Ostholstein), aus, nachdem sie erkennen mußten, daß sozialistische Politik innerhalb und mit dieser Partei nicht möglich ist. Die Genossen, die sich nunmehr als eigenständige kommunistische Gruppe konstituierten und arbeiten wollten, haben zu ihrem Austritt einen Artikel verfaßt, den sie mehreren kommunistischen Zeitungen zusandten. Wir drucken ihn nachstehend im Wortlaut ab.

Ende Dezember 1973 erklärten zehn Jungsozialisten des Kreises Plön ihren Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Austritt wurde folgendermaßen begründet:

Unter Ausnutzung ihres gewissen Kredits, auf den sich die SPD als bürgerliche Arbeiterpartei in der Vergangenheit stützen konnte, wurden von der SPD-geführten Regierung seit ihrem Amtsantritt Zug um Zug Maßnahmen getroffen, die zu einem weiteren, ganz rapiden Abbau der bürgerlich-demokratischen Rechte des Volkes und zu einer weiteren Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen geführt haben. Dazu gehören:

- *Säuberung des öffentlichen Dienstes von Sozialisten und Kommunisten,*
- *Illegalisierungsvorkehrungen und Maßnahmen gegen sozialistische und kommunistische Organisationen,*
- *Progromhetze gegen Ausländer*
- *Entfachung rassistischer Emotionen, insbesondere gegenüber den arabischen Völkern,*
- *Verschärfung der Notstandsgesetzgebung, womit die überdimensionale Verstärkung der Polizei und die Aufrüstung des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee „legalisiert“ wurden (Innere Sicherheit),*
- *Durchsetzung der Verschlechterung des Lohnniveaus auf der Basis der Lohnleitlinien,*
- *eine verschärfte Ausplünderung der Werktätigen durch die Ölkonzerne, gefördert durch die Bundesregierung.*

Alles Maßnahmen, die hier nur repräsentativ stehen für einen Kurs, der eindeutig auf erhöhte Ausbeutung und Unterdrückung, auf noch mehr Brutalisierung und Demagogie hinausläuft.

Sind Teile der Werktätigen nicht länger bereit, die Appelle der SPD an „stabilitätskonformes Verhalten“ zu glauben und den Lohnraub weiterhin zu dulden, setzt die SPD den Machtapparat des Staates ein (Streiks bei Ford usw.), um die Interessen des Kapitals zu wahren. Die oben genannten Beispiele zeigen, daß sich bei einer Verschärfung der Klassenauseinandersetzung die herrschende Klasse zur Wehr setzt und zur Verteidigung des Kapitalismus mit militärischer Gewalt gegen die Bevölkerung vorgehen wird. Die SPD hat in ihrer Geschichte bereits mehrfach gezeigt, auf wessen Seite sie steht und worauf auch ihre gegenwärtige Politik hinausläuft: auf eine noch uneingeschränktere Herrschaft des Kapitals.

Spätestens mit den Vorfällen um das „Lütjenburger Papier“, in dem wir den Bundestagskandidaten des Kreises Plön und die Politik der Bundesregierung kritisiert haben, ist deutlich geworden, daß die SPD eine innerparteiliche Kritik, die die Grundlagen des Selbstverständnisses dieser Partei angreift, nicht zuläßt. An der Reaktion auf die Veröffentlichung dieses Papiers sowie der Vorgehensweise des Landesvorstandes (u.a. Verleumdungen in der Presse, Ausschlußbemühungen gegen zwölf Jungsozialisten) ist einmal mehr klar geworden, daß die schleswig-holsteinische SPD ihren Anspruch als „linker“ Landesverband, kritische Positionen zu ermöglichen und zu fördern nicht einlösen kann, sondern in entscheidenden Situationen die gleiche reaktionäre Politik wie die Gesamt-SPD vertritt.

Unsere Erfahrungen haben gezeigt, daß wir unseren anfänglichen Anspruch, sozialistische Politik innerhalb der SPD zu verwirklichen, nicht einlösen konnten.

Wir sind der Meinung, daß man sich über den Charakter der SPD keine Illusionen machen darf; sozialistische und kommunistische Politik ist nur außerhalb der SPD möglich! Ein weiteres Verbleiben fortschrittlicher Kräfte in dieser Partei schafft nur Illusionen und täuscht die Massen über die wirkliche Funktion der SPD als Handlanger des Kapitals.

Eine Alternative kann für uns auch nicht die DKP sein. Sie erzeugt bei den Werktätigen falsche Vorstellungen über den bürgerlichen Staat und über einen friedlichen Übergang zum Sozialismus auf der Grundlage einer vagen in wesentlichen Punkten unmarxistischen Theorie der antimonopolistischen Demokratie. Besonders die politische Praxis der DKP innerhalb der Betriebe und der Gewerkschaften zeigt, daß die DKP in angeblicher Verwirklichung ihrer Forderungen nach einem breiten Bündnis mit Sozialdemokraten allzu oft auf die offizielle DGB-Linie einschwenkt.

Eine Partei, die eine Alternative zu den bestehenden politischen Parteien sein könnte, gibt es in der Bundesrepublik heute noch nicht. Diese Partei, die eine eigenständige Klassenpolitik der Arbeiterklasse führt, muß geschaffen werden. Wir werden hier in Preetz ebenso wie zahlreiche andere Gruppen in der BRD am Aufbau dieser Organisation arbeiten.“ ■

Eine Gruppe ehemaliger Jungsozialisten

Sind kurze Haare fortschrittlich?

"KPD/ML" PREDIGT BÜRGERLICHEN IDEALISMUS

Diese Musik- und Tanzformen sind angelegt auf Enthemmung. Sie versuchen nicht nur, den Riss zwischen jung und alt zu vergrößern, sondern wollen Hemmungslosigkeit verbreiten. Sie bezwecken damit wachsenden Alkoholismus, sexuelle Exzesse, Rauschgiftsucht, Gammlertum, Hippyismus, wachsende Brutalität und die Bildung von Rockerbanden."

Diese eindrucksvolle Schilderung kommt nicht aus einem bayrischen Bierzelt, sondern aus dem „Roten Morgen" der „KPD/ML" vom 21. Juli 73.

Anlaß des Artikels war ein angeblich in Albanien erlassenes Gesetz, das laut dem „Roten Morgen" *„modische Einflüsse, wie lange Haare, lange Koteletten und Vollbärte bei Männern, Miniröcke, Minibikinis und aufreizende Kleidung bei Frauen und überbetonte Mode wie ausgeschlagene Hosen, extravagante Frisuren, Auftakelung und ähnliches"* verbietet.

Ob es in Albanien wirklich ein solches Gesetz gibt, ist zweifelhaft. Der „Rote Morgen" selbst veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 1. September 73 den Brief eines Genossen, der in Albanien gewesen ist, und woraus hervorgeht, daß in Albanien in dieser Frage nicht mit Gesetzen, sondern mit Überzeugungsarbeit vorgegangen wird. Dies wäre in einem sozialistischen Land wohl auch das Richtige.

Der Artikel des „Roten Morgen" löste bei den jungen Genossinnen und Genossen der „KPD/ML" offenbar so große Verwirrung aus, daß der „Rote Morgen" vom 12. Januar 74 noch einmal auf das Thema Bezug nimmt – allerdings nur die alten Gedanken wiederkäut, ohne neue Aspekte vorzubringen.

Die Haltung des „Roten Morgen" in dieser Frage geht vom bürgerlichen Idealismus aus und stellt den gesellschaftlichen Zusammenhang auf den Kopf. Denn nur ein bürgerlicher Idealist kann ernsthaft glauben, daß Erscheinungen wie Alkoholismus, Bildung von Rockerbanden etc. dadurch v e r u r s a c h t werden, daß junge Leute eine bestimmte Musik hören, bestimmte Tänze tanzen, das Haar lang tragen etc. So aber schreibt der „Rote Morgen": „Diese Musik- und Tanzformen ... bezwecken wachsenden Alkoholismus, sexuelle Exzesse ..." etc.

Vielmehr haben Alkoholismus, Kriminalität, Rauschgiftsucht usw. m a t e r i e l l e Ursachen, die in bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen begründet sind. Wenn also z.B. in der Sowjetunion offiziell über zunehmenden Alkoholismus, Bildung von jugendlichen Banden etc. geklagt wird, dann ist die Ursache nicht, daß die Jugendlichen von „westlichen Musik- und Tanzformen" „enthemmt" worden sind, sondern die Ursache liegt in der Rückentwicklung der ehemals sozialistischen Sowjetgesellschaft in Richtung Kapitalismus.

Der „Rote Morgen" verwechselt hier völlig Ursache und Wirkung, Krankheit und Symptom; indem er die Aufmerksamkeit auf Ä u ß e r l i c h k e i t e n orientiert, lenkt er vom W e s e n der Sache ab.

Dies gewinnt besonders Bedeutung durch die Erklärung des „Roten Morgen", **„daß wir auch in unseren Reihen den Kulturkampf führen müssen, denn auch unsere Partei versucht die Bourgeoisie mit den bewährten Mitteln zu unterminieren."** (21.7.73) Für den „Roten Morgen" sind „lange Haare" nicht nur eine Äußerlichkeit, sondern ein untrügliches Signal, daß jemand „der bürgerlichen Ideologie erliegt" (12.1.74). Dies müßte dann z.B. auch für Marx und Engels gelten, die Haar und Bart recht lang trugen.

Der „Rote Morgen" setzt einen Begriff des „Normalen" voraus, und was nicht „normal" ist, ist ungesund und ist Ausdruck bürgerlicher Ideologie. Es ist „normal", daß Männer die Haare kurz tragen und Frauen etwas länger. Aber warum eigentlich?

Mit seinem idealistischen Begriff des „Normalen" nähert sich der „Rote Morgen" dem faschistischen Begriff des „gesunden Volksempfindens" gefährlich an. So wettert der „Rote Morgen" z.B. gegen *„Sachen, die normalen (!) Menschen unbegreiflich und gleichgültig sind"*, wie etwa *„Beckett, Ionesco, Picasso, Warhole und ähnliches"* (21.7.73). Das ist keine marxistisch-leninistische Kritik an der bürgerlichen Kultur, sondern ist Demagogie.

Damit lockt der „Rote Morgen" zwangsläufig faschistoid beeinflußte Elemente an. So druckte der „Rote Morgen" den Leserbrief einer alten Frau ab, die bei der „KPD/ML" offenbar verwandte Seelen vermutete. Die Alte schreibt z.B., „daß ich zwei Enkel habe, die beide kommunistische(!) Jusos sind, und die man mit ihren weibischen Haaren nicht von Frauen unterscheiden kann". An anderer Stelle rühmt sie das „natürliche Schamgefühl, das wir Älteren ja zum Glück noch haben". (RM, 1.9.73) Auch das „natürliche Schamgefühl" gehört zweifellos in den Bereich der bürgerlichen Ideologie, als ob es sich sozusagen um etwas „Gottgegebenes", von einem bestimmten Gesellschaftssystem Unabhängiges handeln würde.

Der „Rote Morgen" stört sich indessen keineswegs an solchen Sympathie-Kundgebungen von rechts, sondern wertet vergnügt den Brief als Beweis, „daß die Partei wirklich den Wünschen der Massen entspricht". Von welchen Massen ist hier die Rede? (vgl. Abdruck des Briefs und der Antwort des RM im Kasten)

Da die bürgerliche Gesellschaft ständig bürgerliches Denken selbst in den Köpfen ihrer Gegner hervorruft, muß der Kampf gegen die bürgerliche Ideologie auch in den kommunistischen Organisationen geführt werden. Der „Rote Morgen" macht dies aber mit seinem lächerlichen Streit über die Länge von Haaren und Röcken zu einem reaktionären Schildbürgerstreich.

Vom Kampf zwischen proletarischer und bürgerlicher Ideologie wird so abgelenkt auf eine Überbetonung von Äußerlichkeiten, was den Parolen der bürgerlich-reaktionären und bürgerlich-faschistischen Jugendbewegung im Grunde nicht fern steht.

Vor kurzem bekam ich zufällig Ihre Zeitung "Roter Morgen" in die Hände und hatte auch Gelegenheit, mit den Verkäufern, die offensichtlich der KPD/ML angehören, zu sprechen. Und ich war gleich angenehm von der sauberen äußeren Erscheinung dieser jungen Leute überrascht; die Jungens hatten durchweg gewaschene, kurze Haare und vernünftige, nicht so wie heute anscheinend übliche verrückte Kleidung und auch das Mädchen machte einen frischen, natürlichen Eindruck, wie man ihn heute gar nicht mehr antrifft. Auch während der Unterhaltung konnte ich mit den jungen Leuten wie mit normalen Menschen reden, was ja heute selten ist.

Bitte verstehen Sie mich recht, aber es ist für eine alte Frau wie mich richtig erfrischend zu sehen, daß es noch nette junge Menschen gibt, die noch dazu, wie ich im Gespräch hören durfte, von Ihrer Organisation dazu angehalten und erzogen werden. Mein Respekt! Auch wenn ich nicht allem zustimmen konnte, was die jungen Leute sagen, so kann ich doch sagen, daß eine politische Organisation, die noch soviel Verantwortung für die Jugend zeigt, mein Vertrauen hat.

Und auch als ich dann zu Hause Ihre Zeitung las, wie Sie gegen die häßlichen langen Haare bei jungen Menschen und auch gegen die aufreizenden Miniröcke der jungen Gören, die jedem natürlichen Schamgefühl, das wir Älteren ja noch zum Glück haben, Hohn spricht, Stellung bezogen haben, war ich angenehm überrascht; auch daß sie Albanien so loben, wo sowas anscheinend nicht zugelassen wird von verantwortungsvollen Staatsführern, hat mich gefreut. In so einem sauberen Staat möchte ich gerne leben!

Sie müssen dazu noch wissen, daß ich zwei Enkel habe, die beide kommunistische Jusos sind, und die man mit ihren weibischen Haaren nicht von Frauen unterscheiden kann. Als ich sie fragte, was denn die älteren Parteimitglieder dazu sagen, sagten sie in ihrer schnoddrigen Art: 'Da kümmern die sich nicht drum!'

Nicht zuletzt deshalb war ich von Ihrer vorbildlichen Parteijugend überrascht und nicht zuletzt deshalb werde ich mir jetzt öfter den 'Roten Morgen' kaufen und mit China, wo die Jugend ja auch zur Ordentlichkeit erzogen wird, beschäftigen.

Halten Sie Ihre Jugend weiter zur äußeren und moralischen Sauberkeit an, und ich werde Sie bei der nächsten Wahl wählen.

Herzliche Grüße, E.G.

K o m m e n t a r der RM-Redaktion:

Liebe, neugewonnene Leserin aus München, wir haben uns über Ihren Brief sehr gefreut. Er beweist uns, daß die Partei wirklich den Wünschen der Massen entspricht, wenn sie den schädlichen Einflüssen der Bourgeoisie auf die Jugend, aber auch auf die ältere Generation, eine Absage erteilt und den Kampf gegen den bewußt gesteuerten moralischen und kulturellen Zerfall aufnimmt.

Wir sind uns unserer Verantwortung dabei bewußt. Denn keine anderen Staaten als die sozialistischen Staaten China und Albanien, keine anderen Parteien als die wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien sind in der Lage, der Jugend und den älteren Menschen die moralischen und kulturellen Werte bewußt zu machen, für die es sich zu leben und zu kämpfen lohnt. Kommunistische Moral und kommunistische Kultur sind untrennbarer Bestandteil des revolutionären Befreiungskampfes gegen das Kapital und seinen Staat. Aus dem Proletariat und den unter seiner Führung kämpfenden Klassen und Schichten des Volkes gegen diesen gemeinsamen Feind allein können darum heute auch die Menschen erwachsen, die als wirkliche Helden der Massen bereit sind, ihr Leben für die Sache des Proletariats hinzugeben. Die Erziehung zu kommunistischer Moral und Kultur ist ein unabdingbarer Schritt auf diesem Weg.

„Roter Morgen", 1.9.73, S.7

Inhalt